

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Vorwort</b> (István Mustó)	7
<b>Grußwort</b> des Altpräsidenten der Republik Ungarn Herrn Árpád Göncz	9
Altpräsident Árpád Göncz erzählt aus seiner Amtszeit	13
<b>Teil 1:</b> <b>Die Deutsch-Ungarische Gesellschaft – ihre Geschichte und ihr Umfeld</b>	15
Die Deutsch-Ungarische Gesellschaft e. V. von 1991 bis 2002	17
Abgewertet und umgewertet. Die Antwort der Literatur auf die Wende ( <b>Gyula Kurucz</b> )	43
Autobus 157 ( <b>György Dalos</b> )	47
Über das Collegium Hungaricum Berlin – Fragen, Bekenntnisse und Aufgabenstellung ( <b>András Masát</b> )	51
Vermittlung der ungarischen Kultur in Europa ( <b>Orsolya Kőrösi</b> )	57
Ungarische Minderheiten in Berlin-Brandenburg (Studie der DUG)	65
<b>Teil 2:</b> <b>Beiträge zur ungarischen Geschichte</b>	75
Der Blick auf Mitteleuropa in fünf ungarischen Konföderations- plänen ( <b>Mirko Nowak</b> )	77
Trianon: Das nationale Trauma Ungarns ( <b>Ignác Romsics</b> )	125
Die Revolution von 1956 und die Außenpolitik der 2. Regierung Imre Nagy – Ziele, Chancen und Grenzen – ( <b>Alexander Tinschmidt</b> )	137

<b>Teil 3:</b>	
<b>Verschiedene Beiträge zum Ungarn der Gegenwart</b>	153
Zur Geschichte und gegenwärtigen Situation der Zigeuner (Roma) in Ungarn ( <b>Holger Fischer</b> )	155
Eine Armee hat man immer im Lande, entweder die eigene oder eine andere. Die Neuausrichtung der ungarischen Honvéd-Armee im Rahmen der NATO ( <b>Géza Koronczai</b> )	171
Globalisierung und kleine Länder mit besonderem Hinweis auf die Erfahrungen Ungarns ( <b>István A. Mustó</b> )	181
Die Euroregion Donau-Kreisch- Mieresch-Theiß. Erfahrungen aus der Zusammenarbeit ( <b>Lajos Horváth</b> )	193

## Vorwort

Die Deutsch-Ungarische Gesellschaft feierte 2001 das zehnte Jubiläum ihres Bestehens.

Als sich der Eiserne Vorhang 1989 öffnete, war auch ohne prophetische Fähigkeit vorauszusehen, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn in den kommenden Jahren politisch, wirtschaftlich und auch kulturell weiter ausbauen und vertiefen würden.

Für Ungarn war die politische Wende zugleich die unwiderrufliche Entscheidung für eine Strategie der Eingliederung in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien im allgemeinen und die euro-atlantischen Strukturen im besonderen. Hierbei war das moderne Deutschland ein Vorbild, ein Begleiter und, so hoffte man in Ungarn, auch ein Helfer und Fürsprecher. Es ist kein Zufall, daß sich Ungarn im Zuge der Reform der politischen Institutionen sehr weitgehend am Verfassungsmodell und am Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland orientierte. Im wirtschaftlichen Bereich hat das wiedervereinigte Deutschland als Partner bei der Durchführung des erforderlichen Strukturwandels und als wichtigster Auslandsinvestor viel zur Konsolidierung und Weiterentwicklung der ungarischen Wirtschaft beigetragen. Auch die kulturellen Beziehungen haben sich in den letzten Jahren in erheblichem Maße intensiviert.

Als die Deutsch-Ungarische Gesellschaft mit Sitz in Berlin 1991 gegründet wurde, setzte man sich zum Ziel, die gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder zu pflegen und weiterzuentwickeln. Auf dem politischen Gebiet sind die bilateralen Beziehungen vorbildlich. Ungarn geht es vor allem darum, den zeitweise mühsamen Prozeß der Integration in die Europäische Union zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen; hierfür braucht das Land das Verständnis und die wirksame Unterstützung des deutschen Partners. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet soll die Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden; Ungarn benötigt dringend Investitionskapital und Technologie, dafür bietet es einen günstigen wirtschaftlichen Standort mit stabilen Rahmenbedingungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften und Perspektiven für eine dynamische Entwicklung. Im kulturellen Bereich ist die Deutsch-Ungarische Gesellschaft bestrebt, den deutschen Partnern das Bild eines modernen, demokratischen, europäischen Ungarns zu vermitteln.

Diese Schrift, die aus finanziellen Gründen in einem etwas bescheideneren Outfit als geplant erscheint, möchte die Aktivitäten des letzten Jahrzehnts der Gesellschaft dokumentieren. Sie enthält eine Zusammenfassung der Aktivitäten, einen Überblick über die durchgeführten Veranstaltungen

und die Texte einiger wichtiger Referate, die im Rahmen dieser Veranstaltungen gehalten wurden. Aus verständlichen Gründen war es nicht möglich, viele der interessanten und wertvollen Beiträge abzudrucken, und die Auswahl fiel uns sehr schwer. Die abgedruckten Beiträge sollen nur Schwerpunkte, unter anderem aus der Geschichte, der Politik und der Wirtschaftsentwicklung Ungarns, verdeutlichen, die sich die Gesellschaft seit ihrem Bestehen thematisch gesetzt hat, die von ihrem Gegenstand von etwas grundsätzlicherer, über den Tag hinausreichender Bedeutung sind, überhaupt als Manuskript vorlagen und die – anders als bei einer Ausstellung, einem Filmabend oder zum Beispiel bei Round-Table-Gesprächen – der Wiedergabe zugänglich waren.

Das Präsidium der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft möchte das Erscheinen dieses Bandes zum Anlaß nehmen, um sich bei den Mitwirkenden und ihren Mitgliedern für ihr Interesse und Engagement herzlich zu bedanken. Ein Dank gebührt auch der Botschaft der Republik Ungarn in Berlin, die die Tätigkeiten der Gesellschaft stets kraftvoll unterstützt hat. Besonders verbunden fühlen wir uns dem Collegium Hungaricum in Berlin und seiner Leitung, die uns nicht nur die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, sondern auch ihre Bereitschaft zur aktiven Zusammenarbeit immer wieder bewiesen hat.

Die Gesellschaft ist auch gegenüber der Siemens AG, der Landesbank Berlin und anderen hilfsbereiten Institutionen zum Dank verpflichtet, die mit ihrer Sponsorentätigkeit unsere Aktivitäten und auch das Erscheinen dieses Bandes ermöglicht haben.

Dieses Interesse, diese Unterstützung geben uns die Hoffnung auf eine erfolgreiche Arbeit auch in den nächsten Jahren.

Prof. Dr. István Mustó  
Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V.

**Grußwort**

**des Altpräsidenten der Republik Ungarn  
Herrn Árpád Göncz**

10



THE FORMER  
PRESIDENT  
OF THE REPUBLIC  
OF HUNGARY

**Kedves Barátaim,**

egy évtized a történelemben alig lélegzetvételyi idő, de két ország kapcsolatában akár döntően fontos is lehet. Németország és Magyarország a világtörténelem valaha volt legembertelenebb és legkönyörtelenebb háborúját vesztesként élte meg. Németország hamarabb állt talpra, s képes volt szembenézni önnön múltjával. Ma: Európa – az Egyesült Európa – szíve és létének meghatározó ereje.

Magyarország, amely a négy évtizedes szovjet megszállás következtében kintrekedt Európából, megkísérelte lerázni magáról a parancsuralom igáját 1956-ban, ám forradalmát a túlerő eltaposta. De a veresége ellenére visszakerült Európa erkölcsi térképére. S volt mersze ismét beleszólni Európa történelmébe – lebontotta önmaga és Európa között a vasfüggönyt. S ezzel megindított egy olyan folyamatot, amely egy történelmi pillanat alatt elvezetett a berlini fal és a „két” Németország közötti határ megszűntéhez.

Magyarország történelmileg és kulturálisan ezer éve Európa része. Ma az Egyesült Európa kapujában áll. Tagságával kézzelfogható valósággá válik a német-magyar sorsközösség.

Amit az államközi kapcsolatokon, a szoros gazdasági együttműködésen felül mindenekelőtt polgáraik eleven kapcsolatrendszere határoz meg. Ezen belül is elsősorban a Német-Magyar Baráti Társaság eredményes munkája. Ami hosszú múltra tekinthet vissza, szinte azt mondanám, a két ország testvéri kapcsolatának, értékrendszerük közös voltának jelképe.

Hogy azzá vált, azért köszönet illeti mindazokat, akik a múltban és ma kiveszik a részüket a munkájában. Hogy ily módon is építsék a két ország biztos alapon – az őszinte barátságon és egymás kölcsönös ismeretén – nyugvó közös jövőjét.

Mindannyiunk Európájában.

Meleg barátsággal köszönti valamennyiüket:

*Göncz Árpád*  
Göncz Árpád

DER ALTPRÄSIDENT  
DER REPUBLIK UNGARN

**Liebe Freunde,**

ein Jahrzehnt bedeutet in der Geschichte weniger als einen Atemzug, kann jedoch in der Beziehung zweier Länder von entscheidender Wichtigkeit sein. Deutschland und Ungarn erlebten den unmenschlichsten und unerbittlichsten Krieg der Weltgeschichte als Verlierer. Deutschland richtete sich früher auf und stellte sich der eigenen Vergangenheit. Heute ist es das Herzstück und die bestimmende Kraft Europas – des Vereinten Europas.

Ungarn, ein Land, das infolge der vier Jahrzehnte langen sowjetischen Besetzung nicht Teil Europas sein konnte, hatte 1956 versucht, das Joch der Gewaltherrschaft abzuschütteln, seine Revolution wurde jedoch von einer Übermacht niedergeschlagen. Das Land kam aber trotz der Niederlage auf die moralische Karte Europas zurück. Und getraute sich erneut, in die Geschichte Europas einzugreifen – es öffnete den Eisernen Vorhang zwischen sich und Europa. Damit wurde ein Prozeß in Gang gesetzt, der innerhalb eines kurzen historischen Moments zum Verschwinden der Berliner Mauer und der Grenze zwischen den „zwei“ deutschen Staaten führte.

Ungarn gehört mit seiner Geschichte und Kultur seit tausend Jahren zu Europa. Heute steht es am Tor des Vereinten Europas. Mit der Mitgliedschaft wird die deutsch-ungarische Schicksalsgemeinschaft zu greifbarer Realität.

Diese wird über die bilateralen Beziehungen der beiden Staaten und die engen wirtschaftlichen Beziehungen hinaus vor allem durch lebhafteste Kontakte ihrer Bürgerinnen und Bürger bestimmt. In diesem Zusammenhang ist auch das erfolgreiche Wirken der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft zu verstehen, die auf eine lange Vergangenheit zurückblicken kann und gleichsam ein Symbol der freundschaftlichen Beziehungen und des gemeinsamen Wertesystems der beiden Länder darstellt.

Dafür, daß die Gesellschaft dies erreichen konnte, gebührt der Dank all denen, die in Vergangenheit und Gegenwart aktiv in ihr mitarbeiten, um auch auf diese Weise die gemeinsame – auf ehrlicher Freundschaft und gegenseitiger Kenntnis beruhende – Zukunft mitzugestalten.

In unserem gemeinsamen Europa.

Seien Sie alle in herzlicher Freundschaft begrüßt!  
gez. *Árpád Göncz*



## **Altpräsident Árpád Göncz erzählt aus seiner Amtszeit**

Die neu erbaute ungarische Botschaft an der Prachtstraße Unter den Linden in Berlin bot am 24. September 2001 einen repräsentativen und zugleich familiären Rahmen für die „Betrachtungen eines Staatspräsidenten“ über sein Leben und sein hohes Amt. Die Deutsch-Ungarische Gesellschaft hatte zur Veranstaltung mit Árpád Göncz geladen, der gleich eingangs seiner teils nachgründigen, teils humorvollen Ausführungen feststellte: „Um den Posten des Staatspräsidenten habe ich mich nicht gerade gerissen, nachdem mich meine Partei für dieses Amt vorschlug.“ Und er gab zu: „Ich wußte nicht, was es mit sich bringt, es gab keine Vorbilder, und ich hatte auch kein weißes Pferd, wie damals Admiral Horthy.“ Mit vielen kleinen Anekdoten beschrieb er dann seine Amtszeit als Staatsoberhaupt.

Der 1922 geborene Widerstandskämpfer, Bürgerrechtler und Schriftsteller war über zwei Amtsperioden von 1990 bis 2000 der erste demokratisch gewählte Staatspräsident Ungarns. Er studierte Jura, war nach dem zweiten Weltkrieg Mitglied der Kleinlandwirtepartei, arbeitete dann unter dem sozialistischen Regime in der Landwirtschaft und in der Industrie und sagt heute, daß er eigentlich auch ein guter Schlosser hätte werden können. Nach dem ungarischen Aufstand von 1956 entgeht er knapp der Todesstrafe und wird zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Sechs Jahre sitzt er im Gefängnis, wo er seine Englischkenntnisse vervollständigt, um nach der Amnestie als Übersetzer und Schriftsteller zu arbeiten. Zugleich schließt er sich der demokratischen Opposition gegen das kommunistische Regime in Ungarn an.

1989 kam endlich die Wende. Den entscheidenden Zeitpunkt, an dem der Weg in eine neue Welt geöffnet wurde, sieht er in dem Tag, an dem sich 300.000 Menschen auf dem Heldenplatz in Budapest zum Begräbnis von Imre Nagy versammelten und anschließend die Weichen für eine vollständige politische Neuorientierung Ungarns gestellt wurden. Er wurde Mitglied der liberalen Allianz der Freien Demokraten, einer Partei, die ihn zum Staatspräsidenten vorschlug, wozu er dann auch vom Parlament gewählt wurde. Es war keine leichte Zeit, sagt er heute, mit der damaligen konservativen Regierung unter Führung des Ungarischen Demokratischen Forums

---

Anm. d. SL: Der Beitrag kompiliert einen Artikel von Volker Voss im Neuen Pester Lloyd (Budapest, 3. Oktober 2001) und den ins Internet ([www.dug-inform/ungarn/dugalmanach](http://www.dug-inform/ungarn/dugalmanach)) gestellten Bericht des Journalisten Klaus Kriegeskotte über den Besuch von Árpád Göncz bei der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. in Berlin.

von József Antall zusammenarbeiten. „Wir machten uns das Leben gegenseitig schwer, doch standen wir uns politisch und geistig durchaus nah.“

Einmal, erzählte er, schon nach der Wende und als Staatsoberhaupt, sah er in einem der öffentlichen Verkehrsmittel in Budapest den Richter wieder, der ihn damals nach 1956 zur Haftstrafe verurteilt hatte. „Der wußte nicht, wohin mit seinen Augen, und er stand auf“ – sagte Göncz – „also stand ich auch auf und guckte ihn aus einem anderen Blickwinkel lächelnd an. Das war mit Sicherheit schlimmer für ihn, als direkt angesprochen zu werden, was ihn wahrscheinlich nur erleichtert hätte.“

Er war kein „leichter“ Präsident und er hatte mit allen Regierungen während seiner Amtszeit kleine und größere Probleme, obwohl er in Umfragen stets als beliebtester Politiker Ungarns die Popularitätslisten anführte. „Ich wollte der Diener derer sein“ – sagt er heute – „die keine Diener haben.“ Er fügt hinzu: „Das Volk mochte mich, aber die Parteien nicht, und ich hatte nur einen einzigen Verbündeten, die zehn Millionen Ungarn im Land.“ Er wollte der Präsident aller Ungarn, nicht nur einer bestimmter Partei sein.

Das Amt des Staatspräsidenten hat in Ungarn vor allem protokollarischen Charakter, ähnlich wie in Deutschland. Einfluß und Macht kann der Präsident also hauptsächlich nur aus Worten schöpfen. Seine Macht legitimiert sich aus der Glaubwürdigkeit seiner Worte. Mit Worten kannte er sich als Schriftsteller schon lange aus, aber als Präsident ging es ihm um Worte, die jeder versteht. Er meinte: „Man muß sich an die Leute mit kurzen Sätzen wenden und eine verständliche Sprache gebrauchen. Wichtig aber ist, daß die Worte von innen kommen.“ So kam er auch, zum Entsetzen mancher Funktionäre und Amtsträger, mit der Marktfrau, dem Schulkind oder dem Fließbandarbeiter direkt ins Gespräch. Er meinte, Trennlinien sollten auf jeden Fall überwunden werden. Wer Mauern hochzieht sollte bedenken, daß sie, wie in Ungarn üblich, irgendwann zusammenbrechen.

Auf die Frage, warum in Osteuropa nach der Wende so viele Literaten zu Präsidenten oder Politikern wurden, sagte er, daß sie, zumindest in Mittel-Ost-Europa, immer fähig gewesen seien, abweichende Meinungen klar zu formulieren. Er gab aber offen zu: „Was die wirtschaftlichen Reformen nach der Wende betraf, waren wir alle Dilettanten.“ Die Generation, die die politische Wende brachte, brauchte auch Nachhilfe bei den Wirtschaftsreformen. Politische Lehre vermittelte er aus der Revolution von 1848, die trotz des Scheiterns längerfristig ein Sieg war, ebenso wie im Falle des Aufstandes von 1956. Er meinte: „Revolutionen können niedergeworfen werden, aber man kann sie nicht ungeschehen machen. Eine einmal erkämpfte Freiheit kommt wieder. So war jede Revolution letztlich ein Sieg.“

Es kamen viele Fragen und Anmerkungen von den Zuhörern. Einer nannte ihn einen „verabschiedeten Präsidenten“. Darauf Göncz: „Einen Teufel habe ich mich verabschiedet.“ Er ist auch heute noch so etwas wie das Gewissen der Nation.

## **TEIL 1**

### **Die Deutsch-Ungarische Gesellschaft – ihre Geschichte und ihr Umfeld**



## **Die Deutsch-Ungarische Gesellschaft e. V. von 1991 bis 2002\***

### **DIE GRÜNDUNG DER DEUTSCH-UNGARISCHEN GESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG**

Die Mauer in Berlin ist gefallen, die physisch-politische Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 vollzogen.

Es war die Antwort auf den Mauerfall, als im Laufe des Sommers 1991 einige Freunde Ungarns aus – so erschien es damals ja noch – den beiden Teilen der Stadt zusammenkamen: Wie konnten unter den aktuellen politischen Gegebenheiten die deutsch-ungarischen Beziehungen in der alten deutschen Hauptstadt auf eine neue Grundlage gestellt und die Teilungsfolgen überwunden werden? Erste Sondierungen hatten ergeben, daß die sich im besten Sinne als ungarische Traditions- und Heimatvereine verstehenden Gruppierungen der Exilungarn und deren Angehörigen nicht fusionieren würden. Es war nicht nur diese Ablehnung seitens der 1947 im Westteil der Stadt gegründeten „Ungarischen Kolonie“ und der 1990 im ehemaligen Ostberlin ins Leben gerufenen „Ungarischen Vereinigung e. V.“, es war auch der Wunsch nach einer über den Zweck der vorgenannten Vereine hinausgehenden Aufgabenstellung, welche die deutsche und die ungarische Nation länderübergreifend verbinden würde. So sollte vor allem die Mitwirkung auch deutscher, der ungarischen Sprache nicht mächtiger Mitglieder möglich sein. Und es sollte eine Plattform geben, von der aus man in die deutsche Bevölkerung hineinwirken und ungarische Interessen vertreten konnte. Es war also eine Neugründung ins Auge zu fassen: Die so dachten, das waren namentlich Botschaftsrat Gyula Kurucz, seit 1. September 1991 Direktor des Hauses der Ungarischen Kultur (ab Januar 1992 in „Haus Ungarn“ umbenannt), Paul Kárpáti, Dozent für Hungarologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Alexander Tinschmidt (†), Historiker, Dr. Hermann Krätschell, Leiter der Europäischen Akademie Berlin, und Dr. Peter Mitzscherling (†), Berliner Wirtschaftssenator a. D.

Aufbauend auf einer wechselvollen, fast genau 150 Jahre zurückreichenden Geschichte ungarischen Vereinslebens in Berlin sollte der Verein die Begeisterung und den Schwung aufnehmen, der sich aus den neuen politischen Möglichkeiten ergab. Auf privater Ebene sollte nachvollzogen, ja gar

---

\* Diese Chronik nebst den beiden Anhängen wurde von der SL zusammengestellt.

vollendet werden, was mit den Jahreszahlen 1953 (Volksaufstand in der DDR), 1956 (Polnischer Oktober), 1956 (ungarischer Volksaufstand), 1968 (Prager Frühling), 1970 und 1980/81 (polnische Arbeiteraufstände) verbunden ist: der ungehinderte Kontakt, der freie Meinungs Austausch von Menschen unterschiedlicher Nationalität und verschiedener Herkunft.

Bewußt wollte man – so wiederholte es der Leiter der Gründungsversammlung Paul Kárpáti – an die Existenz der am 24. November 1917 in Berlin gegründeten „Gesellschaft der Freunde des Ungarischen Instituts an der Universität zu Berlin“ anknüpfen, die ihre Tätigkeit am Ende des Zweiten Weltkrieges eingestellt hatte. Ein schon Anfang August von Dr. Tinschmidt ausgearbeiteter Satzungsentwurf diente in der Folgezeit als Grundlage für Gespräche mit etwa 35 Personen, denen sich später 15 vor allem aus der Wirtschaft kommende Persönlichkeiten zugesellten. Würde eine Vereinsgründung auf genügend Resonanz stoßen?

Am 7. November 1991 erging der Gründungsauftrag an die Freunde Ungarns in Berlin und im Land Brandenburg. Als Initiatoren zeichneten Paul Kárpáti, Dr. Hermann Krätschell, Johann Kübler, Dr. Johann Storz und Dr. Alexander Tinschmidt. Zugleich im Namen von Botschaftsrat Gyula Kurucz luden sie zu Montag, dem 25. November 1991, in das Haus der Ungarischen Kultur zur Gründungsversammlung der „Deutsch-Ungarischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.“ ein.

Die überkommenen Unterlagen geben die offenbar nur mündlich und fernmündlich abgelaufenen näheren Vorbereitungen zur Sitzung nicht wieder. Aus Ideenskizzen geht die Hoffnung hervor, den Mitgliederkreis binnen eines halben Jahres auf 400 Personen erweitern zu können, um eine Geschäftsstelle zu unterhalten. Die Gesellschaft wollte sich auf repräsentative Veranstaltungen aus den Bereichen Literatur und Musik beschränken. Vorgesehen war die enge Verzahnung mit den Aufgaben des „Hauses der Ungarischen Kultur“, dessen Profiländerung und Strukturwandel zu einem „Haus Ungarn“ bereits eingeleitet waren. Im Bundesland Brandenburg sollten autonome örtliche Ungarn-Clubs ins Leben gerufen werden (wobei kein Aufschluß zu erlangen ist, warum man die Arbeit von vornherein auf die Bundesländer Berlin und Brandenburg beschränkte).

Pünktlich um 18.00 Uhr konnte Botschaftsrat Kurucz als Hausherr des Versammlungsortes am 25. November 1991 die Gründungsveranstaltung eröffnen. 32 Personen einschließlich drei Pressevertretern, drei Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses und einem Abgeordneten des brandenburgischen Landtags hatten sich eingefunden. Die als Tischvorlage ausgelegte Satzung einer „Deutsch-Ungarischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Folgend durchgehend als DUG bezeichnet, obwohl es sich damals noch um keine vereinsrechtlich registrierte Abkürzung handelte, die erst die neugefaßte Satzung vom 16. September 1999 unter Wegfall des Zusatzes „Berlin-Brandenburg“ vorsah.

wurde einstimmig durch Handzeichen beschlossen und von 26 Personen als Gründungsmitgliedern unterschrieben.

Auf Grundlage dieser Satzung wählte die Versammlung per Akklamation in Einzelwahl den ersten Vereinsvorstand, und zwar jeweils einstimmig:

- **zum interimistischen Vorsitzenden:** Johann Kübler, Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, aus Karlshorst
- **zu seinem Stellvertreter:** Ingolf Kschenka, Pfarrer, aus Forst/Brandenburg
- **zum Schriftführer:** Dipl.-Ing. Hans Kollmann, aus Karlshorst
- **zur Schatzmeisterin:** Éva Gosztonyi, Angestellte, aus Steglitz.

Auch die Ämter der Kassenprüfer und des Präsidiums (heute: des Kuratoriums) wurden bestellt. In Anerkennung seiner Bemühungen um die Gründung der DUG wurde Botschaftsrat Kurucz zum Ehrenmitglied gewählt.

Die Gründung der Gesellschaft fand in den Medien, Rundfunk und Tagespresse, einen erfreulichen Niederschlag. Brandenburgs Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe sandte unmittelbar im Anschluß daran einen Glückwunsch, in dem er betonte, daß die Brandenburger „den Ungarn durch die Ereignisse des Jahres 1989 für immer sehr verbunden“ sind.

In seinem die Gründung begrüßenden Schreiben vom 19. Dezember 1991 drückte Ungarns Außenminister Dr. Géza Jeszenszky die Überzeugung aus, „daß die Deutsch-Ungarische Gesellschaft zur Entwicklung einer vielseitigen und auf historischen Traditionen ruhenden Zusammenarbeit zwischen Ungarn und Deutschland nützlich beitragen“ und sich „zu einer geistigen Werkstatt“ bei der Überwindung der europäischen Teilung entwickeln wird.

Das Haus der ungarischen Kultur förderte den weiteren Aufbau der Gesellschaft mit Rat und Tat und überbrückte das Fehlen einer Bürokräft von Fall zu Fall mit eigenen Mitarbeitern (insbesondere mit der von Anbeginn bis heute andauernden – oftmals über die offiziellen Bürostunden hinaus oder als Freizeitbeschäftigung gewährten – Hilfestellung von Frau Ágnes Matthes). Die glückliche Symbiose beider Institutionen unter einem Dach war der Beginn fruchtbarer Arbeitsbeziehungen. Alle drei bisherigen Direktoren des Hauses Ungarn – die Herren Botschaftsräte Kurucz, Dalos, Prof. Dr. Masát – trugen und tragen dazu bei, daß die Existenz des Hauses und der Gesellschaft kein Selbstzweck in eifersüchtig gehüteter Isolation ist, sondern daß beide in abgestimmter Gemeinsamkeit eine tragfähige Grundlage für die deutsch-ungarischen Beziehungen schaffen. Dies soll hier in Dankbarkeit vermerkt werden.

An dieser Stelle mag, abweichend von der Chronologie, eine kurze Abschweifung gestattet sein. Mit der Eröffnung des neuen Gebäudes der ungarischen Botschaft am alten Platz, nämlich Unter den Linden 76, wurde am 11. September 2001 ein weiterer Schwerpunkt ungarischer Kulturarbeit in

Berlin ins Leben gerufen. Bereits jetzt, schon vor der Realisierung des Neubaus „Collegium Hungaricum Berlin“ am historischen Ort der Dorotheenstr. 12 in Berlin-Mitte, ist deshalb festzustellen, daß keine Nation eine derartige Dichte an Möglichkeiten zur Darstellung ihrer Kultur in der deutschen Hauptstadt hat wie Ungarn. Es ist gerade die „private diplomacy“ (private Diplomatie) der drei Vereine<sup>1</sup>, die neue Freunde gewinnt, kulturelle und politische Nischen pflegt, zusätzliches Terrain erobert, Themen besetzt, die der offiziellen Diplomatie und ihrer Kulturarbeit nicht zugänglich sein sollen oder wollen, ohne die aber dieses bunte, vielfältige und ansprechende Bild Ungarns, wie es sich in Berlin präsentiert, nicht möglich wäre.

Dabei darf nie vergessen sein, daß eine der Gemeinnützigkeit verpflichtete bi-nationale Organisation wie die DUG sich nicht im Selbstzweck einer Zusammenfassung seiner beitragszahlenden Mitglieder erschöpft, sondern ein „Dienstleistungsunternehmen“ ist, berufen, die satzungsmäßigen „Dienste“ für die Mitgliedschaft, noch mehr für die Allgemeinheit im Bereich der Völkerverständigung zu erbringen, und deshalb effektiv, modern, professionell und leistungsorientiert arbeiten muß.

Natürlich ist es müßig, wollte man die Erfüllung dieser Verpflichtung an Hand von elf Jahren Vereinsgeschichte ab 1992 in einem kurzen Abriß lückenlos und chronologisch darzustellen versuchen. Einiges läßt sich aus der angefügten Statistik entnehmen; manches muß aus Platzgründen entfallen, was durchaus erwähnenswert wäre; bei vielem muß abgewogen werden: Denn natürlich setzt sich die Entwicklung eines Vereins aus unzähligen Facetten zusammen, und unterschiedlich mögen die erinnerungswerten Ereignisse bei jedem Betrachter gewichtet sein.

## DIE AUFBAUPHASE 1992 - 1994

Das **Jahr 1992** diente im wesentlichen dem Aufbau der Gesellschaft. Bei der Mitgliederversammlung im Juni zählte sie 110 Mitglieder. Sie wählten

- zum **neuen Vorsitzenden**<sup>2</sup> Hubertus Moser, Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Berlin.

---

<sup>1</sup> Neben der DUG sind es die „Ungarische Kolonie e. V.“ und die „Ungarische Vereinigung e. V.“ – eine vierte Institution, die „Hauptstadtbüro“ genannte Außenstelle der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft mit Sitz in Bonn, hat seit ihrer nominellen Einrichtung 2001 keine Aktivitäten entfaltet (abgesehen von der Beteiligung an zwei Botschaftsempfängen). Deren Mitglieder mit Wohnsitz in Berlin werden seit 2002 absprachegemäß von der DUG, Sitz Berlin, mitbetreut.

<sup>2</sup> Die Bezeichnungen der Vereinsorgane waren damals: Vorsitzender (ab 1999 Präsident), Vorstand (ab 1999 Präsidium), Präsidium (ab 1999 Kuratorium).

Es erscheint der erste Infobrief, in dem – wie auch bedarfsweise in den Folgejahren – die Mitglieder über die Entwicklung der Gesellschaft und die Entscheidungen der Gremien informiert werden. Dazu zählt auch die Eintragung der DUG in das Vereinsregister am 20. August 1992. Dagegen verzögert sich die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt bis Juli 1993, weil sie von vorherigen Satzungsänderungen abhängig war. Mit allgemein-öffentlichen Veranstaltungen tritt die DUG noch nicht hervor.

Das **Jahr 1993** sieht die DUG vor allem in Brandenburg aktiv; Schwerpunkte sind Potsdam, Eberswalde, Eisenhüttenstadt und Cottbus, wo in Zusammenarbeit mit dem Präsidiumsmitglied, der brandenburgischen Sozialministerin Dr. Regine Hildebrandt, die Betreuung von 340 ungarischstämmigen Familien in die Wege geleitet werden kann. Im Februar wird in Cottbus mit Unterstützung der DUG der dortige Ungarn-Club gegründet

Im November 1993 wählen die inzwischen um zwanzig auf 144 reduzierten Mitglieder für den nach Rumänien versetzten Pfarrer Kschenka zum

- **stellvertretenden Vorsitzenden** den Zahnarzt Dr. Ulrich Paschold, zugleich Vorsitzender des Ungarn-Clubs in Cottbus.
- Die übrigen Vorstandsmitglieder werden in ihren Ämtern bestätigt.

Für die nach der damaligen Satzung auf den Schultern der Arbeitskreisleiter liegende Veranstaltungsarbeit erklären sich Gründungsmitglied Dr. Tinschmidt für den AK Geschichte und Frau Boese-Pirschel für den AK Kultur bereit; der AK Wirtschaft findet erst im Herbst 1996 dauerhaft eine Leiterin in der Person von Frau Englert (Potsdam).

DUG und Haus Ungarn arbeiten 1993 bei mehreren herausragenden Veranstaltungen zusammen, unter anderem auch in weiterer Kooperation mit dem Institut Français, der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, dem Deutschlandsender Kultur und mehrfach dem RIAS: Es werden Podiumsdiskussionen (z. B. mit Vertretern des Weltwirtschaftsinstituts), Musikaufführungen, Dichterlesungen und international besetzte kulturelle Rundtischgespräche übertragen. Es finden mehrere Konzerte, darunter zwei mit bekannten ungarischen Jazzmusikern, statt, ferner ein Vortrag des ungarischen Historikers Nemeskürty zum 50. Jahrestag des Untergangs der ungarischen Armee am Don. DUG-Mitglieder (Dr. Rackebrandt und Deicke) referieren zu sprachhistorischen Themen beziehungsweise tragen eigene Nachdichtungen ungarischer Lyrik vor. Die Entwicklung Ungarns im Verhältnis zu seinen Nachbarn (Dr. Tinschmidt) und umgekehrt sowie im Hinblick auf den angestrebten EU-Beitritt (Botschaftsrat Kiss) sind Themen dreier weiterer Vorträge.

Im Februar des **Jahres 1994** findet zum zweiten Mal die „Schwarze Nacht für helle Tage“ statt, die mit Musik, Tanz, Lesungen und Theaterauf-

führungen über 250 Besucher anzieht – auch bei Wiederholungen in den drei Folgejahren wird diese Veranstaltung jeweils die bestbesuchte sein.

In ersten Gesprächen mit der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern vereinbart man eine enge Zusammenarbeit. Daneben werden die Kontakte mit den brandenburgischen Ungarn-Clubs – auch mit Vorträgen – vertieft, und Dr. Paschold wird mit deren Betreuung beauftragt. Erstmals beteiligt sich die DUG finanziell und mit einem viertägigen Programm am Jugendaustausch des Kooperationspartners Deutsch-Ungarische Freundschaft e. V. (DUF) in Oranienburg. Vor allem behinderte Schüler aus brandenburgischen Förderschulen werden von der DUF zu einem Besuch in Ungarn und im Gegenzug Kinder aus finanziell schwachen ungarischen Familien zu einem Besuch in Brandenburg eingeladen. In der Folgezeit unterstützt die DUG dieses Ferienprogramm in jedem Sommer.

Im Juni 1994 wählt die Mitgliederversammlung

- den **Vorsitzenden Moser** für eine weitere Amtszeit.

Der Wirtschaftsclub der DUG beginnt seine Arbeit, allerdings sind ihm mangels eines Leiters, später mangels Interesses nur einige wenige Veranstaltungen bis 1998 beschieden. Die DUG unternimmt erstmals – die seitdem konsequent ausgebauten – Versuche, in Veranstaltungen Probleme und Kultur der Nachbarländer Ungarns darzustellen, so anfangs zum ungarisch-slowakischen Verhältnis (Dr. Rackebrandt) und insbesondere im Hinblick auf Siebenbürgen (Dr. Fischer, Hamburg), was später zu der Veranstaltungsreihe „Ungarns Nachbarn“ führt. Ferner gibt es ab 1993 regelmäßige Vortragsveranstaltungen mit Vertretern der ungarischen Botschaft zu aktuellen Themen (EU-Beitritt, Wirtschaftspolitik, Außen- und Innenpolitik); Botschaftsrat Viragh referiert zur geplanten EXPO 1996. Der ungarische Minister Dr. Szabó stellt die innen- und wirtschaftspolitische Entwicklung Ungarns dar. Mehrere Veranstaltungen beschäftigen sich mit literarischen Themen, unter anderem auch in Form von Lesungen mit Gästen aus Ungarn (Dr. Valéria Koch) und aus Siebenbürgen.

Mit dem Jahr 1994 leitet die Aufbauphase der DUG in eine konsolidierte Existenz der Gesellschaft über. Leider lockern sich allmählich die Beziehungen zu den Ungarn-Clubs in Brandenburg, wie die DUG überhaupt in den sieben Folgejahren nicht mehr mit Veranstaltungen im diesem Bundesland präsent ist. In Bezug auf ihr Veranstaltungsprogramm muß die DUG vermehrt auf eigenen Füßen stehen: Wurden von den 17 Veranstaltungen 1994 noch sieben mit häufig vom Haus Ungarn vermittelten Kooperationspartnern durchgeführt – zum Teil lag dies auch im Eigeninteresse des Hauses Ungarn begründet –, so gab es 1995 bei insgesamt sechs Veranstaltungen noch eine mit einem Partner und 1996 bei zwölf Veranstaltungen nur

zwei Kooperationen. Die Zahl der Besucher bei den Veranstaltungen bleibt unterschiedlich und aus der eigenen Mitgliedschaft meist bedauerlich niedrig. Je mehr Zeit seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der von Ungarn dabei eingenommenen herausragenden Rolle verstreicht, um so weniger sind Themen aus oder über Ungarn ein „Selbstläufer“.

Die Mitgliederzahl bröckelt von ihrem in den ersten eineinhalb Jahren nach der Gründung erreichten 164köpfigen Maximum auf unter einhundert bis zum Jahre 2000. Dies liegt auch an einer konsequenten Streichung von Mitgliedern, die weder ihrer Beitragspflicht genügen, noch sich sonst an der Arbeit der DUG beteiligen: Die erste umfassende Bereinigung der Mitgliederliste war zu Beginn des Jahres 1995 fällig.

## DIE TÄTIGKEIT DER DUG AB 1995

Anfang des **Jahres 1995** schließt die DUG 22 säumige Beitragszahler von der weiteren Mitgliedschaft aus; der Mitgliederbestand schrumpft auf 130. Der Kulturarbeitskreis der DUG pflanzt neben einem Fragment der Berliner Mauer in Budapest bei reger Beteiligung der örtlichen Presse einen Freundschaftsbaum. Zusätzlich zur Beteiligung am Ferienprogramm der DUF führt die DUG für zwanzig ungarisch-stämmige Jugendliche aus Siebenbürgen ein zehntägiges Berlin- und Brandenburg-Programm durch. Der frühere Vizevorsitzende Kschenka berichtet aus Siebenbürgen; drei Vorträge haben die ungarisch-habsburgische Monarchie (Dr. Fischer, Hamburg) und den Trianon-Vertrag (zweimal Prof. Dr. Schödl) zum Thema.

Auf der ersten Mitgliederversammlung des **Jahres 1996** stellt sich der im Herbst 1995 berufene neue Direktor des Hauses Ungarn György Dalos mit einem Vortrag vor. Er wird zum Ehrenmitglied ernannt. Mit der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. (Sitz Bonn) geht die DUG wegen der möglichen Fusion beider Gesellschaften die Mitgliedschaft auf Gegenseitigkeit ein. In den Wahlen zu den Vereinsämtern werden berufen:

- zur **stellvertretenden Vorsitzenden** Frau Sigrid Boese-Pirschel, Kunstmalerin und Dozentin, aus Spandau: sie bleibt in Personalunion Leiterin des Kulturarbeitskreises;
- zum **Schriftführer** Herr Kollmann (in 2. Wiederwahl),
- zur **Schatzmeisterin** Frau Renate König, Küsterin i. R., aus Reinickendorf.

Der zweiten Jahreshauptversammlung im Herbst ist ein Vortrag des Leiters der Berliner Außenstelle der ungarischen Botschaft, des Gesandten János Wolfart, zu den ungarischen Grundlagenverträgen vorgeschaltet (in der

Folgezeit wird fast bei jeder Mitgliederversammlung ein Botschaftsvertreter referieren).

- Der **Vorsitzende** Moser wird in seinem Amt bestätigt.

Die Auswertung einer während des Jahres schriftlich durchgeführten Mitgliederbefragung über die Arbeit der Gesellschaft wird mit vielen Anregungen für die Arbeit diskutiert. Unter anderem engagiert sich die DUG nunmehr auch in der Unterstützung einer Paketaktion, die ein DUG-Mitglied zugunsten armer, kinderreicher ungarischer Familien durchführt (bis 1999). Im Sommer 1996 nahm eine DUG-Delegation an den Millenniumsfeiern in Ungarn teil (auch in der Folgezeit können sich DUG-Mitglieder an den von Frau Boese-Pirschel organisierten Informationsreisen nach Ungarn und zu den ungarischen Minderheiten in den Anrainerländern beteiligen, zum Beispiel 1997 in die Südslowakei, 1999 nach Siebenbürgen). Bei zwei wirtschaftspolitischen Veranstaltungen zu Investitionsmöglichkeiten in Ungarn und mit dem brandenburgischen Staatssekretär Pieper über die Wirtschaftsbeziehungen zu Ungarn zeigt der DUG-Wirtschaftskreis Flagge. Auch geschichtliche Themen – die 1956er Revolution (Dr. Tinschmidt\*) –, wissenschaftspolitische Betrachtungen zur Hochschulentwicklung in Ungarn (Dr. Fischer, Hamburg), aber auch musikalische Aufführungen, unter anderem mit dem siebenbürgischen Volksmusikensemble „Jánosi“, verhalfen der DUG zu einem abwechslungsreichen Jahresprogramm.

Zur finanziellen Unterstützung der humanitären Belange der DUG veranstaltet die Gesellschaft im Januar des **Jahres 1997** ein sehr gut besuchtes Benefizkonzert mit dem Duo Orpheo. Im Mai beteiligt sich die DUG erstmals an der jährlich von der Europäischen Kommission ausgerufenen Europa-Woche: Bis 2002 – darunter in den beiden letzten Jahren in Zusammenarbeit mit dem Collegium Hungaricum – führt die DUG in erster Linie Vortragsveranstaltungen durch, die sich den Fragen des ungarischen EU-Beitritts widmen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Präsenz der DUG bei den Feierlichkeiten anlässlich des 800jährigen Bestehens des Bezirkes Spandau: Der Ungarntag im Rahmen des „Internationalen Markttagess“ steht in Kontinuität der DUG-Beiträge zu verschiedenen Veranstaltungen Spandaus in der Vergangenheit (Altstadtmarkt 1996, Schulpartnerschaft 1997, Künstlerbesuche; bezirkliche Kooperation mit Budapests XIII. Bezirk).

Eine gemeinsame Veranstaltung von Botschaft, Haus Ungarn und DUG im Gedenken an die Märzrevolution von 1848 gibt den Auftakt, daß sich die DUG, dem dringenden Wunsch der ungarischen Botschaft folgend, in Zukunft öffentlichkeitswirksamer und intensiver an der Außendarstellung

---

\* Vgl. den Abdruck von Dr. Tinschmidts Beitrag in diesem Almanach.

Ungarns beteiligt. Dazu gehören eine Tourismusveranstaltung und die Einbeziehung in die ideengebenden Vorarbeiten zum Wiederaufbau des Collegiums Hungaricum, wozu auf der Jahreshauptversammlung im Dezember der Direktor des Hauses Ungarn referiert. Seine Unabkömmlichkeit wegen Planung und Vorbereitung der Buchmesse 1999 – Schwerpunktland Ungarn (F-99) in Frankfurt – soll die DUG mit mehr Veranstaltungen kompensieren. Der Sonderbeauftragte der ungarischen Regierung für die Frankfurter Buchmesse, Botschafter a. D. Dr. Gábor Erdödy, wird Ehrenmitglied der DUG.

Das **Jahr 1998** ist von der Diskussion und Beratung über eine Fusion der Deutsch-Ungarischen Gesellschaften mit Sitz in Berlin und Bonn geprägt. Die Berliner Gesellschaft beschließt deshalb, ihre Satzung an die Bonner Satzung anzupassen, um das Zusammengehen zu erleichtern. Bis zu diesem für das Jahr 2000 ins Auge gefaßten Zeitpunkt wird die Neustrukturierung des in seiner Arbeit stagnierenden Wirtschaftsclubs aufgeschoben. Da die Amtszeit des Vorsitzenden weiterläuft, wählen die Mitglieder im übrigen

- zu seiner **Stellvertreterin** Frau Boese-Pirschel (in Wiederwahl),
- **zum Schriftführer** Herrn Kollmann (in 3. Wiederwahl),
- zur **Schatzmeisterin** für die nicht wieder kandidierende Frau König nunmehr Frau Ágnes Matthes.

Eine von der Fa. Siemens AG finanzierte moderne Computeranlage (die alte Anlage wird einer Schule in Sopron gespendet) soll die Effizienz der Geschäftsstelle verbessern helfen, und die Berufung von ehrenamtlich Tätigen soll die Arbeit der DUG auf eine breitere personelle Basis stellen.

Die Kooperation mit anderen Vereinen, zum Beispiel mit der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft und den slowenischen Vereinen in der Stadt, wird in Veranstaltungen ausgebaut. Der Verein der Ungarndeutschen im ungarischen Komitat Csongrád erhält eine Bücherspende. Neben den Vorbereitungen Ungarns auf den EU-Beitritt, der in mehreren Veranstaltungen thematisiert wird, referieren auch wieder DUG-Mitglieder (Frau Englert über brandenburgische Wirtschaftsbeziehungen zu Mittel- und Osteuropa; Kollmann über Ungarn; Dr. Tinschmidt zum Ergebnis der Parlamentswahlen; Rettel zur Rolle der nationalen Kulturen in einem vereinten Europa). Die historischen Beziehungen Ungarns zu Kroatien (Prof. Dr. Sundhausen) und zum europäischen Rechtsgebiet (Frau Dr. Gönczi, Frankfurt/M.) sind weitere Themen. Die Beiträge des Wirtschaftsarbeitskreises zur interkulturellen Kommunikation (Prof. Dr. Ungvári, Wildau) und zum ungarischen Wirtschaftsrecht (Prof. Dr. Keßler) finden ebenso ein interessiertes Publikum wie der Bericht des stellvertretenden ungarischen Ombudsmanns für die Minderheiten (Heinek, Budapest) über seine Arbeit.

Nachdem die stellvertretende Vorsitzende ihr Amt zum Ende 1998 niedergelegt hat, wählt die Mitgliederversammlung im Frühjahr **1999**

- zum **stellvertretenden Vorsitzenden** Herrn Klaus Rettel, Juristen und freiberuflichen politischen Berater, aus Zehlendorf

für die satzungsmäßige Amtszeit von zwei Jahren. Für dieselbe Zeit wird

- Herr Moser zum **Vorsitzenden** (zum dritten Mal im Anschluß an seine Ende 1998 ausgelaufene Amtszeit) gewählt.

Eine weitere Mitgliederversammlung im September 1999 beschließt die grundlegend neugefaßte und an die Regelungen der Bonner DUG angelehnte Satzung; die DUG-Organen erhalten neue Bezeichnungen. Mit dem Ausscheiden von Frau Boese-Pirschel und mit Rücksicht auf Dr. Tinschmidts Gesundheitszustand geht die Zuordnung der Veranstaltungsvorbereitungen von den beiden Arbeitskreisleitern satzungsgemäß in die Zuständigkeit des Vizepräsidenten über, die Tätigkeit der Arbeitskreise wird eingestellt; der Arbeitskreis Wirtschaft soll gegebenenfalls in einen Wirtschaftsclub überführt werden. Für eine Übergangszeit soll das bisherige vierköpfige Präsidium in der bestehenden Besetzung weiterarbeiten. Der Anlaß dieser Beschlußfassungen, nämlich die Fusion mit der Bonner DUG, dünkt nach deren zwischenzeitlichen Beratungen nun allerdings weniger zwingend.

Die abwechslungsreichen Veranstaltungen der DUG setzen Schwerpunkte bei Ungarns EU-Beitritt (Prof. Dr. Vida, Budapest, zum ungarischen Wirtschaftsrecht und Botschaftsrat Dr. Orgoványi zu den EU-Verhandlungen) sowie – in Kooperation mit dem Haus Ungarn – bei zwei großen Podiumsdiskussionen zur Frankfurter Buchmesse (F-'99). Die Mitglieder Deicke über den ungarischen Lyriker Lóriné Szabó und Dr. Tinschmidt mit einer Jahresbilanz der Regierung Orbán bringen sich wieder in die Arbeit der DUG ein. Vier Ausstellungen mit Bildern ungarischer und deutscher Künstler, zwei Konzerte mit Musikern aus Berlin und Budapest (darunter: Kammerorchester Adrianus) berücksichtigen die Kunst so wie andere Veranstaltungen Ungarns Geschichte (Ungarn seit der Wende – Prof. Dr. Mustó, Debrecen –; die 13 Märtyrer von Arad – Dr. Makovitzky, Rostock). Der frühere bundesdeutsche Botschafter in Ungarn Dr. Arnot berichtet zum Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs über die dieses Ereignis begleitenden diplomatischen Aktivitäten und seine Tätigkeit im Ungarn der Wendezeit.

Im **Jahr 2000** ist die Berliner DUG am Neujahrsempfang, den Deutsch-Slowakische, Deutsch-Tschechische, Deutsch-Ungarische und Deutsch-Polnische Gesellschaft, jeweils mit Sitz in Bonn, im Berliner Alten Stadthaus geben, beteiligt (Ehregast: Slowakiens Staatspräsident S. E. Herr Schuster)

Nach seinem bei der Wiederwahl bereits angekündigten Rücktritt im Mai wird Herr Moser auf der Mitgliederversammlung im Juni 2000 zum Ehrenpräsidenten ernannt. Auf Grund der neuen Satzung wählt die DUG nunmehr für die restliche Amtszeit bis April 2001

- zum **Präsidenten** Herrn Prof. Dr. István Mustó, Hochschullehrer in Debrecen und an der Technischen Universität Berlin.

Nach Ablauf ihrer Amtszeiten und zur Harmonisierung der Wahlperioden der Präsidiumsmitglieder – die Amtszeit von Vizepräsident Rettel dauert noch bis Frühjahr 2001 – werden für eine nur einjährige Amtszeit gewählt:

- zum **Schriftführer** Herr Kollmann (in 4. Wiederwahl),
- zur **Schatzmeisterin** Frau Matthes (in Wiederwahl).

Die Veranstaltungsreihe der DUG zur Europa-Woche im Mai ist 2000 besonders bunt und vielfältig. Der ehemalige österreichische Vizekanzler Dr. Busek, der ungarische Schriftsteller Esterházy, der Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer Illing, der ungarische Ombudsmann für die Minderheiten Prof. Dr. Kaltenbach, der ungarische Jazzpianisten Binder und der ungarische Gesandte Dr. Czukor zeigen neben anderen die Spannweite der namhaften Vertreter, die aus und über Ungarn das Programm bereichern. Neben den acht Veranstaltungen der Europa-Woche stellt die Literatur einen Schwerpunkt der Arbeit der DUG im Jahre 2000 dar; dazu zählen Lesungen mit der Schriftstellerin Terézia Móra, mit dem früheren ungarischen Botschafter in Bonn Dr. Horváth aus seinen Erinnerungen sowie Buchvorstellungen (zur Geschichte Ungarns durch den Autor Prof. Dr. Molnár und seinen Übersetzer, das DUG-Mitglied Prof. Dr. Balla; zur Geschichte der Deutschen in Ungarn durch den Historiker Dr. Ács; ferner ein Abend zum Gedenken an den ungarischen Schriftsteller Márai mit dem ungarischen Literaturhistoriker Mesterházy und dem Márai-Übersetzer Skirecki, Berlin). Dr. Tinschmidt (Halbzeitbilanz der ungarischen Regierung) und der frühere ungarische Staatssekretär Dr. Szent-Iványi (Darstellung der Außenpolitik Ungarns der letzten zehn Jahre) setzen die historisch-politischen, der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Csongrád, Dr. Horváth, mit einer Darstellung der ungarisch-rumänischen Kooperation in der Donau-Theiß-Mieresch-Kreisch-Euroregion die wirtschaftspolitischen Akzente. Dr. Fischer,\* Hamburg, stellt die Situation der Zigeuner in Ungarn dar.

---

\* Dr. Fischers überarbeiteter Beitrag ist in diesem Almanach abgedruckt.

Mit dem neuen ungarischen Botschafter S. E. Herrn Gergely Pröhle wird vereinbart, daß Botschaft und Berliner DUG unter Beteiligung der Bonner DUG im Januar 2001 einen gemeinsamen Neujahrsempfang in der Thüringischen Landesvertretung geben (der Neubau der ungarischen Botschaft wird erst im September eröffnet). Mehr als 400 Gäste folgen der Einladung.

Zur besseren Mitgliederwerbung wird eine Selbstdarstellung der DUG als Faltblatt hergestellt, und das Präsidium kommt überein, die Zahl der Veranstaltungen auf zwei pro Monat zu steigern. Ferner will das Präsidium Vorträge mit einem über den Tag hinausreichenden Inhalt in einem – das heißt diesem – Almanach dokumentieren; die Siemens AG und die Berliner Landesbank erklären sich dankenswerterweise zu einer Finanzierung bereit.

Im Verlauf des fortdauernden Meinungsaustausches nimmt die Bonner DUG von der zügig zu verwirklichenden Fusion beider Gesellschaften Abstand; daraufhin beschließt die Jahreshauptversammlung der Berliner DUG, die Übergangsvorschrift für ein nur aus vier Personen bestehendes Präsidium nochmals um zwei Jahre zu verlängern und die deutschlandweite Arbeit zu verstärken. Auf dieser Grundlage werden

- alle bisherigen Präsidiumsmitglieder in ihren Ämtern bestätigt.

Mit einer konsequenten Ausrichtung auf Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen durchgeführt werden können, und in dem Bemühen, die DUG in möglichst unterschiedlichen Themenfeldern Präsenz zeigen zu lassen, gelingt es wieder, ein umfangreiches und vielfältiges Veranstaltungsprogramm zu bieten. Mit Darstellungen der Arbeit der schwedischen und der belgischen EU-Ratspräsidentschaft im Blick auf die EU-Osterweiterung durch den schwedischen Botschafter S. E. Herrn Hellström beziehungsweise durch den belgischen Gesandten Baron Van de Voorde und mit einem Überblick des brandenburgischen Europaministers Prof. Dr. Schelter über das, was Brandenburg von der EU-Erweiterung erwartet, werden hochwertige wirtschaftspolitische Akzente gesetzt. Dazu gehört auch die Diskussionsveranstaltung des DUG-Präsidenten Prof. Dr. Mustó\* zusammen mit dem ungarischen Botschafter S. E. Herrn Pröhle in der sehr gut besuchten Europäischen Akademie über die „Nation in der Globalisierung“. Die Europa-Woche bringt ein breites Spektrum an Themen (unter anderem Prof. Dr. Vida, Budapest, zum ungarischen Verbraucherrecht; der ungarische Verteidigungsattaché Konronczai\*\* zur Neuausrichtung der Honvéd-Armee; die Vizestaatssekretärin Frau Kőrösi\*\*\* zur ungari-

---

\* Vgl. den Abdruck des in die Diskussion einführenden Beitrages von Prof. Dr. Mustó in diesem Almanach.

\*\* Vgl. den Abdruck des Referates in diesem Almanach.

\*\*\* Vgl. den Abdruck des Vortrages in diesem Almanach.

schen Kultur in Europa; und in Fortsetzung der Kontakte der DUG zur Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag deren Vorsitzender Freiherr von Schorlemer zur parlamentarischen Demokratie in Ungarn). Ein weiterer Höhepunkt im Herbst 2001 sind ohne Zweifel die Betrachtungen, die in einer öffentlichen Veranstaltung in der Botschaft Ungarns der auf Einladung der DUG nach Berlin gekommene ungarische Altpräsident Árpád Göncz<sup>\*</sup> über seine Amtstätigkeit anstellt; dieser Abend war Teil des von der DUG arrangierten Programms, welches Herr Göncz in Berlin und mit einem Mittagessen auf Einladung des brandenburgischen Ministerpräsidenten Dr. Stolpe in Brandenburg absolvierte.

Eine Veranstaltung im Dezember befaßte sich in Beiträgen des DUG-Präsidenten Prof. Dr. Mustó und der Leiterin der ungarischen Konsularabteilung Frau Klekot mit den ungarischen Minderheiten im Ausland: einmal mit der vom Statusgesetz beschriebenen Stellung der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern Ungarns und zum anderen mit der Integration der ungarischen Minderheit in Berlin-Brandenburg. Anlaß war die Entscheidung der DUG, diese Integration in Form einer Studie<sup>\*\*</sup> zu untersuchen und dafür die von dem Arbeitsamt Berlin-Mitte und der Gesellschaft „Zukunft im Zentrum“ gewährten Personalmittel in Anspruch zu nehmen.

Aus den weiteren Veranstaltungen sollen hier noch die in Kooperation unterstützten Veranstaltungen, die Aufführungen einer Kurták-Oper und die Auftritte des Klavier-Quartetts „Ungária“ in Berlin und Brandenburg, erwähnt werden. Der Erlös der Klavierkonzerte kam dem Jugendaustausch des Vereins DUF zugute. Äußerst gut war auch die Ausstellung des Berliner Künstlers Schönwaldt mit Fotos und Zeichnungen aus Ungarn besucht.

Schließlich seien die Veranstaltungen mit historischen Themen erwähnt: der Vortrag des Historikers Nowak<sup>\*\*\*</sup> über ungarische Konföderationspläne; der Beitrag von Dr. Fischer, Hamburg, zu unterschiedlichen Geschichtsbildern in deutschsprachigen Büchern über die Geschichte Ungarns; und der Vortrag von Prof. Dr. Hänsel über die archäologische Forschung in Ungarn.

An die nach dem Ausscheiden von Frau Boese-Pirschel aus dem Vorstand zum Erliegen gekommene Präsenz der DUG in Ungarn wird angeknüpft, als die weltweit tätige State Legislative Leaders Foundation bei der Vorbereitung ihrer Jahrestagung in Budapest unterstützt wird. Die DUG ist auf der Konferenz durch ihren Präsidenten und ihren Vizepräsidenten vertreten. Außerdem nimmt Präsidiumsmitglied Kollmann an dem „11. Deutsch-Ungarischen Forum“ im Dezember teil, welches in Budapest abgehalten und von der Eröffnung des neuen deutschen Botschaftsgebäudes begleitet wird.

---

\* Vgl. den zusammenfassenden Bericht über die Ausführungen von Herrn Göncz in diesem Almanach.

\*\* Die Studie ist in diesem Almanach abgedruckt.

\*\*\* Eine Zusammenfassung ist in diesem Almanach abgedruckt.

Höhepunkt der Veranstaltungen im **Jahr 2002** ist der Empfang aus Anlaß des ungarischen Nationalfeiertages in der Botschaft, an dem die DUG und die Bonner DUG beteiligt sind und dessen Ehrengast der ungarische Staatspräsident S. E. Herr Ferenc Mádl ist. In Verfolg des Präsidiumsbeschlusses vom Frühjahr 2001 gelingt es, die Zahl und die Vielfältigkeit der Veranstaltungen im Jahr 2002 noch einmal zu steigern (auf 25). Dabei wurde unter Beachtung des Wunsches der Botschaft ein Schwergewicht auf die außen- und wirtschaftspolitischen Themen gelegt: Unter anderen referierten das DUG-Mitglied Jaedtke, bis 2001 Leiter der EU-Kommission in Budapest, über Ungarns Weg in die EU; der Presseattaché der Botschaft Irlands über das Ergebnis des irischen Referendums zum EU-Vertrag von Nizza; Vizepräsident Rettel über den Balkanstabilitätspakt aus ungarischer Sicht; DUG-Kuratoriumsmitglied Prof. Dr. Inotai vom Weltwirtschaftsinstitut Budapest über die mittelfristigen Herausforderungen für die ungarische Wirtschaft (in der ungarischen Botschaft); Gesandter S. E. Dr. Orgoványi anläßlich seiner Dienstaufnahme in Berlin über Ungarns EU-Beitrittsprozeß (in der Europäischen Akademie). Um die siebzig Zuhörer bei den zwei letztgenannten Abenden zeigen das besondere Interesse an Thema und Referenten.

Historisch-politische Bezüge hatten die Beiträge von DUG-Kuratoriumsmitglied Prof. Dr. Schödl über den Ostmitteleuropabegriff im Hinblick auf die EU-Erweiterung und von Frau Dr. Gabanyi zur Geopolitik im Transformationsprozeß; beide Veranstaltungen wurden zusammen mit und in dem Rumänischen Kulturinstitut durchgeführt. Das Mitglied des slowakischen Parlaments Dr. Osuský stellt in einer der bestbesuchten Vortragsveranstaltungen des Jahres 2002 die politische Situation im Vorfeld der slowakischen Parlamentswahlen und das Verhältnis der Slowakei zu Ungarn dar; die Veranstaltung ist seit Jahren die erste, die die DUG wieder im Bundesland Brandenburg anbietet, und für die das Deutsche Kulturforum Östliches Europa, Potsdam, neben anderen als Kooperationspartner gewonnen wird.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die grenzübergreifende Situation Ungarns und Rumäniens; es wird die Regionalentwicklung des Banats untersucht (Dr. Rieser, Tübingen), die Situation der Zigeuner dargestellt (Dr. Seewann, München – unter anderem an Hand eines preisgekrönten ungarischen Kurzfilms von Sándor Mohi über siebenbürgische Zigeuner), der von allen Ethnien, auch der ungarischen, getragene Widerstand gegen das rumänische Ceaucescu-Regime (Dr. Bergel, München); von besonderem inhaltlichen und zahlenmäßigen Zuspruch ist die gemeinsame Darstellung der Donau-Kreisch-Mieresch-Theiß-Euroregion durch den IHK-Hauptgeschäftsführer aus Szeged, Dr. Horváth,<sup>\*</sup> und den stellvertretenden IHK-Geschäftsführer aus dem rumänischen Bezirk Arad, Groşan, unter Beteiligung des

---

<sup>\*</sup> Dr. Horváths erweiterter Überblick über die Entwicklung der DKMT-Region ist in diesem Almanach abgedruckt.

deutschen Auswärtigen Amtes in der Europäischen Akademie. Dieser Vortrag war als Teil einer umfassenden Darstellung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Zusammenarbeit Ungarns im Rahmen der Europa-Woche gedacht; leider mußte die DUG wegen geänderter Förderrichtlinien erstmals auf einen öffentlichen Zuschuß verzichten und deshalb das angedachte Programm der Europa-Woche erheblich zusammenstreichen.

Dies war angesichts der finanziellen Situation und eines reduzierten, durch Mitgliedsbeiträge nicht aufzufangenden Spendenaufkommens auch deshalb notwendig, da sich die DUG auf Bitten der Botschaft ebenfalls an den Berlin-Budapest-Tagen beteiligen sollte. Im Rahmen dieses Veranstaltungszyklus erläuterte Frau Dr. Gönczi, Frankfurt/M., den wissenschaftlichen Beitrag Deutschlands, insbesondere Berlins, zur Modernisierung Ungarns im 19. Jahrhundert. DUG-Kuratoriumsmitglied Prof. Dr. Hazai stellte die neugegründete deutschsprachige Andrassy-Universität in Budapest vor, deren Gründungsrektor er ist und für den die DUG zur Propagierung dieser neuen Studienmöglichkeiten ein Programm in Berlin und Potsdam zusammenstellte und begleitete. Diesen wissenschaftspolitischen Block rundete das DUG-Kuratoriumsmitglied Prof. Dr. Klinghammer, Rektor der ELTE-Universität Budapest, mit einem Referat über die Wissenschaftsbeziehungen deutscher und ungarischer Hochschulen ab.

Natürlich gab es auch eine Dichterlesung (Prof. Hammerstiel mit einer Ausstellung einiger seiner Zeichnungen aus und über Ungarn), und Prof. Dr. Pápay, Rostock, zeigte den ungarischen Freiheitskampf 1848/49 in der Malerei mit einer Multimediaschau. Auf die ungarische Geschichte bezogen sich die Referate über die bosnische Annexionskrise (Dr. Angelow, Potsdam) und zum Stalinismusvergleich zwischen Ungarn und der DDR (Dr. von Klimó). Eine aktuelle Auswertung der ungarischen Kommunalwahlergebnisse und der politischen Entwicklung Ungarns nahm DUG-Mitglied Frau Dr. Sitzler vor. Das Frauenbild in Ungarn wurde vorgestellt (Frau Bedő). Auf Initiative des DUG-Mitglieds Migende wurden der ungarische Baum des Jahres, die Birke, und der deutsche Baum des Jahres, die Esche, im Berliner Tiergarten unter Beteiligung von Vertretern des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung, des Landes Berlin und des Bezirks Tiergarten gepflanzt. Die ungarische Botschaft ehrte das Ereignis dankenswerterweise mit einem gut besuchten Empfang.

Zur Unterstützung der bereits erwähnten Studie über die Integration der Ungarn in Berlin-Brandenburg referierte Frau Dr. Járosi-Müller, Trier, über die Identitätsbildung bei in Berlin lebenden Ungarn. Die Studie wurde im Spätherbst 2002 abgeschlossen und wird der DUG-Mitgliedschaft im Februar 2003 vorgestellt. Anlaß dazu wird die in diesen Monat verschobene Jahreshauptversammlung des Jahres 2002 sein. Auf der Tagesordnung der Versammlung werden des weiteren die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2001/02 zur Arbeit der DUG stehen, die im Lichte des mehrheitlich gefaß-

ten Präsidiumsbeschlusses vom November 2002 zu diskutieren sind, das Programm der DUG auf fünf oder sechs „Kernveranstaltungen“ pro Jahr zu reduzieren, was zur Absage von etwa zehn bereits für Dezember 2002 und die ersten drei Monate 2003 geplanten Veranstaltungen führte.

Die Versammlung sollte auch Anlaß sein zu überlegen, wo die Erwartungen an das Mitte 2003 neu zu wählende Präsidium in Bezug auf die zukünftige Arbeit liegen und wie die Geschäftsstellenarbeit den Anforderungen an Effektivierung und Modernität genügen kann. So ist es zum Beispiel bisher trotz der die technischen Voraussetzungen ermöglichenden, dankenswerterweise von der Fa. Siemens wieder gespendeten neuen EDV-Anlage nicht gelungen, einen dauerhaften Internetauftritt für die DUG zu organisieren und diesen mit einem aktuellen Informationsportal über Ungarn zu verbinden. Ebenso konnten die Erwartungen der Botschaft an die Wiedergründung eines DUG-Wirtschaftsclubs nicht erfüllt werden. Junge Mitglieder zu gewinnen muß hohe Priorität haben. Die Kooperationspartnerschaften müssen erhalten, wenn möglich erweitert werden, auch wenn sie die Erwartungen an ihre finanzielle Beteiligung oft enttäuschen. Die DUG muß Beziehungen zu Institutionen in Ungarn in ihre Arbeit einbeziehen. Die bescheidenen Erfolge im Jahre 2002, daß Medien die DUG-Veranstaltungen wieder zur Kenntnis nehmen, sind auszubauen; dazu wird eine stärkere Aktualisierung unter Einbeziehung von sowieso nach Berlin kommenden ungarischen Gästen unerlässlich sein. Ferner ist überlegenswert, wie die Arbeit der DUG finanziell besser abzusichern und ein Netzwerk mit anderen Deutsch-Ungarischen Gesellschaften zu schaffen ist (dies gelang 2002 nur mit der DUG in Mecklenburg-Vorpommern). Nicht in der Hand der DUG liegt hingegen der von der Botschaft beklagte, eher schädliche Dualismus im Auftreten zweier Deutsch-Ungarischer Gesellschaften in Berlin: dieser hier vor elf Jahren gegründeten DUG und einer vor knapp zwei Jahren eingerichteten nominellen Außenstelle der Bonner DUG.

Im Februar 2003 wird der Mitgliedschaft auch dieser Almanach präsentiert – als Rechenschaftsbericht für mehr als elf Jahre Tätigkeit zum Nutzen der deutsch-ungarischen Beziehungen, um weitere Interessenten zu gewinnen und zu zeigen, wie abwechslungsreich, umfassend, wissenschaftlich und volkstümlich die Arbeit der DUG ist und wo – wenn Defizite erkannt werden – mit Hilfe der eigenen Mitgliedschaft diese Tätigkeit bereichert werden kann. Insofern mag dies auch jeder – noch – Außenstehende als Einladung zum Mitmachen und zur Unterstützung auffassen, jedes Mitglied aber als Anregung zu eigenen Aktivitäten und regem Besuch der Programme. Dann muß um die Zukunft der DUG keine Besorgnis herrschen – denn dieser Bericht beweist, daß es für die DUG eine Berechtigung gibt, ja, einen Bedarf: für ein Mehr an Informationen, Veranstaltungen, Miteinander, Zusammenarbeit mit bi-nationalen Vereinen in Berlin und in anderen Bundesländern, aber auch in Ungarn. In diesem Sinne: auf die Zukunft!

**ANHANG 1:****GESAMTSTATISTIK DER VERANSTALTUNGEN  
UND ÜBERBLICK ÜBER SONSTIGE AKTIVITÄTEN  
DER DEUTSCH-UNGARISCHEN GESELLSCHAFT E. V. (DUG)**

Seit Gründung am 25. November 1991 hat die DUG 179 Veranstaltungen durchgeführt (vgl. folgende Übersicht), davon insgesamt 22 im Rahmen der sechsmaligen Beteiligung an den Europa-Wochen im Mai jedes Jahres seit 1997. Fünfmal war die DUG mit Veranstaltungen im Bundesland Brandenburg vertreten, einmal in Mecklenburg-Vorpommern (2002). Im Rumpfsjahr ihrer Gründung gab es keine Veranstaltungen; deshalb erfaßt die Statistik das ganze Jahr 2002 und nicht nur anteilig bis zum 24. November 2002.

Die Zuordnung ist – wegen inhaltlicher Überschneidungen – nur eine grobe Einteilung. So ist die Rubrik 'Politik' wegen der Ungarn betreffenden innen- und außenpolitischen, aber auch wegen derjenigen Themen, die sich mit der Politik der Anrainerländer im Verhältnis zu Ungarn beschäftigen, ebenso besonders stark vertreten wie die Rubrik 'Wirtschaft', unter der sich Vorträge sowohl zur (binnen- und außen-)wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns als auch zur Vorbereitung auf den Beitritt zur Europäischen Union unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten befinden.

Nicht in folgender tabellarischer Übersicht erfaßt werden die sonstigen Aktivitäten, so im Bereich des Schüleraustauschs mit dem im Oktober 1992 gegründeten Förderverein Deutsch-Ungarische Freundschaft e. V. aus Oranienburg, der ab 1993 bis Ende 2002 insgesamt 1.116 Kindern und Jugendlichen aus Ungarn beziehungsweise aus dem brandenburgischen Landkreis Oberhavel einen zehntägigen Aufenthalt im Gastland ermöglichte und mit dem seit 1994 zusammengearbeitet wird (insbesondere bei der Gestaltung des Berlin-Tages oder bei der Mitfinanzierung, vor allem durch Übernahme von Patenschaften). Zusätzlich führte die DUG in eigener Regie in den Jahren 1995 und 1996 insgesamt drei Schüleraustausch- und Ferienprogramme durch oder war daran beteiligt Eine Hospitanz an der Jüdischen Oberschule in Berlin (Sommer 2000) wird zwei Budapester Schülern ebenso wie auch eine Schulpartnerschaft zwischen je einer Schule in Spandau und im XIII. Budapester Bezirk vermittelt.

Weitere erwähnenswerte Maßnahmen der DUG in den Bereichen Austausch, Benefiz, humanitäre Hilfen, Sachspenden usw. ergeben sich aus obigen Jahresüberblicken; das gilt auch für Hilfestellungen bei der Gründung der sechs selbständigen Ungarn-Clubs in Brandenburg. 1996 fand eine – für DUG-Mitglieder offene – Ungarn-Reise statt, deren Programm von der Teilnahme an den Millenniumsfeierlichkeiten bestimmt war.

Zur Information der Mitglieder über die Tätigkeit der Gesellschaft kamen seit 1992 bis Ende 2002 insgesamt 16 Info-Briefe heraus, in den letzten Jahren begleitet von statistischen Aufbereitungen und Gesamtjahresübersichten der Veranstaltungen. Eine im wesentlichen durch Herrn Hans Kollmann ehrenamtlich betreute, zum Teil durch Praktikanten, ABM-Maßnahmen und in ähnlicher Weise unterstützte Geschäftsstelle, deren räumliche Unterbringung dankenswerterweise das Haus Ungarn/Collegium Hungaricum gewährleistet, stand in den elf Jahren des Bestehens der DUG zur Verfügung. Weitere Aktionen wie ein Jour fixe für Mitglieder und Gäste oder ein Wirtschaftsclub fanden nicht genügend Resonanz.

Um die Veranstaltungen der DUG besser auf die Wünsche der Mitgliedschaft abzustimmen und mehr Besucher aus den eigenen Reihen zu interessieren, fanden zwei Mitgliederbefragungen (1996 und 2001/02) statt. Dabei mußte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Veranstaltungen über die ungarische Kultur im engeren Sinne auf Grund einer vereinbarten Arbeitsteilung von der Botschaft und dem Collegium Hungaricum wahrgenommen werden sollen, während sich die DUG auf dringende Bitten der Botschaft als politische und wirtschaftliche Plattform profilieren soll.

Es wurde versucht, vor allem in den letzten Jahren durch Kooperationspartner (vgl. Anhang 2) den Veranstaltungen neue Interessenten zu gewinnen und die Besucherzahlen zu erhöhen. Bei den Vorträgen hatten die bestbesuchten an die 120 Zuhörer, andere zwischen 65 und 85. Ein Besuch zwischen 20 und 35 ist guter bis gehobener Durchschnitt. In verständlicher Weise anderen Größenordnungen – vor allem wegen des regen Zuspruchs der Mitgliedschaft – bewegten sich die Zahlen bei Botschaftsempfängen und ähnlichen gesellschaftlichen Ereignissen, an denen die DUG beteiligt war.

Die Resonanz in den Medien war – insbesondere durch Kooperationen mit Rundfunkanstalten bis 1993 – anfangs gut. Ab 2001/02 war durch einige Tonmitschnitte und Berichterstattungen wieder ein weitergehendes Echo gewährleistet; die Artikel im deutschsprachigen Neuen Pester Lloyd, Budapest, sowie schon vor 2001 im „Berlini Híradó“, der Publikation des Ungarischen Vereins in Berlin, deckten zu großen Teilen die DUG-Veranstaltungen ab. Weitgehend kontinuierlich waren die DUG-Veranstaltungen in den Ankündigungen der Berliner Tageszeitungen und in den Übersichten von Bildungsträgern enthalten. Zwecks Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und zur Förderung der Selbstdarstellung unternommene Anstrengungen für einen eigenen Internet-Auftritt der DUG waren bisher nicht erfolgreich.

Die Ausarbeitung einer Studie über die ungarische Minderheit in Berlin-Brandenburg (in diesem Almanach abgedruckt) in den Jahren 2001/2002 sowie die Herausgabe dieses Almanachs sind weitere Bemühungen, dem satzungsmäßigen Auftrag der DUG auf neuen Gebieten gerecht zu werden.

Dem die Aktivitäten der DUG begleitenden und unterstützenden derzeit zehnköpfigen Kuratorium gehören Persönlichkeiten aus dem deutschen po-

litischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leben sowie aus dem ungarischen Hochschulwesen an; den Aufbau eines repräsentativen Kuratoriums abzuschließen soll dem Mitte 2003 neu zu wählenden Präsidium vorbehalten bleiben. Außerdem zählt die DUG fünf Ehrenmitglieder.

Vom Ministerium für das Nationale Kulturerbe wurde Herr Hans Kollmann 2001 für seine Bemühungen um die DUG mit der Auszeichnung „Pro Cultura“ geehrt. Diese Ehrung erhielt auch das DUG-Gründungsmitglied Dr. Klaus Rackebrandt (1999). Zum „Ritter der ungarischen Kultur“ wurden die DUG-Vizepräsidenten Frau Sigrid Boese-Pirschel (1999) und Herr Klaus Rettel (2001) ernannt. Für seine umwelt- und jugendpolitischen Aktivitäten bekam DUG-Mitglied Roland Migende vom ungarischen Staatspräsidenten das Ritterkreuz des Verdienstordens der Republik Ungarn (2001).

## ÜBERSICHT DER VERANSTALTUNGEN

Jahr (+)	Gesamtzahl/ davon in Bran- denburg/ Anzahl in der Europa-Woche	Ge- schich- te	Lite- ratur	Poli- tik	Wirt- schaft	Musik	Thea- ter – Aus- stel- lung	Sonsti- ges
<b>1991</b>	0/0/00							
<b>1992 (2)</b>	2/1/00			1		1		
<b>1993 (3)</b>	18/0/00	3	4	2	1	6	2	
<b>1994 (1)</b>	17/2/00	3	5	5	1	2		1
<b>1995 (1)</b>	6/0/00	3				1	1	1
<b>1996 (2)</b>	12/0/00	1	1	2	2	3		3
<b>1997 (1)</b>	16/0/01	1	1	5	2	3	1	3
<b>1998 (1)</b>	21/2/03	2	2	8	4	5		
<b>1999 (2)</b>	19/0/03	4	4	4	1	2	4	
<b>2000 (1)</b>	23/0/08	3	6	6	3	2	1	2
<b>2001 (1)</b>	20/0/05	3		10	1	3	1	2
<b>2002 (-)</b>	*25/1/02	5	1	8	6			5
	<b>179/6/22</b>	<b>28</b>	<b>24</b>	<b>51</b>	<b>21</b>	<b>28</b>	<b>10</b>	<b>17</b>

(+) In Klammern die Anzahl der jeweils abgehaltenen Mitgliederversammlungen.

\* Davon eine Veranstaltung in Mecklenburg-Vorpommern und zwei Veranstaltungen im Rahmen der Berlin-Budapest-Tage im Juni 2002 in Zusammenarbeit mit der Botschaft der Republik Ungarn.

Seit Gründung der DUG bis Ende 2002 gab es 45 Präsidiumssitzungen und 15 – vereinzelt öffentlich abgehaltene – Mitgliederversammlungen.

## ANHANG 2:

### **AUFLISTUNG DER DUG-KOOPERATIONSPARTNER**

Diese Auflistung nennt diejenigen Partner (148), mit denen die DUG ihre **Veranstaltungen** durchgeführt hat, und zwar alle öffentlichen und privaten Institutionen. Da häufig an Veranstaltungen mehrere – manchmal vier oder gar fünf – Partner beteiligt waren, ergibt sich so eine eindrucksvolle Zahl.

Die DUG bedankt sich damit zugleich für die inhaltlichen, finanziellen und organisatorischen Beiträge der Partner, die Bereitstellung von Räumen und Technik, in manchen Fällen für die Einladung der Referenten oder künstlerischen Gruppen. Auch schuf das Interesse der Partner oder ihrer Mitglieder oft eine Besucherresonanz, die letztlich für den Erfolg einer Veranstaltung mit ausschlaggebend war. Schließlich lebt jede Veranstaltung von der Atmosphäre eines gut gefüllten Saales, von der Bereitschaft zur Diskussion möglichst vieler Zuhörer, auch von der Teilnahme an den zwanglosen Gesprächen im Rahmen der anschließenden kleinen (und bewußt bescheiden gehaltenen) Weinempfänge, ja letztlich von dem durch derartige „Äußerlichkeiten“ erbrachten Beweis, daß die Veranstalter das Interesse der Besucher wecken konnten und deren „Nerv getroffen“ haben.

Dabei entspräche es einem Mißverständnis, wollte man den Erfolg nur an den Erwartungen oder ausschließlich an der Teilnahme der DUG-Mitgliedschaft messen – so wünschenswert auch die Erfüllung dieser Erwartungen durch jede einzelne Veranstaltung wäre. Der satzungsmäßige Auftrag der Gesellschaft geht über die Befriedigung der Bedürfnisse der Mitglieder weit hinaus: Gerade die in der DUG nicht gebundene Bevölkerung – übrigens in beiden Ländern! – ist Adressat.

Keine der Veranstaltungen war Selbstzweck oder Beschäftigungstherapie für eine ansonsten müßiggängerische Vereinsführung. Sie erfüllt vielmehr – zumal in der Zusammenarbeit mit Partnern – den satzungsmäßigen Auftrag der DUG, das Miteinander der Menschen zu fördern und über Ungarn zu informieren. Jeder Besucher, den die DUG zusätzlich über einen Kooperationspartner erreichen kann, bringt sie dem Ziel näher, ein überparteiliches und überkonfessionelles Forum für den Meinungsaustausch zu sein und durch Offenheit und Vielfältigkeit dem Land Ungarn und seinen Menschen neue Freunde zu gewinnen. Dabei wurde nie versucht, sich in einem simplen „Hurra-Patriotismus“ oder in schönfärberischer Anbiederei zu üben; denn dies ist der beste Weg, das Interesse der Besucher zu verspielen. Vielmehr sollte bei aller Liebe zu diesem Land eine möglichst objektive Behandlung der Themen, im Einzelfall auch einmal eine wohlwollend-kritische Distanz zur Auseinandersetzung und Meinungsbildung anregen.

Die Mitglieder des DUG-Präsidiums müssen sich nicht gegenseitig ihrer Zuneigung zu Ungarn versichern – aber sie wollen so viel wie möglich davon in die deutsche Öffentlichkeit tragen. Jeder unserer Kooperationspartner hat der DUG die Erfüllung dieses Wunsches erleichtert. Und jeder durch die Partner zusätzlich interessierte Besucher hat hoffentlich einen Funken von Begeisterung für dieses den Deutschen nicht erst seit Mauerfall und Piroška-Romantik „naheliegende“ Land mitgenommen.

## A

Abteilung für Rechtswissenschaften der Eötvös-Loránd-Universität (ELTE), Budapest\*

ADRIANUS-Kammerorchester und ADRIANUS-Quartett, Budapest

Allgemeine Förderschule Gransee

Allgemeine Förderschule Hennigsdorf

Allgemeine Förderschule Oranienburg

Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Berlin

Amt für nationale und ethnische Minderheiten in Ungarn, Budapest

Andrássy-Universität, Budapest

Arbeitsgruppe der Neuen Bundesländer in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin\*

Arbeit und Leben e. V.\*

A&QUA GmbH, Berlin\*

Ausländerbeauftragte beim Senat des Landes Berlin

Austria-Club, Berlin\*

Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

## B

Bach-Musikgymnasium Berlin\*

Berlin-Brandenburger Auslandsgesellschaft (BBAG) e. V., Länderkreis Ungarn, Potsdam\*

Berliner Bank AG\* und Berliner Bank AG, Repräsentanz Budapest

Berliner Zeitung

Bezirksamt Berlin-Mitte, Kulturamt\*

Bezirksamt Spandau, Berlin, Abteilung Volksbildung\*

Bezirksamt Tiergarten, Berlin

Bezirksbürgermeister von Berlin-Spandau

Botschaft Belgiens, Berlin\*

Botschaft des Königreiches Schweden, Berlin

Botschaft der Republik Irland

Botschaft der Republik Ungarn bzw. bis zum Umzug der Botschaft aus Bonn nach Berlin: Außenstelle Berlin der Botschaft der Republik Ungarn

Buddhistisches Haus Berlin-Frohnau

Bundesregierung: s. Auswärtiges Amt

## C

Collegium Hungaricum Berolinense\* (s. auch Haus Ungarn, Berlin)

**D**

Deutsche Gesellschaft e. V., Berlin\*  
 Deutscher Bundestag  
 Deutscher StaatsbürgerInnenverband e. V., Berlin\*  
 Deutsches Kulturforum Östliches Europa, Potsdam\*  
 Deutschlandsender Kultur  
 Deutsch-Polnische Gesellschaft, Bonn\*  
 Deutsch-Rumänische Gesellschaft e. V., Berlin\*  
 Deutsch-Slowakische Gesellschaft, Bonn\*  
 Deutsch-Tschechische Gesellschaft, Bonn\*  
 Deutsch-Ungarische Gesellschaft e. V., Bonn  
 Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer, Budapest  
 Deutsch-Ungarische Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

**E**

Ecologic Berlin  
 Eötvös-Loránd-Universität (ELTE): s. Abteilung Rechtswissenschaft; Forschungsgruppe Literaturwissenschaften; Germanisches Institut;  
 Europäische Akademie, Berlin\*  
 Europäische Kommission, Außenstelle Berlin  
 Europäische Staatsbürgerakademie, Berlin\*  
 Europäische Wirtschaftshochschule (EAP), Berlin\*

**F**

Fachhochschule für Wirtschaft (FHW), Berlin, bzw. Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin\*  
 Ferenc-Liszt-Musikhochschule, Budapest  
 Förderschule für Erziehungshilfe, Borgsdorf  
 Förderschule für geistige Behinderung, Oranienburg  
 Förderverein Deutsch-Ungarische Freundschaft (DUF) e. V., Oranienburg\*  
 Forschungsgruppe Literaturwissenschaften an der ELTE-Universität, Budapest  
 Forschungszentrum für Internationale Studien des Instituts für Weltwirtschaft (Ungarische Akademie der Wissenschaften), Budapest  
 Frankfurt '99 GmbH - Frankfurter Buchmesse  
 Freie Universität Berlin: s. Institut für Prähistorische Archäologie; Osteuropa-Institut

**G**

Geographisches Institut am Lehrstuhl für Osteuropa, Universität Tübingen  
 Germanisches Institut der Eötvös-Loránd-Universität (ELTE), Budapest  
 Germanistik-Lehrstuhl an der Universität Sibiu/Hermannstadt (Siebenbürgen, Rumänien)  
 Grundschule Heves, Ungarn  
 Grundschule Pionierstraße, Berlin-Spandau  
 Grundschule Mátészalka, Ungarn

**H**

Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammer des Bezirks Arad, Rumänien

Haus Ungarn, Berlin\*  
 Haus der Kultur, Budapest-Kispest  
 Historisches Institut der Universität Potsdam\*  
 Humboldt-Universität zu Berlin: vgl. Institut für Geisteswissenschaften; Institut für  
 Geschichtswissenschaften; Juristische Fakultät; Seminar für Hungarologie; Wirt-  
 schaftswissenschaftliche Fakultät

**I**

Industrie- und Handelskammer des Komitates Csongrád, Szeged, Ungarn  
 Industrieverband e. V., Potsdam\*  
 INFRANEU, Hauptverband für den Ausbau der Infrastrukturen in den Neuen Bun-  
 desländern e. V., Berlin\*  
 Institut Français, Berlin\*  
 Institut für den Donauraum – IDM –, Wien  
 Institut für Geisteswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin\*  
 Institut für Geschichtswissenschaften, Geschichte Mitteleuropas, Philosophische Fa-  
 kultät der Humboldt-Universität zu Berlin  
 Institut für Prähistorische Archäologie, Freie Universität Berlin\*  
 Internationale Wissenschaftliche Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik  
 (FIWW), Berlin\*  
 ITALO-Gesangsgruppe, Berlin-Spandau\*

**J**

Johannesstift, Berlin-Spandau\*  
 Jüdische Gemeinde zu Berlin\*  
 Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin\*

**K**

Klavierquartett Ungária, Budapest  
 Knorr Bremse AG, Berlin  
 Kulturbrauerei Berlin-Prenzlauer Berg\*  
 Kulturhaus Spandau, Berlin\*  
 Kulturring in Berlin e. V.\*  
 Künstlerclub „Die Möwe“, Berlin  
 Kuratorium zur kulturellen Unterstützung deutscher Minderheiten im Ausland e.V.\*

**L**

Land/Stadt Berlin s. Senatsverwaltung  
 Landesbank Berlin\* und Landesbank Berlin, Repräsentanz Budapest  
 Lebenshilfe e. V.

**M**

Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt/M.  
 Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten, Potsdam  
 Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Potsdam  
 Ministerium für Industrie und Handel und Tourismus, Direktion für Forschung und  
 Entwicklung, Budapest  
 Museum für Volkskunde Budapest

Musikschule Berlin-Lichtenberg  
Musikschule Berlin-Mitte  
Musikschule Budavár (Stadtbezirk I), Budapest

**N**

Nationale Kulturstiftung, Budapest  
Neue Opernbühne Berlin am Halleschen Ufer, Berlin\*  
Neue Zeitung, deutschsprachiges Wochenblatt, Budapest

**O**

Österreichischer Club e. V.\*  
Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin\*

**P**

Pázmány-Universität, Budapest  
Pirschel Galerie, Budapest  
Planika-Mädchensextekt\*  
Polnisches Kulturinstitut, Berlin\*

**R**

RIAS Berlin  
Robert-Bosch-Stiftung  
Rumänisches Kulturzentrum Titu Maiorescu, Berlin\*

**S**

Schule für Erziehungsbedürftige Borgsdorf  
Schule für geistige Behinderung Hennigsdorf  
Schule für geistige Behinderung Lehnitz  
Schule für geistige Behinderung Zehdenick  
Schule für Körperbehinderte Birkenwerder  
Seminar für Hungarologie an der Humboldt-Universität zu Berlin\*  
Senat von Berlin, Regierender Bürgermeister  
Senat von Berlin, Senatskanzlei, Osteuropa-Beauftragter  
Senat von Berlin, Senatsverwaltung für Kultur, Berlin  
Slovenija Berlin, Folkloretanzgruppe\*  
Slovenija e. V., Slowenischer Kultur-, Bildungs- und Sportverein, Berlin\*  
Slowenisches Oktett\*  
Southeast European Cooperative Initiative – SECI -, Wien  
Soziokulturelles Zentrum Checkpoint am Spittelmarkt, Berlin-Mitte\*  
State Legislative Leaders Foundation, USA, und Europäische Sektion der State  
Legislative Leaders Foundation, Berlin  
Stiftung für Griechische Kultur, Berlin\*  
Stiftung für Wissenschaft und Politik – SWP –, Berlin\*  
Südosteuropa-Gesellschaft, München/Berlin\*  
Südostinstitut München

**T**

Technische Fachhochschule Wildau

Technische Universität Berlin  
Treuhand-Osteuropa-Beratungsgesellschaft mbH (TOB), Berlin

**U**

Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest  
Ungarische Kolonie e. V., Berlin\*  
Ungarisches Parlament, Budapest  
Ungarisches Tourismusamt in Berlin  
Ungarische Vereinigung (Magyar Egyesület) e. V., Berlin\*  
Ungarnclub Cottbus\*  
Ungarnclub Potsdam-Babelsberg\*  
Universität Debrecen  
Universität Frankfurt/Main  
Universität Potsdam: s. auch Historisches Institut  
Universität Rostock  
Universität Trier  
Universität Tübingen: s. Geographisches Institut  
Unternehmerverband Berlin e. V.\*

**V**

Verband ungarndeutscher Autoren und Künstler e. V., Budapest  
Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e. V., Berlin\*  
Verein zur Allgemeinen Kunstförderung e. V., Berlin-Spandau\*  
Vertretung des Freistaates Thüringen beim Bund  
Via Europae Sculpturarum e. V., Lichtenberg/Obf. – Berlin\*  
Volkshochschule Spandau, Berlin\*

**W**

Weltwirtschaftsinstitut Budapest  
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin\*

**Z**

Zentrum für Hungarologie am Finnisch-Ugrischen Seminar der Universität Hamburg

\* Die so gekennzeichneten Kooperationspartner kündigten die Veranstaltungen auch für die eigene Mitgliedschaft oder für ihnen nahestehende Interessierte an und führten den Veranstaltungen zusätzliche Besucher zu.



**Gyula Kurucz\***

## **Abgewertet und umgewertet Die Antwort der Literatur auf die Wende**

Der in unseren Erinnerungen finstere Sozialismus hat der osteuropäischen Intelligenz ein mehrfaches Netz an Sicherheit und Geborgenheit geboten. Man hatte ein klares Feindbild, eine leicht definierbare Identität, man hatte Verbündete, man hatte eine Mission und wußte auch Gläubige hinter sich sowie eine Kette der Solidarität.

Die Intelligenz wurde in den sozialistischen Staaten aufgewertet. ZK-Sekretäre und Parteibonzen haben ketzerische Romane und Artikel gelesen, es sind Beschlüsse oberster Behörden gegen Musikstücke und gegen Gemälde gefaßt worden, und die verbotenen oder ausgebürgerten Autoren waren die geheimen Helden des jeweiligen Landes. Die Biermann-Affäre, die Verfolgung der Charta 77 oder György Konráds zogen weltweit Wellen der Empörung. Mit den Verfolgungsstigmata konnte man sogar in der ganzen Welt hausieren gehen.

Die Ereignisse 1953 in Berlin, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag und 1981 in Polen haben die Politik in Mißkredit gebracht. Die Kulturschaffenden haben dem Volk die Orientierung gegeben, und auch in ihren Abseitspositionen waren sie die Maßgebenden. Im Osten wurde um das Fünffache mehr gelesen als in den westlichen Demokratien.

Man konnte sogar ohne dichterische Qualitäten literarischer Held sein, denn die politische Opposition hat schon ausgereicht. Dem Opiumrausch gleich erfaßte diese Haltung ganz Ost-Europa, versprühte strahlende Werte und verkrampfte Fehlhaltungen.

In unserer eingeschränkten Freiheit verbanden uns aber nicht nur das gemeinsame Streben, sondern auch die gemeinsamen Kompromisse.

---

\* Anm. d. SL: Der Schriftsteller **Gyula Kurucz** war im Range eines Botschaftsrates von 1990 bis 1994 Direktor im Haus Ungarn (damals Haus der Ungarischen Kultur) in Berlin und ist derzeit Direktor des ungarischen Kulturinstituts in Stuttgart. Wir danken ihm und der **Verlags-GmbH edition q (Berlin)** für die Erlaubnis zum auszugsweisen Abdruck des Nachworts im Sammelband: *Blendende Jahre für Hunde, Die Antwort der Literatur auf die Wende*; Hrsg. Gyula Kurucz; Berlin, 1993.

Der Text erhellt auch das Bemühen zwischen Resignation und Hoffnung, als der Autor zusammen mit einigen Gleichgesinnten ein Zeichen setzen wollte und 1991 zur Gründung der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in Berlin aufrief.

Infolge der inneren Erosion des Systems – in Rußland von oben, in Polen und Ungarn von innen kommend – zerbrach das morsche und brüchige Gehege. Die Euphorie der Freiheit breitete sich überall aus. In den Hauptstädten wurde gefeiert; für den Begriff Revolution hat man verschiedene Adjektive (seidene, friedliche usw.) gebastelt, um den Zusammenbruch zu erklären. Man hat alle Illusionen gehabt, nur die Basis, die Praxis für die Wende hat man nicht gefunden.

**Es gab kein Kapital.**

Man hatte seit vierzig bis fünfundvierzig Jahren keine Demokratie des Alltags geübt, man hat nahezu seit einem halben Jahrhundert keine Zivilgesellschaft mehr praktiziert, keinen bürgerlichen Umgang miteinander gehabt, keine öffentliche Diskussionen geführt, die Probleme der Vergangenheit nicht mehr frei verarbeitet, denn die Diskussionskultur war vernichtet, die eigene Initiative suspekt.

**Es gab kein Kapital.**

Nach der Ernüchterung haben alle diese *oben* hochkultivierten Gesellschaften die ganze ungelöste und totgeschwiegene, eiternde Problematik eines halben Jahrhunderts ins Gesicht geschleudert bekommen. Und das wirtschaftliche und soziale Erbe von Jahrzehnten obendrein. Ein gläserner Berg von scharfen Splittern und ein Meer giftiger Flüssigkeiten.

Zu keiner Zeit gab es in der Geschichte so viele Intellektuelle in den Regierungen wie in Ost-Europa nach der Wende. Eine Garantie für Humanität und gehobenes Regieren?

Die intellektuellen Politiker haben die Opposition gemeinsam geführt, aber die Parteien schon gegeneinander gegründet. Was hat es in diesen Parteien alles gegeben?

Die Bestrebung fast aller Kulturschaffenden: das soziale Engagement. Die Leitlinie von nahezu allen Intellektuellen: den Liberalismus. Die Bedingung für so gut wie alle Künstler: den Individualismus.

Zum sozialen Engagement (gleich Kapitalismusfeindlichkeit) kam die Neigung zu (zentralen) Lösungen mit Allheilmittel-Wirkung. Mit dem Liberalismus ist die freie Marktwirtschaft verbunden, eine weniger soziale, radikale Verfahrensweise. Der Individualismus – Abneigung gegen generelle Lösungen, etwas autoritäres Denken, die Abgrenzung von anderen Ideen.

**Dazu kam das Erbe.**

Da keine Revolutionen stattgefunden haben, konnte man die alte Elite nicht gewaltsam loswerden. Da der Sozialismus eine konsolidierte Phase erreicht hatte, konnte man seine Nomenklatur mit „friedlichen Sünden“ nicht verklagen. Da im letzten Jahrzehnt die nüchternen Kommunisten sich schon längst auf die Wende vorbereitet, Mengen „genommenen“ Gutes in private Unternehmen hinübergerettet hatten und auf der anderen Seite völlig legitim und als Stützen der neuen Wirtschaft wieder aufgetaucht waren, mußte man sie nach den neuen Spielregeln akzeptieren.

Die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg haben für Ost-Mittel-europa endlose und fast unlösbare Minderheitenprobleme geschaffen. Nun sind jetzt, nach fünfundsiebzig Jahren, die langen Stunden der Unwahrheit gekommen: Nationalismus, Neid, Eifersucht; selbst mit ausgereiften Methoden kaum lösbare Probleme.

Unsere aufgewerteten und hochgebildeten Intellektuellen fanden sich plötzlich unter den Gesetzen des Kapitalismus wieder. Sie mußten sich mit diesem unbekanntem und nach ihrem Parameter kaltem Gefüge zufriedengeben. Der Preis, den sie dafür zahlen müssen, ist die Aufgabe von fast allen ihrer vorher hochgehaltenen Prinzipien.

Fünfundvierzig Jahre lebte die ost-mitteleuropäische Intelligenz in einer oppositionellen Haltung. Sie waren Freiheitskämpfer, sie waren Guerillas, sie waren Verteidiger europäischer und nationaler Werte. Die Marktwirtschaft ist jedoch der absolute Gegensatz: eine durch und durch positive und offensive Haltung. Im gewöhnlichen Sozialismus waren die Kommunisten die Pragmatiker, und die Opposition war der Träger von Ideen. Die Marktwirtschaft ist seit langen Jahrzehnten schon der Pragmatismus selbst.

Die Oppositionellen haben den Wohlstand und die Technik (alles Eigentum der Machthaber) verachtet. Die westlichen Demokratien haben die Technik des Alltags und den Wohlstand zum Führungsmittel der Gesellschaft gemacht. Lauter Gegensätze.

Diejenigen, von denen früher die Orientierung gekommen war, mußten sich auf fremden Boden begeben, auf ihre eigene Wichtigkeit verzichten, sich mit Praktiken abgeben, die sie früher verachtet haben.

Die „freie Welt“ und Westeuropa haben sich anfangs noch darüber gefreut, daß dieser Zusammenbruch ihnen praktisch einen dritten Weltkrieg erspart und ohne einen echten Vergleich ihre Mehrwertigkeit bescheinigt hat. In der ersten Euphorie riefen sie den Auserwählten (den Tschechen und Slowaken, Ungarn und Polen) zu: Bald könnt ihr auch ein Stück vom EG-Kuchen abhaben, möglicherweise schon in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Dann sah man aber, daß diese Beteiligung am Kuchen doch etwas kosten wird, man sollte also das Tempo lieber drosseln und einen längeren Zeitraum, vielleicht das Jahr 2000, ansetzen. Die Prolongierung des „Einlaßtermins“ ist schon abzusehen. Die draußen Wartenden sind in (Schul-) Klassen eingereiht. Die früheren Kampfgefährten sind zum Ellbogenkampf gezwungen, wenn sie sich Zutritt zu „Europa“ verschaffen wollen. Dem Schein nach und der Form halber miteinander, aber im wesentlichen doch gegeneinander.

Der Kleinkrieg um den Besitz des Europäertums bahnt sich an. Mit einem Schlag sind alle die besten Europäer. Die Ungarn gegen die Rumänen, die Rumänen gegen die Ukrainer, die Ukrainer gegen die Russen und die Tschechen gegen fast alle.

Europa wird überall verteidigt – vor Ort und im einzelnen. Die Westeuropäer, denen dieser Begriff außer Wohlstand, Reisefreiheit, technischer Zivilisation und gleichbleibendem Komfort wenig bedeutet, schauen denen, die sich zanken, befremdet zu. Sie wissen ja nicht, daß dieser Begriff für die „Ostler“ (zusammen mit dem Begriff der nationalen Identität) die einzige Stütze im Ringen mit dem Kommunismus war.

**Alles ist wahr, und alles ist falsch zugleich.**

Der Konsum, der neue Glaube, die neue Ideologie greifen überall um sich. Sie sind berauschend, sie sind erstrebenswert, aber mit der Denkweise der ehemaligen Opposition kaum handhabbar. Die Sozietät läßt ihre Führer im Stich, vergißt ihre Idole. Die Parteien kämpfen um die Macht und in den Parteien die früheren Kameraden. Die Solidarität schmilzt dahin. Das Volk, das neuerdings auch weniger liest, büßt auch die eigene Solidarität ein. Wer vermittelt, wer vertritt wen und in wessen Namen?

In der atomisierten, schockierten Gesellschaft macht sich Ratlosigkeit breit. Reminiszenzen nach dem „sicheren“ Sozialismus können wieder geweckt werden. Diejenigen, von denen diese Chancen manipuliert werden, sind ja noch wachsam – und immer noch bestens organisiert. Das beste Bündnis ist die gemeinsame Sünde, die Mittäterschaft.

**Das sind die Umriss, die die ost-mitteleuropäische Kultur belasten.**

Die Autoren sind schonungslos dazu verpflichtet, sich damit auseinanderzusetzen. Es kam der größte Schock des 20. Jahrhunderts, ohne Vorwarnung. Hereingeplatzt in eine Phase der westlichen Gesellschaften, in der sie schon ihrer nächsten Krise entgegensehen müssen, deren Komponenten im „Osten“ noch nicht einmal bekannt sind.

Dennoch gibt es eine Möglichkeit für die Lösung, eine Möglichkeit, falsche Entwicklungen gemeinsam einzuschätzen und gemeinsam vorzugehen. An Traditionen anzuknüpfen, die im Westen schon verlorengegangen sind. Eine Möglichkeit, aus verschiedenen Irrwegen neue Wege zu machen.



*Nach einem Hinweis auf die Antworten, die die Dichter geben können, auch wenn „der Abstand nicht groß genug ist, um endgültige Antworten verlangen zu können,“ ja selbst die Antwort bestenfalls „ein Versuch, ein Rückblick, ein Anfang der Klärung, die erste freie Inventur, die erste Einschätzung der Möglichkeiten“ sein kann, „was man bei jeder weiteren Zukunftskalkulation berücksichtigen muß“, so zeigt die Literatur als Antwort auch „den Drang nach neuer Zusammengehörigkeit, die Hilfeschreie und die entgegengestreckten, warmen menschlichen Hände: Es ist eine neue Herausforderung, eine neue Feuerprobe, ob wir noch füreinander erreichbar sind, ob wir unsere verbindenden Prinzipien und Fähigkeiten besitzen.“*



**György Dalos\***

## **Autobus 157**

Meine Tochter machte mir im vorigen Sommer den liebevollen und doch ernstgemeinten Vorwurf, ich kannte in Berlin eigentlich nur den Weg zwischen meiner Wohnung auf der Choriner Straße in Prenzlauer Berg und dem Ungarischen Kulturinstitut in Mitte, das ich seit September 1995 leitete. Alles, was dazwischen liegt, sei für mich *terra incognita*, oder bestenfalls eine unscharfe nostalgische Erinnerung an schöne oder durch die Jahre verschönte Zeiten. Selbst für diesen kurzen Weg benütze ich bevorzugt öffentliche Verkehrsmittel, anstatt meine eigenen Beine als umweltfreundliches Vehikel in Anspruch zu nehmen.

Meine Tochter ist sechsundzwanzig Jahre alt, eine studierte Musikwissenschaftlerin, die sich bald mit Hilfe eines DAAD-Stipendiums in Berlin weiterbilden wird. Dann werde sie mir die deutsche Hauptstadt schon richtig beibringen. Mein Mandat als Institutsleiter sei dann ohnehin abgelaufen, so daß ich endlich neue Wege und Ufer kennenlernen könne. Das sagt sie mir, der ich Ostberlin seit 1963 und West-Berlin seit 1976 kenne.

Da es nicht gut ist, mit der kommenden Generation gleich einen Streit vom Zaun zu brechen, beschränke ich mich hier tatsächlich darauf, was mir in den letzten Jahren an jedem Arbeitstag sowie an einigen Sonn- und Feiertagen (ausgenommen davon sind Himmelfahrt, die Oster- und die Weihnachtstage und der Tag der Deutschen Einheit) bei flüchtiger Stadtbesichtigung zwischen meiner Wohnung und meinem Arbeitsplatz aufgefallen ist.

Wenn ich den Autobus 157 nehmen will, der fast direkt vor dem Kulturinstitut hält, muß ich die Haltestelle, die vier Minuten Gehweg von mir an der Choriner Ecke Schwedter Straße liegt, um 8.16 oder 8.36 Uhr erreichen. Im Erdgeschoß meines Hauses ist zu dieser Zeit bereits der kleine Lebensmittelladen offen, und er bleibt es bis 21.00 Uhr am Abend. Hier besorge ich mir diejenigen Waren, die ich im Supermarkt zu kaufen vergaß. Damit versuche ich den kleinen Familienbetrieb ein wenig zu fördern, dessen Besitzer sich über dramatische Absatzschwierigkeiten beschwert.

---

\* Anm. d. SL: Mit seinem erstmals veröffentlichten Beitrag aus dem Jahre 1999 schildert der Schriftsteller **György Dalos**, im Range eines Botschaftsrates Direktor des Hauses Ungarn von 1995 bis 1999, das immer neue Staunen über die Entwicklung im Ostteil Berlins – bei Beobachtungen, die er täglich auf dem Weg zu seinem Arbeitsplatz (zugleich Sitz der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft) machen kann.

Ich befürchte allerdings, meine eher moralische Unterstützung wird nicht ausreichen, denn das Geschäft lebt vornehmlich von solchen Ge- und Verlegenheitskunden, wie ich selbst einer bin, und wird womöglich früher oder später dichtgemacht – eine wahrhaft traurige Perspektive. Gleichzeitig trägt schräg gegenüber eine Baustelle namens *Titanconsult* bereits auf ihrem Schild den Optimismus der neuen Gründerzeit, und auch der Reifenservice KFZ scheint im Moment nichts zu klagen zu haben – es wehen zwei stolze Flaggen vor dem Gebäude mit der Inschrift: *Good Year!* Ich hoffe, daß die beiden Titanen der Choriner Straße weiterhin florieren, daß aber auch ihr kleinerer Bruder noch einige "good years" erleben wird.

Der Autobus 157 hält seinen Zwanzig-Minuten-Rhythmus gewöhnlich mit deutscher Pünktlichkeit ein. Mein Reiseziel erreiche ich in ungefähr zehn Minuten und sehe dabei tatsächlich wenig von der Stadt. Höchstens bei dem Warten erwäge ich die Möglichkeit, von dem Sonderangebot der gegenüberliegenden Reinigung – drei Pullover zum Sonderpreis – Gebrauch zu machen oder im Tabakladen schnell den *Tagesspiegel* zu kaufen. Ab und zu steige ich an der Mollstraße Ecke Prenzlauer Allee aus, um in der gegenüberliegenden *Dresdner Bank* meine Finanzlage etwas zu verbessern oder im Gegenteil zu verschlechtern. Mein Consulting mit diesem Titan führe ich über seine Geräte mit dem elektronischen Beichtvater namens Geldautomat oder mit dem Ausdruck des Kontoauszugs, der schonungsvoll den Gedanken an den EURO in mein forint- und rubelbelastetes Bewußtsein einprägt.

Manchmal erreiche ich jedoch meinen Lieblingsomnibus 157 nicht mehr, dann mache ich einen unfreiwilligen Bogen über die Schwedter zur Kastanienallee, die allerdings kaum kastanien- und noch weniger alleenhafte wirkt. Dafür treffe ich dort gleich zwei zweckdienliche Straßenbahnlinien an, entweder die 13 oder die 53, die mich mit schöner Regelmäßigkeit über den Rosenthaler Platz bis zum Hackeschen Markt befördern. Dabei sind ihre Stehzeiten länger als der ganze Weg – das rote Ampellicht scheint in dieser Gegend immer dauerhafter zu sein als das grüne. Also gehe ich lieber zu Fuß und werde bei dem besagten Platz etwas traurig darüber, daß der Buchladen *Starick* die Hälfte seiner Quadratmeter an ein blühendes Dönergeschäft abtreten mußte. Auf der schmalen Rosenthaler Straße finde ich zunächst nichts Sehenswertes, dann aber werde ich von der goldschwarzen Fassade der Hackeschen Höfe geblendet und schaue in die phantastische Passage hinein, in der alles nach echten Zwanziger Jahren aussieht, nur die Zwanziger selbst waren vielleicht noch echter.

Viel Zeit zum Stauen bleibt nicht, die Arbeit beginnt um neun Uhr, also beeile ich mich. Das heißt, ich mache einen halsbrecherischen Versuch, die Rosenthaler Straße zu überqueren, und dann einen zweiten, geradezu halsbrecherischen, auf die andere Seite der S-Bahn-Linie zu gelangen. Ich glaube, es gibt keinen Knotenpunkt Berlins, an dem mir so viele bedrohliche

Situationen meines Lebens spontan einfallen. Erst an der Rosenstraße bekomme ich das Gefühl, die Gefahr sei gebannt, und lande, etliche auf-, ab- und umbaubedingte Hindernisse meidend, glücklich am Haus Karl-Lieb-knecht-Straße 9.

Der Rückweg bietet ebenfalls eine Reihe von Erlebnissen an. Meine Einkäufe nach der Arbeit tätige ich – wie gesagt, mit schlechtem Gewissen gegenüber meinem kleinen maroden Hausladen, der aber leider nicht alle meine Wessi-Kaprizien befriedigen kann – entweder bei *Kaisers* oder aber – wenn ich Großartiges vorhabe – in der Lebensmittelabteilung des *Kaufhofs* am Alexanderplatz. Um in diese Tempel hineinzukommen, halte ich in der Hosentasche den Chip bereit, mit dem ich dem Einkaufswagen Sesam sagen kann, ohne nach dem immer fehlenden Einmarkstück suchen zu müssen. Da ich jedoch diesen Chip immer wieder verliere, kaufe ich mir jeweils für eine DM einen Ersatzchip, den ich dann auch wieder verliere. Zum Glück gibt es neuerdings im *Kaufhof* gewöhnliche, unkomplizierte Einkaufskörbe, für die ich sogar bereit bin, Schlange zu stehen. Seither bevorzuge ich dieses Handelshaus. Die praktische und ökologisch korrekte Idee, immer eine Plastiktüte dabeizuhaben, fällt mir jedes Mal vor der Kasse ein. Ich bitte dann die KassiererIn um eine neue. Die Wohnung in der Choriner Straße füllt sich allmählich mit leeren Tüten. Beim Ausgang passe ich die elektronische Diebstahlsperre und versuche dabei, unschuldig wie ich bin, dem Security-Mann unbefangen in die Augen zu blicken.

Meistens richte ich meine Einkaufstätigkeit nach dem Fahrplan des Autobusses 157 ein. Dieser sollte den Alexanderplatz – je nachdem – um 17.03, 17.23 oder 17.43 erreichen. Für den Einkauf rechne ich höchstens zwanzig Minuten und bin fest entschlossen, die Begegnung mit dem mir vertrauten Fahrzeug in keinem Fall zu verpassen. Allerdings verwandelt sich die deutsche Pünktlichkeit in dieser Stunde in ein deutsches Capriccio. Der Stau, verursacht durch Berufsverkehr, Umleitungen, Gas- und Wasserrohrverlegungen, von Stadtplanern rational durchdachten Verkehrserleichterungen, Bauvorhaben, Bauarbeiterstreiks, Bundestagssitzungen und nicht zuletzt durch den Verkehr selbst, dieser Berliner Stau als Normalzustand schafft wahre Wunder. Manchmal bleibt der Autobus 157 bereits bei seiner Ausgangsstation Bundeswehrkrankenhaus hoffnungslos stecken, dafür kommt er ein andermal viel früher als erwartet in einem Augenblick, als ich noch vor der Fleisch- und Käsetheke geduldig warte oder die soeben gekauften Strauchtomaten in die Klarsichthülle lege, nachdem ich diese durch heftige künstliche Beatmung geöffnet habe, um meine Made-in-Hollands automatisch zu wiegen und mit dem entsprechenden Preiszettel zu versehen. Ich warte also geduldig.

Nur der Busfahrer wartet nicht, er freut sich, und sei es, ohne mich weiterfahren zu können, denn er weiß genau, was ihm in Höhe Mollstraße Ecke Prenzlauer Alle blüht. So sehe ich ihn, während ich mit dem Eingekauften

an die Haltestelle gelange, mit freundlichem Lächeln vorbeirasen, während den leer gewordenen Platz gleich drei 100er füllen, die nach ihrem abenteuerlichen Weg vom Bahnhof Zoo irgendwo Unter den Linden Ecke Friedrichstraße zusammenfanden und seitdem unzertrennlich ihren Gänsemarsch fortsetzen. In dem ersten hängen die Menschen wie Weintrauben, die beiden anderen sind leer. Trotzdem stürmt mehr als die Hälfte der Wartenden den ersten Autobus; ihr Drängeln vor der Tür macht das Aussteigen ebenso wie das Getümmel innerhalb des Hunderters zum wahren Akt der Selbstbefreiung. In solchen Augenblicken sehe ich an manchen deutschen Gesichtern eine beinahe heroisch gefärbte Leidenschaft aufleuchten.

Schließlich kommt der 157 und fährt mit seinen wenigen Reisenden weiter – eigentlich ein nobler, exklusiver Autobus, ein Geschenk der BVG an die Bevölkerung. Er nimmt würdevoll die Hürden der Staus und nutzt jede Gelegenheit zum Sightseeing. Drei Minuten werden dem Hotel Forum gewidmet, fünf Minuten bleiben wir gegenüber dem Restaurant Venezia mit seinen Gondeln stehen, und die Wartezeit neben dem Second-Hand-Geschäft in der Memhardtstraße reicht zu einem gründlichen Studium des Warenangebotes. Sobald der kleine Käfig aus dem Schatten der riesigen 100er und 348er tritt, beschleunigt sich die Fahrt, und auf der Metzenstraße scheint der Bus, wie ein Fluß sein Bett, den richtigen Weg gefunden zu haben. Spätestens um Viertel nach sechs bin ich zu Hause.

Das Merkwürdige bei dieser banalen Erzählung, liebe Tochter, ist die Tatsache, daß fast jedes ihrer Elemente nur vor zehn Jahren wie ein tolles Stück Science-fiction oder eine böswillige politische Satire geklungen hätte. Die Zeit schien aus Eisen gegossen zu sein, und nur wenige ahnten, wie zerbrechlich sie war. Berlin existierte in zwei Exemplaren, genauer gesagt in zwei Ausführungen. Ich schwöre dir, daß dies unserer Generation als eine Realität erschien. Erst heute wissen wir, daß es sich dabei um ein für Mediziner hochinteressantes, seltenes Krankheitsbild, um eine vierzig Jahre lang andauernde Doppelsichtigkeit der Weltgeschichte handelte.

**András Masát\***

## **Über das Collegium Hungaricum Berlin – Fragen, Bekenntnisse und Aufgabenstellungen**

### **Anstatt einer Einleitung: etwas Persönliches**

Bereits vor langer Zeit wurde ich als Direktor des Collegiums Hungaricum Berlin (CHB) gebeten, „etwas“ über meine Arbeit hier zu berichten. So gern ich dieser Aufforderung auch Folge leisten wollte, hatte ich doch keine klare Vorstellung darüber, was von mir erwartet wird und was ich dem Leserpublikum der DUG Berlin auch gerne erzählen möchte. Dabei bietet der Anlaß, in einem Almanach zu schreiben, verlockende Möglichkeiten zu einer freien Gestaltung des Beitrages. So kann ich im folgenden ein wenig persönlich werden, ein wenig über meine Arbeit berichten, ein wenig über die Zukunftsperspektiven schreiben; mit anderen Worten: einen Mix des bisher Erlebten in lockerer Form erstellen.

Als ich vor gut drei Jahren dieses Amt übernommen habe, dachte ich an einen kurzen Abstecher in meinem Leben, eine etwas andersartige Fortsetzung meiner Berliner Jahre als Gastprofessor an der Humboldt-Universität. Langsam und allmählich wurde mir klar, daß dieser „Abstecher“ eine sehr wichtige Station meines Lebens darstellt, eine Lebensphase, die nicht nur ganz andere „äußerliche“ Umstände, sondern auch unerwartete und tiefgehende „innere“ Erlebnisse mit sich brachte. Die Art und Weise der Tätigkeit weicht von meiner bisherigen Aufgabe vor allem darin ab, daß wir hier Veranstaltungen organisieren, Begegnungen, deren Tragweite zwar – hoffentlich – weit reicht, jedoch zunächst eine ephemere Tätigkeit darstellt, für einen Abend gültig ist, ohne den Anspruch, die Zukunft derart zu markieren, wie es ein wissenschaftliches Produkt tut, das durch den Druck, durch die Veröffentlichung und in Erwartung der nicht spontanen Reaktion und Rezeption beinahe umgekehrt wirkt. Auch die Freude ist anders: Hier ist der Applaus, der momentane Erfolg ausschlaggebend, dort nachhaltige Rezeption in Form von späteren Einladungen, Konferenzen usw. Jede Veranstaltung hier zeigt unmittelbar den (Miß-)Erfolg, die Mängel – so wie eine Vorlesung an der Universität –, doch mit unmittelbaren Konsequenzen.

---

\* Botschaftsrat **Prof. Dr. András Masát**, Professor für Skandinavistik, übernahm 1999 die Leitung des Hauses Ungarn, mittlerweile des Collegiums Hungaricum.

Der größte Unterschied liegt vielleicht in der Autonomie: Während ein Universitätsprofessor reichlich autonom ist, wenn es um Präsentation und Gegenstand seines Wissensbereiches geht, arbeitet man hier notgedrungen in einer Hierarchie amtlich-organisatorischer Art. Während man hier aber „lebendigen“ Künstlern, Schriftstellern und Malern begegnen und das sogar aus eigener Kraft und in eigener Regie bewerkstelligen kann, sind es im Universitätsbereich Konferenzen, an denen man bekannte und befreundete Sinnesgenossen zwar wiedersehen, jedoch wenig – und vor allem nicht notwendigerweise – von der Vielfalt der kulturellen Umwelt erfahren kann.

Aber genug mit den Vergleichen und mit dem Persönlichen: Sie sollten lediglich ein wenig veranschaulichen, daß im CHB keine Fortsetzung der Berliner Universitätsjahre stattfinden konnte und vor allem, daß eine einmalige Herausforderung gerade darin liegt, die eigene Kultur „verfremdet“, mit deutschen Augen sehend, zu vermitteln.

### **Vermittlung von Kultur und Wissenschaft – aber wie? Zurück in die Zukunft und der Dialog als Schlüsselbegriff**

Im Oktober 1999 wurde ich in Berlin zum Direktor des *Hauses Ungarn* ernannt, ab Februar 2000 durfte sich das Haus dann *Collegium Hungaricum Berlin* (CHB) nennen. Diese Bezeichnung ist nicht nur eine einfache Namensänderung, sie weist auch direkt auf die beabsichtigte Kontinuität der Institution *Collegium Hungaricum Berolinense* zwischen den zwei Weltkriegen hin. Sie verhalf der Intelligenz des damaligen Ungarns dazu, enge Kontakte zu Deutschland, zum deutschsprachigen Kulturkreis, zu Europa zu errichten beziehungsweise aufrechtzuerhalten. Damals gelang – fast paradigmatisch – das zu verwirklichen, was heute wieder sehr aktuell ist: Ungarns wissenschaftliche und kulturelle Integration, vielmehr: Reintegration.

1924 wurde also der Grundstein für eine moderne Europa-Politik gelegt. Das Gebäude, das ehemalige Haus der Familie Herz in der Dorotheenstrasse, gestaltete sich zu einer würdigen Stätte der ungarischen Kultur in Berlin. Heute befindet sich auf dem Grundstück, das ungarisches Eigentum ist, eine Baracke – uns vielleicht symbolisch daran erinnernd, daß Ungarn in den Jahrzehnten vor der Wende als die „lustigste Baracke im sozialistischen Lager“ galt? Wie auch immer, jetzt ist die Baracke tatsächlich eine lustige, um nicht zu sagen exotische Stätte für Ausstellungen geworden. Heute ist es aber wichtig, nicht nur über die Bedeutung der damaligen Gründung nachzusinnen, sondern gemeinsam Modalitäten für die Neugründung dieser Institution festzulegen. Der damals aktuelle Gedanke über Möglichkeiten der europäischen Integration Ungarns soll nun neu durchdacht werden, jedoch nicht im Sinne einer modernen Auferstehungstechnologie, etwa einer künstlichen Befruchtung durch Chromosomen längst Verstorbener. Das dürfte

nicht das Ziel der heutigen Überlegungen und Zielsetzungen sein: Die rasante Entwicklung neuer Wissenschaftszweige und der Vernetzung unseres Erdteils im Auge behaltend, muß das neue Collegium den neuen Dimensionen gerecht werden, was sowohl die Kultur- als auch die Wissenschaftsvermittlung anbelangt. Auch vor 75 Jahren, zeitgleich mit der Gründung des CHB, fand eine rasante Entwicklung von Technik und Information statt; die Kommunikationsformen veränderten sich schon damals rapide mit dem Siegeszug des neuen Massenmediums, des Rundfunks: Ein Jahr nach der ersten Radiosendung in Deutschland existierten bereits neun Rundfunkgesellschaften und 550.000 registrierte Hörer. Heute, im Jahre 2003, stehen wir wieder inmitten einer schier undenkbaren Entwicklung von Wissenschaft und kulturellem Austausch; die kulturellen Codes, die Formen und Möglichkeiten der Kommunikation verändern sich mit einer ungeahnten Geschwindigkeit. Deshalb glaube ich, daß die Wiedererrichtung des Collegiums Hungaricum Berolinense im Herzen des heutigen Europas eine neue Verpflichtung und Herausforderung darstellt.

Wie wird dieses neue Collegium den europäischen und ungarischen Kultur- und Wissenschaftstransfer zeitgemäß und effektiv vermitteln? Wie sollte die Idee des Collegiums Hungaricum von 1924 in die neue Epoche hinübergerettet werden? Wie sollte nationale Kultur und Wissenschaft „europäisch“ sein oder werden, und wie soll wiederum die europäische Kultur die nationalen Traditionen, die eigene Kultur erkennen und anerkennen? Das sind grundsätzliche Fragen in der Epoche der Globalisierung - es dürfte der Kernpunkt in den Debatten über die möglichen Funktionen des neuen CHBs sein. Wie ich sehe, läßt sich eine paradoxe Lösung formulieren: je mehr Integration, desto mehr Möglichkeit zur Selbstbehauptung; je mehr Europäisierung, desto mehr Freiraum für nationale Selbstverwirklichung.

Der Charakter der internationalen Verständigung und Begegnung hat sich gewandelt. Nehmen wir nur den Hochschulbereich: Statt der quotierten und reglementierten Mobilität, die von staatlich beauftragten Organen kontrolliert wird, besteht heute zunehmend eine freie Mobilität; statt der Exzeptionalität der Begegnung deren Alltäglichkeit, statt einer Beschränkung auf geistige oder wirtschaftliche Eliten eine Demokratisierung, eine Teilnahme breiter Schichten der Bevölkerung – entsprechend der Vermassung der internationalen Begegnung durch Verkehr und Tourismus. So wird statt einer politischen Stellvertreterschaft des einzelnen im Ausland die individuelle Verantwortung, statt der Kulturwerbung die Kooperation und Zusammenarbeit an gemeinsamen Projekten immer mehr Oberhand gewinnen.

Und das ist wahrscheinlich der Kern oder der Schlüssel für eine erfolgreiche Vermittlung der nationalen (ungarischen) Kultur und Wissenschaft im Ausland. Statt einseitiger Präsentation des Eigenen soll ein *Dialog* angestrebt, statt Kulturwerbung sollen Möglichkeiten für die Zusammenarbeit gezeigt werden. Von der Rezeptionsseite ausgegangen, zielstrebig und be-

wußt an Fragen und Interessen des Rezipienten, in unserem Falle Deutschlands, orientiert, können wir neue Wege und Perspektiven erschließen; nur wenn wir keine konstante Identität, sondern diese interessenorientierten und wechselnden Perspektiven aufzeigen, kann erfolgreich vermittelt werden.

So versuchen wir in den letzten Jahren – sicher nicht immer erfolgreich, aber immer verantwortungsbewußt – Kreuzwege ungarischer und deutscher Kultur und potentiell gemeinsame Projekte aufzufinden und aufzuzeigen.

Diese Gedanken, diese Erfahrungen führten uns zur Bildung der geistigen Infrastruktur des zukünftigen CHBs, das bald an der ehemaligen Stelle, in der Dorotheenstraße 12, wiederaufgebaut werden soll. Seitens des Ministeriums für Nationales Kulturerbe gibt es schon einen vorläufigen Plan für die Durchführung des Bauvorhabens, der vorsieht, ein Gebäude von ungefähr 6.000 qm zu errichten, in welchem – auf etwa einem Drittel der Fläche – das CHB untergebracht werden wird.

Gerade weil die finanzielle Konstruktion zur Zeit noch nicht entschieden ist, ist es ungewiß, ob und wie der weitere Teil des Gebäudes kommerziell genutzt wird. Durch Ernennung eines Ministerialbeauftragten sowie eines Bauattachés wird der praktische Ablauf koordiniert.

Während wir im alten „postsozialistischen“ Plattenbau in der Karl-Liebknecht-Straße 9 für die Weiterführung der Tätigkeit sorgten, wurden in Konferenzen und Gedenkveranstaltungen von allen Beteiligten die prinzipiellen und praktischen Fragen erörtert. Diese seien kurz genannt:

- Die Größe des CHB in dem Gebäude mit einer geplanten Nutzfläche von 6.000 qm (geplant sind etwa 2.300 qm Bruttofläche);
- die Zahl der Wohnungen: Gerade die erwähnte individuelle Mobilität im Auge, planen wir nur wenige Wohnungen im Gebäude selbst, um die wertvolle Fläche für die wichtigeren kulturellen und wissenschaftlichen Begegnungsorte zu bewahren; dafür aber werden ein Atelier für Künstlerbesuche und ein schallisolierter Übungsraum für Musiker eingeplant;
- die feste Absicht, in der Zukunft in dem neu errichteten Gebäude das Seminar für Hungarologie der Humboldt-Universität unterzubringen, bedeutet vielleicht die größte Veränderung und eine radikale – prinzipielle und praktische – Erweiterung unserer Möglichkeiten in jeder Hinsicht. Dem Plan nach wird die Hungarologie in dem Gebäude ihre Tätigkeit ausüben; über die Dozentenräume hinaus werden die Seminarräume funktionell gemeinsam von beiden Institutionen genutzt. Diese Kooperation und die Erweiterung des Interessenkreises werden durch die Nähe des Zentralgebäudes der Humboldt-Universität (und der Museumsinsel) nur vervielfacht, wobei in die Projekte naturgemäß alle weiteren Universitäten (Freie wie Technische Universität) und Hochschulen Berlins und Brandenburgs einbezogen werden;

- auch das geplante Café/Restaurant soll für Jüngere und Ältere ein besonderer Anziehungspunkt werden. Gaumenfreuden sollen dann mit Kulturgenuß verbunden werden können.

Eines steht fest:\* Wir wollen eine dynamische, flexible „Kulturagentur“ werden, die potentielle Partner aus beiden Ländern miteinander verbinden kann und die in der Lage ist, Projekte langfristig und kompetent zu betreuen, welche Kulturveranstaltungen, Ausstellungen, Leseabende usw. anbietet, ihre Kunden, Partner und Interessenten mit Informationen über Kultur-events ebenso wie über Stipendienmöglichkeiten mit Hilfe einer immer aktuellen Datenbank versorgen kann – kurzum: die als eine Drehscheibe fungiert, die den Kultur- und Wissenschaftstransfer mit kompetenten und adäquaten „Kulturmanagern“ zu fördern weiß.

### **Gemeinsame Ziele: CHB und DUG**

All unseren oben skizzierten Aufgaben und Zielstellungen können wir nur gerecht werden, wenn sich ein Kreis rings um das CHB bildet, ein Kreis von Bekannten, Freunden, Interessierten, die auf irgendeine Weise mit Ungarns Kultur verknüpft sind; sie können dann wie Multiplikatoren an dem oben genannten Dialog teilnehmen und zu dem Kulturaustausch in ihrer Spezifik – durch ihre Brückenfunktion – aktiv beitragen. Dabei sind die Vereine der Ungarn, die in Deutschland, in Berlin leben, ebenso wie die Deutsch-Ungarischen Gesellschaften nicht nur wichtig, sondern unentbehrlich. Wir brauchen immer mehr deutsche Vermittler, möglichst aus der jüngeren Generation: Schüler und Studenten sollen auch in Zukunft auf unseren Veranstaltungen besonders herzlich willkommen geheißen werden.

In diesem Netzwerk spielt die DUG von vornherein eine eminente Rolle. Für wie wichtig wir diese Rolle einschätzen ist daran zu ermessen, daß wir ihr gegenwärtig in unseren Räumlichkeiten eine feste Bleibe sichern.

Im Wissen um die gegenseitige Achtung, die gemeinsamen Erfolge, die die beiden Institutionen verbinden, wünsche ich der zehnjährigen DUG alles Gute, weitere ertragreiche Jahre und eine fruchtbare Zusammenarbeit mit allen ungarischen (und nicht ungarischen) Institutionen in Berlin.

---

\* Anm. d. SL: Noch nicht fest steht allerdings die Inbetriebnahme des Neubaus; für die Eröffnung des neuen CHBs ist ein Termin im Jahre 2005 ins Auge gefaßt.



## Orsolya Kőrösi

### Vermittlung der ungarischen Kultur in Europa\*

Die Länder, die nach 1990 zur demokratischen Verwaltungsordnung und Marktwirtschaft übergegangen sind, mußten zahlreiche große Probleme lösen. Für Ungarn war es wesentlich leichter, weil ein qualifiziertes Team von Fachleuten zur Verfügung stand und die internationalen kulturellen Beziehungen – abgesehen von den Jahren des Krieges und des Kalten Krieges – seit den 1920er Jahren kontinuierlich waren. Dennoch benötigte die Umgestaltung der zentralisierten Kulturverwaltung einige Zeit. Dabei mußte man

- die Rolle der lokalen Selbstverwaltungen festigen, indem man diesen nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, sondern auch die dazu notwendigen Mittel zurückgegeben hat,
- dementsprechend die dezentralisierte Kulturfinanzierung einführen und innerhalb dessen ein Ausschreibungssystem entwickeln und
- als neues Element die Organisation der Zivilgesellschaft im kulturellen und künstlerischen Leben ermutigen und die kulturelle Tätigkeit der Kirchen in zunehmendem Maße berücksichtigen (hier ist darauf hinzuweisen, daß die vier historischen Kirchen in Ungarn bedeutende und wertvolle öffentliche Sammlungen besitzen).

Bis Ende der 1990er Jahre wurde das System der dezentralisierten Kulturfinanzierung gefestigt, in vielen Fällen mit inspirierender Wirkung auch auf die internationalen kulturellen Beziehungen. Es gibt hier immer mehr lokale oder zivile Initiativen, deren manchmal mangelnde Fachkenntnisse überwindbar sind. Problematisch sind Lücken der Infrastruktur in fernen Regionen und mangelnde Sprachkenntnisse. Die kulturelle Infrastruktur ist im Rahmen des Nationalen Entwicklungsplans, wenn möglich mit Hilfe des PHARE-Programms der EU, auszubauen. Der Informatikbereich wird gestärkt, Denkmäler sollen – häufig mit neuer Funktion – saniert werden.

Ungarn unterhielt jahrzehntelang ein zentralisiertes System internationaler kultureller Beziehungen. Bei der Umwandlung in den 1990er Jahren be-

---

\* Vortrag der stellvertretenden Staatssekretärin im ungarischen Kulturministerium **Frau Orsolya Kőrösi** am 10. Mai 2001 im Haus Ungarn und vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. im Rahmen der von Europäischer Kommission und Europäischem Parlament deutschlandweit veranstalteten, unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin stehenden Europa-Woche 2001.

deuteten das Erscheinen von neuen Handelnden (zivilen Organisationen, Selbstverwaltungen, Privatpersonen usw.) und der Beitritt zur multilateralen kulturellen Zusammenarbeit eine große Herausforderung für das Kulturreport. Das traditionelle System von bilateralen kulturellen Beziehungen diente als brauchbare Grundlage, auf der die Qualitäten der ungarischen Kultur in den verschiedenen Ländern verbreitet werden beziehungsweise die Experten die Kultur anderer Länder studieren konnten. Es ist immer eine offene Frage, wie wirksam diese Aktionen sind, inwiefern die Rezeption einer ungarischen kulturellen Manifestation im Ausland auf wirklichem Interesse beruht und wieviel Anziehungskraft die ungarische Kultur für ein neues Publikum haben kann. Ungarn nimmt immer mehr, aber noch nicht genügend Rücksicht darauf, seine Kulturvermittlung mit den Bedürfnissen und Interessen des künftigen Publikums in Einklang zu bringen. Wir stehen jedes Mal vor einem großen Dilemma, wenn wir solche Werte zeigen wollen, von denen wir wissen, daß sie Werte darstellen, von denen wir aber ahnen, daß sie für das Publikum des jeweiligen Landes nicht wirklich attraktiv sind.

Dennoch müssen wir es tun – nach genauen Überlegungen. Große Hilfe leisten uns bei dieser Arbeit die kulturellen Mitarbeiter der Botschaften, die im Ausland lebenden ungarischen Intellektuellen und die Freunde der ungarischen Kultur, nicht zuletzt die bi-nationalen Vereine mit ihrem Potential an Netzwerken und Partnern. Wenn sie und das kulturdiplomatische „Marketing“ gut funktionieren, dann kann es erfolgreiche Aktionen und Attraktionen geben, wie zum Beispiel in Belgien im Rahmen der Europalia, des ungarischen Kulturfestivals, das anlässlich des 1000jährigen Bestehens der ungarischen Staatlichkeit veranstaltet wurde, oder die 51. Frankfurter Buchmesse 1999, auf der Ungarn Schwerpunktland war, oder die Veranstaltungen in Frankreich 2001, um nur unsere größten Veranstaltungen in Europa zu erwähnen. Zum Erfolg trugen bereits auch die Selbstverwaltungen und zivilen Organisationen bei, die ihre Kontakte mobilisierten, ihre Programme mit uns abstimmten und innerhalb des Gesamtbildes ihren Platz fanden.

Doch: *Auch das Kleine kann wunderschön sein!* Wenn man bedenkt, wie der Vertrieb ungarischer Filme nach einer ungarischen Filmwoche in den Kinos, auf Videos und im Fernsehen in Schwung kommt, dann ist eindeutig, daß gute Planung und zielorientierte Arbeit wichtiger sind als das Volumen. Umfassende moderne Kulturarbeit im Interesse Ungarns heißt, die Vielfalt ungarischer Kultur und des sie hervorbringenden aktuellen Lebens in allen seinen Aspekten zu vermitteln – und dabei die privaten Organisationen im Gastland, vor allem dessen bi-nationale Vereine einzubeziehen, weil die kleinteilige, aber stetige, tägliche interessenorientierte Arbeit ihre Aufgabe ist, weniger die großen Festivals und gesellschaftlichen Ereignisse, auf denen sich „Eliten“ und obere Schichten versammeln: Nur so kann Kulturaustausch auf allen sozialen Ebenen stattfinden, nur so können Menschen des täglichen Lebens statt der Funktionsträger zusammenkommen.

Was sollten wir aus unserer Kultur (im engeren Sinne) präsentieren? Das Alte, Klassische oder das Moderne? Das ist eine große Diskussion in Ungarn, und es ist schwer, darüber im kulturellen Leben Einverständnis zu erzielen. Ich glaube, im Hinblick auf die zu erwartende Rezeption ist es sehr wichtig, etwas aus längst vergangenen oder heutigen Zeiten zu zeigen, das einen universellen Wert darstellt, aber auch spezifische ungarische Züge hat: Sozusagen eine Prise ungarischen Geschmacks, der es zum Besonderen macht, was sich in den internationalen kulturellen Trend fügt. Ein klassisches Beispiel hierfür ist die Kunst von Béla Bartók.

Ein weiterer Faktor bei der Kulturvermittlung sind die ungarischen Kulturzentren und Institute im Ausland. Oft zählt man noch die ungarischen Unterrichtsstätten an den Universitäten dazu, obwohl ihre Aufgaben andere sind. Trotzdem: Viele Jugendliche lernen die Kultur Ungarns – erst – an den Universitäten kennen; die Chance ist folglich nicht zu vernachlässigen.

Nur wenige Länder unterhalten so viele Kulturzentren im Ausland wie Ungarn! Die Auslandskulturinstitute des Ministeriums für Nationales Kulturerbe bilden einen wichtigen Teil des Netzes der auswärtigen Vertretungen. Ihre Aufgaben sind – im Einklang mit Ungarns außenpolitischen Zielen – Wahrung, Erschließung und Bekanntmachung des nationalen Kulturerbes sowie die Pflege und Entwicklung der kulturdiplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und dem Gastland. Die ständige kulturelle Präsenz in den Hauptstädten dieser Länder – darunter in einem halben Dutzend Weltstädten – bietet unersetzliche Chancen bei der Erfüllung der Aufgaben.

Die Fundamente zum heutigen Netz von 17\* Vertretungen wurden nach dem Ersten Weltkrieg gelegt. Das Friedensabkommen nach dem Krieg bedeutete für Ungarn die Wiedergeburt staatlicher Selbständigkeit. Deshalb – und auch durch den schweren geographischen, wirtschaftlichen und moralischen Verlust – wurde es für Ungarn lebensnotwendig, selbständige internationale Beziehungen auszubauen und die Intellektuellen und die öffentliche Meinung der maßgebenden westlichen Länder für sich zu gewinnen. Die damalige ungarische Führung hatte erkannt, daß die Kontakte der wissenschaftlichen und künstlerischen Elite die Beurteilung unseres Landes entscheidend beeinflussen können. Natürlich entstanden die ersten Institutionen, die dem Ausbau der Beziehungen dienten, in befreundeten Ländern: zwei von ihnen im deutschen Sprachraum, in Wien und in Berlin (1924), die dritte in Italien (1928). Das Wiener und das Berliner Collegium Hungaricum fanden sich eng verbunden mit humanistischen Wissenschaftsinstitutionen – vor allem mit Instituten für Geschichte und Philologie. Ihr Profil blieb mehr oder weniger auch später erhalten, während in Rom von Anfang an auch Vertreter der ungarischen Kunstszene präsent waren. Alle drei Institute waren in repräsentativen Gebäuden der Innenstädte untergebracht.

---

\* Anm. d. SL: Bis Herbst 2001 waren es 18 Institute mit dem in Brüssel.

Das Berliner Institut haben wir durch den Zweiten Weltkrieg beziehungsweise durch Berlins Zweiteilung verloren, und das Trautson-Palais in Wien, dieses einmalige architektonische Meisterwerk, ist uns durch eine Entscheidung der sozialistischen Kulturpolitik 1961 abhanden gekommen. Dafür wurde – an einem weniger guten Ort und weniger imposant – ein modernes ungarisches Kulturinstitut aufgebaut.

Die Funktion der ungarischen Auslandsinstitute hat sich während der „sozialistischen“ Epoche grundlegend geändert. Sie wurden ausschließlich als Kulturhäuser betrachtet. In diesem Geist wurde auch ihre Anzahl vervielfacht, und in dieser Zeit entstand das Rückgrat jenes Netzes, das vor einem Jahrzehnt die neu geborene ungarische Demokratie erbt. Zur Zeit verfügt Ungarn über folgende Institute im Ausland:

<b>Westeuropa</b>	<b>Mitteuropa</b>	<b>Osteuropa</b>	<b>Außereuropa</b>
Berlin	Wien	Bukarest	Kairo
London	Helsinki	Sofia	Neu-Delhi
Paris	Prag	Moskau	New York (ab Herbst 2001)
Rom	Preßburg	Tallinn	
Stuttgart	Warschau		
Brüssel (ab Spätherbst 2001)			
(München)			

Ogleich Ungarn es heute – wie vor acht Jahrzehnten – sehr brauchen würde, seine Kultur im sich umformenden Europa zu zeigen, bietet die Entwicklung der Wirtschaft nur in den heutigen Tagen die Möglichkeiten dazu. Die gegenwärtige Regierung unter Viktor Orbán hat erkannt, daß die Präsentation unserer nationalen Kultur eine herausragende Rolle in Ungarns europäischer Reintegration spielt und daß diese Kultur nur in ihrem regionalen und europäischen Zusammenhang zeitgemäß vorgestellt werden kann. Deshalb setzte sie zum Ziel, das Institutsnetz zu modernisieren, nach Möglichkeit zu erweitern und die durch die frühere restriktive Politik verursachten Schäden zu reparieren.

Das Ministerium für Nationales Kulturerbe hat eine Hintergrundinstitution ins Leben gerufen, welche für die Arbeit der Institute verantwortlich ist. In Zusammenarbeit mit dem Außenministerium und dem Wirtschaftsministerium fanden mehrere Institute eine angemessene Unterbringung (Moskau, Sofia). Darüber hinaus wurde eine selbständige Vertretung in Tallinn gegründet. Im Herbst 2001 kommt es zur Eröffnung unseres New Yorker Instituts, und es laufen bereits Vorbereitungen zur Eröffnung weiterer Vertretungen in Brüssel und mehreren benachbarten Ländern.

Für die Tätigkeiten des Netzes, insbesondere für die Programmfinanzierung, wenden wir immer größere Beträge auf:

<b>Jahr</b>	<b>Gesamtbetrag</b>	<b>davon für Programme</b>
1999	2.029,532 Mio Ft	160,183 Mio Ft (mit Posten aus 1998)
2000	2.150,593 Mio Ft	122,396 Mio Ft
2001	2.162,582 Mio Ft	180,0 Mio Ft

Die gesamte Budgetförderung der vier Institute im deutschsprachigen Raum beträgt im Jahr 2001 etwa 386 Mio Ft\*.

Unser Ziel ist, das Binnenverhältnis der Budgets der Institute zu verbessern. Es erwies sich, daß die Schließung einiger kleinerer Vertretungen den Anteil der Betriebskosten nicht spürbar verringern würde, wobei solche Schritte nicht wieder gutzumachende diplomatische Schäden verursachen könnten. Deshalb versuchen wir, die für die Programme und inhaltlichen Tätigkeiten der Institute verwendeten Beträge allmählich zu erhöhen. Dabei streben wir an, daß unsere Institute in eigene Immobilien ziehen – um den Preis von Investitionen, die letztendlich Einsparungen zur Folge haben. In dieser Hinsicht ist die Investition in das neue Gebäude des Berliner Collegiums Hungaricum beispielgebend.

Unsere Institute treten mit regelmäßigen Veranstaltungen – Ausstellungen, Filmvor- und Theateraufführungen, Buchpräsentationen, Tagungen und Kursen – vor die Öffentlichkeit des Gastlandes. Eine zusätzliche Nuance in der Arbeit der Preßburger und der Bukarester Vertretungen ist, daß ihre Veranstaltungen auch die dort lebenden Ungarn ansprechen wollen. Es ist uns wichtig, daß unsere Institute die Aufmerksamkeit auch mit Programmen auf die ungarische Kultur lenken, die sie mit lokalen kulturellen und diplomatischen Institutionen gemeinsam veranstalten. Denkwürdig sind

- das Konzert im Vatikan im August 2000, das die Ungarische Akademie in Rom zu Ehren des Heiligen Vaters veranstaltete,
- die Veranstaltungsreihe in Wien anlässlich des ungarischen Millenniums, die vom ungarischen Ministerpräsidenten und dem österreichischen Bundeskanzler eröffnet wurde,
- die Premiere von „Ritter Blaubart“, die in der Hauptstadt der arabischen Welt, in Kairo, realisiert werden konnte und schließlich

---

\* Anm. d. SL: Wegen der mit Wirkung vom 15. Juni 2001 in Kraft getretenen Wechselkursfreigabe und des deshalb schwankenden Wechselkurses von gemittelten Ft. 280 für einen US\$ und Ft. 245 für einen EURO entspricht der Wert von Ft. 386 Mio etwa US\$ 1,379 Mio oder € 1,576 Mio.

- das erfolgreiche Konzert vom Dezember 2000 im Charlottenburger Schloß in Berlin, welches das dortige Collegium Hungaricum veranstaltete und an dem auch die Visegrád-Staaten (außer Ungarn werden Polen, Tschechien und die Slowakei dazugezählt) beteiligt waren.

Die Institute spielen in Zusammenarbeit mit den ungarischen Botschaften eine spezifische diplomatische Rolle. So war zum Beispiel das Warschauer Institut an der Organisation des Glemp-Paskai-Treffens beteiligt, das aus Anlaß des Jahres von Stephan dem Heiligen zustande kam, sowie an der Vorbereitung des Besuches von Bischof László Tökés auf höchster Ebene in Polen, der von dem polnischen Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Kardinal empfangen wurde – diese Aktivitäten des Instituts waren auch mit unseren Aufgaben in Bezug auf die jenseits der ungarischen Grenzen lebenden Ungarn verbunden. Ferner möchte ich an das von unserem Londoner Institut mit den Studenten der Ferenc-Liszt-Musikakademie Budapest organisierte Benefizkonzert im Kensington Palace erwähnen, dessen Ehrengast Prinz Charles war. Der Erlös des Konzerts wird für die Renovierung des Kleinen Saals der Musikakademie verwendet.

Die Institute trugen und tragen kontinuierlich zur Realisierung der Veranstaltungsreihen anläßlich des Millenniums und des Jahres von Stephan dem Heiligen wie auch zur Abwicklung der großangelegten Programmreihen für die Jahre 2001 und 2002 in Frankreich und Italien bei.

Gegenwärtig liegen Anträge aus zehn bis fünfzehn Städten vor, die um die Einrichtung eines ungarischen Instituts bitten. Wir können über die Einrichtung solcher Zentren nur nach sorgfältiger Prüfung und vielseitiger Evaluierung entscheiden. Diese Zahlen mögen dem deutschen Publikum wenig sagen, aber es gibt tatsächlich an vielen Orten großen Bedarf an Instituten, die für die Verbreitung ungarischer Kultur eine wichtige Rolle spielen.

Neben den bilateralen Beziehungen spielt die multilaterale Zusammenarbeit eine neue und wichtige Rolle. Wir müssen darauf achten, daß wir auf der neuen Bühne ein entsprechendes Stück spielen. Das können wir nur dann richtig auswählen, wenn wir von den Erfahrungen der früheren Auführungen Gebrauch machen und das neue Stück auf Grund der daraus resultierenden Konsequenzen gestalten.

Um dieses Bild zu übersetzen: Im System der bilateralen Beziehungen hatten wir die Gelegenheit, die kulturellen Werte des Partnerlandes genau kennenzulernen. Jetzt müssen wir jene Werte hervorheben, die gemeinsam sind und ein bislang unbekanntes kulturelles Bild ergeben.

So ist zum Beispiel das kleinste Forum der multilateralen Zusammenarbeit für Ungarn die Kooperation mit den Visegrád-Staaten, die auf gemeinsamen kulturellen Traditionen beruht. Das konnte das Berliner Publikum

schon erleben.\* Musiker aus Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei gaben im Dezember 2000 im Schloß Charlottenburg ein Konzert mit Musikstücken des 16. und 17. Jahrhunderts. In dieser Epoche wanderten nämlich die Musiker oft von Hof zu Hof der Aristokratie und vermittelten musikalische Neuigkeiten unter diesen Ländern. Sie brachten neue Motive mit, und die Ungarn bedienten sich – gleich vielen anderen Völkern in Ost-Mitteleuropa – sogar der Musik der Türken, die das Land besetzt hielten. In jener Zeit entstand eine interessante, farbenreiche Musik, die in Wechselwirkung mit anderen Musiken stand. Es lohnt, diese Melodien hintereinander zu hören. So lernt das Publikum bislang unbekannte Kulturschätze kennen.

Die Mitteleuropäische Initiative bezieht sich auf einen breiteren Kreis. Sie vereint siebzehn Länder. Italien und Österreich sind Mitglieder der Europäischen Union. Andere Länder mögen der europäischen Integration näher oder ferner liegen, ihre Kultur ist auf jeden Fall ein Teil der europäischen Kultur – auch wenn sie für das breitere Publikum meistens unbekannt ist. In dieser Ländergruppe ist es schwieriger, die gemeinsamen kulturellen Werte zu erkennen, aber die Aufgabe ist nicht hoffnungslos. Der Stil der Jahrhundertwende (19./20. Jahrhundert) äußerte sich in interessanten lokalen Variationen. Diese wurden 1996 in Kopenhagen bei einer sehr erfolgreichen gemeinsamen Ausstellung vorgestellt. Doch liegt die Bedeutung der Mitteleuropäischen Initiative in Wirklichkeit im beruflichen, kulturellen und politischen Meinungsaustausch. Mit Darlegung unserer bei der Wende gemachten Erfahrungen üben wir eine spezielle Form von Kulturvermittlung.

1990 schloß sich Ungarn der Arbeit des Europarates an, und kurz danach waren ungarische Experten im Kulturbereich aktiv präsent. Durch ihre Kompetenz und Kreativität, Genauigkeit und Verlässlichkeit vermittelten und vermitteln sie in immer breiteren Kreisen kulturelle Werte. Diese Arbeit mag weniger spektakulär sein als eine Premiere in der Kunst, aber ich glaube, sie ist genauso wirksam.

Die Tätigkeit unserer Experten vermittelt der europäischen öffentlichen Meinung, daß die ungarische Produktivität wesentlicher Teil und gestalterisches Element unserer Kultur ist. Heute wirken ungarische Experten bereits in mehreren Sachverständigenkommissionen. So waren sie zum Beispiel vom Europarat eingeladen, sich an der Ausarbeitung der denkmalbezogenen Teile des Europäischen Kulturlandschaftsabkommens, an der Vorbereitung des Dokumentes zur Anwendung der neuen Technologien im kulturellen Leben und in der Kommission zur technischen Hilfeleistung bei der Wahrung des kulturellen Erbes zu beteiligen. Unsere Experten arbeiten im Südosteuropa-Programm des Europarates, im MOSAIC-Programm mit. Zum Vorsitzenden des CDCC (Rates für Kulturelle Zusammenarbeit des Europa-

---

\* Anm. d. SL: Auch im Dezember 2001 und 2002 gab es das von den Kulturinstituten der vier beteiligten Staaten im Auswärtigen Amt in Berlin veranstaltete Konzert.

rates) wurde 1999 bis 2000 ein ungarischer Experte, der Hauptabteilungsleiter Zsolt Jékely, und zum Leiter der kulturellen Arbeitsgruppe des Ministerkomitees Ungarns Botschafter János Perényi gewählt.

Ein Ergebnis unserer Präsenz und Tätigkeit im Europarat ist jene internationale Ausstellung „Europas Mitte um 1000“, die jetzt in Berlin eröffnet wird\*. Das ist die erste große Kunstaussstellung des Europarates, die übergreifend vom Osten bis Westen Europas die Kunst einer Epoche präsentiert.

Eine wichtige Perspektive ist für uns der Beitritt zur Europäischen Union, auf den wir uns mit harter Arbeit vorbereiten. Dies bedeutet nicht nur, daß wir uns nach den kulturellen Vereinbarungen im gemeinsamen Regelwerk ('acquis communautaire') richten, sondern auch, daß wir anstreben, uns an den kulturellen Programmen der EU zu beteiligen. Das Ministerium für Nationales Kulturerbe gründete in Ungarn – als erstem Land unter den Beitrittskandidaten – das Büro Kulturpunkt. Seine Aufgabe ist es, in laufender Zusammenarbeit mit Brüssel die Interessenten auf die Beteiligung an der EU-Ausschreibung Kultur 2000 vorzubereiten, über Möglichkeiten zu informieren und Anleitungen für die Bewerber zu geben. Auf die Arbeit des Kulturpunkt-Büros ist man in den Nachbarländern bereits aufmerksam geworden, und die Weitergabe der Erfahrungen bietet uns eine zusätzliche Gelegenheit, die ungarische Arbeitskultur vorzustellen.

Wird heute in Ungarn ein neues Stück von neuen Darstellern auf einer neuen Bühne aufgeführt? Schauplätze der Kultur ändern sich auch innerhalb des Landes. Neue Institutionen und ein neuer rechtlicher Hintergrund sind in Vorbereitung, zum Beispiel die neue nationale Institution vom Haus der Traditionen oder die Gründung des Nationalen Tanztheaters im Burgtheater. Die Struktur der Kunstinstitutionen wird ständig erweitert und bereichert. Kurz: das kulturelle Leben in Ungarn und die Vermittlung der ungarischen Kultur im Ausland unterliegen sehr interessanten und qualitätsfördernden Änderungen. Es erscheinen Altes und Neues, Kleines und Großes. Man arbeitet sichtbar und im Hintergrund – gemeinsam und gleichzeitig. Damit wird nach der früheren Csikós-Gulyás-Romantik – dem Klischee vom Pferdehirten und Gulasch – sowie den Fußballerfolgen das Ungarnbild nunmehr im 21. Jahrhundert vom Ruf der ungarischen Kultur und Kreativität geprägt.

---

\* Anm. d. SL: „Europas Mitte um 1000“, 27. Europaratsausstellung vom 13. Mai bis 19. August 2001 im Martin-Gropius-Bau, Berlin; vom 7. Oktober 2001 bis 27. Januar 2002 im Reiss-Museum, Mannheim; vom 3. März bis 2. Juni 2002 in der Reitschule der Burg zu Prag; vom 7. Juli bis 29. September 2002 im Nationalmuseum, Bratislava/Prefßburg; im Winter 2002 auf 2003 im Nationalmuseum in Krakau. Erste Station der Ausstellung war vom 20. August bis 26. November 2000 das Nationalmuseum, Budapest. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 08. 2000 und vom 06. 08. 2001.

## Ungarische Minderheiten in Berlin- Brandenburg\*

### 1. EINLEITUNG

Die Ungarn stellen in Deutschland zumindest zahlenmäßig keine besonders bedeutende Minderheit dar. Die Zahl der vorwiegend zwischen 1945 und 1991 aus politischen Gründen nach Westdeutschland geflohenen oder als Gastarbeiter in die ehemalige DDR eingewanderten Ungarn ist relativ gering. In Berlin und Brandenburg leben schätzungsweise 8.000 bis 10.000 Personen ungarischer Abstammung; das Statistische Landesamt wies Ende 2001 insgesamt 2.483 Personen mit ungarischer Staatsangehörigkeit und ständigem Wohnsitz in Berlin aus. Entsprechende Zahlen aus dem Land Brandenburg waren nicht zu erhalten. Diese Studie war auf Schätzungen ungarischer Vereine und der Botschaft der Republik Ungarn angewiesen. Erschwert wurde die Abgrenzung der zu untersuchenden Gesamtheit durch den Umstand, daß neben ungarischen Staatsangehörigen vermutlich noch einmal so viele ungarischstämmige Personen in Berlin und Brandenburg leben, die aber die deutsche (oder in einigen Fällen eine andere) Staatsangehörigkeit besitzen.

---

\* Anm. d. SL: Es handelt sich um eine Studie, die auf Anregung von Frau Botschaftsrätin Ágnes Klekot, bis Anfang 2002 Leiterin der Konsularabteilung der Botschaft Ungarns, und unter wissenschaftlicher Anleitung und Begleitung des Präsidenten der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. **Prof. Dr. István Mustó** mit Unterstützung vieler ehrenamtlicher Helfer, unter anderem auch aus den Reihen der ungarischen Vereine in Berlin, von Oktober 2001 bis September 2002 erarbeitet wurde. Wir danken in diesem Zusammenhang dem Arbeitsamt Berlin-Mitte und der Serviceeinrichtung Zukunft im Zentrum – ZIZ –, die durch Finanzierung einer ABM-Stelle im wesentlichen die personell-finanziellen Lasten aufgefangen haben. Wir danken auch denen, die sich und ihre Zeit durch Ausfüllen der Fragebögen und zusätzlich in einigen persönlichen Interviews zur Verfügung stellten.

Die Studie wurde in zwei öffentlichen Veranstaltungen begleitet, einmal am 4. Dezember 2001 mit einem Vortrag von Frau Klekot und einer anschließenden Diskussion über Minderheitenprobleme von Ungarn in Berlin und Brandenburg, zum anderen am 11. April 2002 in einem Vortrag von Frau Dr. Katalin Járosi-Müller, Universität Trier: Ethnizität, Großstadt, Repräsentation – Strategien ethnischer Identitätsbildung bei in Berlin lebenden Ungarn. Das Ergebnis der hier ohne Diagramme abgedruckten Studie soll auf der Jahreshauptversammlung der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. am 20. Februar 2002 vorgestellt und diskutiert werden.

Ziel dieser Studie war es, die Probleme der Integration dieser Personengruppe in die Gesellschaft der gewählten neuen Heimat zu erfassen. Die Relevanz des Themas ergibt sich aus der bevorstehenden Integration Ungarns in die Europäische Union vor dem Hintergrund der nach den vereinbarten Übergangsregeln zu gewährenden Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsstaaten. Die Deutsch-Ungarische Gesellschaft e. V. mit Sitz in Berlin übernahm daher die Aufgabe, über die bisherigen diesbezüglichen Erfahrungen eine Studie zu erstellen.

## **2. DIE UNTERSUCHUNG**

### **2.1. Zur Methode**

Die Gesamtheit der Versuchspersonen wurde mit Hilfe der verfügbaren Listen der ungarischen Botschaft, des Collegiums Hungaricum in Berlin, der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft sowie weiterer Vereine mit Ungarnbezug zusammengestellt. Hierbei konnten selbstverständlich nur die Personen erfaßt werden, die auf solchen Listen registriert waren. Dies bedeutet natürlich eine Einschränkung der Grundgesamtheit, aber eine andere Vorgehensweise war technisch und finanziell nicht durchführbar.

450 Fragebögen wurden ausgesandt, von welchen 159 ordnungsgemäß ausgefüllt und zurückgeschickt wurden. Die Antworten wurden für die Zwecke der Auswertung EDV-mäßig erfaßt. Dabei wurde den Erfordernissen des Datenschutzes Rechnung getragen. Aus Gründen der genannten methodologischen Einschränkungen und der relativ geringen Zahl der Rückläufe können die Ergebnisse der Studie nicht verallgemeinert werden, da sie auf den Informationen einer nicht-repräsentativen Stichprobe beruhen. Die Angaben sind dennoch von einer gewissen Bedeutung, da sie viele Trends und Gemeinsamkeiten unter den Versuchspersonen aufzeigen und daher zumindest als indikativ zu interpretieren sind.

### **2.2 Merkmale der Population**

Von der Grundgesamtheit, also jenen Personen, die den Fragebogen ausgefüllt zurückgesandt haben, sind 42,8% männlichen, 57,2% weiblichen Geschlechts. Das Alter liegt in den meisten Fällen zwischen 50 und 60 Jahren, wobei 14% der Befragten keine Altersangaben machten. Daraus lassen sich zwei mögliche Schlüsse ziehen: entweder sind ältere Versuchspersonen eher als jüngere bereit, Antworten zu geben, oder die Antworten reflektieren die tatsächliche Altersstruktur, was anzeigen würde, daß der Anteil jüngerer Einwanderer aus Ungarn nach Deutschland verhältnismäßig gering ist. Mündliche Interviews, die Angaben ungarischer Institutionen in Berlin und die Zusammensetzung der Vereine mit Ungarnbezug deuten eher auf die zweite Möglichkeit hin.

Was den Zeitpunkt der Ansiedlung in Berlin oder Brandenburg betrifft, gaben 77% der Befragten an, sich dort zwischen 1960 und 1990 niedergelassen zu haben. 6% kamen vor 1960, 14,5% nach 1990. Dies heißt auch, daß die Öffnung der Grenzen nach der Wende keine bedeutende Migration veranlaßt hat. Im Gegensatz zu einigen anderen deutschen Regionen und Städten (z. B. München) war West-Berlin (Ostberlin und Brandenburg sowieso nicht) kein bevorzugtes Zielgebiet für jene Flüchtlinge, die Ungarn nach dem Aufstand von 1956 verlassen haben.

In Berlin/Brandenburg seit ...						
vor 1945	1945-1960	1960-1970	1970-1980	1980-1990	nach 1990	k. A.
1	8	43	42	33	25	4
0,63%	5,26%	28,29%	27,63%	21,71%	16,45%	

Tabelle 1

Zum Zeitpunkt der Wende lebten 47% der Befragten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, 40% in West-Berlin oder anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, 7,7% in Ungarn und 4,5% in anderen Ländern (z. B. Jugoslawien, Rumänien). Schon aus diesen Angaben läßt sich folgern, daß die Gründe, nach Deutschland zu kommen, jeweils sehr unterschiedlich waren. Immigranten in die Bundesrepublik gaben meistens politische (in manchen Fällen auch familiäre) Gründe an, Aussiedler in die ehemalige DDR verwiesen vorwiegend auf berufliche, zum Teil auch auf familiäre Gründe.

### 2.3. Auswertungsverfahren

Die Angaben wurden im Hinblick auf vier Kriterien (abhängige Variablen) ausgewertet, nämlich:

- Ausmaß der *Integration* in die Gesellschaft der neuen deutschen Heimat. Hierbei werden die Angaben zu objektiven Tatbeständen (z. B. Staatsangehörigkeit oder Sprache) und subjektiven Befindlichkeiten (z. B. Akzeptanz) ausgewertet;
- *Bildungsstand und berufliche Tätigkeit*, was einerseits auch mit der gesellschaftlichen Integration zusammenhängt, andererseits aber auch manches über die Qualifikationsstruktur der ungarischen Migranten aussagt;
- *Bezug zum alten Heimatland*, d. h. Mitgliedschaft in Vereinigungen mit Ungarnbezug, Kontakte zu und Aufenthalte in Ungarn usw.;
- *Probleme als Angehörige einer Minderheit* in Deutschland.

Die Ergebnisse dieser Auswertung sind in den folgenden Abschnitten zusammengefaßt und zum Teil mit tabellarischen Darstellungen angereichert.

### 3. ERGEBNISSE

#### 3.1. Integration

Um das Ergebnis vorwegzunehmen, sind die in Berlin und Brandenburg lebenden Ungarn im allgemeinen sehr gut integriert.

Was die objektiven Merkmale betrifft, haben 39% die deutsche, 13,6% die doppelte Staatsangehörigkeit. Letztlich also sind 52,6% in Deutschland eingebürgert. 42,2% sind nur ungarische Staatsbürger, die Mehrheit von diesen lebte damals auf dem Gebiet der ehemaligen DDR; nach der Maßgabe der Altersstruktur handelt es sich dabei um ältere Migranten, die sich früher aus beruflichen oder familiären Gründen im früheren Ostdeutschland niedergelassen haben.

Staatsbürgerschaft				
Ungarische	Deutsche	doppelte	Andere	k. A.
65	60	21	8	5
42,21%	38,96%	13,64%	5,19%	

Tabelle 2

74% der Befragten gaben die Antwort, daß sie sich in Deutschland als Mitbürger 1. Klasse befinden, 21% bejahten diese Frage mit dem Zusatz „teilweise“. Nur 5% antworteten mit „nein“ oder „weiß nicht“. Über 90% gaben an, daß sie ihre neue Umgebung in Deutschland voll akzeptiert hätten, weitere 8% stimmten dem mit einem gewissen Vorbehalt zu, und nur 3% gaben die Antwort „nein“ oder „weiß nicht“. Daran ändert sich auch nichts, daß 58% meinen, von den Deutschen als „Ungar/in“ angesehen zu werden.

Eine, wie es sich herausgestellt hat, ganz entscheidende Bedeutung bei der Integration von Migranten haben die familiären Verhältnisse. Von den 159 Antwortgebern haben 121 (76%) angegeben, mit einem/einer deutschen Partner/-in verheiratet oder verbunden zu sein, 11 haben ungarische Ehepartner, 11 gaben andere Nationalitäten an, in 16 Fällen gab es keine Antwort auf diese Frage.

Es zeigt sich jedoch, daß sich Staatsangehörigkeit und nationale Identität nicht immer und unbedingt decken. 52% der Befragten gaben an, daß sie sich in erster Linie als Ungarn fühlen, unabhängig vom Paß, den sie besitzen. Nur 11% fühlen sich ohne Einschränkungen als Deutsche. Jedoch ist interessant zu vermerken, daß sich 33% der Befragten als „Kosmopoliten“ oder „Europäer“ bezeichnen, was durchaus mit dem Globalisierungsprozeß und dem Prinzip der „multiplen Identität“ in einer postmodernen Welt im Zusammenhang steht. Diese Tendenz könnte durch Ungarns Mitgliedschaft in der Europäischen Union weiter verstärkt werden, da die Aussicht besteht, daß im Rahmen des europäischen Konvents eine Regelung herbeigeführt

wird, die neben der nationalen auch eine europäische Staatsbürgerschaft ermöglicht.

Auf die Frage, ob die Kinder aus den Familien der Befragten auch ungarisch sprechen, haben 66 (41,5%) mit „ja“ geantwortet. Natürlich gibt es in diesem Fall qualitative Unterschiede: eine Sprache kann man vollkommen, halbwegs oder auch nur auf der untersten Stufe der Verständigung beherrschen; 38 Antworten (23,9%) gaben diese eingeschränkten Sprachkenntnisse mit dem Hinweis „etwas Ungarisch“ an. Solche Nuancen einzugrenzen war aber nicht möglich. Immerhin, nur 18 der Antworten (11,3%) lauteten, daß die Kinder die Sprache ihrer Vorfahren nicht sprechen können.

Sprachkenntnisse und im besonderen die Erlernung der ungarischen Sprache hängen naturgemäß auch davon ab, welche Sprache in der Familie gesprochen wird. In 80% der Familien (absolut 128) wird den Angaben zufolge als Regelfall deutsch gesprochen, nur in wenigen Fällen (7 Familien) bedient man sich der ungarischen oder auch einer anderen (rumänischen, serbokroatischen) Sprache. Nach den Angaben wachsen die Kinder jedoch überwiegend mehrsprachig auf.

Ungarische „Minderheiten“ – und dies ergibt sich eindeutig aus den vorliegenden Daten und einschlägiger Erfahrung – sind nicht nur integrationsfähig, sondern auch integrationsbereit. Das ist vor allem auf die jahrhundertealten traditionellen Verbindungen zwischen Deutschland/Österreich und Ungarn und die Einbettung der ungarischen Kultur (Literatur, Kunst und Wissenschaft) in den deutschsprachigen Kulturkreis zurückzuführen. Es ist auch kein Zufall, daß sich Ungarn nach der Wende politisch, verfassungsrechtlich und auch wirtschaftlich im Gegensatz zu einigen mittel- und osteuropäischen Ländern sehr weitgehend am Modell der Bundesrepublik Deutschland orientiert hat. Auch die Partnerschaft zwischen den beiden Hauptstädten Berlin und Budapest hat zu dieser Annäherung der institutionellen Strukturen und damit zur Erleichterung der Anpassung auch auf der Mikroebene von Familien, Verhaltensweisen und Adaptionsbereitschaften beigetragen. In diesem Sinne sehen sich die meisten in Berlin und Brandenburg lebenden Ungarn nicht als „ethnische Minderheit“, sondern als ergänzenden Bestandteil der vielschichtigen Ethnostruktur in Deutschland.

### **3.2. Bildung und Beruf**

Es ist eindeutig festzustellen, daß das formale durchschnittliche Ausbildungsniveau der in Berlin und Brandenburg lebenden ungarischen Migranten das durchschnittliche Niveau in Deutschland weit übertrifft.

62,4% der Befragten gaben an, über eine abgeschlossene Hochschulbildung zu verfügen. Weitere 20% haben Abitur, 3,2% die mittlere Reife, 1,3% einen Handelsschulabschluß und 12% eine Berufsschulbildung. Lediglich 0,64% verfügen nur über eine Grundschulbildung. Es sind also überwiegend die Hochqualifizierten, die sich in Deutschland niederge-

lassen haben. Dies entspricht auch den Ergebnissen einer Studie, die von der Kommission der Europäischen Union in Auftrag gegeben wurde.<sup>1</sup>

Schulbildung						
Grundschule	Berufsschule	Handelschule	Mittlere Reife	Abitur	Hochschule	k. A.
1	19	2	5	32	98	2
0,63%	12,10%	1,27%	3,18%	20,38%	62,42%	

Tabelle 3

Diese Studie weist nach, daß die aggregierte und kumulierte Qualifikationsrate der Migranten aus Mittel-Ost-Europa nach Deutschland, mit Ausnahme der Migranten aus Jugoslawien und Albanien, höher liegt als die entsprechende Qualifikationsrate der deutschen Bevölkerung. Liegt die letztere bei einem Quotienten von 0,13, so erreichen die Immigranten im Durchschnitt (mit Ausnahme Jugoslawiens) 0,20, wobei Ungarn mit 0,22 die höchste Meßzahl aufzuweisen hat.<sup>2</sup> Dies ist aus einem Grund nicht überraschend: Es waren auch in der Vergangenheit vornehmlich hochqualifizierte Leute, welche aus den ehemaligen sozialistischen Ländern entweder als Vertragspartner (vornehmlich in der ex-DDR) oder als geflüchtete Fachleute (vornehmlich in Westdeutschland) eine der eigenen Qualifikation entsprechende Beschäftigung erhalten konnten. Selbstverständlich könnte sich die Qualifikationsstruktur der Migranten im Zuge der Einführung der Freizügigkeit für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten verändern, aber selbst dann haben neuere Untersuchungen darauf hingedeutet, daß Ungarns Migrationspotential als relativ geringfügig einzuschätzen ist und wiederum hauptsächlich qualifizierte Fachleute betrifft.<sup>3</sup> „Die Schlußfolgerung ist“ – so die zitierte, von der EU in Auftrag gegebene Studie – „daß die Immigration aus Osteuropa positiv zur durchschnittlichen Erhöhung des deutschen Kapitalstocks an menschlichen Ressourcen beigetragen hat.“<sup>4</sup>

Insofern ist festzustellen, daß die bisherige Migration von Fachkräften aus Ungarn nach Deutschland für das letztere eher ein *brain gain* als eine Kon-

<sup>1</sup> T. Straubhaar-M. Wolburg: „Brain Drain and Brain Gain in Europe – An Evaluation of the East-European Migration to Germany“ [Gewinn und Verlust an hochqualifiziertem Personal in Europa – Eine Auswertung der osteuropäischen Migration nach Deutschland], Feb. 20, 1998, Hamburg.

<sup>2</sup> Zur Methodologie der Berechnung dieser Kennzahlen und zur Interpretation der Ergebnisse verweisen wir auf die zitierte Studie. Eine ausführliche Darstellung und Analyse ihrer Ergebnisse kann hier aus technischen Gründen nicht geleistet werden.

<sup>3</sup> E. Sik: „Migrációs potenciál a mai Magyarországon“ [Migrationspotential im heutigen Ungarn], Europai Tükör [Europaspiegel], III. no 2; Budapest, 1998

<sup>4</sup> T. Straubhaar-M. Wolburg: o. cit., S. 11.

kurrenz um knappe Arbeitsplätze auf dem zweifellos angespannten Arbeitsmarkt bedeutet. Die Aufschlüsselung der derzeitigen Berufstätigkeiten der in Berlin und Brandenburg angesiedelten Migranten aus Ungarn zeigt das folgende Bild:

- Fachkräfte, Facharbeiter: 10%
- Angestellte in Büro und Verwaltung: 9,4%
- Akademiker, darunter mehrere Hochschulprofessoren und -dozenten: 7%
- Selbständige und Unternehmer: 7%
- Lehrer und Erzieher: 7%
- in Medienberufen Tätige: 6%
- Kunst- und Kulturschaffende: 5%
- sonstige Wissenschaftler und Forscher: 11%
- Dolmetscher und Übersetzer: 4%
- Fachärzte und Ärzte: 3,3%
- Rentner/Pensionäre: 11,2%
- Arbeitslose: 7,3%

Die übrigen Berufe verteilen sich auf die unterschiedlichsten Berufsgruppen. Die Personengruppe der Rentner und Pensionäre zeigt einen Anteil, der im Hinblick auf die Altersstrukturen auch dem deutschen Durchschnitt entspricht. Die Quote der Arbeitslosen liegt dagegen ziemlich weit unterhalb der Arbeitslosenquote in Deutschland und ganz besonders in Berlin und Brandenburg. Insofern ist zu folgern, daß die Migranten aus Ungarn im Durchschnitt eine niedrigere Arbeitslosenquote aufweisen als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Aus allen diesen Daten läßt sich mit dem Vorbehalt der Nicht-Repräsentativität der Stichprobe folgern, daß die Ungarn in Berlin und Brandenburg die berufliche Integration im allgemeinen überdurchschnittlich bewältigt haben.

### 3.3. Bezug zum Heimatland

Hier ging es darum zu erfahren, wie weit sich die in Berlin und Brandenburg lebenden Ungarn mit ihrem alten Heimatland identifizieren, welche Kontakte sie mit ihm aufrechterhalten, wie weit sie sich mit Ungarn verbunden fühlen. Es handelt sich also um die subjektiven Attitüden gegenüber dem Land, das sie zugunsten einer neuen Heimat verlassen haben.

Trotz der im allgemeinen sehr erfolgreichen Integration in die neuen Strukturen bezeichnen immerhin mehr als 75% der Befragten immer noch Ungarisch als ihre Muttersprache. 20,2% nennen Ungarisch und Deutsch zugleich als Muttersprache, darunter sind die meisten deutschstämmigen Ungarn, deren Vorfahren seit Jahrhunderten in Ungarn lebten, Deutsch jedoch trotz mancher Widrigkeiten und gewisser „Hungarisierungszwänge“

in der Vergangenheit nicht verlernt haben. Rein deutsche Muttersprachlichkeit bescheinigen sich lediglich knapp 4% der Befragten.

Was den Geburtsort anbelangt, gaben 82% der Befragten Ungarn an, aber auch die übrigen stammen aus Regionen, die früher zum damaligen Ungarn gehörten (Wojwodina, Siebenbürgen, Slowakei usw.). Es ist interessant, wenn auch nicht überraschend, zu erfahren, daß die „ungarische Identität“ bei Personen, die das Schicksal einer ungarischen Minderheit in einem der Nachbarländer erfahren haben, stärker ausgeprägt ist als bei denen, die aus dem Stammland Ungarn nach Deutschland ausgewandert sind. Ungarn aus Ungarn, wo sie die Mehrheit stellen, sind weniger als Ungarn aus den Nachbarländern, wo sie Minderheiten sind, nationalistisch eingestellt.

92,5% der Befragten haben regelmäßige Kontakte zu Ungarn, entweder als Leser ungarischer Zeitungen und Konsumenten von Medien oder als Reisende in das alte Heimatland. 26% reisen gelegentlich, 58,5% jedoch regelmäßig nach Ungarn zum Urlaub, zu Verwandtenbesuchen oder anderen Zwecken. Da die geographische Entfernung nicht zu groß ist und die wirtschaftlichen Verhältnisse der meisten in Deutschland lebenden Ungarn es gestatten, findet normalerweise ein reger Kontakt zwischen der neuen und der alten Heimat statt. Im Zuge der europäischen Integration intensivieren sich diese Kontakte zunehmend, und verbesserte Infrastrukturbedingungen (Flugzeug, Bahn, Straße) tragen zur Verbesserung der Verbindungen bei.

Die Hälfte der Befragten gibt an, Mitglied einer Vereinigung mit ungarischem Bezug zu sein, dagegen sind von den 159 Antwortgebern nur 10 (6%) Mitglied einer ungarischen Kirchengemeinde. Ungarische Zeitungen lesen 60% der Befragten gelegentlich, der Anteil der regelmäßigen Zeitungsleser liegt bei 22%. Der Zugang zur Presse, zu ungarischen Büchern und Medien hängt natürlich auch von der Verfügbarkeit ab, die in der Stadt Berlin wesentlich größer ist als in ländlichen Gebieten Brandenburgs.

Es zeigt sich, daß die im allgemeinen erfolgreiche Integration in Deutschland nicht unbedingt zu einer Verringerung von Interesse und Kontakten zur alten Heimat geführt hat. Bei vielen Befragten war jenes Phänomen feststellbar, das der Soziologe Ulrich Beck „multiple Identität“ nannte.<sup>5</sup>

### **3.4. Bezug zu Deutschland – Minderheitsprobleme?**

Die Attitüde gegenüber der neuen Heimat Deutschland ist im allgemeinen sehr positiv. Etwa 70% der Befragten fühlen sich hier wohl und äußern sich in positiver Form über die Deutschen. 13% gaben sogar an, „Deutschland zu lieben“ und „stolz auf Deutschland“ zu sein.

Natürlich bringt der Wechsel in ein anderes Land fast immer auch gewisse Probleme und auch Anpassungsschwierigkeiten mit sich. Probleme mit Sprache, Behörden, fremden Sitten und Gebräuchen sind, zumindest am

---

<sup>5</sup> U. Beck: Was ist Globalisierung?, Suhrkamp 1998.

Anfang, fast unvermeidlich. Daher ist es erstaunlich, daß über 90% der Befragten angaben, keine Schwierigkeiten gehabt zu haben. 8% berichten über Anfangsprobleme, die überwunden werden konnten, und nur 2% meinen, als „Ausländer/innen“ heute noch Probleme in Deutschland zu haben.

<b>Probleme als Ausländer</b>			
<b>hatte nicht</b>	<b>ja, hatte</b>	<b>ja, habe noch</b>	<b>k. A.</b>
129	11	3	14
90,21%	7,69%	2,10%	

Tabelle 4

Selbst die Sprache stellte keine besondere Herausforderung dar. 72% der Antwortgeber meinten, überhaupt keine Sprachprobleme gehabt zu haben, wobei natürlich zu berücksichtigen ist, daß ein Teil der Migranten deutschstämmig ist. Nur 4% berichteten, daß sie auch heute noch mit Sprachproblemen konfrontiert werden.

<b>Probleme wegen der Sprache</b>			
<b>hatte nicht</b>	<b>ja, hatte</b>	<b>ja, habe noch</b>	<b>k. A.</b>
104	23	6	26
72,73%	16,08%	4,20%	

Tabelle 5

Auf die Frage, ob sie in Deutschland wegen ihrer Herkunft als „Ausländer“ Benachteiligungen hätten, antworteten 72% mit „nein“. 12% gaben an, besonders am Anfang und speziell auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von Behörden oder am Arbeitsplatz gewissen Benachteiligungen ausgesetzt worden zu sein. 5% der Befragten fühlen sich auch heute noch benachteiligt, wobei jedoch nicht im einzelnen geklärt werden konnte, ob dies durch Tatsachen oder lediglich durch subjektive Empfindungen begründet ist. 90% gaben an, ihre neue Umgebung in Deutschland voll akzeptiert zu haben. Der Umstand, daß man zwar von der deutschen Umgebung als „Ausländer/in“ angesehen, aber dennoch voll akzeptiert wird, deutet darauf hin, daß Probleme, sofern es welche gibt, in erster Linie nicht auf einen „Minderheitenstatus“, sondern vermutlich auf andere Ursachen, etwa im persönlichen Bereich, zurückzuführen sind.

Aus all diesen Ergebnissen zeichnet sich eine komplexe Identifikationsstruktur ab. Einerseits ist unter den Antwortgebern eine hochgradige Integration in die deutsche Umgebung zu beobachten, andererseits und parallel hierzu werden wesentliche Merkmale der ungarischen Identität nicht aufgegeben. Es findet meistens keine vollständige Assimilation statt, sondern eher eine Erweiterung und Bereicherung der eigenen Identität in Form einer

Anpassung an das Neue unter Bewahrung des Alten.<sup>6</sup> In diesem Sinne stellen die Ungarn in Deutschland, zumindest im Untersuchungsgebiet Berlin-Brandenburg, keine eigentliche „ethnische Minderheit“ dar. Ihre Probleme, sofern sie welche haben, sind keine typischen „Minderheitenprobleme“. Sie betrachten sich selbst und werden im allgemeinen auch betrachtet als Mitbürger/innen mit speziellen Merkmalen in der Vielfalt einer komplexen, offenen, sich globalisierenden Gesellschaft.

#### 4. ZUSAMMENFASSUNG

Die Untersuchung beruht auf einer nicht-repräsentativen Stichprobe, so können ihre Ergebnisse in strengem Sinne nicht verallgemeinert werden. Wohl aber lassen die Ergebnisse auf gewisse Tendenzen schließen.

Es kann festgestellt werden, daß die in Berlin und Brandenburg lebenden Ungarn die Integration in ihre neue Heimat sowohl sprachlich als auch beruflich ohne nennenswerte Probleme bewältigt haben. Die meisten betrachten sich als Mitbürger erster Klasse, die Mehrheit ist bereits eingebürgert.

Beinahe zwei Drittel verfügen über einen Hochschulabschluß, so daß ihre Qualifikationsstruktur den durchschnittlichen Bildungsstand in der deutschen Gesellschaft übertrifft. Sie üben, sofern noch nicht pensioniert, meistens eine qualifizierte berufliche Tätigkeit aus. Der Anteil von Arbeitslosen unter ihnen liegt unterhalb des deutschen Durchschnitts.

Die meisten halten ihre regelmäßigen Kontakte mit der alten Heimat durch Reisen, Media und, etwa zur Hälfte der Befragten, Mitgliedschaften in Vereinigungen mit Ungarnbezug aufrecht. Auch soziale Kontakte mit Landsleuten werden gepflegt, ohne jegliche Tendenz zur Ghettoisierung. Deutschland als neue Heimat wird im allgemeinen positiv bewertet. Über Anfangsschwierigkeiten oder Anpassungsprobleme wurde nur in wenigen vereinzelten Fällen berichtet.

Die Befragten betrachten sich zwar überwiegend als „Ungar/in“, zugleich aber auch als Mitbürger/in mit speziellen Merkmalen in der Gesellschaft ihrer neuen Heimat. Sie haben also in den wenigsten Fällen das Gefühl, eine „Minderheit“ zu sein. Sie mögen Probleme haben, wie jeder Mensch sie hat, aber diese sind in keiner Weise typische „Minderheitenprobleme“.

---

<sup>6</sup> Hierzu *Attila Schauschitz*: „Die Berliner Ungarn und die EU-Erweiterung“, Manuskript; Berlin, 2002

## **TEIL 2**

### **Beiträge zur ungarischen Geschichte**



**Mirko Nowak**

## **Der Blick auf Mitteleuropa in fünf ungarischen Konföderationskonzepten\***

### **1. EINLEITUNG**

Der Begriff Mitteleuropa umfaßte nie einen geographisch fest umrissenen Raum, vielmehr wurde er auf die politischen, ökonomischen und kulturellen Verbindungen des mitteleuropäischen Raumes angewendet. Die Konturen Mitteleuropas sind unscharf. Jede geistige Strömung definiert die Ausdehnung dieses potentiellen Subkontinents auf ihre Weise.

Die vorliegende Untersuchung soll mit dem spezifisch ungarischen einen der westlichen Geschichtsschreibung nicht so geläufigen Blickwinkel aufzeigen. Ungarn wird hierbei als Land betrachtet, welches ein Neuling in der demokratischen Praxis westlichen Typs ist. Hier fand keine siegreiche bürgerliche demokratische Revolution statt. Die bürgerliche Entwicklung ist von Westen her nach Ungarn gelangt. Mitteleuropa verstand man hier als Raum, in welchem die Staatsbürokratie, die Armee und die Intelligenz stärker waren als das Besitzbürgertum. Folgend soll sich die Untersuchung deshalb nur auf ungarische Mitteleuropakonzeptionen des 19. und 20. Jahrhunderts unter dem Gesichtspunkt der Politik konzentrieren. Aber selbst dieser Bereich erfordert eine genauere Differenzierung. So werden Konzepte herangezogen, die sich mit dem Föderalismus in diesem Raum befassen.

Da eine klare definitorische Eingrenzung unmöglich ist, soll an Hand der Analyse von fünf ungarischen Konföderationsplänen – wobei zu prüfen ist, ob sie überhaupt so zu nennen sind – Mitteleuropa politisch, ökonomisch und kulturell fokussiert werden. Es gilt einen Prozeß einschließlich seiner Veränderungen, Linien und Brüche aufzuzeigen. Dieses „Mitteleuropa“ ist also eine Arbeitshypothese. Folgenden drei Fragen wird nachgegangen:

- Welches Verständnis von Mitteleuropa beziehungsweise von Föderalismus wird in den untersuchten Konzepten ersichtlich?

---

\* Anm. d. SL: Überarbeiteter Vortrag vom 27. Februar 2001 vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. im Haus Ungarn, Berlin. Der Vortrag beruht auf der Magisterarbeit mit demselben Titel, die am 9. Mai 2000 bei Prof. Dr. Hagen Schulze, Freie Universität Berlin, eingereicht wurde.

- Wie ist die Funktion der Föderalismusidee innerhalb der Mitteleuropa-problematik zu verstehen, und wie stehen beide Begriffe zueinander?
- Schließlich, warum wurden die Konföderationspläne nicht verwirklicht?

Der behandelte Zeitraum erstreckt sich von den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts. Vor diesem Zeitraum sind keine Konzepte zu diesem Themenkomplex bekannt. So sollen mit den Plänen Miklós Wesselényis und Lajos Kossuths der ungarische Vormärz und die Revolution von 1848/49 sowie die Zeit bis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 beleuchtet werden. Hier tritt in erster Linie die Frage nach der ungarischen Nation in den Vordergrund und dem Verhältnis des Nationalismus in der Habsburgmonarchie zur Idee des Föderalismus.

Oszkár Jászis Gedanken zu Mitteleuropa entstehen am Ende der k.u.k.-Monarchie. Zum Teil sind sie noch eng mit den Ideen des 19. Jahrhunderts verbunden. Jászis Pläne nach dem Ersten Weltkrieg lassen bereits andere Strömungen für die Mitteleuropa-Idee erkennen. Die Wirtschaft wird zum dominierenden Faktor. In dieselbe Richtung weisen Elemér Hantos' Pläne der ökonomischen Neuordnung des mitteleuropäischen Raumes in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. Die unter anderen von ungarischen Dissidenten entfachte Diskussion über Mitteleuropa verleiht diesem Terminus im kommunistischen Ungarn der 1980er Jahre eine ganz neue kulturphilosophische Bedeutung. György Konrád, an der Spitze der Dissidentenbewegung, setzt die Ideen eines Mitteleuropas bis in die Gegenwart fort.

## 2. PROBLEME DER TERMINOLOGIE

### 2.1. Mitteleuropa – ein grenzenlos-begrenzter Begriff

Die Meinungen in der Mitteleuropaforschung stimmen in einem einzigen Punkt überein: Mitteleuropa ist ein Begriff, der schwer zu definieren und dessen Inhalt komplex ist. Mitteleuropa ist zu weit, zu vage, historisch zu belastet, zu katastrophenträchtig, kulturell zu vielschichtig und politisch zu schillernd. Es ist notwendig, den Begriff einzukreisen. Er bewegt sich zwischen geographischer Unbestimmtheit und politischer Tendenz, zwischen nostalgischen Rückwendungen und zukunftsweisenden Konzepten, zwischen Existenz und Illusion. In der Fülle der Veröffentlichungen vielfältiger Unkonzepte und Halbdefinitionen und daraus resultierender Diskussionen werden unterschiedliche und auch gegensätzliche Meinungen sowie divergierende Inhalte sichtbar, so daß der Historiker einige Mühe hat, sich im Gewirr der politischen Ideen und Denkansätze zurechtzufinden, die diesen Begriff nutzen. Es wird deutlich, wie wichtig der historische Kontext ist, in den der Mitteleuropabegriff jeweils eingebettet ist. Seine Konturen sind variabel, je nachdem welcher Protagonist ihn mit welcher Intention unter wel-

chen Umständen verwendet. Die Bestimmung der jeweils subjektiven Disposition des Autors, des geographischen Blickwinkels und des historischen Kontextes ist für die Analyse unerlässlich. Mitteleuropakonzeptionen sind so vielfältig wie die geistigen Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts.

## 2.2. Merkmale Mitteleuropas

Im folgenden wird eine Einordnung der Merkmale Mitteleuropas in fünf Kategorien versucht. Diese Unterteilung des Bedeutungskomplexes Mitteleuropa kann nur der groben Übersicht darüber dienen, in welchen Grenzen sich die Mitteleuropaforschung bewegt. Denn die einzelnen Motive sowie deren Bruchstücke sind so verwoben, daß sie selten für sich allein auftreten.

Mitteleuropa ist in der Geschichtswissenschaft oft an *geographische* Vorstellungen geknüpft. Aber schon die Gleichsetzung Mitteleuropas mit einer geographischen Region ist in der Forschung umstritten. „Wohl am wenigsten strittig, wenn auch keineswegs klar umrissen, ist Mitteleuropa als geographischer Begriff.“ Erkennt man Mitteleuropa als geographischen Begriff an, öffnet sich ein großes Spektrum der Abgrenzungsversuche. Die weiteste Ausdehnung wird anhand einiger natürlicher Grenzen gesehen. So erscheint der Rhein im Westen als begrenzender Faktor. Östlich reicht Mitteleuropa bis zur russischen Ebene. Die Ostsee im Norden und die Adria im Süden sind weitere Grenzlinien. Am anderen Ende dieses Spektrums – die Grauzone ist nicht minder klein – ist Mitteleuropa geographisch identisch nur mit Deutschland oder dem Gebiet der Habsburgmonarchie zu Anfang des Ersten Weltkrieges beziehungsweise mit dem Donauraum. Ist der Donauraum nur Teil eines Ganzen, oder sind deutsche Gebiete, das Baltikum, die Benelux-Länder, die Schweiz oder der Balkan noch hinzuzurechnen – Mitteleuropa als Raum zwischen Deutschland und Rußland?

Den Dissens in der geographischen Zuordnung lösen einige Historiker, indem sie Mitteleuropa geographische Eigenschaften absprechen oder die Diskussion als nicht ergiebig hinstellen. In der Tat hat sich die Geographie dem Begriff unpolitisch und emotionslos genähert. Die Geographie ist eher physisch bestimmt denn philosophisch und politisch. In der Mitteleuropadiskussion verliert man schnell den Glauben an physikalische Gegebenheiten. So scheint auch die Donau – das offensichtlichste geographische Merkmal – die Region eher zu durchschneiden, als ihr eine Einheit zu geben. Die Geographie verleiht dem Begriff Mitteleuropa etwas Selbstverständliches, eine so nicht vorhandene Objektivität. Die Definition Mitteleuropas gehört so eher in die Politik denn in die Erdkunde. Peter Stirik nennt die Region einen „Organismus mit Venen und Arterien, aber ohne Außenhaut.“

*Politik* ist folglich ein zweites Motiv im Mitteleuropakomplex. Die heutige Mitteleuropadiskussion unterscheidet drei große politische Richtungen. Die erste ist großdeutsch-imperialistisch. Mitteleuropa – ein politischer Begriff und daher jeder Deutung und Umdeutung offen, wobei die deutsche

Prägung als konstant gilt – ist verbunden mit der Dominanz der Deutschen in dem Gebiet zwischen West und Ost sowie mit der Reaktion der nicht-deutschen Völker dieser Region. Eine Dominanz deutscher Interessen und die Rolle eines Hinterlandes der deutschen Wirtschaft für die mitteleuropäischen Nachbarn Deutschlands haften dem Terminus an. Mitteleuropa tritt immer dann in der europäischen Ideengeschichte auf, wenn die deutschsprachige Zivilisation eine Krise oder einen Wandel durchlebt. Deutschland gilt als politischer „Mittler“. Diese Vorstellungen werden oft auf die negativ geprägten imperialistischen Überlegungen vor und während dem Ersten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus reduziert – namentlich die pangermanistisch diskreditierten Pläne sowie das naumannsche „Mitteleuropa“.

Die zweite Variante der politischen Zuordnung Mitteleuropas kann mit dem Schlagwort „Heimweh nach Kakanien“ umschrieben werden. Das bedeutet nicht, die Habsburgmonarchie politisch oder wirtschaftlich wieder ins Leben rufen zu wollen, sondern es geht hierbei um den Rückgriff auf Traditionen. Niemand wünscht die Rückkehr, außerdem fehlt die Möglichkeit dazu. Hier wird nur sichtbar, daß die Gesellschaft keine adäquaten Lösungen für die gegenwärtigen Probleme hat. Die Konsequenz daraus ist die Orientierung an der Tradition – eine Reaktion auf ein Defizit, um der Gesellschaft Sinnstrukturen zu geben. Dieses politische Konzept der Wiedergeburt wird von der Geschichtswissenschaft als rückwärtsgerichtet und nostalgisch angesehen. Politisch eine eher harmlose Variante.

Der dritte politische Aspekt innerhalb des Mitteleuropakomplexes ist mit der Diskussion der 1980er Jahre verbunden. Hier wird Mitteleuropa zum einen als Brücke zum Westen gesehen, zum anderen als begriffliche Abgrenzung von Osteuropa, das mit dem sowjetischen System der Satellitenstaaten zusammenhängt. Die Habsburgmonarchie wird auch in dieser Argumentation sichtbar, aber hier als Richtungsweiser, um der 'pax sovietica' zu entkommen. Mitteleuropa wird zu einer politischen Gegenideologie. Es ist eine Chiffre des politischen Protestes, Ausdruck der Unzufriedenheit mit der sicherheitspolitischen Lage, Versuch einer Änderung des Status quo. Die Unterscheidung zwischen Ost- und Südosteuropa sowie Mitteleuropa enthält hierbei ein brisantes Deutungsmerkmal. Mitteleuropa erscheint hochwertiger als Osteuropa und der Balkan. Die Abgrenzung anhand rassistischer und imperialistischer Denkmuster liegt nahe. Eric Hobsbawm lehnt vor diesem Hintergrund Mitteleuropa als politischen Begriff ab.

Aus der *Kultur* wird eine dritte Deutung des Mitteleuropabegriffs versucht. Das Schlagwort ist die kulturelle Pluralität. Der Begriff Mitteleuropa wird zum transnationalen Merkmal der kulturellen Zentren dieses Raumes, die Vielzahl von Literatur, Sprache und Kultur zum Hauptmerkmal. Es soll eine gewisse Einheit mit einer begrenzten Vielfalt verbunden werden. Dieses kulturelle Mitteleuropa ist – ähnlich der politischen Perspektive – ebenfalls eng mit dem Habsburgerreich verbunden. Zwei Motive treten in der

Diskussion um die mitteleuropäische Kultur hervor: Zum einen ein deutsches Element, zum anderen ein jüdisches. Mitteleuropa war stark mit dem Deutschen als Kultursprache verbunden. Die Juden dieses Raumes werden als Träger einer stets gefährdeten kulturellen Umwelt angesehen.

Mitteleuropa heute als kulturellen Begriff zu sehen ist fragwürdig geworden, denn die jüdische Welt in dieser Region ist untergegangen – die Träger wurden versprengt oder ermordet. Deutsch ist außerdem nicht mehr die 'lingua franca'. Mitteleuropa scheint für die heutige Weltkultur belanglos. Es ist schwer, Kultur als wissenschaftlichen Maßstab anzuwenden – sie in ihren Merkmalen und Auswirkungen zu erfassen ist äußerst komplex. Die Geschichtswissenschaft im Bereich Mitteleuropa kann nur die Existenz einer spezifisch mitteleuropäischen Kultur annehmen oder verwerfen; auf detaillierte Untersuchungen ist sie nicht gestützt, so daß sie auf das Beschreiben beschränkt ist. Trotz oder gerade wegen dieses unklaren Kulturverständnisses rückt der kulturelle Aspekt in das Zentrum der Mitteleuropaforschung.

Ein vierter definitorischer Ansatz versucht, Mitteleuropa anhand *wirtschaftlicher Merkmale* zu bestimmen. Der ökonomische und der damit verbundene soziale Entwicklungsprozeß Europas im 19. und 20. Jahrhundert werden als zweigleisig betrachtet. Es wird dabei zwischen einer westlichen, fortgeschrittenen, treibenden und einer östlichen, langsameren Variante unterschieden – ein Prozeß, dessen Ursprung im Spätmittelalter zu finden ist. Mitteleuropa gilt als Chiffre für einen wirtschaftlichen Sonderweg sowie für eine Neuordnung, welche den östlichen Rückstand aufheben soll. Mitteleuropa wird so zu einer dritten Region. Ein weiterer, bestimmender Faktor ist die Wirtschaftsstruktur Mitteleuropas, die auf das Reich der Habsburger zurückzuführen ist. Hier haben sich regionale Wirtschaftszentren gebildet, die mit den anderen der Monarchie sehr fest verbunden waren. Diese Symbiose wurde 1913 wirtschaftlich und politisch zerschnitten, nach 1945 ganz aus den gewachsenen ökonomischen Zusammenhängen herausgerissen, wobei Rudimente dieser gewachsenen Struktur nach wie vor erkennbar sind. Die Idee einer großräumigen wirtschaftlichen Einigung des mittleren Europas geht auf Pläne in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Friedrich List wollte eine Neuordnung nach Vorbild des deutschen Zollvereins schaffen. Gegen eine solche deutsche Hegemonie wandten sich die wirtschaftlichen Überlegungen der nichtdeutschen Vertreter dieser Region. Mitteleuropa sollte als wirtschaftliches Programm zur inneren Ordnung und äußeren Abgrenzung dienen. Es ist kein rein ökonomischer Begriff.

Am problematischsten erscheint der fünfte Ansatz, Mitteleuropa anhand *geschichtlicher Gemeinsamkeiten* abzugrenzen. Meist endet dieser Versuch in der Gleichsetzung von Mitteleuropa und Habsburgmonarchie. Zugleich wird deutlich, daß Mitteleuropa eine junge Erscheinung in der Geschichtswissenschaft ist und politische, kulturelle und wirtschaftliche Motive stark in diese Betrachtungsweise einfließen. Historische Rückblicke dienen also

lediglich der argumentativen Untermauerung. Diese Rekonstruktionsversuche haben vornehmlich instrumentellen Charakter, so daß Verkürzung, Idealisierung und problematische Ableitungen unvermeidbar sind.

So wenig diese Ansätze eine Definition Mitteleuropas ermöglichen, so wenig trägt das Fehlen einer einheitlichen mitteleuropäischen Geschichte dazu bei. Seit dem Mittelalter weisen Landnahme, Siedlungsgeschichte und Herrschaftsbildung sowie Wirtschafts- und Sozialentwicklung Mitteleuropa als Übergangszone aus. In diesem Raum wurden unterschiedliche Einflüsse wirksam, haben sich überkreuzt und modifiziert. Diese Überschneidungen und Brechungen machen das typisch Mitteleuropäische aus. Dieses gemeinsame Charakteristikum erlaubt nur das Aufzeigen der variantenreichen Entwicklung. Ein subjektives Zusammengehörigkeitsgefühl gab es aber nicht.

### 2.3. Faktum Mitteleuropa

Die dem Begriff Mitteleuropa folglich zugesprochenen Attribute zeigen im Grunde nur die unterschiedlichen Perspektiven derer, die den Terminus verwenden. Mitteleuropa als Ideologie, politisches Trugbild, historisch-kulturelle Nostalgie, utopisches Identitätsschema oder realpolitische Chance zu definieren geht einen Schritt zu weit. Diese Merkmale werden durch den Definitionsversuch subjektiviert. Trotzdem muß es – neben der Instrumentalisierung des Terminus – ein bestimmendes Faktum für Mitteleuropa geben, das die Grundlage für die Einführung des Begriffs darstellt.

Der gemeinsame Nenner Mitteleuropas ist seine ethnische Zusammensetzung. Aus ihr ergeben sich alle weiteren Fragen, Probleme, Strukturierungsversuche und Definitionen. Mitteleuropa ist geprägt von allgemeinen Prozessen ethnischer Verflechtung und Symbiose, von soziokulturellen Wechselwirkungen und Akkulturationen. Die innere Kohärenz ist von dichter ethnischer, sprachlicher und kultureller Pluralität bestimmt. Es ist gleichermaßen eine Region der Differenzierung und Übereinstimmung. Pluralismus ist somit *das* Wesensmerkmal, das Konzept und die Qualität Mitteleuropas. Es beinhaltet ein Nebeneinander und eine Ausrichtung zueinander – ein gesamteuropäisches Phänomen. Der Pluralismus ist eine Konstante in der geschichtlichen Entwicklung dieser Region – in ihrer kleinsten und in ihrer weitesten definatorischen Ausdehnung. Die ethnische Zusammensetzung des Mittelalters und aus der Zeit der Habsburgmonarchie ist trotz Volksvertreibungen und Siedlungspolitik bis heute erkennbar. Ethnische Einheit wurde nur in einigen Staaten erreicht. Sprachinseln bestehen nach wie vor.

### 2.4. Aspekte des Föderalismus

„Federalism has now become one of those good echo words that evoke a positive response but that may mean all things to all men, like democracy ... or peace“ (Duchacek). Föderalismus ist der allgemeine Begriff für verschiedenste Formen der organisatorischen Zusammenfassung mehr oder

weniger selbständiger Glieder. Es gibt mehr als einen einzigen Föderalisbegriff. Das Bedeutungsfeld ist potentiell weit und steht in enger Beziehung zu religiösen, sittlichen, rechtlichen oder politischen Sachverhalten. Der Begriff Föderalismus ist vielschichtig und erscheint in seiner Entwicklung erst später als die Sache, die er umfaßt, so daß sich die Freilegung der historischen Ursprünge als schwierig erweist. Seine Ausprägung variiert mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umständen.

Beim Föderalismus handelt es sich um ein Prinzip, das auf Willensbildung in einem aus Gruppen bestehenden Verband beruht. Die Besonderheit liegt darin, daß die Gruppen als solche eine Funktion im Willensbildungsprozeß haben und ein gewisses Maß an Autonomie für sich beanspruchen. Gemeinsam ist den verschiedenen Föderalismusbegriffen das Bestreben, als Form- oder Strukturelement die kleinere Einheit vor der übergeordneten größeren abzusichern und zu schützen, ohne dieser die von ihr zur Bewältigung ihrer Aufgaben benötigte Unterstützung zu versagen. Folglich ist die Betrachtungsweise wichtig: Der Föderalismus schaut ebenso wie das Individuum von unten nach oben – im Gegensatz zum Zentralismus. Der Begriff beschreibt demnach ein Form- und Strukturelement, welches die Überschaubarkeit der Zusammenballung von Menschen in Gruppen, Gesellschaften, Völkern und Staaten zu überwinden bestrebt und dazu auch fähig ist. An dieser Stelle wird aber auch die Dehnbarkeit des Terminus deutlich: Er bezieht den engsten und den weitesten Verband ein.

Die Voraussetzungen des Föderalismus sind ebenso vielschichtig wie seine Merkmale. Es muß die Notwendigkeit bestehen, sich zu vereinigen – verbunden mit dem gleichzeitigen Drang, Freiheit in größtmöglicher Form zu bewahren. Um diese Wechselbeziehungen erfolgreich auszubalancieren, müssen die sich verbindenden Einheiten eine gewisse Kongruenz wichtiger Wertüberzeugungen aufweisen. Neben den kulturellen Aspekten zählt die erhöhte Mobilität einer homogenen Gesellschaft wie die Möglichkeit des Austauschs und der Kommunikation zwischen den verschiedenen Territorien und zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu weiteren Bedingungen des Föderalismus. Kompromißbereitschaft sowie sozialer und ökonomischer Pluralismus sind ebenso entscheidend.

### **3. DIE REFORMPLÄNE VON WESSELÉNYI**

Baron Miklós Wesselényi (1796-1850) gilt in der Geschichtswissenschaft als einer der ersten Konstrukteure einer föderativen Neuordnung von Mitteleuropa im 19. Jahrhundert. Er war einer der führenden Politiker des sogenannten ungarischen Reformzeitalters, dessen Beginn auf die Wiedereinberufung des ungarischen Reichstages 1825 datiert wird. Neben seinem Freund István Széchenyi und Lajos Kossuth gilt Wesselényi als größte Per-

sönlichkeit des Reformkreises, der richtungsgebende Genius der Reichstage von 1832 bis 1836 und Hauptbeteiligter an der Revolution von 1848/49. Auf Grund dieser Ereignisse machte er sich Gedanken über die innere und äußere Lage des ungarischen Staates, über die europäische Mächtekonstellation und ihre Auswirkung auf die Nationalitäten der Habsburgmonarchie und faßte die Erkenntnisse und Lösungsvorschläge 1841/42 in dem Werk „Eine Stimme über die ungarische und slawische Nationalität“ zusammen.

Der ungarische Vormärz war von der Idee des Fortschritts geprägt: Aus dem ständischen Ungarn agrarischer Prägung sollte ein moderner parlamentarischer, den Weg der Industrialisierung beschreitender Staat werden. Diese Ansicht vertrat nur eine kleine geistige Elite um den liberalen Reformers Széchenyi, eine Opposition im Reichstag gegen die von Wien unterstützten Konservativen. Die Verschuldung des Adels und die Not der Erbuntertanen wurden vom Reformkreis heftig kritisiert. Er trat für die Aufhebung der adeligen Vorrechte, die Abschaffung der eine gesunde Kreditpolitik verhin-dernden Avitizität, für die Befreiung der Bauern und die Modernisierung von Verkehr, Handel und Industrie ein. Neben diesen landwirtschaftlichen und lokal-administrativen Reformen verfocht er die Gründung einer ungarischen Akademie und eine Schulreform, mit deren Hilfe Ungarisch das in den oberen Schichten gesprochenen Latein und Deutsch ersetzen sollte.

Gesellschaftliche Umgestaltung und ökonomisches Erstarken Ungarns waren Bedingung zur Neuregelung des österreichisch-ungarischen Verhältnisses. Sie sollten nach Ansicht der vormärzlichen Opposition der Gesamtmonarchie dienen. Auf die Nationalitäten und die Verfassung gingen die Reformen nicht unmittelbar ein. Auch war das Nationalitätenproblem in Ungarn untrennbar mit sozialen Fragen verbunden. So mußten wirtschaftliche den – in Bezug auf Österreich – politischen Reformen vorangehen.

### **3.1. „Föderierte Donau-Republik“**

In Wesselényis Werk „Eine Stimme über die ungarische und slawische Nationalität“ dienen Gedanken zum Föderalismus und zu Mitteleuropa als Lösungsvorschläge aus einer Misere, die Ungarn, die Habsburgmonarchie und ganz Europa betraf. Die Gefahr, die Europa drohte und Anlaß für eine Neustrukturierung der Donauregion gab, hieß Panslawismus. Wesselényi differenzierte zwischen Rußland als Bedrohung und slawischen, revolutionären Tendenzen. Rußland bedrohe Europa nicht materiell, sondern geistig, indem es anationale Tendenzen und religiöse Sympathien für sich gewinne. Gegen diese russische Bedrohung sei es notwendig, geistige Waffen, also slawische Nationalitäten und griechisch-orthodoxe Elemente einzusetzen. Solche Nationalitäten müßten vom übrigen Europa in Schutz genommen, durch intellektuelle und materielle Förderung in ihrer Entwicklung gestärkt und ihre Religionen müßten gepflegt werden. Wesselényi sah als weitere Gefahr slawisch-revolutionäre Strömungen, ebenso eine geistige Macht, je-

doch nicht so gefährlich wie der Panslawismus. Gegen dieses revolutionäre Streben gebe es, so Wesselényi, nur ein Mittel – konstitutionelle Freiheit. In ihr sah er den Leitsatz für die Politik Europas, in erster Linie für Österreich und das Deutsche Reich, die er am stärksten bedroht sah.

In seinen weiteren Betrachtungen hob Wesselényi die besondere geographische Lage sowie die gleichen Interessen dieser beiden Staaten und insbesondere Ungarns hervor. So müsse also explizit Ungarn gefördert werden, der Pangermanismus schade nur der gemeinsamen Sache gegen Rußland. Auf Österreich bezogen versuchte er durch das Feindbild Rußland, die deutsche, magyarische und italienische Nationalität negativ zu integrieren. Konstitutionelle Freiheit als gesunder Zustand der Völker und Staaten schütze diese am besten davor, in despotische Hände zu fallen. Österreich solle die Verfassung Ungarns schützen und kräftigen und den übrigen Ländern Konstitutionen geben, dadurch würde es selbst erstarren.

Anhand von Konstitutionen befürwortete Wesselényi die Neuorganisation der Vielvölkermonarchie in einem Föderationsstaat, in dem Deutsche, Ungarn, Italiener und Polen – als größte Nationalitäten – verfassungsmäßig besondere Freiheiten genießen sollten. Folgende fünf Staaten würden bei Umwandlung der Habsburgmonarchie entstehen: Die deutschen Gebiete mit den Slowenen in der Krain, die eine Art Minderheitenschutz erhalten würden; das verbundene Böhmen und Mähren; das russenfeindliche Galizien als polnische Provinz; ein konstitutioneller Körper, gebildet aus Lombardo-Venetien und den italienisch besiedelten Gebieten Dalmatiens und Istriens; als einzige territoriale Einheit die gesamte und ungeteilte Gruppe der Länder der ungarischen Krone. Die historische Einheit Ungarns zu erhalten war Wesselényis Hauptanliegen; er wandte sich gegen autonome Gebiete. Eine Sonderstellung sah er für die Kroaten: Kroatien, Slawonien, Dalmatien und Teile Istriens waren miteinander zu verbinden, die innere Staatsebene durch die slawische Nationalität zu formen. Als ergänzender Teil der ungarischen Krone sollten sich „die Wohltaten der ungarischen Konstitution in vollem Maße über sie erstrecken; doch müsse die Bedingung dieser Wohltaten die enge und unauflösbare Verbindung dieser Provinzen mit Ungarn sein.“

Auf Grund der konstitutionellen Verwandtschaft und gemeinschaftlicher Interessen und Lebensbedingungen würden die wirtschaftlichen Handelsbeziehungen der einzelnen Glieder des Staatenbundes von Nachgiebigkeit und Schonung bestimmt. Im Sinn des Föderalismus wären gegenseitig Opfer zu bringen und die besonderen Interessen einzelner Staaten zu berücksichtigen, um den Gesamtstaat zu fördern. Österreich bestehe somit aus Ländern und Völkern verschiedener, aber durch verwandte Interessen und die Anhänglichkeit an den gemeinsamen Regenten verbundene Nationalitäten – Wesselényi wollte die Habsburger Dynastie erhalten. Die Folge sei, daß die sich feindlich gegenüberstehenden Elemente zuverlässige Bundesgenossen würden. Der russische Einfluß auf die slawischen Nationalitäten und die sla-

wisch-revolutionären Tendenzen würden beseitigt, da sie konstitutionelle Macht genossen. Dieser Prozeß – „konstitutionelle Heilige Allianz“ – hätte Auswirkungen auf das partikularistische Deutschland und auf ganz Europa.

### **3.2. Dezentralismus, Zentralismus, Gleichgewicht**

Wesselényis Pläne sind eher rudimentär und nicht stringent föderativ. Er befaßte sich mit den Problemen und Gegebenheiten dieser Region und versuchte, sein Ziel – die Freiheitsidee, Bannung des Panslawismus – mit den Gegebenheiten Mitteleuropas – gleiche Wertüberzeugung, konstitutionelle Verwandtschaft, nationale Emanzipation – in Form eines Bündnisses zu verbinden. Die Merkmale des Föderalismus – Dezentralismus, Zentralismus und Gleichgewicht – treten in seiner Doppelkonzeption zutage: Er befürwortete eine Föderation innerhalb des Territoriums der habsburgischen Monarchie. Eine Föderalisierung Ungarns schloß er aus. Die Balance Mitteleuropas wäre durch Konföderationen mit weiteren Staaten zu sichern.

Zugleich wird klar, daß Wesselényis Föderalismus selbst mit dem Nationsverständnis des liberalen Vormärz weder den historisch-politischen noch den ethnischen Gegebenheiten gerecht wurde. Wesselényi engte seinen Liberalismus ein, wenn es um die grundlegenden Bedürfnisse des ungarischen Nationalismus ging. So meinte er, daß die Einschränkung slawischer Sprachen im Interesse des Gemeinwohls liege, und befürwortete zugleich die weiteste Verbreitung der ungarischen Staatssprache, deren Beherrschung allein das Wahlrecht bestimmen solle. Wesselényi versuchte, die Ausbreitung der ungarischen Sprache mit dem Übergewicht der magyarischen Bevölkerung zu begründen. Dies ist jedoch problematisch; denn unter den 15 Millionen Einwohnern der Länder der ungarischen Krone einschließlich Siebenbürgens gab es nur etwa 4,6 Millionen Magyaren. „... wenn wir die griechische Rasse als zum slawischen Volksstamm nicht gehörig davon abschlagen, wird sie schwerlich auf 5.500.000 steigen; diese, einige Hunderttausende betragende Überzahl ist aber längst nicht so bedeutend, daß sie jene Ansprüche der Slawen rechtfertigen könnte. Den dritten beinahe 5 Millionen betragenden Teil können sie desto weniger für sich in Rechnung bringen, da sich darunter beinahe eine Million Deutsche und Sachsen befinden, deren Nationalität sowohl als wahre Interessen ihnen schnurstracks entgegenstehen, weshalb letztere in dieser Hinsicht mit Recht den Ungarn beigezählt werden können.“ Diese absurde Rechnung, die Griechisch-Orthodoxe nicht als Slawen, aber Deutsche als Magyaren sieht, läßt Tendenzen zur Veränderung des Kulturnationsbegriffs aus hegemonialem Streben Ungarns erkennen. Mit dem Sprachgesetz von 1844 wurde das Ungarische zur Amtssprache des Königreichs mit Ausnahme Kroatiens. Das Ergebnis entsprach den damaligen modernen liberalen Vorstellungen vom Nationalstaat. Die spätere Entwicklung der Sprachreform ist aus dessen politischer Instrumentalisierung heraus als Werkzeug der Unterdrückung zu bewerten.

In diesem Kontext steht auch die panslawistische Gefahr, die Wesselényi den Hauptgrund für die Notwendigkeit einer Konföderation nannte. War die Bedrohung real? Die Wissenschaft ist sich in dieser Frage nicht einig, doch schwächt sie Auswirkungen dieser Bewegung weitgehend ab. Rimeck sieht den Panslawismus zu keinem Zeitpunkt als Volksbewegung, die eine Angelegenheit für Politiker und Literaten war und blieb, von eher fragwürdiger Popularität. Auch Bogyay geht eher von einer Überhöhung des Panslawismus aus, denn jede Regung des slawischen Bewußtseins wurde als Gefahr der zaristisch-russischen Tyrannei gesehen: Der westeuropäische Liberalismus habe ihn zum Erzfeind stilisiert. Zu Unrecht, denn der romantische Kulturnationalismus der slawischen Erneuerer im Vormärz war eher konservativ. Daher entschieden sich die slawischen Vorkämpfer der Habsburgmonarchie eher für Wien – für den Austro-Slawismus oder den Illyrismus.

Mit der Entkräftung des Panslawismus kann dieser als scheinbares Motiv Wesselényis entlarvt werden. Der Begriff Föderation heißt in seinem Konzept Machtgewinn und Stärkung der eigenen ungarischen Position im europäischen Mächtespiel. Der Schutz- und der Verteidigungsaspekt stärken die kollektive Großmachtstellung der Föderation nach außen und ermöglichen, als emanzipierter Partner im Konzert der Mächte in Europa und weltweit aufzutreten. Wesselényis Idee rückt in die Nähe von Herrschaft, Hegemonie und Präponderanz in kultureller oder politischer Hinsicht. Er versucht den Brückenschlag der magyarisch-nationalen Selbstbestimmung zum Streben nach supranationaler, grenzüberschreitender, föderativer Zusammenführung. Diese Synthese war schwer zu verwirklichen, denn als Befürworter großräumiger, internationaler Lösungsansätze unterschätzte er die Kraft des modernen integralen Nationalismus. Sein Konzept ist somit in sich gebrochen und wenig profiliert. Zudem entzog er sich den strukturellen Details einer Föderation und blieb nur bei den Rahmenbedingungen. Trotz hegemonialer Tendenz seines Konzepts ist er nicht dem integralen magyarischen Nationalismus zuzuordnen. „Festes nationales Gefühl mag für die Entwicklung und Erhebung eines konstitutionellen Landes nützlich, heilsam und sogar unvermeidlich sein, aber in einem bürgerlichen Staate ist es ja kein Hauptziel, sondern Ziel, das man dem eigentlichen Hauptziel, nämlich der Entwicklung und Sicherung des geistigen und materiellen Wohlstands, unterordnen und nur als Mittel betrachten kann.“

Die Pluralität der Region wurde von Wesselényi nicht in einer staatsnationalen Ordnung gesehen, sondern aus dem europäischen Mächteverhältnis heraus. Sein Werk ist also ideologisch fundiert: Mitteleuropa als Spielfeld, auf dem Rußland, Preußen, Österreich und das Osmanische Reich aufeinandertreffen. Wesselényis Konzept einer „föderierten Donaurepublik“ ist in der vom Wiener Kongreß installierten europäischen Ordnung – anational und anti-national – verwurzelt. Aspekte des politischen Gleichgewichts und dauerhaften Friedens sind bei ihm vorrangig. Das frühe 19. Jahrhundert sah

die Nation nicht als isolierte Struktur, sondern noch als korrespondierendes Mitglied eines Europas gleichberechtigter Nationen. Dieses liberale Europa der Nationen stand im Vormärz dem Europa des Absolutismus, der Dynastien und der Kabinettspolitik sowie der unterdrückten Völker gegenüber. Nationales Denken war antiabsolutistisch und antidynastisch und noch nicht imperialistisch, also gegen andere Völker gerichtet. Mitteleuropa – wenn nicht der Begriff, so zumindest der Motivkomplex – existiert, wird aber in der Zeit der supranationalen Staatsgebilde nicht problematisiert. Eher haben die Staatsform, also die Forderung nach einer Konstitution, später das Abbrechen von der Dynastie und die Föderalisierung der Region den Vorrang.

#### 4. DIE KONFÖDERATIONSPLÄNE KOSSUTHS

Lajos Kossuths (1802-1894) Gedanken zur Neuordnung Mitteleuropas beruhen auf Ideen, die im ungarischen Freiheitskampf von 1848/49 geboren sind. Seine Entwürfe einer Konföderation sind daher vor diesem Hintergrund und dem des folgenden österreichischen Neoabsolutismus zu sehen.

Das neoabsolutistische System ab 1849 erlebte Kossuth nicht unmittelbar, sondern aus der türkischen Emigration. Die Habsburger machten nach dem ungarischen Freiheitskampf staatsrechtlich Tabula rasa und bauten einen großösterreichischen Einheitsstaat unter autoritärer Herrschaft auf. Nach einer „Verwirklichungstheorie“ wurde das ungarische Staatsgebiet in fünf Distrikte aufgeteilt – ohne die Nationalitäten zu berücksichtigen. Siebenbürgen wurde von Ungarn abgetrennt und ebenso wie Kroatien unter die Kontrolle Wiens gestellt. Ziel war die Bildung einer festen Einheit auf wirtschaftlicher und administrativer Grundlage, verbunden mit einer starken Germanisierung der Monarchie. Der Neoabsolutismus behielt zwar Errungenschaften der bürgerlichen Revolution (Gleichheit der Bürger, proportionale Steuern) bei und konnte soziale Reformen (Bauernbefreiung, Grundentlastung) vervollständigen. Diese progressiven Maßnahmen wurden aber von den Ungarn nicht begrüßt, da sie im Interesse der Habsburger lagen. Es ist daher schwer zu sagen, in welchem Maß sich der Widerstand gegen die Reformen wandte oder eher Reaktion auf das absolutistische Regime war.

In der Nationalitätenfrage bot der Neoabsolutismus wenig konstruktive Lösungen; er hinterließ vielmehr Erstarrung und bittere Ernüchterung. Da die politische Situation in Ungarn durch das Fehlen einer Selbstregierung und durch Meinungszensur bestimmt war, reagierten die Liberalen mit passivem Widerstand. Militärische Kontrolle und Zentralverwaltung ließen die Magyaren zwischen 1849 und 1860 in Machtlosigkeit verharren. Dadurch konnte die von Habsburg verordnete Gewährung der Minderheitenautonomie in Ungarn nicht verhindert werden, so daß der rechtliche Status Ungarns ernsthaft verletzt und der territoriale Umfang stark beschnitten wurde.

Kossuth blieb auch im Exil der Führer der ungarischen Nation. Im Schwebezustand der Habsburgmonarchie, die weder konsolidiert noch aufgelöst wurde, warteten die Magyaren auf die Möglichkeit, die während der Apriltage 1848 gewonnenen Rechte und Privilegien wiederzugewinnen. Kossuth galt trotz der österreichischen Maßnahmen als Bauernbefreier. Seine Rückkehr wurde erwartet. Sein Name stand für nationale Freiheit. Je rücksichtsloser die Behörden versuchten, die Erinnerung an ihn auszulöschen, desto größer wurde sein mythischer Status. Er und die gesamte ungarische Emigration blieben weiter ein Machtfaktor im ungarischen politischen Leben.

#### **4.1. „Verbündete freie nordöstliche Staaten“**

Kossuths Konföderationsplan „Verbündete freie nordöstliche Staaten“ suchte Ungarns Lage innen- und außenpolitisch zu verändern. In engem Zusammenhang damit stand sein sogenannter Kuithia-Verfassungsentwurf von 1851, der Ungarns Neustrukturierung forderte. Die Verfassungsschrift richtete sich an alle Bürger ohne Unterschied von Rasse, Sprache oder Religion.

Die Distriktsgrenzen sollten nach der nationalen Zusammensetzung der Komitate geändert werden. Neben einem Zwei-Kammern-Parlament, das durch demokratische Wahlen zu bilden wäre, sollte jeder Distrikt seinen eigenen Senator wählen. Die Komitate sollten so eine gleiche Anzahl Vertreter in den Senat schicken, gemessen an den in einem Distrikt vertretenen Minoritäten. Kossuth, der noch während der Revolutionszeit für die Magyarisierung eintrat, nahm seine Radikalität zurück und garantierte den koexistierenden Nationalitäten absolute Gleichheit in der Sprachenfrage. So sollte jedes Komitat die Sprache nach der Mehrheit seiner Bevölkerung wählen. Die Gesetze wären in allen Sprachen, die im jeweiligen Komitat in Gebrauch waren, zu veröffentlichen. Die föderal-administrativen und judikalen Organe sollten die Bürger in deren eigener Sprache bedienen. Aus Gründen der gemeinsamen Kommunikation und Verwaltung befürwortete er die Pluralität, an Ungarisch als Staatssprache hielt er dennoch fest.

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren Kossuths Vorbild. Zwar trat er anfangs für eine demokratische Republik ein, änderte aber je nach der internationalen Lage Ungarns seine Meinung in Richtung einer konstitutionellen Monarchie als beste Staatsorganisation. Er versuchte eine doppelte Struktur aufzubauen, indem er einerseits für den Staatsapparat einen demokratischen Zentralismus forderte, andererseits die demokratische Selbstverwaltung als Gegengewicht, um mögliche absolutistische Bewegungen der Zentralregierung abzufedern. Die verbreiterte lokale Selbstverwaltung sollte attraktiv für die Nationalitäten auf Ungarns Gebiet sein. Neben Selbstverwaltung auf Landesebene garantierte er den Nichtmagyaren, nationsweite Organisationen zum Schutz ihrer kulturellen Autonomie zu gründen.

Kossuth unterstützte zwar die Entwicklung einer autonomen Infrastruktur, die Bildung unabhängiger Territorien der Nationalitäten auf ungarischem

Gebiet lehnte er jedoch vehement ab. Sonderlösungen sah er für Kroatien und Siebenbürgen vor. Kroatien verhiß er völlige Autonomie in inneren Angelegenheiten. Wäre den Kroaten dieses Zugeständnis nicht genug, bot er ihnen an, aus der Union mit Ungarn auszutreten: Fiume als wichtiger Zugang Ungarns zum Mittelmeer sollte dann unter ungarischem und kroatischem Protektorat stehen. Siebenbürgen jedoch war für ihn nicht mit Kroatien vergleichbar. Es sei ungarisch und müsse daher bei der Heiligen Krone bleiben. Kossuth gestand dieser Region allenfalls ein eigenes Parlament zu.

Dieser Verfassungsentwurf mit seinen demokratischen Ideen, der die Entwicklung Ungarns in Richtung einer internen Föderation vorantrieb, wurde die Grundlage für Kossuths Pläne in Mitteleuropa. Welche Gründe gab er für die Bildung der „Verbündeten freien nordöstlichen Staaten“ an? „Großmächte umgeben uns, verbünden wir uns daher, damit wir uns gegenseitig unterstützend, sämtlich unsere Unabhängigkeit wahren können. ... Sie werden sich überzeugen, daß diese Kombination nur mit einem unabhängigen Ungarn möglich ist. Ohne jenem unmöglich. Und eben diese Kombination liegt in Europas Interesse. Sie ist ein Bedürfnis für Europas künftige Freiheit und Unabhängigkeit, ja dessen ‚Imperatives Postulat‘!“ Die Notwendigkeit einer Konföderation liege darin, alle Kräfte zu bündeln, die in Gefahr seien, von Rußland eingenommen zu werden. Zusätzlich war dieser Plan antihabsburgisch, denn Österreich sei „nicht nur kein Damm gegen Rußlands Ausdehnung..., sondern eine neue Brutstätte des Panslavismus... Österreichs Habgier führt zum Triumph des Panslavismus.“

Mitgliedstaaten sollten all diejenigen sein, die den Verteidigungszustand gegenüber den Russen als Ausgangspunkt betrachteten, aber für sich allein nicht stark genug seien. Kossuth sah auch in denjenigen Ländern potentielle Teilnehmer, die sich nicht auf die Körperschaft eines großen Volkes stützen konnten, zu der sie infolge ihrer Nationalität naturgemäß gravitieren müßten. Gemäß diesem Prinzip stehe es den Deutschösterreichern frei, der Konföderation beizutreten, sie seien aber nicht unerläßliche Teilnehmer, da er für sie eher die Einheit mit dem Deutschen Reich favorisierte. Innerhalb der Konföderation wäre Ungarn samt Siebenbürgen das Zentrum, an das sich Polen, Tschechen, Kroaten, Dalmatiner, Serben, Slowenen und Rumänen einschließlich der Walachen binden sollten. Die slawischen Völker hätten das größte Interesse an diesem Staatenbund, denn er bewahre ihre Eigenart, die sie sonst einzeln oder zusammen im Panslavismus verlören. Die Garantie zur Erhaltung ihrer Identitäten gäben erst die Ungarn und die Walachen, die ebenso gefährdete Völker seien. Einzig so würde auch die kleinste Nationalität unter ihnen vor einer Absorption bewahrt.

Die Grundsätze des Staatenbundes sollten sein: Jeder konföderierte Staat wäre in seiner Innenpolitik unabhängig. Diese Unabhängigkeit und nationale Selbständigkeit würde von der gesamten Konföderation garantiert. Gemeinsame Angelegenheiten des Staatenbundes wären die gemeinsame Ver-

teidigung, ein einheitliches Wirtschaftssystem sowie eine gemeinsame Diplomatie. Die Angelegenheiten der Konföderation wären durch einen Bundesrat wahrzunehmen. Die Bundesregierung, der die Landesregierungen unterstellt werden sollten, hätte ihren Sitz in Ungarn. Der Bundesvertrag sollte alle fünfundzwanzig Jahre einer Revision unterzogen werden; dann hätte jeder Staat ein Austrittsrecht oder die Möglichkeit der Neuverpflichtung.

Kossuth betonte mehrfach, daß die Konföderation keine Föderalisierung Ungarns sei. „Ich bin ein aufrichtiger Anhänger dieser Idee, vorausgesetzt, daß das Bündnis nicht mit der Absicht geschlossen wird, das Staatsgebiet Ungarns zu zerstückeln, ihm die Glieder abzuhacken und das ganze Land zu verstümmeln, zu einem Krüppel zu machen; vielmehr soll das ein Bündnis sein, dessen einziger Zweck der Bund gegen äußere Angriffe sein wird.“

#### **4.2. „Krise des Neoabsolutismus“ und Donaukonföderation**

Kossuth trat 1862 erneut mit Strukturierungsideen für Mitteleuropa auf. Der Grund war die sich verändernde politische Situation Österreichs – die „Krise des Neoabsolutismus“. Die Hauptziele der Konzeption von 1851 – Ungarn von den Habsburgern zu befreien, die panslawistische Gefahr zu bannen und die südlichen und östlichen Nachbarn Ungarns zu gewinnen – blieben die gleichen. Mitglieder und Struktur definierte Kossuth hingegen neu. Die Donauländer sollten sich gemeinsam von Habsburg und Osmanischem Reich befreien, um eine Allianz zu bilden, die ihre Unabhängigkeit schützen konnte. Die Gefahr, als Zweiter-Klasse-Staat zu enden, sei groß – nicht nur für Ungarn. Kossuth betonte, daß es gegen Kollisionen des Nationalismus im Donaauraum notwendig sei, einen Modus vivendi zu finden, der die nationale Entwicklung der einzelnen Länder zu sichern vermochte.

Dieser Donaukonföderationsplan umfaßte ganz Ungarn mit Siebenbürgen, Banat und Wojwodina sowie Rumänien (die um die Bukowina vergrößerten Fürstentümer Walachei und Moldau), Kroatien und Serbien. Anderen süd-slawischen Provinzen gab Kossuth die Möglichkeit, anhand von Plebisziten beizutreten. Durch den erwarteten Kollaps des Osmanischen Reiches sah er den Staatenbund sich von den Karpaten bis zum Balkan erstrecken.

Das Fundament des Planes war mit dem von 1851 identisch: Minderheitenrechte sollten garantiert und ein konstitutionelles System eingeführt werden, basierend auf einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Als gemeinsame Angelegenheiten der Konföderation betrachtete Kossuth Außenpolitik, Verteidigung, Handelsgesetzgebung, Zollwesen, Münzwesen, die Hauptverkehrslinien u. a. Offen blieb die Organisationsform der Bundesversammlung: ein Ein- oder Zwei-Kammern-System. Kossuth bestand nicht mehr – wie noch 1851 – darauf, daß der Staatenbund seinen Sitz in Ungarn haben müsse, sondern sprach sich für ein Rotationsverfahren aus. Französisch, die allgemein akzeptierte Sprache der europäischen Diplomatie, sollte Amtssprache werden, um nationalen Empfindlichkeiten vorzubeugen.

### 4.3. Brüderlicher Bund oder versteckter Nationalismus?

Ungarns Souveränität zu erlangen und eine demokratische Basis zu schaffen war – hier ist Kossuth im ungarischen Freiheitskampf verwurzelt - sein oberstes Ziel. Wenn man den Zerfall der Habsburgmonarchie und des Osmanischen Reiches voraussetzte, war die Gefahr des russischen Imperialismus vor dem Hintergrund der zaristischen Intervention 1848 sein größtes außenpolitisches Problem. Dritter Schwerpunkt in seinen Konföderationsplänen war das komplizierte, von schicksalsbestimmter Nähe und nationaler Distanz geprägte Verhältnis zwischen den Nationalitäten Ungarns, die mehrheitlich eigenständige Teile auch außerhalb des ungarischen Territoriums hatten. So wurde die ungarische Nation zu Zeiten des aufblühenden Nationalismus zum Problemfall. Daß Kossuths Pläne antihabsburgerisch und antirussisch waren, wurde hinreichend geklärt. Wie jedoch die Konföderationskonzepte im mitteleuropäischen Kontext zu bewerten sind, erhellen seine Einstellung zur Nationalitätenfrage und sein Lösungsversuch.

Innenpolitisch war Kossuths oberste Maxime, Ungarns historische Einheit zu wahren. Darauf verwandte er die meiste Kraft. Für dieses Ziel war er sogar gewillt, auf den Republikanismus à la Mazzini zu verzichten und die Monarchie (ohne die Habsburger) zu belassen. In der republikanischen Bindung sah er seinen Manövrierraum beschränkt und den Kreis zukünftiger Alliiierter verringert. Die Monarchie war für ihn die außenpolitische Absicherung der Chancen und Garantien zur Bewahrung der Integrität Ungarns.

Um dem separatistischen Bestreben der Nationalitäten nach Eigenstaatlichkeit und der daraus resultierenden Gefahr der Zersplitterung Ungarns zu begegnen, war Kossuth zu Konzessionen bereit. Er garantierte den Nationalitäten fast alle denkbaren Rechte, die zur Strukturierung eines demokratischen Staates notwendig waren, mit Ausnahme der Sprachregelung – Ungarisch sollte Landessprache bleiben – und territorialer Zugeständnisse. Auch Sonderregelungen für Kroatien, das sich für oder gegen die Einheit mit Ungarn entscheiden sollte, und für Siebenbürgen, dem er weitgehende autonome Verwaltung garantierte, räumte er ein. Damit trug er gleichzeitig der Entwicklung beider Gebiete unter dem Neoabsolutismus Rechnung.

Die Erhaltung der historischen Einheit und die Zugeständnisse sind komplementär zueinander. Die Reaktionen der Magyaren und der anderen Nationalitäten Ungarns zeigen die Nichteignung von Kossuths Plan, die innenpolitische Situation zu bändigen. Die Ungarn sahen die Umstrukturierung und die Autonomie als Abtrennung an. Die Anerkennung der Kuithia-Verfassung wurde dem Untergang Ungarns, der Föderalismus einem nationalen Unglück gleichgesetzt. Nach Meinung der ungarischen Nationalitäten gingen Kossuths Konzessionen nicht weit genug. Keine der interessierten Parteien hatte das Gefühl, daß ihre Rechte respektiert und ihre Interessen geschützt würden. So verstärkten sich Gegensätze und Kontroversen, je länger der Wunsch nach Eigenstaatlichkeit der Nationalitäten mißachtet wurde.

Da Kossuth außenpolitisch auf die Nationalitäten angewiesen war, entspringen seine Zugeständnisse keinem reinen Liberalismus, sondern offenbaren seinen magyarischen Nationalismus. Das wichtigste Ziel war, die Hegemonie des Ungarntums zu bewahren. Er wollte zwar notwendigerweise die Nationalitätenfrage regeln, aber keineswegs die magyarische Herrschaft über die nicht-magyarischen Völker Ungarns aufgeben. Sein Nationalismus spielte in seinen Plänen eine größere Rolle als der Demokratiedanke.

Die innenpolitische Ablehnung seiner Pläne zeigt, daß die magyarisch-nationale Überzeugung nicht in Richtung eines kleinvölkischen Nationalbewußtseins ging – in einer Föderation sollte die Sicherheit des Magyarentums gewahrt sein – oder entwickelt werden konnte, sondern die Richtung eines großvölkischen Nationalismus nahm: mit hierarchischem Aufbau und Bewahrung hegemonialer Vormacht bei Eingliederung in ein großes Reich.

Die Erhaltung der Souveränität und die Bannung der russischen Gefahr – vor dieser außenpolitischen Zielsetzung relativieren sich Kossuths liberale Konföderationspläne. Das Konzept fußte nicht auf freier Selbstbestimmung, sondern auf einer Notsituation: Ungarn war zu schwach, beide Ziele allein zu erreichen. Die Konföderation wurde zu einem Vehikel, welches maßgeblich unter ungarischem Einfluß stehen sollte. Daß Ungarn zu schwach war, folgerten auch die europäischen Großstaaten. Die Abschaffung der Habsburger Monarchie – für Kossuth eine Bedingung – wurde zum Problemfall.

Der Anti-Habsburgpolitik Kossuths fehlte es nicht an ideeller Unterstützung durch den Großteil des magyarischen Volkes, und auch die westlichen Liberalen sympathisierten mit dieser Idee. Trotzdem sahen allen voran die Briten in der Auflösung Österreichs eine destabilisierende Wirkung auf das gesamteuropäische Mächteverhältnis. Einmal galt Österreich als Bollwerk gegen Rußland – eine Funktion, die Ungarn oder der Rest der Habsburgmonarchie so nicht hätte erfüllen können. Dann sah der britische Innenminister Temple Palmerston im Verlust der österreichischen Großmachtstellung ein Ungleichgewicht auf dem Balkan entstehen, das den Zerfall des Osmanischen Reiches nach sich ziehen konnte. Dann hätte Rußland leichtes Spiel, Mitteleuropa einzunehmen. Deshalb übte Großbritannien Druck auf Wien aus, damit für das ungarische Problem eine Lösung gefunden werde.

Kossuths Plan berücksichtigte zwar das Interesse Großbritanniens, dessen Intervention die Nicht-Intervention der Russen garantieren würde. Die neue Konföderation nähme die Stelle Österreichs ein, füllte das Machtvakuum und sicherte die friedvolle Entwicklung der südosteuropäischen Staaten. Er erfuhr aber von Frankreich keine, von Preußen 1866 nur vorübergehend aus taktischen Gründen Unterstützung. Die Zurückhaltung der Österreich feindlich gesinnten Mächte lag darin begründet, daß sie Kossuths Pläne wegen der inneren Nationalitätenprobleme Ungarns für nicht realisierbar hielten.

Wie ist nun der Staatenbund beziehungsweise Ungarns geplante Rolle darin zu bewerten? Kossuths Aufgabe war es, Mitteleuropa so zu gliedern,

daß Ungarns Souveränität gewahrt werden konnte. Im Unterschied zu 1851 sah Kossuth 1862 die Polen, Italiener und Tschechen genauso wenig wie die Deutschösterreicher noch als Teilnehmer, sondern betonte die Bindung zu den Rumänen und den Südslawen. Das Verhältnis zu den polnischen Emigranten war abgekühlt; die Italiener sah Kossuth als liberaler Revolutionär auf dem Weg zu einem vereinigten Italien; mit dem Abdrängen der Tschechen wurden gleichzeitig die slowakischen nationalen Gefühle kaltgestellt; die Deutschösterreicher galten als Hindernis für die ungarische Freiheit. Somit ist zweifelhaft, ob Kossuth zur Versöhnung der widerstreitenden nationalen Interessen tatsächlich kompromißbereit gewesen wäre, solange eine solche Versöhnung mit den Interessen der Magyaren kollidierte.

Die Fixierung auf das Donaubecken hatte einen weiteren Vorteil – bevölkerungsmäßig war Ungarn der stärkste Bündnispartner in der geplanten Konföderation. Dementsprechend sollte es auch das Zentrum bilden. Hier wird abermals klar, daß Kossuth trotz der strengen Überparteilichkeit und des Ausschlusses von Sonderrechten die Dominanz der Magyaren in der Konföderation vorsah. Sein nationalistisches Image konnte er nur schwer verbergen, seine Zielsetzung war nicht die Konföderation als Selbstzweck.

Die Nationalitätenfrage wertete Kossuth nicht richtig. Die Serben der ungarischen Wojwodina waren durch ihre Zugehörigkeit zum orthodoxen Patriarchat in Karlowitz politisch und kulturell fortgeschrittener als die Serben im damaligen Serbien. Die Konföderation hätte die ungarischen Rumänen und Südslawen politisch ihren Stammesgenossen außerhalb Ungarns angenähert. Die staatliche Einheit aller Rumänen, Serben und Südslawen – und Ungarns staatliche Auflösung – hätte im Bereich des Möglichen gelegen.

Kossuth lehnte natürlich den Anschluß der serbisch besiedelten Gebiete des Banats und der Batschka an das zukünftige Südslawien ab und versuchte, den serbischen Innenminister Ilije Garašanin auf dieses Konzept festzulegen. Die Bemühung scheiterte, da der serbische Politiker die Zustimmung des Osmanischen Reiches verlangte. Dieses weigerte sich aus Furcht vor internationalen Verwicklungen, denen es sich nicht gewachsen fühlte.

Wieso wirkt Kossuths Projekt einer mitteleuropäischen Konföderation in sich nicht stringent? Aus der Ablehnung wird deutlich, welche irrealen Züge Kossuths skizzenhafte Konföderationspläne hatten. Von ungarischer Seite wurden ihm fehlender Patriotismus und halbgare kosmopolitische Ideen vorgeworfen, die die Existenz der ungarischen Nation aufs Spiel setzten: die Donaukonföderation als Grab der Nation. Man erkannte, daß Ungarn zu schwach war, die Unabhängigkeit zu erlangen, und deshalb einfach unter die anderen südosteuropäischen Völker gereiht wurde – als *primus inter pares*: Wenn aber Ungarn der Souveränität entraten muß, dann soll es ihr völlig entsagen, um die Suprematie der Magyaren in Ungarn zu erlangen.

Die Reaktion der Emigranten der weiteren Nationen war ebenso vernichtend und von großer Enttäuschung geprägt, denn für sie legte Kossuth zu

viel Wert auf territoriale Lösungen als Basis der Konföderation und nicht auf die Verwirklichung ihrer eigenen nationalen Wünsche.

Die Reaktionen auf Kossuths Konzepte verdeutlichen den Bruch plakativ. Weder die Magyaren noch die anderen mitteleuropäischen Nationalitäten zollten Anerkennung. Den Ungarn blieb er weit hinter den nationalen Errungenschaften der Revolution zurück, obwohl er über die staatsrechtliche Basis von 1848 hinausging. Die magyarisch-politische Elite und die mittlere Schicht konnten dem nicht folgen. Für sie sollte die politische Nation die Vollendung der magyarisch-ethnischen Nation anhand ihrer inneren Expansion und politischen Assimilation sein. Das Föderale war nicht akzeptabel.

Den nicht-magyarischen Nationalitäten hingegen waren die Pläne nicht föderal genug. Sie fokussierten eher den Nationalismus. Demnach schaffte es Kossuth nicht, seinen Nationalismus mit dem Föderalismus glaubhaft zu verbinden. Föderalismus war hier ein institutionalisierter Kompromiß auf dem Weg zur Nationenwerdung. Der Nationalismus der einzelnen Einheiten in der Habsburgmonarchie war jedoch schon zu stark, um eine Konföderation zu entwerfen. Kossuths Föderalismus, welcher ein bedingter, eben nicht ideologiefreier war, offenbart sich als schiefes Konstrukt.

Kossuth nahm an, daß jeder Nationalstaat mit Entstehen des Staatenbundes auf nationalen Streit verzichten würde. Offenbar überschaute er die Organisation des Donauraumes in der damaligen Form nicht – weder als anerkannte historische Einheit noch als Ergebnis nicht anerkannter, aber bestehender ethnischer Grenzen. Sein liberales Ziel der Souveränität war mit der nationalistischen Forderung ungarischer territorialer Einheit unvereinbar.

Kossuth wollte eine klare Trennung zwischen einer Konföderation als Rahmen für das Bündnis zwischen Ungarn mit seinen Nachbarstaaten und einer auf Grund des nationalen Prinzips durchzuführenden inneren Föderalisierung des historischen Ungarns. Dieser Versuch erwies sich jedoch als Utopie. Er versuchte, Ungarn durch ein national-liberales System aufzubauen; gleichzeitig verweigerte er den übrigen Nationen ihre eigene nationale Entwicklung. Seine Konföderationspläne entsprechen einem versteckten magyarischen Nationalismus, um die Hegemonie innerhalb Ungarns zu erhalten und im Donauraum zu erlangen. Mitteleuropa zeigt sich bei Kossuth als Region der Schwäche in jeglicher Hinsicht. Es stellt im Zeichen des aufkommenden Nationalismus keine integrierende alternative Idee dar.

## 5. JÁSZIS MITTELEUROPAKONZEPTE

Oszkár Jászi Gedanken zu Mitteleuropa lassen sich in zwei Perioden einteilen. Sein ungarisches Wirken geht bis 1919. Es ist geprägt von den Verhältnissen des österreich-ungarischen Dualismus sowie von der Auseinandersetzung mit Friedrich Naumanns Mitteleuropa-Plan. Die zweite Phase ist

die der Emigration – erst in Wien, ab 1925 in Amerika. Die hier entwickelten Pläne sind vom Ende der Habsburgmonarchie bestimmt, von der in den Pariser Vorortverträgen diktierten Friedensordnung Europas, ihren Folgen.

Oszkár Jászi (1875-1957) gehörte der geistigen Führung der ungarischen bürgerlich-radikalen Bewegung an, die am Anfang des 20. Jahrhunderts erneut die Grundlagen des Zusammenlebens zwischen Magyaren und Nicht-Magyaren durchdachte. Nach dem Philosophie- und Politikstudium erhielt Jászi zwar einen Posten im Ministerium für Landwirtschaft, verließ dieses aber aus Unzufriedenheit mit dessen reaktionärer Politik. Er wurde einer der Gründer und eines der engagiertesten Mitglieder der Ungarischen Soziologischen Gesellschaft sowie ab 1900 der Herausgeber der Zeitung „Huszadik Század“ („Zwanzigstes Jahrhundert“), die bei der Analyse sozialer und ökonomischer Probleme eine hohe Reputation genoß. Jászi galt als Befürworter politischer Reformen und Beobachter der sozialen Realität und vertrat die Rechte der nicht-magyarischen Nationalitäten in Ungarn, um ihnen größtmögliche sprachliche und kulturelle Freiheit in der Lokalverwaltung, in der Bildung und der Justiz zu verschaffen. Er versuchte eine Lösung durch Orientierung an Westeuropa zu finden und sprach sich gegen die Politik der Magyarisierung aus, denn die erzwungene Assimilierung machte jede weitere Zusammenarbeit mit den Nationalitäten unmöglich. 1907 veröffentlichte Jászi sein erstes politisches Programm, in dem er unabhängige Zollgebiete, die Auflösung der großen Landbesitze, ein kooperatives Netzwerk der Bauern, neue Agrarmethoden sowie Bildungs- und Steuerreformen forderte.

Jászis Wirken ist mit dem demokratischen Wandel in der Habsburgmonarchie und dem bürgerlichen Radikalismus als am besten vorbereitete und stärkste Bewegung verbunden. In erster Linie war sie nicht politischer, sondern literarischer und wissenschaftlicher Natur. Liberalismus und ungarischer Chauvinismus wurden abgelehnt, der romantische Nationalismus des 19. Jahrhunderts beseitigt. Statt dessen wollte man versuchen, das Problem der Nation und der Nationalitäten mit moderner Wissenschaft zu lösen. Das Ideal war die ungarische Unabhängigkeit, das Ziel die Demokratie.

Philosophisch verwurzelt war der bürgerliche Radikalismus im sozialen Darwinismus und dem historischen Materialismus von Karl Marx. Theoretisch und praktisch war seine größte Leistung, die Nationalitäten entgegen der Meinung der magyarischen Mehrheit zu unterstützen. Die bürgerliche Bewegung erkannte, daß die Geburt des nationalen Bewußtseins nicht auf das Wirken einzelner Agitatoren zurückzuführen, sondern eine historische Entwicklung ist. So glaubten die Reformer an freiwillige Assimilierung der nicht-magyarischen Nationalitäten, überbewerteten deren diesbezüglichen Willen und unterschätzten die Wirkung des Nationalismus. Sie wollten Kooperation in Mitteleuropa, aber nicht Revolution oder Sturz der Monarchie.

Die Bürgerlich-Radikalen sahen in der Garantie der Nationalitätenrechte keinen Widerspruch zum Bestreben, Ungarns Integrität bewahren zu wol-

len. Zudem akzeptierten sie den Sozialismus als weiteres Ziel für die Zukunft. Außenpolitisch setzte sich der bürgerliche Radikalismus intensiv mit den Mitteleuropa-Ideen Naumanns auseinander. Eine klare Abgrenzung zu den pangermanischen Tendenzen des Planes erfolgte erst, als man seine imperialistische und militaristische Färbung zu erkennen begann.

### **5.1. Das Ende des „langen 19. Jahrhunderts“ und Jászis Konföderationsplan von 1918**

Ab 1916 zerbrach die ungarische politische Einheit. Unter dem Kriegsdruk verschlechterte sich die ökonomische Lage, die ungarische Gesellschaft zerfiel, und die Haltung der nicht-magyarischen Bevölkerung bestand nicht mehr aus Loyalität. Die Sezessionsbestrebungen der Nationalitäten wuchsen, forderten Unabhängigkeit und bewegten sich in Richtung der Entente. In dieser Zeit zentrifugaler Kräfte kam Jászis Konföderationsplan auf.

Im Oktober 1918 erschien Jászis Buch „Der Zusammenbruch des Dualismus und die Zukunft der Donaustaaten“, in dem er eine demokratische und föderale Umgestaltung der Habsburgmonarchie forderte. Jászi bezeichnete die österreichisch-ungarische Monarchie als „archimedischen Punkt“ bei der Neugestaltung einer europäischen Ordnung: Die Probleme der Region folgten aus der ethnischen Pluralität. Aus empirischer Untersuchung folgte er, daß außenpolitisch andauernde Unsicherheit, Spannung, Mißtrauen und Reizbarkeit der Nationen in Mitteleuropa nicht diplomatisch zu lösen seien, sondern nur durch Krieg. Diese Weltkatastrophe solle die Spannungen beenden. Innenpolitisch habe der Dualismus keine radikale Heilung gebracht, statt dessen begnügten sich die Politiker mit „Palliativmitteln, Halbheiten, dazu noch mit solchen, die nicht dem Interesse der leidenden Nationen, sondern der Taktik der Rivalität der Großmächte dienen“.

Zur Neustrukturierung der Habsburgmonarchie schlug Jászi fünf Nationen vor, den historisch-politischen Individualitäten im Donauraum entsprechend: Magyaren, Deutsche, Polen, Tschechen und Serbo-Kroaten. Er trat für eine neue Gebietsbemessung ein, die den geschichtlichen Rahmen, die festen geographischen Grenzen und die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit beachten sollte. Ungarn sollte – ohne Kroatien und Slawonien – eine feste geschichtliche, wirtschaftliche und geographische Einheit bilden, die Vorherrschaft der Magyaren würde das Zusammenleben der Nationalitäten sichern – die Integrität Ungarns. Nieder- und Oberösterreich, Tirol, die Steiermark und Kärnten wären die zweite Nation, Tschechen und Slowaken die dritte. Die polnische Nation der Monarchie würde aus den Polen und Ruthenen Galiziens bestehen. Als fünfte Nation benannte Jászi Illyrien – ein Konglomerat aus Kroatien, Slawonien, Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina sowie den slawischen Gebieten Kärntens, Istriens und der Steiermark.

Den Vorwurf des magyarischen Chauvinismus auf Grund der Beibehaltung der Integrität Ungarns wies Jászi zurück, indem er auf die wirtschaftli-

chen, kulturellen, geographischen und staatsrechtlichen Traditionen verwies. So würde Österreich auch nicht willkürlich aufgeteilt. Diese neue organische Integration komme vielmehr einer „atomisierenden Desintegration“ durch die Entente zuvor. In der Frage der Föderalisierung Ungarns bezieht sich Jászi ganz bewußt auf Kossuths Pläne.

Die Umsetzung orientierte Jászi an zehn praktischen Vorgaben: Er sprach sich für die vollständige und ungestörte Unabhängigkeit der Gliedstaaten sowie für ein nationales Heer in jedem Staat aus. In jeder Institution und bei der auswärtigen Vertretung gelte das Kollegialitätsprinzip. Der Bundeskongreß sei eine demokratische Volksvertretung, die ihre Sitzungen jedes Jahr in einer anderen Hauptstadt der Gliedstaaten abhalten solle. Die leitenden Bundesämter und Institutionen seien gerecht unter den Staaten zu verteilen. Im Bundesgericht sollte jeder Gliedstaat die gleiche Anzahl von Richtern stellen. Die Auslagen der Konföderation würden durch eine gemeinsame, gerechte Finanzierung getragen, das Sprachproblem durch ein Dolmetschersystem. Er forderte zudem eine kollegiale Verfassung.

Obwohl sich Jászi in einer Linie mit Kossuth sah, distanzierte er sich von dessen Fehleinschätzungen. So hielt er die Auflösung der Donaumonarchie, die Kossuth als Voraussetzung für die Unabhängigkeit Ungarns sah, nicht für notwendig. Kossuths Plan war – so Jászi – verfrüht und zu eng bemessen. Um seine Ziele zu erreichen, plädierte Jászi für ein freies Bündnissystem der Nationalitäten, eine „monarchische Schweiz“ und die Beseitigung aller politischen und wirtschaftlichen Privilegien der Deutsch-Österreicher.

Außenpolitisch versuchte er sich in Richtung der Entente und der Nationalitäten zu bewegen, indem er betonte, daß alle ihre Grundforderungen – Selbstbestimmungsrecht der Völker, die ungestörte Entwicklung der Nationalitäten, Demokratisierung und Sicherung der Kleinstaaten – eingelöst würden. Gleichzeitig nahm Jászi für sich in Anspruch, mit den Interessen des Deutschen Reiches konform zu gehen. Zudem sah er für die Zukunft die Anschlußmöglichkeit der Völker des Balkans an die Konföderation.

## **5.2. Hinwendung zum Donaupatriotismus**

Jászis Hauptanliegen war die Erhaltung der Donaumonarchie und die Bewahrung der historischen Einheit Ungarns. Zweifach sah er diese Ziele bedroht: Außenpolitisch durch die sich abzeichnende Niederlage der Mittelmächte, innenpolitisch durch das Sezessionsstreben der Nationalitäten. Um diese Entwicklungen aufzufangen, übernahm Jászi die Donaukonföderation à la Kossuth: Föderalismus und Demokratie als Mittel. Denn die Habsburger Monarchie zu erhalten brachte dem sich wirtschaftlich spät entwickelnden Ungarn Vorteile, weil Österreich den schnellstmöglichen Anschluß an das westeuropäische Niveau betrieb. Mit der Einheit der Märkte sollten ein höherer Lebensstandard erreicht, die Produktion rasch entwickelt, aber auch kulturelle Freiheit und Demokratisierung vorangebracht werden.

Welche neuen Einflüsse waren wichtig für Jászis Donaukonföderations-Plan? Auf Grund seiner wissenschaftlichen Tätigkeit bildeten wirtschaftliche und soziale Analysen die Argumentationsbasis. Jászi war ein Befürworter der Demokratie, die sich aber in Ungarn nicht entwickeln würde, solange sich die Feudalordnung gegen demokratische Reformen stellte. Wie im Westen benötigten die Reformen in Ungarn eine starke Mittelschicht. Die industrielle Revolution ließ die politischen Gegebenheiten in Ungarn unverändert: Die Landbesitzer hatten nach wie vor eine starke Stellung. Deshalb sei die Landreform – so Jászi – der Schlüssel für ein demokratisches Wahlrecht. Das Land der Latifundien und Kirchen sei unter den Bauern aufzuteilen. Bauern, die ohne Land blieben, sollten Mitglieder der industriellen Arbeitsmacht werden. Ungarn sollte die letzten Bastionen des Feudalismus zerstören, um zur nächsten Stufe der bürgerlichen Gesellschaft zu gelangen.

Jászi stand also in der Strömung des Marxismus-Leninismus – der Weg zum Internationalismus geht über den Nationalismus. Da Ungarn weder Mittelklasse noch starkes Bürgertum besaß, sollte das Proletariat durch den liberalen Sozialismus die Nachteile des Kapitalismus – Überschuß an Arbeit und unverdientes Einkommen – aufheben. Samuel J. Wilson bezeichnet Jászi als liberalen Sozialisten.

Innenpolitisch wuchsen die Bestrebungen der Nationalitäten nach nationaler Gebietsgründung. Die außenpolitischen Einflüsse – die siegreiche Entente, die russische Revolution, der Kollaps der Mittelmächte – wirkten sich erheblich auf dieses Streben aus. Die externen Mächte entschieden demnach über den Kampf zwischen den zentripetalen und zentrifugalen Kräften Österreich-Ungarns. Jászi folgerte aus seinem empirischen Denken, daß Demokratie, Minderheitenrechte und freier Handel – also durchaus logische, rationale Maßnahmen – stärker seien als die nationalistische Euphorie.

Neben dem Ziel, diese politischen und wirtschaftlich-sozialen Probleme zu lösen, beharrte Jászi jedoch auf der historischen Einheit Ungarns. Diese Integrität schloß aber die nationalen Autonomien aus; Separatismusbewegungen waren nicht erlaubt. Jászis Plan war somit eine Vereinigung der Ideen Naumanns und Kossuths mit den politischen Ereignissen der letzten Kriegsjahre. Sein Konzept wollte die neue politische Realität, die Befriedigung der Minderheiten und die Antinomie des mitteleuropäischen Raumes berücksichtigen, ohne auf ungarische Polittraditionen zu verzichten. Er war überzeugt, seine Donaukonföderation passe in den weltpolitischen Kontext und in die westeuropäische Orientierung der Entente. Doch wo Jászis Konzept mit der deutschen Orientierung kongruent war, gelang ihm nicht die Harmonisierung seiner Pläne mit der Politik der Entente-Regierungen.

Das zeigt auch, daß Jászi seinen Ideen von 1912 verhaftet und gedanklich der Gefangene der Regierung von István Tisza blieb; seine theoretische Begrenzung wurzelte im soziologischen System des 19. Jahrhunderts. Sein beengtes magyarisches Blickfeld war nicht geeignet, den ungarischen Natio-

nalitäten Vertrauen einzuflößen. Jászi zeigte zwar Mut und Verständnis für die ungarische soziale und nationale Frage innerhalb des herrschenden Systems bis zu dessen Zusammenbruch, hatte sich jedoch von den wichtigsten Leitsätzen des Regimes noch nicht vollständig befreit.

Jászis Föderalismus konnte sich nicht gegen die starken nationalen Bestrebungen dieser Region behaupten. Für Österreich-Ungarns Nationalitäten schien mit dem Zusammenbruch 1918 alles möglich – bis hin zur Nationalstaatlichkeit. So wirkt das Beharren auf Ungarns historischer Integrität – wenn angeblich auch nur in wirtschaftlicher Hinsicht – als Achillesferse bei Jászis Konzeption. Die ungarischen Nationalitäten wollten sich kaum mit weniger begnügen, als sie durch Anschluß an die Entente fördern konnten.

Zwar unterstützte Jászi die Ideen der Friedensbewegung in der Monarchie und des internationalen Friedens auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons, zum Ende des Krieges jedoch kamen kaum Reaktionen auf seine Donaukonföderation. Sein Amt als Nationalitätenminister (November 1918 bis Januar 1919) gab ihm auch nicht den zeitlichen Spielraum zur weiteren Forcierung. Seine Ideen wurden von den Ereignissen des Krieges überrollt. Im August 1918 – zwei Monate vor dem Erscheinen von Jászis Buch – nahm die Entente die Tschechen als Verbündete auf, kurz danach die Polen und die Südslawen. Die Entscheidungen bestärkten die Auflösung der Habsburgmonarchie, die Jászi gerade verhindern wollte. Die Möglichkeit einer Donaukonföderation starb in Ungarn endgültig mit der 1918er Revolution.

Jászis Mitteleuropa war so gebrochen wie seine Ideen. Es war die Region der Habsburgmonarchie, die er stärken wollte, um das historische Ungarn zu erhalten. Wegen dessen schwacher Position war für Jászi der Rückgriff auf Mitteleuropa ein Mittel zum Zweck: Im Zusammenbruch wollte er retten, was zu retten war. So ist sein Konzept nicht magyarisch-nationalistisch, sondern eher donaupatriotisch mit klarer Abgrenzung zu Naumanns Ideen.

Sein Ideenkonglomerat zeigt sich in der Verwendung des Föderalismusbegriffs. Wollte er die Föderalisierung der Habsburgmonarchie oder einen Staatenbund? Die Einführung einer Verfassung weist auf eine Union à la Naumann, die absolute Souveränität auf eine Konföderation.

### **5.3. Trianon und die Folgen**

Jászis zweiter Konföderationsplan beruhte auf der Situation, wie sie nach dem Zusammenbruch der Habsburgmonarchie, der Revolution und der Räterepublik in Ungarn sowie nach den Pariser Vorortverträgen bestand. In Ungarn, das größtenteils von den Siegern besetzt wurde, herrschten chaotische Zustände. Dem systematischen roten Terror unter Béla Kún folgte der „weiße Terror“ verschiedener Offizierskommandos. Zum einzigen überregionalen Machtfaktor auf ungarischer Seite wurde die sogenannte Reichsarmee unter Admiral Miklós Horthy: Kern der zukünftigen Staatsmacht. Ungarns Innenpolitik bestimmten zwei außenpolitische Ereignisse: der Frie-

densvertrag von Trianon (4. Juni 1920) und die Bildung der Kleinen Entente durch die Rumänen, Tschechen und Südslawen (28. Oktober 1920).

Mit dem Trianon-Vertrag wurden die alten wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen der Habsburgmonarchie aufgelöst. Die Siegermächte entschieden sich für das nationalstaatliche Prinzip. In diesem Machtvakuum gelang es nicht, geschlossene Staaten zu bilden, da die verschlungenen ethnischen und sprachlichen Grenzen nicht einfach zu politischen Grenzen erklärt werden konnten. Die Nationalitätenkämpfe brachen daher nicht ab.

Trianon sanktionierte die schon vorhandene Aufteilung des Donauraumes. Die Siegerstaaten ließen die machtpolitischen und ökonomischen Interessen der Kleinstaaten gelten. Für Ungarn bedeutete der Friedensvertrag zwar die Souveränität, gleichzeitig aber auch den Verlust von zwei Dritteln seines Staatsgebietes und drei Fünfteln seiner Bevölkerung, zu denen ein Drittel Magyaren gehörte. „Rumpf-Ungarn“ wurde zwar ethnisch ein homogener Staat, die Magyaren waren nun aber in den Anliegerstaaten Minderheiten. Die Geschichte der ungarischen Nation hörte auf, die des Staates zu sein.

Zwar sah der Artikel § 222 des Vertrages von St. Germain auf wirtschaftlichem Gebiet eine gewisse Zusammenarbeit der habsburgischen Nachfolgestaaten für fünf Jahre vor, da 70 Prozent der bisherigen Industrie Österreich-Ungarns in der Tschechoslowakei lagen. Diese lehnte aber den Präferenzvertrag ab, so daß der Artikel und somit die einzige Übergangslösung gegenstandslos wurden. Die Währungseinheit wurde zudem beschnitten.

Ungarn hatte zwar keine enormen Umstellungsschwierigkeiten, es blieb in erster Linie Agrarland. Die Misere lag vielmehr in den Kriegsfolgelasten und den Absatzproblemen der für das Trianon-Ungarn überdimensionierten Industrie. Ungarn besaß zwar noch fruchtbare Gebiete, ein Großteil des Absatzmarktes aber war verschwunden. Der Industrie fehlten die Rohstoffquellen. Die Folgen waren Arbeitslosigkeit, Inflation und Staatsbankrott, so daß die Genesung der Wirtschaft zur Existenzfrage für Ungarn wurde.

Die wirtschaftliche Krise entwickelte sich demnach unabhängig von und zeitlich vor der Weltwirtschaftskrise 1929. Zudem wurde sie mehr und mehr zur Agrarkrise, da die landwirtschaftlichen Erzeugnisse keine Abnehmer im übrigen Europa fanden. Diese verhängnisvolle Wirkung ist auf das Streben der Völker nach Selbstbestimmung zurückzuführen, das sich als Deckmantel für Machtansprüche der europäischen Großmächte entpuppte.

Die Kleine Entente sollte einen 'cordon sanitaire' bilden, durch den sich die Rumänen, Tschechen und Südslawen gegen einen nichtprovozierten Angriff Ungarns absichern wollten. Eine einheitliche Linie fanden die Bündnispartner nicht, bis auf die Aufrechterhaltung des in den Verträgen von Trianon und Neuilly geschaffenen Status quo. Ihre Hauptsorge galt der habsburgischen Restauration sowie dem ungarischen und bulgarischen Revisionismus. Sie versuchten, eine neue Ordnung Mitteleuropas als Ersatz für die Habsburgmonarchie aufzubauen. Das Nationalitätenproblem und die

wirtschaftliche Zusammenarbeit erwiesen sich jedoch als schwierig. Die Funktion der Kleinen Entente war daher sehr vom Negativen bestimmt.

Trianon – in Ungarn wurde das Wort zum Inbegriff der als außerordentliches Unrecht empfundenen historischen Wende. Es beherrschte ex negativo das politische Denken Ungarns auf ähnliche Weise wie früher das Verhältnis zu Österreich. Daraus folgte Mißtrauen gegen die linke Politik und gegen die Siegermächte und deren Verbündete sowie ein Wandel in Richtung Rechtskonservatismus und -radikalismus.

#### **5.4. Jászi „Englischer Weg“**

Während der gesamten Zeit seiner Emigration bis in die 1950er Jahre versuchte Jászi den Donaukonföderationsplan durch Publikationen wiederzubeleben. Seine Grundgedanken waren seit 1920 unverändert. So liegt der Schwerpunkt dieser Arbeit auf seinem Werk „Revolution und Gegenrevolution in Ungarn“ von 1920 und auf der Entwicklung bis in die 1930er Jahre.

In erster Linie war das genannte Werk die Rechtfertigung seiner Ansichten vor und in dem Ersten Weltkrieg. Er distanzierte sich von Naumanns Ideen, gab der ungarischen führenden Adelschicht („Magyariern“), nicht dem ungarischen Volk die Schuld für den Niedergang Ungarns und setzte dieses feudale System in Bezug zum herrschenden Horthy-Regime: Beiden sei die Niederwerfung der arbeitenden Klassen nach innen und die Revanchepolitik nach außen zu eigen. Gleichzeitig beleuchtete er auf empirische Weise die europäische Gesamtlage und richtete sein Hauptaugenmerk auf die wirtschaftlichen Probleme sowie auf die Politik der Entente-Mitglieder in Bezug auf Mitteleuropa. Das Problem Europas sei, „ob es gelingen wird, den im Sterben liegenden materiellen und geistigen Tauschverkehr des europäischen Wirtschaftsorganismus herzustellen ...“ Jászi bot drei mögliche Lösungen: den französischen, den russischen und den englischen Weg.

Der französische Weg beinhalte Reaktion und Gegenrevolution. Er habe zum Ziel, die Besiegten endgültig zu entwaffnen, ihr Wirtschaftsleben zu knebeln und dadurch Sowjetrußland zu drosseln sowie die deutsche Einheit zu zerstückeln. Zu diesem Zweck sollten Polen, Rumänien, Ungarn, Österreich und Süddeutschland miteinander vereint werden, um die französische Hegemonie, die Wirtschaft und den Kapitalismus zu nähren.

Der russische Weg wolle mit dem Bolschewismus das schwache Europa „retten“. Je mehr das Rohmaterial der westlichen Gesellschaften abnehme, desto mehr werde man gezwungen sein, sich dem Kommunismus in einer westlich umgeänderten Form zuzuwenden.

Der englische Weg dagegen sei der Weg des Menschenverstandes und der Humanität. Der Versailler Friede schien unhaltbar; für das gesamteuropäische Machtgleichgewicht müsse Deutschland erstarken, ebenso Rußland. Ganz Europa müsse zu einem Wirtschaftsbund werden, um die Kriegsfolgenlasten auszugleichen. Jászi forderte neben der wirtschaftlichen Vereinigung

und dem Völkerbund die Demokratisierung Europas sowie die Selbstverwaltung und den Sozialismus. Er befürwortete die Selbstverwaltung der Fabriken, die Aufrechterhaltung des freien Marktes und der persönlichen Initiative. Der englische Weg war für Jászi somit der ethische, reformerische und konstruktive Sozialismus. Ungarn habe sich mit Horthy für die extremste Form des französischen Wegs entschieden, der über zwei Anreize verfüge: Revanchegedanken und Antisemitismus. Jászis Ziel, die mitteleuropäische und folglich die gesamteuropäische Konsolidierung, sei solange unmöglich, bis es nicht gelinge, den freien und friedlichen Verkehr von Menschen und Gütern im Donaubecken und am Balkan wiederherzustellen.

Jászi sah das Problem nicht in Gebietsfragen, sondern in der Schaffung kultureller, nationaler und sprachlicher Autonomien und in der Organisation der auf dem eigenen Gebiet lebenden Bevölkerung. Er plädierte für eine gemeinsame internationale Rechtsordnung, freien Tauschverkehr und völlige politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung. Die wirtschaftliche Einigung Europas und insbesondere Mitteleuropas werde so am ehesten verwirklicht und diene als Antriebskraft.

Jászi verlangte eine eigenständige mitteleuropäische Politik; jede westliche oder östliche Orientierung bedeute nur neue imperialistische Abhängigkeit. Mitteleuropas Völker seien durch wirtschaftliche, kulturelle und geographische Bande untrennbar verknüpft, ihre neue Existenz müßten sie aus eigener Kraft erschaffen. „Der von militaristischen und imperialistischen Fesseln befreite deutsche Genius wird der natürliche Lenker und Unterstützer dieses neuen Gleichgewichts.“ England sollte die politische Führung des demokratischen und pazifistischen Mitteleuropas übernehmen.

Anfang der 1930er Jahre betonte Jászi erneut, daß nicht die Grenzen in Mitteleuropa das fundamentale Problem seien, sondern unzureichende Bildung, Unterdrückung der Minderheiten und die Agrarkrise. Er forderte Kulturautonomie, das Gleichgewicht in den Verwaltungen und in den Judikativen der mitteleuropäischen Staaten. Nationalität sei von Staatsbürgerschaft zu trennen, die Staaten Mitteleuropas müßten föderieren wie die Schweiz oder Estland. Wenn die Donaustaaten nicht binnen kurzem gründliche Reformen durchführten, entstehe ein neuer Krieg. Die dann folgende Revolution werde das Landwirtschaftsproblem nicht kooperativ lösen, sondern mit Kolchosen; das Nationalitätenproblem nicht mit freier Autonomie, sondern mit den Sowjets der Nationalitäten; das Problem der Verfassung nicht mit einem freien System, sondern mit der Diktatur des Proletariats. So werde nicht Europa, sondern Asien den Kontinent beherrschen, „die ungarischen und die rumänischen Inseln werden im slawischen Ozean verschwinden.“

### **5.5. Wirtschaft als mitteleuropäische Lösung**

Der Vertrag von Trianon war für die ungarische Emigration ein Dilemma. Zwar sprachen sich die Emigranten klar gegen das Horthy-System und Re-

vanchegedanken aus, konnten aber die Bedingungen des Friedens nicht akzeptieren. Den Ausweg bot Jászis Plan einer Donaukonföderation. Das Problem wurde in einem größeren, europäischen Kontext formuliert.

Der Unterschied zum Plan von 1918 lag zuerst in der Wahl der Ansprechpartner. Damals war er an die Ungarn gerichtet, 1920 an die ausländischen Mächte. Jászi sah Ungarns äußerst geringen Handlungsspielraum, denn die „alte Welt“ existierte nicht mehr. Statt dessen versuchte er, eine neue Welt zu entwerfen und sie vor den alten Problemen zu verteidigen. Der Nationalismus war das Hauptproblem eines währenden Friedens in der Region.

Jászi konnte mit der Donaukonföderation keine lebensfähige Alternative zu der Orientierung der Kleinen Entente bieten. Auf Grund des revisionistischen Systems in Ungarn hatten zudem weder das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen noch Rumänien großes Interesse an seinen Konzepten. Für Jászi schwand die Hoffnung auf eine Zusammenarbeit mit der Kleinen Entente. Da Jászi die westlich-demokratische Orientierung vorzog, bestand die einzige Möglichkeit der ungarischen Emigration darin, die öffentliche Meinung im Westen über den ungarischen Fall zu informieren.

Das große Problem lag darin, daß Unkenntnis oder Desinteresse herrschte. Jászi wurde sowohl von den Siegerstaaten benutzt, um die ungarischen Vorwürfe gegen den Trianon-Vertrag abzuwehren, als auch von der Kleinen Entente fallengelassen, als es dieser gelang, direkt mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf István Bethlen praktische Vereinbarungen zu treffen. Die Regierungen der Kleinen Entente sahen lieber das schwache und isolierte Horthy-Regime denn ein starkes und demokratisches Ungarn.

Das Problem der Akzeptanz – Jászi wurde je nach Interpretation dem revisionistischen Ungarn zugerechnet – konnte er nicht lösen; er blieb trotz seiner Emigration in der Schablone der aktuellen ungarischen Politik. Das hatte zur Folge, daß Jászi gar nicht in der Position des Verhandlenden war, sondern quasi als Unterhändler gebraucht wurde – also unverbindlich.

Jászi sah in einer wirtschaftlichen Kooperation zwei Vorteile: Zum einen sollte dadurch eine Lösung für die neuen Nationalitätenprobleme gefunden, zum anderen die Gefahrenzone für Europa – die Donauregion – entschärft werden. Das hieß, daß Jászi die Stellung der Siegerstaaten akzeptierte und gegen eine Gewaltlösung zur Revision von Trianon war. Er akzeptierte die politische Realität, nicht aber die moralische Ungerechtigkeit. Ferner lag für ihn die Gefahr im Nationalen: Alle Politiker schauten mehr auf nationale Lösungen und Konsolidierungen als auf internationale Kooperation. Daher übergang er territoriale Streitpunkte und betonte den Zwang zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit: Die Ökonomie als Lösung für politische Probleme.

Jászis Ungarn ist das des Opfers – ebenso wie Deutschland. Die schwierige Gratwanderung zwischen der Akzeptanz der politischen Realitäten und der empfundenen Ungerechtigkeit von Trianon sowie den wirtschaftlichen und nationalistischen Problemen scheint Jászi nach 1920 nicht wirklich lö-

sen zu können. Die Föderalismusforderung verhallt wegen des ungarischen Revisionismus und der Konsolidierungspolitik der Kleinen Entente. Jászis Konzept einer Donaukonföderation wirkt unklar, erläuternde Beschreibungen fehlen. Sein Schwerpunkt ist die wirtschaftliche Krise. Föderalismus, Demokratie und Sozialismus erscheinen als Allheilmittel mit verschwommenen Konturen. Zwar forderte er eine eigenständige mitteleuropäische Politik. Wie sie aber auszusehen hatte, bleibt unklar. Seine Analyse der augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Situation Mitteleuropas war absolut treffend, eine eindeutige Agenda für Mitteleuropa schuf er aber nicht.

## **6. HANTOS' IDEEN VON EINER MITTELEuropÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT**

Die Aktivitäten von Elemér Hantos (1881-1942) in Bezug auf Mitteleuropa und Ungarns Rolle in dieser Region konzentrierten sich zwischen 1925 und 1935. Sein Werk wird nicht im einzelnen behandelt, sondern sein Mitteleuropabild anhand eines Überblicks über seine wichtigsten Ideen jener Periode ermittelt und die Verschiebung der Schwerpunkte analysiert.

Hantos war ungarischer Wirtschaftswissenschaftler, Professor an der Eötvös-Loránt-Universität in Budapest und Mentor des „Mitteleuropäischen Wirtschaftstages“. Als ehemaliger Staatssekretär hatte er gute Kontakte zur ungarischen Regierung, zum tschechischen Ministerpräsidenten Edvard Beneš und zu Völkerbundkreisen. Seit 1905 nahm er in zahlreichen Publikationen Stellung zu entscheidenden Wirtschaftsproblemen Mitteleuropas. Allein zwischen 1925 und 1935 erschienen zwölf selbständige Veröffentlichungen auf deutsch, die sich mit den wichtigsten Aspekten der Mitteleuropafrage befassen. Die „Mitteleuropa Bibliographie“ von Korek und Stark nennt ihn als Verfasser von 42 Schriften, Kühl nimmt weit mehr an.

Nach dem Ersten Weltkrieg analysierte er all jene internationalen wirtschaftspolitischen Programme beziehungsweise Konferenzen, die darauf abzielten, das Versailler Friedenskonzept funktionsfähiger zu machen. Er versuchte, Naumanns Plan in ein sich den veränderten Verhältnissen anpassendes, funktionsfähiges Modell zu transformieren. Seine Ideen entsprachen kaum offizieller ungarischer Politik und zielten auf ökonomische Lösungen.

Während der Regierungszeit des ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen (1921-1931) wurden unter anderem ausländische Kredite aufgenommen, um die Währung und den Haushalt zu stabilisieren und so Wirtschafts-, Handels- und Finanzprobleme zu lösen. Allein konnten sich die mitteleuropäischen Staaten nicht helfen. Die territoriale Neuordnung dieser Region bedeutete auch die radikale Umwandlung der ökonomischen Bedingungen jedes Landes. Die ökonomische Struktur war durch die Disproportion zwischen Rohstoffquellen und Produktionsstätten schwer gestört. Die neuen

Grenzen beließen einigen Ländern Mitteleuropas – in Relation zur Staatsgröße, zur Bevölkerung und zu den geographischen Gegebenheiten – zu viel Industrie, anderen zu wenig. Die Selbstbestimmung der Völker führte zu einer katastrophalen Außenhandelsituation und zu ständiger Regression.

Die Entwicklung im Mitteleuropa der 1920er Jahren brachte keine Kooperation der Nationen. Das System der Konzessionen und Kontingente wurde gebraucht, um den Handel zu regulieren. Sobald sich „normale“ Bedingungen abzeichneten, begannen die meisten Länder der Region, sich hinter Schutzzöllen einzumauern. Auch konnten die Länder Mitteleuropas nicht mit der westlichen Schwerindustrie mithalten. Das industrielle Wachstum der Region basierte nur auf Konsumgütern.

Um finanzielle Hilfe von den Siegermächten zu erhalten, durfte Ungarn nach außen nicht revisionistisch auftreten. Demnach beschränkte sich Ungarn, ebenso wie das wirtschaftlich geschwächte Österreich, auf die rechtliche und kulturelle Angleichung an Deutschland. Durch das Zurückdrängen des Rechtsradikalismus gewann Bethlen die internationale Finanzwelt für Ungarn. 1923 wurde es Mitglied des Völkerbundes; 1924 erhielt es eine Anleihe von 250 Millionen Goldkronen, so daß es am europäischen Wirtschaftsaufschwung teilhaben konnte. Die meisten Investitionen waren jedoch nicht sehr effektiv, da die Regierung Bethlen das ausländische Kapital nicht zur Steigerung der Produktion nutzte, sondern zum einseitigen Aufbau der kulturellen Aktivitäten und der Infrastruktur.

Der Staat spielte in der wirtschaftlichen Entwicklung eine wichtige Rolle, da er die Konditionen für den wirtschaftlichen Aufschwung festlegte und garantierte, daß die Konjunktur die Interessen der Großgrundbesitzer und ihre kapitalistische Umwandlung nicht gefährdete. Bethlen förderte keinen realen Parlamentarismus, sondern erwarb sich mit Zugeständnissen die Passivität der Sozialdemokraten und dadurch eine konservative Mehrheit in der Regierung. Die massiven Kredite schufen einen gemäßigten Aufschwung und ein langsames Anwachsen des Lebensstandards und der Gehälter. Die Folge waren neue Reformkonzepte sowie ein Wandel in der Außenpolitik – Ungarn war nicht mehr international isoliert, sondern knüpfte neue Beziehungen zu den Siegerstaaten, zu Rußland und zur Kleinen Entente.

Zwischen 1921 und 1926 zielte die ungarische Außenpolitik darauf, die internationale Position zu sichern, Chancen für den Wirtschaftsaufschwung zu schaffen und die diplomatischen und ökonomischen Beziehungen mit der übrigen Welt wieder aufzunehmen. Für Bethlen war ab 1921 eindeutig, daß die Kleine Entente nach Frankreich tendierte. Er wandte sich zwar politisch Großbritannien zu, mußte aber dessen geringen Einfluß in Europa erkennen. Zudem war es ohne Interesse an Ungarn. Durch komplizierte diplomatische Spielereien versuchte Ungarn, aus der Umklammerung der Kleinen Entente auszubrechen, hatte aber kaum eine andere Wahl, als sich den Enttäuschten und den Opfern der Pariser Vorortverträge anzunähern.

Italien warb 1927 Österreich und Ungarn für ein bündnisartiges Zusammengehen an. Wenn auch die faschistische Machtübernahme die antilegitimistische und antihabsburgische Politik in Mitteleuropa schwächte, strebte Italien die Revision der Friedensverträge an, so daß die Voraussetzungen für die Gewinnung Ungarns günstig waren. Die italienisch-ungarische Vereinbarung von 1927 betonte den ewigen und permanenten Frieden zwischen den beiden Ländern. Das geheime Zusatzabkommen garantierte eine enge politische Kooperation. Beide sahen den Status quo in Mitteleuropa als temporär an, glaubten an die wichtige Rolle Deutschlands in dieser Region und befürworteten den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich.

Dieses Abkommen machte Verhandlungen Ungarns mit der Kleinen Entente unmöglich. Auch nahm die Zusammenarbeit innerhalb der Kleinen Entente trotz sichtbarer Auflösungsstendenzen wieder zu. Die gegen sie gerichtete revisionistische Staatengruppe Österreichs und Ungarns unter italienischer Führung hatte 1934 die Bildung des Balkanpaktes zur Folge – die Erweiterung der Kleinen Entente um Griechenland und die Türkei.

In diesem politischen Zusammenhang sind die „Römischen Protokolle“ desselben Jahres zu sehen. Italien sicherte sich damit sein faktisches Bündnisverhältnis mit Ungarn, welches sich mit dem neuen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös stark am deutschen Nationalsozialismus und am italienischen Faschismus orientierte, sowie mit Österreich und zielte auf engere wirtschaftliche Zusammenarbeit. In der Realität waren die Staaten dieses römischen Blocks jedoch nur politisch aufeinander angewiesen, wirtschaftlich kaum. Mitteleuropa war somit in zwei Blöcke geteilt, da Italien in Mitteleuropa die Dominanz der tschechischen Wirtschaft fürchtete. Bei den Staaten der Kleinen Entente hingegen waren die ideologischen Ressentiments gegen Ungarn und Österreich stark – und vice versa.

### **6.1. Hantos‘ „Mitteleuropa“**

Hantos glaubte, daß die Neuordnung Mitteleuropas wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet erwünscht und auch möglich sei. Er vertraute seinen wissenschaftlichen Analysen, die die innere Notwendigkeit des Zusammenschlusses zeigten. Mit seinen Werken wollte er das System aus Zielen und Plänen in seiner programmatischen und postulativen Form größeren Kreisen zugänglich machen. Er sah verschiedene Lösungsansätze – einen industriellen Weg, landwirtschaftliche Kooperation oder den Staatenzusammenschluß der Donauländer beziehungsweise eine erweiterte Staatenkombination. Wichtig war für ihn, Polarisierungen zu vermeiden, das heißt, er wollte bei keiner Nation beziehungsweise keinem Staat Mißtrauen wecken.

Mitteleuropa bestand für Hantos aus sieben selbständigen Staaten, die sich wirtschaftlich scheinbar fremd, wenn nicht gar feindlich gesinnt waren. Einzige Gemeinsamkeit und Einheitlichkeit der Region sei der dauerhafte Krisenzustand. Die Lösung sah er nicht in einem politischen Gebilde oder

in der Wiederherstellung der früheren Ordnung – die Donaumonarchie war politisch nicht lebensfähig –, sondern in einer Wirtschaftsgemeinschaft. Die akuten Symptome der mitteleuropäischen Krise hätten sich nämlich in den letzten zwei Jahren abgeschwächt, die Depression wirke aber fort. Deshalb seien andere Mittel als die in der übrigen Welt wirksamen anzuwenden. Die Verhältnisse in Mitteleuropa bedurften laut Hantos einer Sonderbetrachtung. Ohne sie werde das Gesamtbild der Weltwirtschaft verschleiert.

Hantos monierte, daß kein genaues Bild, keine Abgrenzung Mitteleuropas existiere. Europas Mitte werde zum einen mit dem Sitz des größten ökonomischen Übels gleichgesetzt, zum anderen mit Osteuropa verkoppelt, was das Bild trübe. Hantos selbst grenzte die Region klar gegen die UdSSR ab. Jugoslawien, Ungarn, Österreich, Rumänien, Polen, Deutschland und die Tschechoslowakei bezeichnete er als Kernländer Mitteleuropas. Bulgarien sowie die drei baltischen Staaten gehörten für ihn nicht unbedingt dazu.

Fazit seiner territorialen Analyse war, daß Mitteleuropa am einfachsten mit den Grenzen des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten zu bestimmen sei. Dies sei eine realpolitische, geschichtliche und kulturelle Umgrenzung. Letztlich war bei ihm aber der wirtschaftliche Faktor für die Einordnung ausschlaggebend. Das Wirtschaftsgebiet habe sich somit nach dem Ersten Weltkrieg in Richtung Balkan erweitert, doch sei der geographische nicht gleichzeitig ein Kraftzuwachs gewesen.

Der wirtschaftliche Aufbau müsse, so Hantos, mit dem Neuaufbau der Währungen beginnen, zudem mit der erweiterten Form eines besonderen Zollregimes, welches allen Nachfolgestaaten eine präferentielle Behandlung untereinander gewähre. Der Völkerbund solle als Förderer aktiv in die Handelspolitik Mitteleuropas eingreifen. Hantos wandte sich gegen die Autarkie in Mitteleuropa: Jedes seiner Länder wolle ein kleines Österreich-Ungarn sein, obwohl sein inländischer Markt den Absatzbedürfnissen nicht genüge.

Hantos' wirtschaftspolitisches System stand auf fünf politischen Pfeilern: Handels-, Industrie-, Agrar-, Verkehrs- und Währungspolitik.

In seinen handelspolitischen Ausführungen forderte Hantos einen Interessenausgleich zwischen den Kleinstaaten Mitteleuropas und den angrenzenden Großstaaten Deutschland und Italien. Diese sollten versichert sein, daß ihre Handels- und Bewegungsfreiheit durch handelspolitische Kooperation mit den Donaustaaten keine Einschränkung erfahre. Die mitteleuropäischen Staaten verpflichteten sich, auf eine Erhöhung der gültigen und die Nachbarn behindernden Zollsätze zu verzichten oder Zollabsenkungen vorzunehmen. Dies schaffe statt des momentan übertriebenen Protektionismus ein gemäßigttes Schutzzollsystem als Übergang zum Freihandel. Hantos wollte das wirtschaftliche Gleichgewicht Mitteleuropas wiedergewinnen und dessen Kräfte summieren oder gar potenzieren. Ein eigenes Zollregime sollte die gegenseitige Vorzugsbehandlung anstreben und Behinderungen im Personen-, Zahlungs- und Kapitalverkehr auf ein Minimum reduzieren.

Der zweite Pfeiler seines Wirtschaftssystems – der industriepolitische Ansatz – beinhaltet die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten internationalen Arbeitsteilung und Preisbildung auf dem Gebiet Mitteleuropas durch die Organisation der einzelnen Produktionszweige. Hantos favorisiert internationale Industriezusammenschlüsse, denn diese seien geeignet, wirtschaftliche Zersplitterungen zu überwinden. Wegen der überragenden Stellung der deutschen Industrie müsse Deutschland die Bildung industrieller Interessengemeinschaften vornehmen. Diese Form der Kooperation gehe nicht von den Regierungen aus, sondern sei in erster Linie unpolitisch. Ziel müsse die Förderung einer rationellen, planmäßigen Produktion sowie die Schaffung eines reibungslosen Absatzes der Produkte sein. In dem Zusammenhang sprach er sich für die Bildung von Syndikaten und Kartellen aus, die von einem unparteiischen Forum des Völkerbundes kontrolliert würden.

Die mitteleuropäische Agrarkrise sei durch die Zerschlagung des ehemals einheitlichen Produktions- und Absatzgebietes entstanden. Zudem könnten die vorwiegend bäuerlichen Landwirtschaftsstrukturen nicht mit dem technischen Fortschritt und so auch nicht mit den Produktionskosten in Übersee mithalten. Produktionseinschränkungen, Subventionswirtschaft und Zollerhöhungen seien keine geeigneten Lösungen. Diese sah Hantos in der Vereinigung der Agrarexportstaaten für die Ausfuhr ihrer Produkte. Dies ermögliche, die Binnenmärkte zurückzugewinnen. Die Überschußstaaten sollten miteinander eine Handelsorganisation für Agrarprodukte ausarbeiten, um so den Absatz zu sichern und höhere Preise zu erzielen. Außerdem müßten Überschußstaaten und Bedarfsstaaten sich gegenseitig bevorzugt behandeln. Er forderte die Abschaffung des Meistbegünstigtensystems sowie die Einführung einer mitteleuropäischen Vorzugsklausel in den Handelsverträgen.

In den verkehrspolitischen Betrachtungen verlangte Hantos die Zusammenarbeit aller Verkehrsmittel in Mitteleuropa, denn ein wichtiger Faktor neben den Produktions- seien die Transportkosten. Tarifgleichheit, übereinstimmende technische Gestaltung, gemeinsame Institutionen und Vereinbarungen seien Voraussetzung für ein effizientes Beförderungssystem. Er forderte die Gründung eines mitteleuropäischen Postvereins und legte Wert auf den Ausbau der Wasserstrassen und die Kooperation an der Donau.

Der fünfte Pfeiler seines mitteleuropäischen Wirtschaftssystems war die Währungspolitik. Hier forderte er einen gemeinsamen Währungsverbund, womit auch ähnliche Finanzstrukturen, übereinstimmende Bankengesetze und ein einheitliches Münzsystem einhergingen. Er plädierte zwar für eine Zentralbank und Fixkurse, räumte aber jedem Mitgliedstaat eine eigene Nationalbank und eine eigene Bankpolitik ein. Um eine endgültige Stabilisierung der mitteleuropäischen Währungen zu erlangen, befürwortete er die Bildung von Fonds. In der handelspolitischen Kooperation sah er die Voraussetzung für die geplante Währungseinheit. Das bedeutete nicht, daß das Wirtschaftsgebiet die währungspolitische Kooperation zu umfassen hätte.

Hantos fügte in seine Überlegungen den Begriff „mitteleuropäischer Wirtschaftsgedanke“ ein. Damit meinte er die Sicherung staatlicher Zusammenarbeit durch eine Reihe wirtschaftlicher Abmachungen sowie durch gegenseitige Achtung der politischen und wirtschaftlichen Souveränität der einzelnen Länder. Er betonte, daß dies keine abstrakten Ideen oder künstlichen Konzepte seien. Sie stünden auch nicht im Interesse politischer Ziele und imperialistischer Tendenzen. Zusammengefaßt zielte dieser Wirtschaftsgedanke auf die Wiederherstellung und Ausformung der geschichtlich gewachsenen Wirtschaftsorganisation Mitteleuropas unter Berücksichtigung des politischen und wirtschaftlichen Strukturwandels nach dem Kriege.

Hantos sah in der Politik das Problem Mitteleuropas. Die wirtschaftliche Annäherung diene als Schrittmacher der politischen Verständigung. Wirtschaftliche und technische Mittel würden nicht fehlen, es gebe zahllose sichtbare und unsichtbare Anknüpfungspunkte. „Zur Erreichung des Zieles bedarf es aber des guten Willens aller Teile.“

## 6.2. Mitteleuropa – inklusive Deutschland?

Zwischen den Kriegen ging es vorrangig um die Dominanz der Großmächte Mitteleuropas. Zwei politisch-wirtschaftliche Strömungen sind bei den Neustrukturierungskonzepten erkennbar: Zum einen der „Mitteleuropäische Wirtschaftstag“ – 1925 als supranationaler Verband für Wirtschaftspolitik mit dem Ziel gegründet, die wirtschaftlichen Probleme zu entpolitisieren. Zum anderen der französische Tardieu-Plan, der die alte Donaumonarchie als wirtschaftliche Union mit dem Ziel ihrer ökonomischen Sanierung wiederbeleben wollte. Folge einer wirtschaftlichen Ordnung sollte die politische Stabilisierung der „französischen Ordnung“ sein – der Status quo.

Beide Strömungen scheitern wegen der politischen Blockbildung Europas und der Angst vor der deutschen oder der französischen Dominierung.

Die Analysen von Hantos' Ausführungen über die Arbeit des „Mitteleuropäischen Wirtschaftstages“ und das Scheitern des Tardieu-Plans verdeutlichen das Kernproblem Mitteleuropas in der Zwischenkriegszeit: Ist dieser Region Deutschland überhaupt zuzurechnen? Welches sind die Folgen einer deutschen Kooperation mit den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie – für diese Region und für Europa als Ganzes? Letztendlich ging es darum, das mitteleuropäische Machtvakuum erneut zu füllen.

Die Idee einer mitteleuropäischen Integration war eine Suche nach einer Alternative zum wirtschaftlichen Nationalismus. Scheinbar korrespondierte diese Idee mit anderen wirtschaftlichen Bewegungen dieser Zeit. Trotzdem wandten sich die Kleinstaaten gegen eine Großraumwirtschaft, da die ökonomische Selbstbestimmung der ausschlaggebende Faktor war.

Dieses Dilemma zwischen Selbstbestimmung und wirtschaftlicher Notwendigkeit wird am Beispiel Deutschlands deutlich: Eine Integration mit Deutschland würde zwangsläufig zu einer Subordination führen. Eine Ko-

operation ohne Deutschland würde eine starke Wirtschaft und einen großen Markt ausschließen. Hantos war sich dieses Dilemmas bewußt und versuchte eine Lösung. Er wollte Deutschland solange von Mitteleuropa fernhalten, bis die kleinen Staaten an Stärke und Selbstbewußtsein gewonnen hätten. Daher plädierte er für eine Blockbildung als gleichwertiges Pendant zu Deutschland. Kartelle sollten diese starre Form aufbrechen und mittels privater supranationaler Kooperation zur Erweiterung der Märkte führen.

Die indirekte Anregung von Hantos und der Eindruck einer gewissen Stabilisierung des Status quo ließ Anfang der 1930er Jahre besonders in Ungarn die Idee der Donaeuropäer entstehen. Die Theoretiker dieser Richtung sahen eine engere wirtschaftliche und kulturelle Verbindung der Staaten, indem sie das Aufgehen der ethnisch vielgestaltigen Kulturen in Donaeuropa vorschlugen. Das natürliche Zentrum lag im Karpatenbecken – also im historischen Ungarn. Man betonte die ausgleichende Funktion der Magyaren und sah die konföderative Verbindung von Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen als eine modernisierte jagiellonische Personalunion.

Hantos selbst distanzierte sich von solchen politischen Bewegungen und sah sich als Wirtschaftswissenschaftler, der zwar keine „Patentlösungen“, aber doch Anregungen anbieten konnte. Daher wandte er sich vehement gegen jede Verbindung seiner Vorschläge mit politischen Konzeptionen. Der Begriff der „Donaukonföderation“ war für ihn schwer belastet. Da er eine Entpolitisierung der nachbarlichen Wirtschaftsbeziehungen anstrebte, erschienen ihm politische Pläne mit restaurativen oder frankophilen beziehungsweise germanophoben Tendenzen abenteuerlich. „Mitteleuropa ... ist nach dem Kriege zu einem bloßen geographischen Begriff herabgesunken.“ Er wandte sich somit gegen die machtpolitischen Tendenzen des naumannschen Mitteleuropabegriffs und plädierte für eine Entideologisierung.

Deshalb verzichtete Hantos auf die Terminologie des Föderalismus, obwohl seine wirtschaftliche Staatenverbindung in Mitteleuropa klare konföderative Züge trug. Auffällig betonte er, daß die Souveränität der Mitgliedsstaaten unantastbar bleibe, und setzte sich für Handelsverträge der Staaten untereinander ein. Die Struktur seiner Konzeption entsprach modernen Theorien des Föderalismus: Dezentralismus, Zentralismus und Gleichgewicht.

Hantos' ökonomische Argumentation beeinflusste kaum das zeitgenössische Denken, welches eher die Lösung der mitteleuropäischen Krise durch eine territoriale Revision erhoffte. Zwar nahm die gegenseitige Verfeindung der Nachkriegszeit ab, das Mißtrauen der Staaten und Nationen blieb aber. Besonders die Völker der Kleinen Entente blockten Ungarn und alle Ideen, die aus Ungarn kamen, ab. Hinzu trat das Mißtrauen der deutschen Presse, welche Hantos eine Addierung von Unzulänglichkeiten vorwarf und in ihm ein Sprachrohr der französischen Außenpolitik sah, obwohl er sich genauso gegen das französische System wandte. Nur ein enger Kreis von Intellektuellen sympathisierte mit seinen Ansichten. Dieser hatte aber insofern eine

Bedeutung, als er in der Periode des nationalstaatlichen Chauvinismus das Weiterleben der „captatio benevolentiae“ dokumentierte.

Die Idee einer Integration Mitteleuropas in der Zwischenkriegszeit schien überholt. Die Region wurde immer mehr von einer größeren Ökonomie umschlungen, deren Interessen sehr asymmetrisch waren. Der Wunsch der mitteleuropäischen Staaten, mit dem Westen zu kooperieren, war signifikanter als das westliche Interesse an Mitteleuropa. Das Wilsonsche Selbstbestimmungsrecht der Völker zeigte seine negativen Wirkungen.

Hantos, der die territorialen Bedingungen der Pariser Vorortverträge akzeptierte, hatte in den anderen mitteleuropäischen Staaten zwangsläufig eine schlechte Position angesichts der Forderungen nach der Befriedigung der ungarischen nationalen und territorialen Interessen. Indem er sich nur den wirtschaftlichen Aspekten – wie sich schon bei Jászi erkennen läßt – widmete, verlor er die Gefahr des Nationalismus aus seinem Blickwinkel. Es ist also zu bezweifeln, ob eine rein wirtschaftliche Konzeption Mitteleuropas ohne politische Inhalte realistisch war. Hantos' ideologiefreier Föderalismus mit seinen streng wissenschaftlichen Rückschlüssen verhallte im Zeitalter der Ideologien und nationalen Massenbewegungen.

## 7. DAS MITTELEUROPABILD VON KONRÁD

Die Gedanken von György Konrád (geboren 1933) über den Topos Mitteleuropa fallen in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts. Keine direkten politischen oder wirtschaftlichen Veränderungen in Mitteleuropa gaben den Anlaß für seine philosophisch-kulturellen Ideen einer „Antipolitik“, vielmehr bezog er sich auf die seit 40 Jahren bestehende europäische Ordnung des „Kalten Krieges“, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg stabilisierte.

Konráds spezifische Position war dadurch geprägt, daß er sich vor allem als Schriftsteller verstand. Er arbeitete als Sozialarbeiter und Stadtsoziologe, ab 1969 als Autor. Er lebte als Emigrant und Dissident in West-Berlin und Wien. Als Mitglied des Bürgertums und der mitteleuropäischen Intelligenz lieferte er eine Analyse der Geschichte der ost- und mitteleuropäischen Gesellschaften sowie eine neue Sicht von Herrschaft im allgemeinen und von jener neuen Herrschaftsform des Sozialismus im 20. Jahrhundert.

Seine Abhandlungen sind sprunghaft, farbig, ausschweifend, ornamental. Sie beinhalten keine zusammenhängende Argumentation, sondern sind aneinandergereihte Thesen. Hier wird kein Programm konstruiert, sondern ein Bild gezeichnet, eine neue Ideologie skizziert. Interessant ist der Einsatz der Begriffe: Konsequenter verwendet Konrád in seinen Werken Osteuropa und Osteuropäer in neutralen oder negativen Zusammenhängen, Mitteleuropa und Ostmitteleuropa aber in einer positiven, bejahenden, auch sentimentalen Form. Die Abgrenzung in Richtung Osten erfolgt literarisch-subtil.

### 7.1. Jalta und die pax sovietica

Auf der Jalta-Konferenz der Alliierten im Februar 1945 wurden die militärisch bedingten Machtverschiebungen in Ost- und Südosteuropa sowie die Bildung eines sowjetischen Hegemonieraumes endgültig anerkannt – wenn auch mit Vorbehalten und mit der Option auf eine Modifizierung durch spätere Friedensverträge. Gleichzeitig wurde eine Erklärung über das befreite Europa abgegeben, in der die Siegermächte eine freiheitliche Ordnung der Staaten Europas festlegten. Allen Völkern wurde das Recht auf freie Selbstbestimmung zugesichert und die Bildung pluralistischer, demokratischer Regierungen in Aussicht gestellt. Der Versuch jedoch, diese Bestimmungen auch in den von der Roten Armee besetzten Gebieten durchzusetzen, wurde von den sowjetischen Militärbehörden verhindert. Stalin erläuterte seine Vorgehensweise folgendermaßen: „Dieser Krieg ist nicht wie die Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes Gesellschaftssystem auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann. Es kann ja nicht anders sein.“

In fast allen ost- und mitteleuropäischen Staaten, die anfangs von der Sowjetunion militärisch besetzt wurden, kamen sowjetfreundliche Regierungen an die Macht. Diese Politik des *fait accompli* unter dem Schild der Roten Armee sahen die westlichen Alliierten als Bruch von Jalta. Der Ost-Westkonflikt als Grundmuster der weiteren Weltpolitik zeichnete sich hier ab. Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, der östliche Teil Deutschlands und Bulgarien standen nicht nur außenpolitisch unter dem russischen Einfluß, sondern besonders ökonomisch-sozial und national-kulturell. Dieser Einfluß setzte sich bis 1948 allmählich völlig durch. Diese Staaten wurden zu Satellitenstaaten der Sowjetunion.

Die 'pax sovietica' hatte zwei außenpolitische Strategien – die global ausgreifende Weltpolitik und eine eurasische Großraumpolitik. Den Satellitenstaaten des östlichen Mitteleuropas wurden die Einparteidiktatur des Kommunismus sowie die Planwirtschaft aufgezwungen. Ökonomisch wurde in Mitteleuropa, östlich des „Eisernen Vorhangs“, der Handel auf einem System inflexibler, bilateraler Verträge mit einer Ausrichtung auf die Sowjetunion aufgebaut. Diese Staaten wurden homogene und integrale Bestandteile eines militärisch-ökonomischen Sicherheitsraumes. Das Primat der Innenpolitik beherrschte den hegemonialen Anspruch der Sowjetunion gegenüber ihren im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Satelliten: Da die sowjetischen Führungsgruppen eine Erosion ihres absoluten Herrschaftsanspruchs im eigenen Land befürchten mußten, reagierten sie stets schnell und hart gegen jeden Versuch, in den Satellitenstaaten etwas mehr innenpolitischen Pluralismus zuzulassen, obwohl dort weder die sozialistische Wirtschaftsordnung in Frage gestellt, noch die militärische Sicherheit der UdSSR bedroht gewesen wäre. Dieser Interventionsanspruch trat 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1981 in Polen zutage.

Um die mitteleuropäische Region zu desintegrieren, wurde konsequenterweise die Umsiedlung der nationalen Minderheiten in diesen Staaten zum Großteil durchgeführt beziehungsweise die ethnischen Antagonismen durch eine Überpräsenz der Roten Armee unterdrückt. Diese Bevölkerungsumsiedlungspolitik wurde von sowjetischer Seite stark vorangetrieben, wohl auch, um durch die praktische Anwendung des überspitzten Ideals des reinen Nationalstaates die einzelnen mitteleuropäischen Satellitenstaaten von ihren nicht sowjetischen Nachbarstaaten möglichst weitgehend zu isolieren. Dadurch sollte die Abhängigkeit zur UdSSR erhöht werden. Wo diese Politik nicht möglich war, blieben die alten Probleme der Region bestehen. Keine Aktion wurde vollständig durchgeführt. So erhielten die ungarischen Minderheiten in Rumänien, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien nur einen ineffektiven Schutz durch die Anerkennung der Menschenrechte. Ungarns Versuche, Vereinbarungen zur Anerkennung der Rechte der nationalen Gruppen zu erlangen, erwiesen sich als erfolglos. Die Nachkriegsversuche, legale Rahmenbedingungen zu schaffen, um der mitteleuropäischen ethnischen Komplexität gerecht zu werden, blieben sogar hinter denen von Versailles zurück. Diese neue Verteilung brachte über vierzig Jahre lang Frieden nach Mitteleuropa, die Mitteleuropa-Idee wurde obsolet.

Mit der erwähnten Unterordnung unter die Sowjetunion war eng die Verfolgung jeder föderalen Regung verbunden. Dies trat klar bei dem Versuch Bulgariens und Jugoslawiens zutage, eine südslawische beziehungsweise eine Balkanföderation zu gründen. Dieser Plan war gegen die Abhängigkeit von Stalin gerichtet. Polnische und tschechoslowakische Vereinbarungen über eine Kooperation wurden von Moskau ähnlich unterdrückt, um quasi ein Exempel zu statuieren. Damit verschwand aus den Reihen der Kommunisten und des kommunistischen Schrifttums jegliche Neigung zum Föderalismus auch in den mitteleuropäischen Staaten. Die Rechtswissenschaft der kommunistischen Staaten hob die staatliche Souveränität als Voraussetzung der Existenz des Völkerrechts hervor und lehnte überstaatliche Gebilde ab.

Der einzige Versuch blieb in den 1950er Jahren die Idee der deutschen Einheit im Zusammenhang einer nuklearwaffenfreien Zone. Beide Seiten – Ost und West – machten Vorschläge für eine politische Neutralisierung und Reintegration Mitteleuropas, die in den 1960er Jahren wieder aufgegriffen wurden. So sollte diese Zone zur dritten Macht werden, als ökonomische und ideologische Brücke zwischen dem Ost- und dem Westblock. Ein konkretes Ergebnis wurde nicht erzielt. Vielmehr schien das mitteleuropäische sozioökonomische Dilemma selbst zu einem Gegenstand der Geschichte zu werden. Die sowjetdominierte Hälfte Europas vollzog den Prozeß der aufgezwungenen Industrialisierung. Zudem erfuhr sie eine relative Isolation vom Weltmarkt und die Orientierung des Handels auf den COMECON. Gleichzeitig wurden die kulturellen Beziehungen zwischen der UdSSR und den einzelnen mitteleuropäischen Staaten systematisch gestärkt.

Die Realitäten in Mitteleuropa veränderten sich mit der Abhängigkeit von der Sowjetunion stark, was wiederum letztlich zur Frage nach der Funktionsfähigkeit dieses bipolaren Konzeptes in Europa führte.

## 7.2. Konráds „Mitteleuropäische Meditationen“

Konráds Essays sind „ein Sammelsurium, ein Wettstreit der Ideen, die eine nach der anderen aufgegriffen werden, fest miteinander verwoben, neu formuliert, dann wieder zugunsten anderer, hübscherer, jüngerer (aber leider dennoch widersprüchlicher) Ideen verworfen werden, nur um ein paar Seiten später neu gehätschelt und apostrophiert wieder aufgegriffen zu werden. Seine essayistischen Arbeiten stimulieren und verärgern zugleich.“ (Ash) Es soll versucht werden, seine Hauptthesen herauszuarbeiten.

Die europäische Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere Mitteleuropas Situation wurden bei Konrád im Begriff „Jalta“ konzentriert: Jalta ist die Ursache, der europäische Status quo kein haltbarer Friedens-, sondern seit vierzig Jahren ein Ausnahmezustand. Jalta ist für Konrád das Symbol der Großmachtlogik: Die zwei größten Nationalstaaten standen sich in Europa feindlich gegenüber. Die Schuld daran – so Konrád – liege bei den intellektuellen Fehlern Europas. Der Eiserner Vorhang sei das Ergebnis kollektiver Kurzsichtigkeit in den europäischen Nationalstaaten und berge Sprengstoff. Konrád sah die erneute Kriegsgefahr. Die politische Konstellation sei durch den militärischen Status quo festgelegt. Das ist für Konrád die Moral von Jalta. Politisch gebe es weder Mitteleuropa noch Europa, sondern nur Ost und West. Europa sei Vergangenheit. Ganz Europa unterliege Beschränkungen – im Osten real, im Westen potentiell, denn die USA beschränkten Westeuropa nicht in Friedenszeiten, aber im Kriegsfall.

Wesentlich – so Konrád – ist nun, daß Mitteleuropa geteilt ist: Es ist der Ostrand des Westens und der Westrand des Ostens. Mitteleuropa sei somit blocktranszendent. Die Probleme der Minderheiten seien mit der Übernahme des französischen Nationalismus als ingenieurhaftes Ideal nicht gelöst. Sein gesellschaftlicher Organismus sei nicht westeuropäisch. Ähnliches gelte für seine Verteidigungsstrategie. Mitteleuropa sei nicht „ganz erwachsen, nicht ganz rational ...“. Unterschiedliche Entwicklungsschichten, Traditionen und Fortschrittsstadien lebten hier nebeneinander.

Zweites Motiv bei Konrád ist Mitteleuropa als Aufgabe, Geisteshaltung und Phänomen: Mitteleuropa als Lösungsansatz für den Ost-West-Konflikt. Diese Mitteleuropaidee beinhaltet die Akzeptanz des Pluralismus dieser Region. Der Zustand, daß die kleinen Völker in der Mitte Europas dichtgedrängt lebten, müsse zur Kenntnis genommen und in einem neuen mitteleuropäischen Selbstbewußtsein, in der Kultur, in Beziehungen und Institutionen artikuliert werden. Mitteleuropa entspreche der Aufgabe, den Sinn der Pluralität zu erkennen und zu lernen, wie mit dieser ethnischen Vielfalt umzugehen ist. Vielfältigkeit sei ein mitteleuropäischer Wert. Mit der Zugehö-

rigkeit zu einer kleinen Nation sei die Verpflichtung verbunden, sich von Minderwertigkeitskomplexen zu befreien. Die Idee Mitteleuropa ist für Konrád eine Weltanschauung und eine ästhetische Sensibilität für das Komplizierte – eine Strategie des Verstehens. Aus dieser Haltung heraus sollte die Mitte die Versöhnung zwischen Ost und West vorantreiben.

Diese mitteleuropäische Strategie ist elastisch und nicht leicht zu fassen, meint Konrád. Sie verfolge den Weg des geringsten Widerstandes. Sie bedeute Selbsterhaltung, Selbstbewußtsein und Solidarität innerhalb der Region. Diese habe ein eigenes Interesse, eine eigene Rationalität und folglich eine eigene Politik. Mitteleuropa bilde zwar keine politische Formation, politische mitteleuropäische Aktionen seien aber denkbar. Konrád fordert die weitere Selbstverwaltung, Selbstbestimmung, Mehrparteiensystem und die Ausdehnung der parlamentarischen Demokratie auf den wirtschaftlichen und kulturellen Bereich mittels Reformen. Eine Revolution lehnte er ab.

Diese Strategie nannte Konrád „Antipolitik“; Antipolitik sei eine geistige und damit auch eine politische Opposition, jedoch keine Massenbewegung. Oppositionelle Denker seien keine Mitglieder irgendeiner Schattenregierung, sondern eine unabhängige Intelligenz, welche durch die Erforschung des gesellschaftlichen Selbstbildnisses diese verändern solle. Antipolitik sei die Ideologie der demokratischen Opposition und ähnlich einer Religion, von Autonomie und Solidarität als grundlegenden und einander ergänzenden Werten bestimmt. Konrád setzte der Staatsmacht die geistige Macht, der offiziellen Politik die Antipolitik entgegen. Ergo war Antipolitik als Gegenmacht zu verstehen, die nicht selbst an die Macht kommen kann noch will, in anderen Dimensionen und Bereichen als die Regierung tätig ist, weder deren Stütze noch deren Opposition und im Denken nicht politisch ist.

Träger – und dritter Aspekt in Konráds Mitteleuropadefinition – sollte der Einzelne sein. Die Achtung der einzelnen Person ist für Konrád die grundlegende mitteleuropäische Idee. Er forderte eine bürgerliche Entwicklung in Mitteleuropa und bürgerliche Freiheitsrechte. Der einzelne Mensch sei – im Gegensatz zu der im Augenblick existierenden eindimensionalen Gesellschaft – in eine Zivilgesellschaft zu integrieren. Diese sei durch politische Gleichberechtigung und moralische Ebenbürtigkeit charakterisiert.

Als viertes Motiv verbindet Konrád mit Mitteleuropa den Ausschluß eines gewissen Nationalismus. Er schrieb der mitteleuropäischen Idee Toleranz, Interesse, Rücksicht, Solidarität und Leidenschaft zu. Die Völker Mitteleuropas stünden in wechselseitiger Assimilation, Dissimilation und Kombination zueinander. Nationalismen würden zur Isolation neigen. Mitteleuropa bedeute nicht das vollständige Fehlen eines Nationalismus, sondern die Erziehung zur Einschränkung nationaler Egoismen. Da eine Modifizierung der Staatsgrenzen nicht zu erwarten sei, liege das Bekenntnis zur Idee einer mitteleuropäischen, demokratischen Autonomie im nationalen Interesse der Länder dieser Region. Den Staatsnationalismus versuchte Konrád mit der

Idee eines mitteleuropäischen Nationalismus zu überbrücken, der die Kommunikation zwischen den Nachbarvölkern fördern sollte. Nationalismus habe somit nur in einem mitteleuropäischen Rahmen Sinn. Mitteleuropa ist also kein massenkulturelles Phänomen – nicht national, sondern romantisch und subversiv. Konrád plädiert in dieser Entwicklung für den Euronationalismus: für Gleichberechtigung, Autonomie und demokratische Föderation.

Hier offenbart sich das fünfte Motiv in Konráds mitteleuropäischen Meditationen: Europa als Ziel. Die Mitteleuropaidee sollte zur europäischen Lösung beitragen. Je mehr mini-nationalistische Kategorien überwögen, desto mehr sei Europa den Großmächten ausgeliefert. Die Idee der europäischen Identität stehe per se im Widerspruch zu einer dauerhaften Stabilität des Blocksystems. Konrád forderte eine Neutralisierung Europas von beiden Seiten als Voraussetzung und führte verschiedene Optionen einer Neustrukturierung Europas an: das Schweizer Modell, die schwedische Neutralität, eine Finnlandisierung Europas oder den jugoslawischen Weg. Eine Fixierung auf Wirtschaft und Kultur sei am wirksamsten, um das erstarrte System der internationalen Beziehung wieder zu beleben, denn darin, nicht im Militärischen, sei Europa stark. Er favorisierte als erstes eine wirtschaftliche Integration der Länder eines gemeinsamen Marktes – erst dann eine politische Verbindung. Im supranationalen Zusammenschluß erhöhe sich die Selbständigkeit der Agglomerationen und Regionen innerhalb der Nationalstaaten. Diese seien als geschlossene Einheiten provinziell. So solle die Union eines kleinen Europas den Weg zur Union Gesamteuropas ebnen.

### **7.3. Mitteleuropa als Kulturphänomen**

Was beinhaltet letztlich das von Konrád entworfene Mitteleuropabild? Es zeigt in erster Linie, was Mitteleuropa nicht ist: Es ist keine Region. Konrád verzichtet auf geographische Grenzsetzungen, vielmehr betont er die kulturpolitische Seite. Trotzdem kann er sich nicht ganz Europas Geopolitik entziehen. Die Grenzen sind aber wie der gesamte Mitteleuropa-Topos nur ein Mittel, um die Blöcke aufzuweichen. Diesem funktionalen Sinn entsprechend, nennt er Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei konsequent Ostmitteleuropa, Deutschland, Österreich, Italien und die Benelux-Staaten dagegen Westmitteleuropa. Bis Mitte der 1980er Jahre war in seinen Schriften deutlich die Tendenz zu erkennen, die kleinen Staaten unter sowjetischer Herrschaft und auf dem Balkan als Mitteleuropa zu benennen. Besonders in historischer Anknüpfung wurde dies deutlich, wenn er davon sprach, daß Mitteleuropa gegenüber „großrussischen und großdeutschen Dominanzversuchen“ seine Selbständigkeit zu wahren versuchen müsse.

Es gibt in seinen Texten auch Anklänge, daß er Deutschland zu Mitteleuropa rechnet, jedoch überwiegt die Distanz zu Deutschland bis hin zu dessen Ausschluß aus dem mitteleuropäischen Kreis. Diese Tendenz setzte sich in seinen späteren Texten fort. Im historischen Rückblick wurde das

Deutsches Reich nicht zu dem von ihm auf das Donaubecken begrenzten Mitteleuropa gezählt. Zwar untersuchte er die Mitte des Kontinents auch im Kontext der deutschen Teilung, aber hier bestand ein enger Konnex zwischen der nationalen Frage der Deutschen, dem Zustand Gesamteuropas und der Verfassung des internationalen Systems. Folglich hatte Deutschland im europäischen Kontext eine integrierende Position. Das Fehlen eines Friedensvertrages begründete die heikle Situation in Europa, jedoch war die deutsche Frage nicht mit dem Problem Mitteleuropas gleichzusetzen.

Ausgangspunkt der „mitteleuropäischen Meditationen“ war das Individuum. Anstatt den überholten Kategorien rechts-links soll es sich den noch älteren Kategorien Recht-Unrecht zuwenden. Konrád insistierte, daß sie die einzig anwendbaren Größen für Menschen im Einflußbereich eines autoritären Regimes seien. Indem er sich auf die Prämissen des jüdisch-christlichen Individualismus berief, kehrte er die traditionellen sozialistischen Prioritäten um: Nicht Staat und Gesellschaft, sondern Individuum und Subjektivität zählen. Im Vordergrund steht der Versuch, die Glaubwürdigkeit des gesellschaftlichen Lebens in Mitteleuropa zu bewahren. Das Individuum und die unterworfenen Gruppen sollen wieder zu Subjekten werden. In der Zivilgesellschaft sollten sich diese Subjekte organisieren – unabhängig von parteilichen oder staatlichen Machtstrukturen. Er setzt demnach auf die Langzeitwirkung personaler Netzwerke, die sich über ganz Europa ausdehnen.

Diese Entwicklung übertrug Konrád auf die Völker. Sie, die vom sowjetischen Totalitarismus unterworfen waren, müßten eigene Wege suchen. Sie sollten also neue Formen der Zusammenarbeit finden, neue Organisationen und Verbände gründen – eine neue Zivilgesellschaft außerhalb der staatlichen Politik schaffen. Letztlich folgt daraus ein europäisches Selbstbewußtsein gegen die rivalisierenden Weltmächte. Er fordert eine europäische Ideologie. Deren Eckpfeiler sind für ihn Frieden, Dialog, Gleichberechtigung und Pluralismus. Die Funktion des individuellen Beziehungsnetzes nehmen auf staatlicher Ebene Föderationen – einhergehend mit der Finnlandisierung Mitteleuropas beziehungsweise mit der Neutralität ganz Europas – wahr.

Die Schwäche dieses kulturpolitischen Mitteleuropakonzepts wird schnell sichtbar. In Konráds Konzentration auf das Individuum wird die gesamte materielle Seite des Lebens in seinen jeweiligen innenpolitischen Analysen vernachlässigt, der wirtschaftliche Aspekt mißachtet. Er geht davon aus, daß das Bewußtsein das Sein bestimmt – also entgegen dem Marxismus. Ideen scheinen grundsätzlich wichtiger als materielle Kräfte, wobei das keineswegs zur totalen Ignoranz des Materiellen berechtigt. Indem er die Alternative des ungarischen Weges mit seiner zweiten Wirtschaft und Kultur erwähnt, bringt er diesen Faktor selbst in die Diskussion. Doch klammert er Details aus, läßt terminologische Ungenauigkeiten zu. Diese Unschärfe – hier nur im Ökonomischen – zeigt sich dann auch bei seinen außenpolitischen Bewertungen, vor allem der westeuropäischen und deutschen Politik.

Ash charakterisiert Konrád als Sprößling „einer Tradition ..., wie es sie in Mittel- und Osteuropa seit der Aufklärung gegeben hat: jenes westlich orientierte, kosmopolitische, säkular-humanistische und rationalistische Element, das Thomas Mann verächtlich die Zivilisationsliteraten nannte ...“. Geschichte lebt hier als wahrer Mythos auf – vage, gefühlsbetont und romantisierend. Der mitteleuropäischen Vergangenheit wird zugeschrieben, was die Hoffnung auf eine mitteleuropäische Zukunft symbolisiert. Dieser Tendenz folgt auch Konrád mit seinem Mitteleuropäismus, der glauben machen soll, daß schon immer westlich – rationalistisch, demokratisch, humanistisch, skeptisch und tolerant – war, was das wirklich Mitteleuropäische war. Der Rest war osteuropäisch – wahlweise russisch oder auch deutsch.

Mitteleuropa interessiert Konrád politisch nur unter dem Gesichtspunkt, ob es hier einen Ansatzpunkt gibt, die Blocklogik und -konfrontation zu unterlaufen. Mitteleuropa ist hier nicht unbedingt als selbständiger Teil zu sehen, eher als Schicksalsgemeinschaft. Konráds Mitteleuropa ist eine Leere, denn der Rückzug auf das Individuum ist weder ein politisches, ökonomisches noch ein kulturelles Konzept. Es ist der Rückgriff auf die kleinste Einheit, den Menschen. Mitteleuropa wird zu einem philosophischen Konzept, basierend auf den Menschenrechten, auf den jüdisch-christlichen Werten, das aber mit den realen Gegebenheiten nicht unbedingt etwas gemeinsam haben muß. Seine Beschreibung ist auf jede Region der Welt übertragbar. Sein Konzept zeigt eine gewisse Machtlosigkeit. „Antipolitik“ ist das Resultat politischer Unmöglichkeiten, ein Produkt der erlebten Niederlagen. Es ist nichts als eine Idee. Es existiert nicht. Es muß erst erschaffen werden.

## 8. SCHLUSSBETRACHTUNG

Die fünf ungarischen Konföderationspläne spiegeln sehr deutlich die Merkmale Mitteleuropas sowie die Varianten des Föderalismusverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert wieder. Auf die komplexe Struktur Mitteleuropas im Sinne des Polyzentrismus und der Vielfalt soll nicht nochmals eingegangen werden. Die Analyse der unterschiedlichen Instrumentalisierung der Begriffe Mitteleuropa und Föderalismus in der ungarischen Geschichte wird anhand der Frage nach den Beweggründen, Ausgangspositionen und Motiven für ihre Verwendung erleichtert.

Dem Föderalismus wurde in allen behandelten Konföderationsplänen eine große Problemlösungskapazität für die Beseitigung der im Innern auftretenden Antagonismen zugesprochen. Föderalismus zusammen mit massenwirksamen, zugkräftigen Zielvorstellungen – dem Ausbau eines demokratischen Systems, der Kombination von liberalem und sozial ausgewogenem Gesellschaftssystem – dünkte attraktiv. Von Wesselényi bis Konrád ist das historisch gewachsene Gefühl der Bedrohung von außen – vor allem vom

Panslawismus – zu erkennen. Diese „Gefahr“ ist ein altes ungarisches Stereotyp und Bedrohungsbild. Von der erstrebten Schutz- und Verteidigungsgemeinschaft erhoffte man die Stabilisierung gegen die Dominanz- und Expansionstendenzen der Großmächte – Balance durch Pluralismus.

Das bedeutet auch, daß eigene Positionen im Mächtenspiel zu stärken waren. Die Einbindung in eine größere föderale Gemeinschaft sollte Ungarn einerseits und die engere mitteleuropäische Gemeinschaft andererseits absichern. Nicht selten jedoch traten Wunschvorstellungen nach magyarischer Herrschaft, Hegemonie und Präponderanz als Motiv hinzu, sei es aus politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Überlegung. Diese Einstellung wird vor allem im 19. Jahrhundert deutlich – bei Wesselényi im Ansatz, bei Kossuth eindeutig. Das föderale Gestaltungsprinzip gerät so aus dem Gleichgewicht: Es ist nur ein Vorwand, um die eigene Herrschaft zu stützen.

Beide Begriffe – Mitteleuropa und Föderalismus – sind quasi Leerstellen, die jeweils mit neuem Inhalt gefüllt werden, je nachdem, welche politische Strömung sie nutzt. Der Unterschied liegt in der Verwendung. Föderalismus wird in den untersuchten Konzepten als Gestaltungsprinzip für Mitteleuropa verstanden: Mitteleuropa ist die Materie, die Form gibt ihr der Föderalismus. Der Mitteleuropakomplex greift die Frage nach dem Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart, Kontinuität und Diskontinuität, Erbe und Fortschritt auf. Aus ungarischer Sicht sind mit Mitteleuropa weitere Begriffsfelder eng verwoben: Nationenbildung und Magyarisierung, die Nationalitätenfrage der Habsburgmonarchie, Panslawismus und russischer Imperialismus, wirtschaftliche Neuordnung und politische Neutralität. Nicht zuletzt natürlich ist mit dem Motiv auch Europa als Ganzes verbunden.

Die Schwierigkeiten und Probleme, derentwegen die Konföderationspläne nicht realisiert wurden beziehungsweise scheiterten, haben verschiedene Gründe und sind stark im historischen Kontext verwurzelt. Es lassen sich jedoch einige Grundlinien zwischen den Plänen aufzeigen. So gab es über den Aufbau und die innere Struktur des angestrebten Föderalismus erhebliche Meinungs- und Auffassungsunterschiede. Der Föderalismus als Idee löste häufig Zustimmung, Begeisterung, gar Euphorie aus. Bei der Erörterung der Detailfragen machte sich jedoch immer wieder Enttäuschung und Ablehnung breit. Besonders im 19. Jahrhundert war das Hauptziel der Ungarn die Formulierung und Durchsetzung der magyarischen Interessen, die Absicherung der eigenen Position: Das entsprach kaum der gleichberechtigten Mitbestimmung und Mitgestaltung aller zu Beteiligten.

Generell kann man sagen, daß jedem der Konzepte ein umfassendes, alle Aspekte und Problembereiche umschließendes Gesamtkonzept ermangelt. Im Vordergrund stehen immer nur Teilbereiche. Während sich Kossuth, Wesselényi und zum Teil Jászi fast ausschließlich mit den nationalpolitischen oder verwaltungstechnischen und -rechtlichen Kriterien auseinandersetzten, beschränkte sich Hantos nur auf die wirtschafts-, sozial- und fi-

nanzpolitischen, Konrád auf die kulturphilosophischen Aspekte. Letztlich fehlte allen Konzepten die Ausgewogenheit.

Problematisch ist auch, daß keiner der fünf Autoren im Mittelpunkt der politischen Entscheidungsprozesse, im Zentrum der Macht stand. Sie waren in der Emigration, in der Opposition oder nicht direkt an einer Regierung beteiligt. Dieses Problem ist durchaus weiter zu fassen: Es fragt sich, in welchem Ausmaß diese Mitteleuropakonzeptionen, die durchaus von einflußreichen und potenten Persönlichkeiten verbreitet und an die Öffentlichkeit gebracht wurden, auf Resonanz und Akzeptanz bei der breiten Bevölkerung stießen. Vor allem die Pläne von Wesselényi und Kossuth erschienen als Reißbrettarbeit und Kabinettspolitik von oben. Die mangelnde Einbindung der Basis in die Föderalismuspläne und ihre Popularisierung waren ein Problem. Eine weitere Schwierigkeit war die außenpolitische Akzeptanz. Die unverhüllte Ablehnung der Konföderationspläne durch die traditionellen Großmächte war bei Hantos' Vorschlägen am deutlichsten.

Die falsche Einschätzung nationaler Stereotypen, auch wirtschaftlicher Strukturen und Entwicklungen wurde bereits dargestellt. In dem Zusammenhang ist die ambivalente und eigenartige Wechselbeziehung zwischen den beiden großen Integrationsströmungen des behandelten Zeitraumes – Föderalismus und Nationalismus – zu erwähnen. Beide zielen auf Einheit, Homogenität, Sicherheit und Stabilität. Der Föderalismus ist nicht nur vom Nationalismus abhängig, sondern kann sogar in direkten Gegensatz zu ihm geraten. Beide Gestaltungsprinzipien tendieren dahin, sich gegenseitig auszuschließen oder zueinander in Konkurrenz zu treten, unterschiedliche Erwartungshaltungen zu wecken und differente Zielsetzungen zu formulieren. Also stehen nationale Selbstbestimmung und das Streben nach supranationalem Zusammenhang in dialektischer Beziehung zueinander. Aus den untersuchten Konföderationsplänen geht hervor, wie schwer die Synthese zu verwirklichen ist. Jászi ist das beste Beispiel für das Scheitern wegen Unvereinbarkeit dieser geistigen Strömungen: Als Befürworter großräumiger, internationaler Lösungsansätze unterschätzte er die Kraft des integralen Nationalismus. Konrád hatte dieses Problem nicht, da der Kommunismus nationale Emanzipation zu unterdrücken suchte. Jeder der fünf Autoren bewertete die Attraktivität des Föderalismus zu optimistisch und zu hoch.

Weiterer Kritikpunkt an den Konzepten, besonders an denen von Kossuth und Wesselényi, ist das Fehlen von Langfristigkeit, also die Unfähigkeit, Schwierigkeiten zu begegnen und Rückschläge einzustecken sowie auf politische Veränderungen und Vorschläge anderer konstruktiv zu reagieren. Einzig Hantos sowie Jászi in seinen Exilschriften haben über einen längeren Zeitraum das europäische Geschehen verfolgt und versucht, längerfristige Lösungen zu zeigen. Inwieweit sie realistisch waren, ist eine andere Frage.

Interessant bei dem Überblick über die Konzepte ist die Verschiebung der Gewichtungen. So ist Mitteleuropa als solches bei Wesselényi kein Thema,

sondern Realität. Es wird deshalb kaum erwähnt. Die Konzentration lag auf dem Föderalismus und auf Europa. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Zusammengehörigkeit, die in der Habsburgmonarchie selbstverständlich, als nicht weiter erwähnenswert vorausgesetzt war, wenn auch nicht in Frage gestellt, so doch bewußt diskutiert. Mitteleuropa als Begriff erscheint stärker in der Ideengeschichte. Bei Konrád, also am Ende des 20. Jahrhunderts, wurde Mitteleuropa zum Hauptproblem beziehungsweise zum Ziel. Das Gestaltungsprinzip Föderalismus, das Wesselényis Hauptanliegen war, trat in den Hintergrund, wurde selbstverständlich. Die Idee der Neuordnung im Sinne des Föderalismus war in den Plänen anfangs des 20. Jahrhunderts gründlicher und auch vielseitiger ausgearbeitet als in späteren Konzepten.

Mit dem Sturz des Sowjetsystems 1989 wird das Motiv Mitteleuropa noch diffuser, die Position zu diesem Thema differenzierter. Der Grund liegt im Verlust des Gegenpols und im wiedergewonnenen Selbstbestimmungsrecht der mitteleuropäischen Völker. Dem neuen Mitteleuropabegriff fehlt offenbar die entscheidende Funktion, eine moderne Abgrenzung zu Osteuropa zu bieten, das nicht in die Europäische Union aufgenommen wird und kein eindeutiges Konzept hat, die postkommunistische Krise zu beenden. Mit der Sowjetunion verschwand das Bedürfnis, Mitteleuropa neu zu schaffen: Die mitteleuropäischen Staaten wollen nun alle zum Westen gehören.

Mit dem Ende der 'pax sovietica' tauchen wieder Aspekte in diesem Raum auf, die bei Hantos und Konrád keine Rolle mehr spielten: Die nationale Problematik Mitteleuropas birgt erneut gefährliche Zentrifugalkräfte. Das zeigt das Auseinanderbrechen Jugoslawiens und der Tschechoslowakei – beide wichtige Träger der Ordnung von 1919. Gleichzeitig zeigt aber die Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten die Einsicht in das gemeinsame Handeln auf ein neues gemeinsames Ziel hin, welches die früheren Mitteleuropakonzeptionen mit ihrem Streben nach Stabilität und Prosperität ersetzt.

Die Debatte um Mitteleuropa ist in den letzten zehn Jahren leiser geworden. Sie bewegt sich eher wieder weg vom intellektuellen Gedankenspiel à la Konrád und hin zu einer realen Politik in einer Zeit für eigenständiges Handeln. Es ist ausdrücklich festzuhalten, daß Mitteleuropa heute besonders als wirtschaftspolitische Region, wie sie Hantos entworfen hat, für die orientierungslos gewordenen „Zwischeneuropäer“ an Aktualität gewonnen hat und ein wichtiges Signal in Richtung Europäische Union darstellt.

Mitteleuropa wird in dieser Arbeit mit einem sehr eingegengten Ansatz – innerhalb der Föderalismusdebatte und im Hinblick auf (letztlich politische) Konzepte aus Ungarn – untersucht. Mitteleuropa ist aber zu einem großen Teil auch ein kulturelles Phänomen. Für ein Gesamtbild wäre es notwendig, dieses und weitere Aspekte – ohne Begrenzung auf Ungarn – zu untersuchen. Eine derart gestaltete mitteleuropäische Kompilation und Interpretation der historischen, kulturellen, nationalen, wirtschaftlichen, politischen und geographischen Aspekte wäre eine wahrhaft internationale Aufgabe.

## Literaturverzeichnis (ausgewählte Werke)

### Primärquellen

- Hantos, Elemér:** Der Weg zum neuen Mitteleuropa. Berlin, 1933.  
**Ders.:** Denkschrift über die wirtschaftlichen Probleme Mitteleuropas. Wien, 1927.  
**Ders.:** Die Neuordnung des Donaumaues. Berlin, 1935.  
**Ders.:** Das Donauprobem in der mitteleuropäischen Wirtschaft. Wien, 1928.  
**Ders.:** Die Weltwirtschaftskonferenz. Leipzig, 1928.
- Jászi, Oszkar:** Magyariens Schuld, Ungarns Sühne. München, 1923.  
**Ders.:** Der Zusammenbruch des Dualismus und die Zukunft der Donaustaaten. Wien, 1918.
- Konrád, György:** Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen. Frankfurt/M., 1985.  
**Ders.:** Der Traum von Mitteleuropa. In: Busek, Erhard und Wilflinger, Gerhard. Aufbruch nach Mitteleuropa. Wien, 1986.  
**Ders.:** Die europäische Nation als Aufgabe für die Zukunft. In: Der Tagesspiegel, Nr. 16539; 1998.  
**Ders.:** Stimmungsbericht. Frankfurt am Main, 1987.
- Kossuth, Lajos:** Magyarország alkotmánya. In: Ács, Tivadar (Hrsg.). Kossuth demokráciája. Budapest, 1943. S. 52-74.  
**Ders.:** Übersicht der Prinzipien für den zukünftigen politischen Aufbau Ungarns. In: Donaeuropa. 4. Jahrgang, Heft 6. Budapest, Juni 1944. S. 363-374.  
**Ders.:** Meine Schriften aus der Emigration. Bd 2. Preßburg, Leipzig, 1881.
- Wesselényi, Miklós:** Szozat a magyar és a szláv nemzetiség ügyében. Budapest, 1992.  
**Ders.:** Ungarische Worte zur donaeuropäischen Zusammenarbeit. In: Donaeuropa. Budapest, 1944, 4. Jahrgang, Heft 2. S. 107-116.

### Sekundärliteratur

- Ash, Timothy Garton:** Zeit der Freiheit. Aus den Zentren von Mitteleuropa. München, Wien, 1999.  
**Ders.:** Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990. München, Wien, 1990.
- Berend, Iván; Ránki, György:** The Economic Problems of the Danube Region After the Breakup of the Austro-Hungarian Monarchy. In: Király, Béla; Pastor, Peter; Sanders, Ivan. War and Society in East Central Europe. Essays on World War I.: Total War and Peacemaking, a Case Study on Trianon. New York, 1982.

**Csáky, Moritz:** Übereinstimmung und Konflikt. Mitteleuropa – seit dem Zerfall der Habsburgermonarchie. In: Glatz, Ferenc (Hrsg.). Szomszédaink között Kelet-Európában. Budapest, 1993.

**Deuerlein, Ernst:** Föderalismus. München, 1972.

**Hanák, Péter:** Warum sind die Donau-Föderationpläne nicht gelungen? In: Plaschka, Richard Georg (Hrsg.). Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien, 1995.

**Hobsbawm, Eric J.:** Mitteleuropa, Politik und Kultur. Heimweh nach Kakanien und die vergessene Vergangenheit. In: Wiener Tagebuch. Bd. 22, 1989. S. 17-19.

**Kann, Robert A.:** Das Nationalitätenproblem der Habsburger-Monarchie. Graz, Köln, 1964.

**Kühl, Joachim:** Föderationspläne im Donauraum und in Ostmitteleuropa. München, 1958.

**Strik, Peter:** Mitteleuropa. History and Prospects. Edinburgh, 1994.

**Weimer, Christian:** „Mitteleuropa“ als politisches Ordnungskonzept? Darstellung und Analyse der historischen Ideen und Pläne sowie der aktuellen Diskussionsmodelle. Würzburg, 1992.

**Wilson, Samuel Joseph:** Lost Opportunities: Lajos Kossuth, the Balkan Nationalities, and the Danubian Confederation. In: Hungarian Studies. Bd. 8, 1993. S. 171-193.

**Ders.:** Hungarian Plans for Danubian Organization, 1849-1925. Indiana University.

**Ders.:** Oszkár Jászi and the Hungarian Democratic Emigration. In: Hungarian Studies, Bd. 7, 1991/1992. S. 71-86.

**Ignác Romsics**

## **Trianon: Das nationale Trauma Ungarns\***

Nach einer 1983 im Kreise der ungarischen Intelligenz durchgeführten soziologischen Studie hielten 64% der Befragten die historische Aufteilung Ungarns in den Jahren 1919 bis 1920 unter Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Österreich für eine falsche Entscheidung. 35% bewerteten sie als eine theoretisch richtige Entscheidung, die aber schlecht oder falsch durchgeführt war. Der Anteil derjenigen, die diese Entscheidung für vorbehaltlos richtig befanden, betrug 1%. Sechs Jahre später, 1989, wiederholten György Csepeli und seine Mitarbeiter die Studie. Der Anteil der mit der Aufteilung Unzufriedenen war auf 83% gestiegen. 16% bewerteten die Neuaufteilung der Territorien als richtige, jedoch falsch durchgeführte Entscheidung. Der Anteil derjenigen, die diese Entscheidung für vorbehaltlos richtig befanden – 1% –, hatte sich nicht verändert. Diese Ergebnisse beweisen, daß einer der neuralgischsten Punkte des historischen Bewußtseins der ungarischen Intelligenz – und wahrscheinlich auch der ungarischen Gesellschaft – die neue Lage nach dem Ersten Weltkrieg beziehungsweise der Friedensvertrag von Trianon aus dem Jahre 1920 ist.

Die eindeutige Zurückweisung von Trianon ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Der primäre und wichtigste Grund für die negative Bewertung ist offensichtlich der Friedensvertrag selbst, genauer gesagt, die Ungerechtigkeit und die Prizipienlosigkeit der territorialen Vorschriften des Friedensvertrages. Mit aller Sicherheit trugen auch andere Faktoren dazu bei, zum Beispiel der Umgang mit diesem Problem in Ungarn, in den benachbarten Staaten und in den Kreisen der Entscheidungsträger im vergangenen Dreivierteljahrhundert. Hinzu kam, daß kaum zwanzig Jahre nach seiner Unterzeichnung dieser Vertrag – zwar nur für einige Jahre – in wichtigen territorialen Auswirkungen revidiert wurde.

Die Härte der territorialen Regelung des Friedensvertrages liegt darin, daß er verhältnismäßig große Gebiete von Ungarn abtrennte.

In Trianon hat Ungarn nicht einfach nur Länder verloren, wie beispielsweise Rußland im Krim-Krieg, Frankreich 1871 oder das Türkische Reich ab dem 19. Jahrhundert. Ungarn wurde „zerstückelt“ beziehungsweise „verstümmelt“, wie dies beispielsweise auch mit Polen 1772, 1793 und 1795 ge-

---

\* Anm. d. SL: Manuskript des überarbeiteten Vortrages am 13. Januar 2000 im Haus Ungarn. Ein Teil der mittels Folien gezeigten Karten ist im Anhang beigefügt.

schah. Zum Vergleich: In dem den preußisch-französischen Krieg beendenden Frankfurter Frieden von 1871 verlor Frankreich 2,6% seines Territoriums und 4,1% seiner Bevölkerung, Deutschland im Jahre 1919 mit dem Frieden von Versailles 13% seines Territoriums und 9,5% seiner Bevölkerung. Ungarn hat jedoch – ohne Kroatien – 67% seines Territoriums und 58% seiner Bevölkerung verloren. Wird noch das territoriale und politische Autonomie genießende Kroatien hinzugerechnet, dann steigen die Gebietsverluste auf 71%, die Verluste der Bevölkerung auf 63%. Allein schon der an Rumänien abgetretene Gebietsteil überstieg die Größe des Territoriums des neuen Ungarns. Zusammen mit den Territorien fiel ein bedeutender Teil des nationalen Vermögens an die neugegründeten oder vergrößerten Nachbarstaaten. Salzbergwerke, Gold- und Silberfundstätten lagen ausnahmslos außerhalb der neuen Grenzen. Nur 17% der Eisenerzförderung und 12% der Wälder verblieben Ungarn. Insgesamt gesehen verfügte der neue ungarische Staat nur noch über 38% seines nationalen Vermögens.

Bei diesen Zahlen muß natürlich berücksichtigt werden, daß das historische Ungarn im Gegensatz zu Frankreich oder Deutschland ein Staatsgebilde vieler Nationalitäten war. Die abgetrennten Territorien waren dennoch für das Ungarntum vom wirtschaftlichen, politischen, ja sogar psychologischen Aspekt her frustrierende Verluste. Sie wurden empfunden, als ob ausschließlich oder überwiegend Ungarn dort gewohnt hätten. „Der Mensch“ – so die moderne Gesellschaftspsychologie und Anthropologie – „ist eine solche territoriale Rasse, deren angeborener Trieb nach dem Erwerb und dem Schutz des ausschließlichen Eigentums strebt“. „... die territoriale Natur des Menschen ist genetisch und unveränderbar“.

Der primäre Beweggrund für die drastischen territorialen Entscheidungen des Friedensvertrages war Anerkennung und Annahme der Selbstbestimmungsrechte der Völker, das heißt des modernen Gedankens, daß jedes Ethnikum das Recht hat, als politische Gemeinschaft aufzutreten und einen Staat zu gründen. Wegen der ungarischen negativen Erfahrungen des vergangenen Dreivierteljahrhunderts der Kleinstaatlichkeit („Balkanisierung“) und vor allem hinsichtlich der tagtäglichen Konfrontation mit den Schwierigkeiten der kroatisch-serbisch-bosnischen territorialen Abgrenzung glauben heute viele, daß auf sprachlich-ethnischer Grundlage keine gegenseitig akzeptablen Grenzen in Mittel- und Osteuropa zu ziehen und zugleich lebensfähige staatliche Strukturen zu bilden sind. Diese Feststellung ist teilweise und scheinbar richtig.

Die sprachliche Vermischung ist in diesem Teil Europas oftmals tatsächlich verwirrend groß. Das Hauptproblem der Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg war unserer Beurteilung nach dennoch nicht die Überbewertung des Nationalitätenprinzips. Noch wichtiger ist, daß das Prinzip damals zu Lasten der Ungarn nicht eingehalten wurde, wo es ohne Schwierigkeit anwendbar gewesen wäre. Ein bedeutender Teil der späteren Probleme entstand nicht aus dem Nationalitätenprinzip an sich, sondern aus seiner prin-

zipienlosen und falschen Anwendung. Daß mehr als drei Millionen Ungarn zu rumänischen, jugoslawischen, tschechoslowakischen und österreichischen Untertanen wurden, kann mindestens zu einem Drittel, aber eher zur Hälfte damit erklärt werden. Die ehrliche Anwendung des Nationalitätenprinzips hätte im tschechoslowakisch-ungarischen Verhältnis und kombiniert mit einem geringen Bevölkerungsaustausch auch an der jugoslawisch-ungarischen Grenze eine völlig klare ethnische Lage geschaffen, die heute jeder mit der gleichen Selbstverständlichkeit als endgültig und korrekt ansehen würde, mit der ein Komitat des ehemaligen Großungarns heute als Burgenland ein Bundesland Österreichs ist.

Das „Trauma von Trianon“ wäre somit heute im schlechtesten Falle nur ein „Siebenbürgisches Trauma“, da es dort unmöglich ist, eine klare ethnische Trennlinie zu finden, und etwa ein Drittel des siebenbürgischen Ungarntums im östlichen Zipfel der Region, das heißt in der geometrischen Mitte von Großrumänien lebt. Mit entsprechender Weitsicht, gutem Willen und mit Hilfe der Großmächte hätte es eine gegenseitig akzeptable oder akzeptablere Lösung geben können. Statt dessen siegten strategische Gesichtspunkte, die wirtschaftlichen Interessen der neuen Staaten und das Prinzip des *Vae victis!* Das machte auch denen die Anerkennung von Trianon als gerechten Vertrag unmöglich, die sonst die Nationalität als staatsorganisatorisches Prinzip akzeptierten und die Notwendigkeit der Auflösung des historischen Ungarns einsahen. István Bibó wies auf die Grundlage des „Trianon-Traumas“: „... stabilisieren, und noch dazu in schnellem Tempo stabilisieren kann nur eine vernünftige und psychologisch akzeptable Grenze, an die man sich gewöhnen kann. Und das kann in Europa nur eine solche Grenze sein, die sich psychologisch und soziologisch den Grenzen der nationalen Gemeinschaft anpaßt. Bei schlechten Grenzen ist es eine hoffnungslose Angelegenheit, über eine psychologische Aussöhnung zu sprechen.“

Ein wichtiger Grund für die gesamtgesellschaftliche Zurückweisung des Trianon-Friedensvertrags ist auch, daß sich nach einer in historischen Maßstäben gemessenen kurzen Zeit, kaum zwanzig Jahre danach, die territorialen Regelungen änderten. Von 1938 bis 1941 erhielt Ungarn in vier Stufen mehr als ein Drittel der verlorenen Gebiete (ohne Kroatien mehr als die Hälfte) und mehr als fünf Millionen seiner ursprünglichen Bevölkerung zurück. Mehr als die Hälfte waren Ungarn, 20% Rumänen, 10% Ruthenen, 8% bis 9% Südslawen, der Rest Deutsche und Slowaken.

Bei ungefähr einem Drittel des gesamten Ungarntums des Karpatenbeckens wirkten sich die Veränderungen auf das Geschichtsbewußtsein jeder seither geborenen Generation aus. Es könnte also noch viele Menschen geben, bei denen die nach 1945 wiederhergestellten Grenzen von Trianon kein Gefühl der Beständigkeit und Endgültigkeit vermitteln. Darauf verweisen die Daten der erwähnten Studie von 1989, nach der 34% der Befragten der Meinung waren, eine vom Gesichtspunkt Ungarns aus vorteilhafte Neuordnung des Trianoner Vertrages sei nicht ausgeschlossen.

Sehr wahrscheinlich ist, daß die Ereignisse der vergangenen zehn Jahre, die Auflösung der Sowjetunion, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei sowie die Wiedervereinigung Deutschlands, dann die Vereinigungsbestrebungen der Albaner sowie der Rumänen und der moldawischen Rumänen die Zahl derjenigen, die nach 1945 auf eine erneute Veränderbarkeit des Trianon-Vertrages hofften, nicht verringerten, sondern eher erhöhten. Denn in den vergangenen Jahren waren über die eingeweihten Kreise hinaus in Zeitungen zu lesen, im Rundfunk und Fernsehen zu hören, daß zwei der drei Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die USA und Großbritannien – wenn sie auch gegenüber der deutsch-italienischen Ordnung von 1938 bis 1941 Vorbehalte hatten –, die Veränderung der Trianoner Grenzen auf ethnischer Grundlage, weiterhin eine Autonomie Siebenbürgens oder als Alternative dazu die Gewährung einer umfassenden Autonomie an das Seklerland innerhalb Rumäniens in vollstem Umfang für begründet hielten.

Die Revision von Trianon nach dem Zweiten Weltkrieg wurde durch den Widerstand der Sowjetunion vereitelt, die die Bestrebungen Ungarns wegen der slawischen Völker, mehr noch wegen der Abtrennung Bessarabiens von Rumänien nicht unterstützte. Wie dies der sowjetische Historiker Tofik Islamow kürzlich dokumentierte, rechnete sogar die Sowjetunion gerade im rumänisch-ungarischen Verhältnis noch bis Sommer 1944 mit der Möglichkeit der Änderung. Laut dem den Moskauer Frieden vorbereitenden Ausschuß war die Alternative zur Wiederangliederung Nord-Siebenbürgens an Rumänien die Errichtung eines selbständigen Staates Siebenbürgen.

Der dritte Grund für die Zurückweisung von Trianon waren Handhabung oder wiederholt schlecht ausgewählte Therapie des Traumas durch Ungarn. Die führende Elite im Zwischenkriegsungarn faßte Trianon als historischen Zufall und als totale Ungerechtigkeit auf. Die Antwort darauf war totale Abweisung. Die Haltung der völligen Abweisung und des logisch daraus folgenden Programms integraler Revision wurde durch ein variables Argumentationssystem gestützt. Die Historiker dieser Zeit erarbeiteten die These des Vorrangs der Ungarn des Karpatenbeckens. Danach lebte zur Zeit der Landnahme niemand auf den von den ungarischen Stämmen eingenommenen Gebieten, und damit hat einzig und allein nur die ungarische Nation das „historische Recht“ auf das Land zwischen der nördlichen Kette der Karpaten und der Adria. Albert Apponyi betonte kulturelle Überlegenheit und besondere politische Organisationsfähigkeit des Ungarntums, die es von jeder anderen Nation der Region unterschied. Nur das Ungarntum war zu Schutz des Westens und Erfüllung der zivilisatorischen Mission im Donaubecken – ähnlich wie das römische und das britische Weltreich – befähigt.

Zu den die Wiederherstellung des historischen Ungarns unterstützenden Prinzipien gehört auch das sogenannte Staatsideal des Heiligen Stephans. Danach entbehrt die Behauptung von der Unterdrückung der Nationalitäten in Ungarn jeder Realitätsgrundlage: Das Land des Heiligen Stephans war in seinem inneren Wesen immer ein Freund der Nationalitäten. Das wissen

auch die abgetrennten Nationalitäten in der „Tiefe ihres Herzens“, und deshalb ist die Wiedervereinigung der gesamten Völker des Reiches des Heiligen Stephans, das heißt „Großungarns“, nur eine Frage der Zeit.

Das vierte typische Argument der Revisionspropaganda gegen Trianon war die geographische und wirtschaftliche Einheit des Mittleren Donaubekens beziehungsweise das wirtschaftliche Aufeinanderangewiesensein der hier lebenden Völker. „Der geographische Aspekt ist“ – betonte beispielsweise auch Pál Teleki – „der wichtigste der nationbildenden Faktoren“, und die Friedenskonferenz beging einen riesigen Fehler, als sie ihre Entscheidung auf den sprachlichen Unterschieden aufbaute.

Keiner der obigen Gründe war völlig aus der Luft gegriffen, ein Fünkchen Wahrheit war in jedem. Die Wahrheitselemente wurden jedoch mit „Halbwahrheiten“, Verschweigungen und manchmal auch Lügen vermengt, wodurch im Endergebnis nicht die Vergangenheits- und Selbsterkenntnis sowie die politische Klarsicht der ungarischen Gesellschaft erhöht wurden, sondern im Gegenteil: In breiten Schichten der Bevölkerung wurden Illusionen und unbegründete Hoffnungen geweckt. Das politische Denken in Ungarn war selbstverständlich zwischen beiden Weltkriegen nicht nur vom Reichsgedanken geprägt. Neben dem integralen oder Großrevisionsideal war auch das ethnische Revisionsprogramm präsent. Die verschiedenen liberalen und liberal-demokratischen Gruppen in Oppositionsposition vertraten im wesentlichen das Streben „... nach nichts anderem als der ethnographischen Abrundung und dem effektiven Schutz der ungarischen Minderheiten im Ausland“: So formulierte Rusztem Vámbéry 1928 das Revisionsprogramm der bürgerlichen Radikalen. Revision kann nichts anderes sein, als „die Rückgliederung der von Ungarn oder der ungarischen Mehrheit bewohnten Gebiete“, schrieb der Liberale Miksa Fenyő 1935.

Die Sozialdemokraten äußerten im wesentlichen die gleichen Gedanken. Der Emigrant Oszkár Jászi und das „geistige Enfant terrible“ Dezső Szabó gingen weiter und suchten die Lösung in der Anerkennung der Trianoner Grenzen. Das Wesen des Problems – so Jászi – ist nicht das Gebiet, sondern die Möglichkeit oder die Unmöglichkeit der „kulturellen, nationalen und sprachlichen Autonomie und Organisation des auf dem Territorium lebenden Volkes“. Den Konföderationsgedanken Jászis erweiterte Szabó mit der Vision des Zusammenschlusses mit dem osteuropäischen slawischen Volk: Ungarn steht zusammen mit seinen näheren und weiteren Nachbarn „unter dem Alpdruck von Deutschland und Rußland“, von dem sie sich nur dann befreien können, wenn sie einen Osteuropäischen Staatenverbund gründen.

Weder die politische Linke noch die Wirkung von Jászi und Szabó dürfen unterschätzt werden. Zwischen den beiden Weltkriegen, aber besonders in den 1930er und 1940er Jahren übten sie auf die Denkweise der jungen Intellektuellen ausgesprochen große Wirkungen aus. Ihre Auffassung von Trianon konnte aber ihre eigene Generation nur wenig beeinflussen, die Regierung, die herrschende Elite und die staatliche Propaganda überhaupt nicht.

Daraus folgte, daß zahlreiche Mitglieder der führenden Elite Ungarns in den kritischen Augenblicken während des Zweiten Weltkrieges ein in seinem Umfang heute kaum verständliches Zeugnis ihrer realpolitischen Blindheit ablegten. Dafür, daß Ungarn mit in den Krieg hineinschlitterte, ist die Elite natürlich nicht verantwortlich zu machen. Das war geopolitische Notwendigkeit. Für die Art des Hineinrutschens ist sie jedoch verantwortlich.

Das Programm der Wiederherstellung Großungarns war nicht nur schädlich, sondern kontraproduktiv. Das Ausland, nicht nur die Franzosen, auch die Briten, sogar die Deutschen und Italiener nahmen die Gedanken und Argumente zur ungarischen Integrität mit Unverständnis, oft mit Unmut auf.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann in der Politik Ungarns und im geistigen Leben eine radikale Wende in eine gute Richtung. Die zur Macht gekommene Koalition ging von den gemäßigten Revisionsvorstellungen der linken Opposition zwischen den beiden Weltkriegen aus, und sie versuchte, diese auf die neue Situation anzuwenden. Nicht einmal der radikalere Koalitionspartner, die „reaktionäre“ Kleinlandwirtepartei, wollte die Autonomie der Ungarn innerhalb ihrer ethnischen Gebiete längs der ungarischen Grenzen oder, weitergehend, der in entfernteren Blöcken lebenden Ungarn. Imre Kovács, Generalsekretär der Nationalen Bauernpartei: „Die Forderung der tausendjährigen Grenzen ist Chauvinismus, und wer das fordert, ist gegen das Volk und antidemokratisch und muß als schädliches Element aus der Politik entfernt werden. Kein Chauvinismus ist es jedoch ..., daß das Ungarnum seinen Nationalstaat gründen will, und zwar so, daß sich der neue Nationalstaat auf dem Territorium des ungarischen Ethnikums befindet.“

Der Bruch mit dem Reichsgedanken und die Akzeptanz des Nationalitätenprinzips erlangte 1946 in den Essays von István Bibó eine klassische, sich der historischen, soziologischen und politischen Perspektive anpassende Formulierung. In Mittel- und Osteuropa „... darf die Stabilisierung der Abgrenzung der Nationen voneinander nicht entlang der historischen Grenze wie in Westeuropa gesucht werden, sondern entlang der Sprachgrenze“, meint er in „Das Elend der osteuropäischen Kleinstaaten“. „All die Versuche – in erster Linie die polnischen, ungarischen und tschechischen Versuche –, die auf diesem Territorium nach westeuropäischem Muster gemacht wurden, um die mehrsprachigen Völker – sich auf die historische Einheit stützend – zu einem einheitlichen nationalen Bewußtsein zu bringen, sind unwiderrufflich gescheitert. (...) Die gesamten anderen angeblichen Aspekte, die geographischen, wirtschaftlichen, strategischen, Verkehrs- und wer weiß was für Aspekte, sind in Wirklichkeit völlig falsch und werden bei ihrer Anwendung die Quelle der größten Probleme sein.“

Als diese Zeilen von Bibó veröffentlicht wurden, hatten die drei Siegermächte bereits entschieden, daß Ungarn, abgesehen von der Erweiterung des tschechoslowakischen Brückenkopfes gegenüber Bratislava, die gleichen Grenzen wie 1920 erhält. Wie bereits dargelegt, stand das im Widerspruch zu den amerikanischen und englischen Vorstellungen während des

Krieges; es war neben dem unrühmlichen Verhalten des Horthy-Systems im Krieg vorrangig mit der Unverrückbarkeit des sowjetischen Standpunktes zu erklären, dessen die Veränderung abweisende Haltung durch eigene Expansionspolitik motiviert war. Dennoch hätten Bibós Gedanken geeignete Ansätze sowohl hinsichtlich der kritischen Auseinandersetzung mit der ungarischen Vergangenheit, als auch bezüglich der besonnenen Planung der Zukunft Ungarns und in diesem Rahmen der Lösung des Trianon-Traumas sein können. Statt klärender Debatten folgte jedoch ein fast vierzigjähriges Schweigen, was, um erneut die Sozialpsychologen zu zitieren, „wohl eher die pathologische Art des Reagierens auf das Trauma war.“

In Ungarn über Trianon zu schreiben oder daran zu erinnern war auch 1980, am 60. Jahrestag der Vertragsunterzeichnung, unmöglich. Die einzigen, die den Friedensvertrag nicht ausließen, waren die das 20. Jahrhundert behandelnden Geschichtsbücher und Zusammenfassungen. Aber auch sie waren lange nicht geeignet, in entsprechendem Umfang ohne Verschweigen und Entstellen über den Vertrag und seine Folgen zu berichten.

Ab Anfang der 1980er Jahre begann sich das Trianon-Tabu langsam aufzulösen. Das erste Anzeichen dafür war die Veröffentlichung des Buches „Von Padova bis Trianon“ von Mária Ormos 1983 im Kossuth-Verlag. Ab dem letzten Drittel der 1980er Jahre erlebte das Thema regelrecht eine Renaissance. Das ist teils ein erfreuliches Phänomen, teils aber auch Grund zur Besorgnis. Erfreulich, weil befreit von den Fesseln des Verbotes die Historiker nun gut verwendbare Dokumente, Monographien und anspruchsvolle populärwissenschaftliche Arbeiten schrieben. Besorgniserregend, weil die Konjunktur des Themas Verlage und Autoren verführte, anstelle des selbstkritischen Bibó-Realismus die Wiederbelebung der zwischen den beiden Weltkriegen herrschenden Illusionen zu betreiben.

Unter freiheitlichen Verhältnissen konnten diese Schriften nicht verboten werden. Gegen sie aufzutreten und auf die Realitäten aufmerksam zu machen ist aber Pflicht. Die klärende Debatte, der ungarische „Historikerstreit“, hat bedauerlicherweise bis heute nicht begonnen, und wenn die ungarischen Historiker für etwas verantwortlich gemacht werden können, dann dafür. Unsere Forscher – stellte Mária Ormos fest – konnten auf dem klassischen Schauplatz von Debatten, den Konferenzen, vermeiden, den anderen zur Kenntnis zu nehmen und auf ihn zu antworten. Für die Darstellung von Trianon wäre aber eine intellektuelle Auseinandersetzung nötig.

Der vierte Grund für das Trauma von Trianon ist die Lage der ungarischen Minderheiten in den benachbarten Ländern. Trianon ist überwiegend für das heutige Ungarntum nicht mehr eine Frage der Grenzen, sondern der Minderheitenrechte.

Die ungarische Regierung begann ab Anfang der 1970er Jahre, jedoch besonders nach der Unterzeichnung des Schlußdokuments von Helsinki im Jahre 1975, ihre bisherige passive Politik zu verändern. Ironie des Schicksals ist, daß dieses Dokument gleichermaßen von Ungarn und seinen Nach-

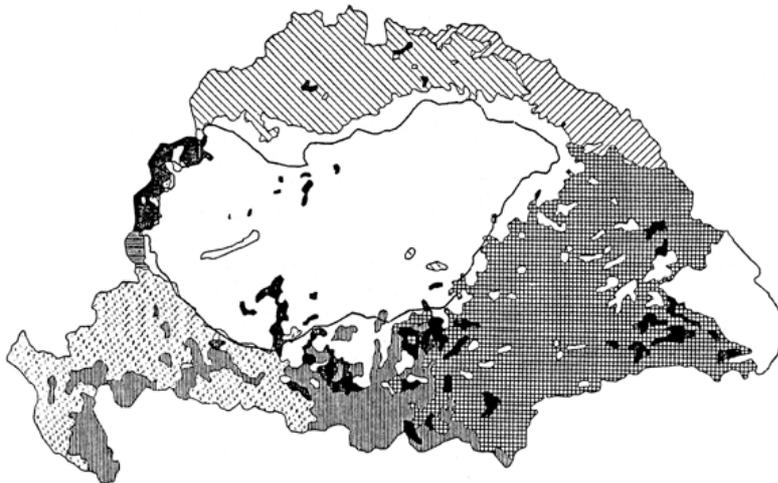
barn unterstützt wurde. Von den Nachbarn deshalb, weil es den Status quo von Trianon bekräftigte, und von Ungarn, weil es darin eine Rechtsgrundlage zum Schutz der ungarischen Minderheiten (Korb III der Schlußakte von Helsinki) sah. János Kádár trat danach mehrmals in deren Interesse auf, seine Interventionen waren aber nur selten von Erfolg gekrönt.

In der Slowakei, in der Karpato-Ukraine und in Siebenbürgen ging der Druck auf die Nationalitäten nicht zurück, sondern erhöhte sich noch, und nach Titos Tod 1980 hat sich das Schicksal der Ungarn in Jugoslawien, besonders jedoch in der Wojwodina, zum Schlechten gewendet. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und in den 1980er Jahren war das Verhältnis zwischen Ungarn und seinen Nachbarn – besonders zu Rumänien – mehrmals sehr gespannt. Zu einem besonders heftigen Schlagabtausch kam es 1982 bei der Veröffentlichung des Pamphlets von Ion Lancranjan „Ein Wort über Siebenbürgen“, später 1987 bis 1988 aus Anlaß der Veröffentlichung der dreibändigen Geschichte Siebenbürgens. Dann, 1988 und 1989, hatte sich das rumänisch-ungarische Verhältnis dermaßen verschlechtert, daß westliche außenpolitische Analysen mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern rechneten.

Mit der Wende 1989/90, dem Abzug der sowjetischen Truppen und dem Zerfall des kommunistischen Regimes keimte in vielen die Hoffnung, die Uhr des historischen Ausgleichs ticke: Die Völker des Karpatenbeckens „ordnen endlich ihre gemeinsamen Angelegenheiten“. Heute ist auch diese Euphorie bereits Vergangenheit. Nicht nur sind solche regionalen oder transregionalen Integrationsbestrebungen, wie die Versuche der Visegráder Drei oder Vier, ins Stocken geraten, sondern auch der polnisch-slowakisch-ukrainisch-ungarisch-rumänische subregionale Kooperationsversuch in den Nordostkarpaten. Letztgenannten faßten Rumänien und die Slowakei gleichermaßen als Trojanisches Pferd des ungarischen Revisionismus auf, und deshalb wurde er verworfen. Eben aus dieser Angstpsychose heraus erhalten die Ungarn in der Slowakei, in Siebenbürgen und der Wojwodina nicht die Selbstverwaltungsrechte, die ihnen nach den europäischen Normen zustehen. Und so schließt sich der Kreis. Jenseits der Grenze verweigern sie sich unter Berufung auf den ungarischen Revisionismus jedweden Autonomiebestrebungen. In Ungarn und in den Kreisen der ungarischen Minderheit beklagt man die Illiberalität und verschiedene Diskriminierungen. So kommen immer mehr zu dem Schluß, daß eine friedliche Einigung nicht möglich sei.

Die Gründe für das Trauma von Trianon sind also leicht aufzuzählen, und auch die negative Einstellung, die Frustration des ungarischen Volkes ist leicht zu verstehen. Viel schwerer dagegen ist es, die entsprechenden Heilmethoden und adäquaten Medikamente für den „Patienten“ zu finden. Erstes ist eine typische Aufgabe für den Historiker, letztes ist die gemeinsame Obliegenheit der ungarischen geistigen und politischen Elite. Das „Aussprechen“ des Problems hängt ausschließlich von uns ab. Es ist ein notwen-

diger, jedoch nicht ausreichender Teil der Therapie. Die Schlüsselfrage bleibt: Wie ist eine für Ungarn als auch für die Mehrheitsnationen akzeptable Ordnung hinsichtlich der ungarischen Minderheiten zu erreichen? Solange das nicht geschieht, ist es nicht möglich, über Trianon in der vollendeten Vergangenheit zu denken, zu schreiben oder zu sprechen.



**Karte: Ungarn vor und nach Trianon**

Anm. d. SL: Vorstehende Karte soll nur einen Überblick über die Reduzierung des ungarischen Territoriums von der Ausdehnung vor dem 1. Weltkrieg auf den durch den Vertrag von Trianon festgeschriebenen Umfang geben, was Prof. Dr. Romsics während seines Vortrages an Hand einer Overheadprojektion eingehend erläuterte. Trotz der schlechten Qualität der verkleinerten Vorlage ist deutlich das verbleibende Territorium Ungarns auszumachen, welches der helleren Fläche in der Mitte entspricht, die von einer durchgehenden schwarzen Linie als Markierung des heutigen Grenzverlaufes umgeben ist. Ebenso deutlich sind die auf dem Vorkriegsterritorium siedelnden Nationalitäten zu erkennen, aber auch die vom ungarischen Mutterland abgetrennten und anderen Staaten zugeschlagenen ungarischen Siedlungsgebiete. Die anders eingefärbten Flächen markieren:

Schwarz: Deutsche

Schraffur von links oben nach rechts unten: Slowaken

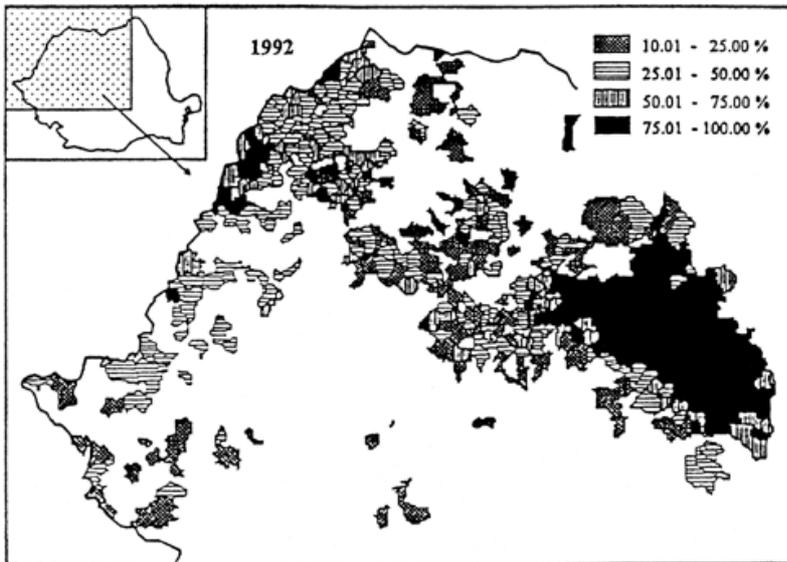
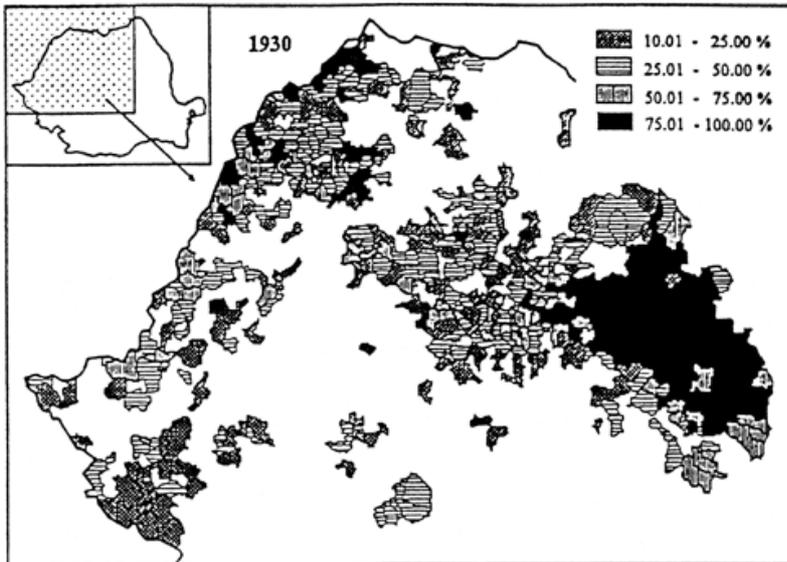
Schraffur von links unten nach rechts oben: Ukrainer

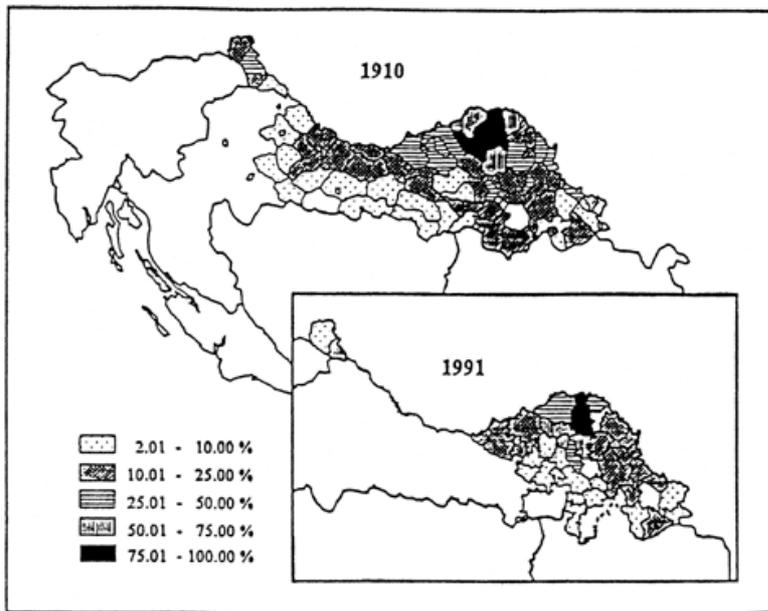
Waagerechte Schraffur: Slowenen

Senkrechte Schraffur: Serben

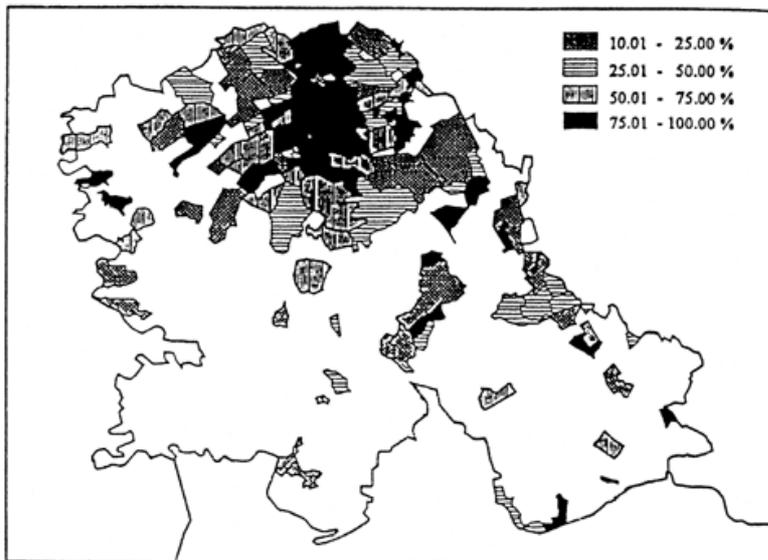
Gepunktet: Kroaten

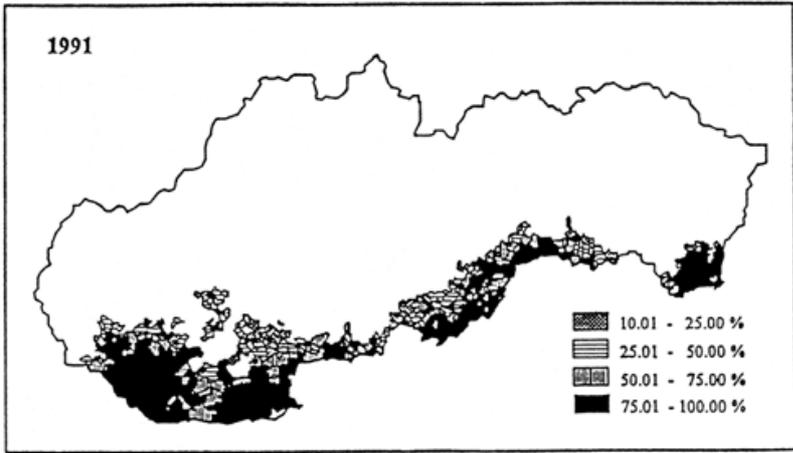
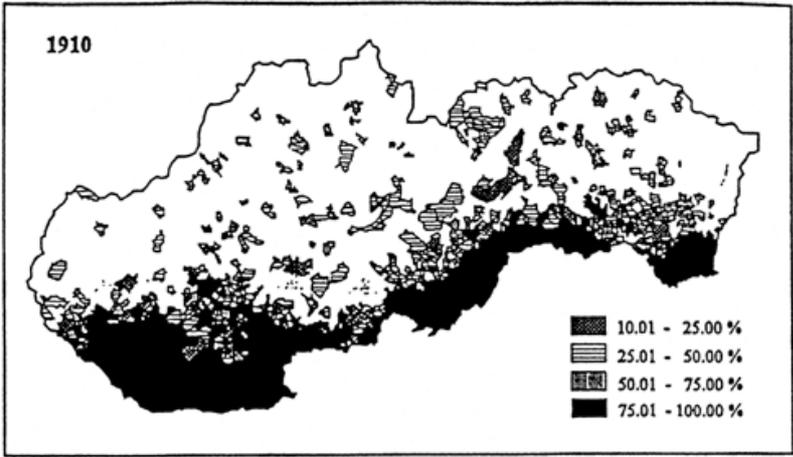
Gekästelt: Rumänen





Wojwodina





**Alexander Tinschmidt**

## **Die Revolution von 1956 und die Außenpolitik der 2. Regierung Imre Nagy - Ziele, Chancen und Grenzen -\***

### **1. Einleitung**

Vier Jahrzehnte liegen sie hinter uns, die dramatischen, begeisternden wie tragischen Ereignisse der ungarischen Revolution von 1956. Vor ihren Teilnehmern, ihren Helden und Opfern verneigen wir uns voll Ehrfurcht. Ihrer gedenken wir in diesem Monat des Jahres 1996 hier in Berlin, im Haus Ungarn, mit einer Reihe von Veranstaltungen, Ausstellungen und Referaten.

Was vor vierzig Jahren im Herbst 1956 in Ungarn geschah, fand die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Mit elementarer Kraft war dort ein Sturm losgebrochen, getragen von jugendlicher Begeisterung, von glühender Vaterlandsliebe und patriotischer Opferbereitschaft einer ganzen Nation. Die damaligen Bilder von den mitreißenden Demonstrationen der Studenten wecken alte Erinnerungen. Die vergilbten, zerfallenden Zeitungen jenes 23. Oktober mit den vielen Forderungskatalogen, mit dem Ruf nach nationaler Unabhängigkeit, nach geheimen Wahlen und nach Achtung der nationalen Traditionen lassen uns den Frühlingsaufbruch im Oktober erneut erleben.

„Új tavassi seregszemle“ [„Neue Frühlingsheerschau“] lautete die Überschrift des Leitartikels der Tageszeitung „Szabad Nép“ [„Freies Volk“] vom 23. Oktober 1956. Die Jugendzeitung „Szabad Ifjúság“ [„Freie Jugend“] veröffentlichte am selben Tage neben den Resolutionen der Universitätsju-

---

\* Anm. d. SL: Vortrag vom 16. Oktober 1996 vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. im Haus Ungarn, Berlin. Der Tod hinderte den Autor, den Vortrag, ggf. unter Einbeziehung neuester Literatur, zu überarbeiten. Das Manuskript wurde deshalb unter Einfügung von Zwischenüberschriften durch die SL nur geringfügig bearbeitet. Die im Manuskript aus den ungarischsprachigen Quellen übernommenen Zitate wurden, soweit es sich um Übersetzungen von Äußerungen nicht-ungarischer Personen handelt, zugunsten der vom Autor vorgenommenen hilfswweisen Übersetzungen ins Deutsche weggelassen; bei ungarischen Originalzitaten wurden diese beibehalten und die vom Autor beigegebene Übersetzung ins Deutsche hinzugefügt. Zur Literatur vgl. die Angaben im Text. – Der Autor war Journalist und Historiker, Gründungsmitglied der DUG und deren Arbeitskreisleiter für Geschichte bis 1999.

gend auf zwei Druckseiten die Rede des gerade wiedergewählten Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Władisław Gomułka vom 20. Oktober, der sich auf dem VIII. Plenum des Parteitages der PZPR (Vereinigte Polnische Arbeiterpartei) für eine grundlegende politische Umstrukturierung in Polen eingesetzt hatte. Gomułka wies unter anderem die Verleumdungen zurück, der Arbeiterstreik im westpolnischen Poznań (Posen) vom 22. Juni 1956, bei dem es fünfzig Tote und dreihundert Verletzte gegeben hatte, wäre eine imperialistische Provokation gewesen. Er zitierte nochmals die Losungen der streikenden Arbeiter: „Es reicht! So kann es nicht weitergehen! Kehrt zurück von diesem bösen (schlechten ?) Weg!“

In der Aufbruchstimmung nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sprang der Funke von Polen nach Ungarn über, weckte dort vor allem bei den jungen reformkommunistischen Intellektuellen neue Hoffnungen und Sympathien. Die Machtpositionen der Diktatoren und stalinistischen Despoten zwischen Wladiwostok und Ostberlin drohten ins Wanken zu geraten. Es nimmt daher nicht wunder, daß die Ostberliner Nachmittagszeitung „BZA“ vom 22. Oktober 1956, die mit dem Text der Gomułka-Rede bereits ausgedruckt war, auf höheren Befehl beschlagnahmt und aus dem Handel gezogen wurde.

Auch dem Historiker fällt es heute schwer, unberührt und unbeteiligt zu bleiben und die gebotene wissenschaftliche Objektivität zu wahren. Im Oktober 1956 arbeitete ich als außenpolitischer Nachrichtenredakteur bei der Ostberliner „National-Zeitung“. Grundlagen der Berichterstattung bildeten die Meldungen der einzigen staatlichen Nachrichtenagentur ADN, ferner die Direktiven, die der Chefredakteur täglich vom Presseamt erhielt. Auf unseren Schreibtischen lagen aber auch Zeitungen aus West-Berlin, so „Die Welt“ und „Der Tagesspiegel“. Auch konnte ich während der dramatischen Entwicklung in Ungarn, da ich gerade Vormittagsdienst hatte, bis 22.00 Uhr in der Redaktion bleiben und die ungarischen Rundfunkstationen hören: Budapest – ab dem 30. Oktober „Freier Sender Kossuth“ –, Miskolc und selten auch Mosonmagyaróvár. Ich hörte dort die zahllosen Aufrufe, die offiziellen und halbamtlichen Verlautbarungen und dazwischen immer wieder die Nationalhymne oder den Gefangenenchor aus Verdis Oper „Nabucco“.

1961, fünf Jahre später, bei meinem ersten Ungarn-Besuch seit dem Zweiten Weltkrieg, war das Jahr 1956 in den Familiengesprächen ein Tabu: Meine Cousine hatte als Studentin wegen aktiver Tätigkeit während des Volksaufstandes zwei Jahre in den Gefängnissen des Kádár-Regimes verbracht.

## **2. Vorbemerkung**

Die folgenden Vorbemerkungen sollen die Quellenlage erhellen. Zum Thema 1956 wurden in vierzig Jahren bisher – wie man schätzt – rund fünfhundert Bücher, Monographien und Memoiren veröffentlicht, und zwar in Ungarn wie im Ausland. Seit der Wende 1989 öffneten sich auch viele Ge-

heimarchive in Rußland und in den USA: Dennoch sind viele einschlägige Dokumente, darunter die Archive der Geheimdienste der damaligen Supermächte, aber auch Ungarns, für die Forschung noch nicht freigegeben.

Vor wenigen Wochen gab es im September 1996 in Budapest eine internationale Historiker-Konferenz mit dem Thema: „Ungarn und die Welt 1956“. Etwa achtzig aktive Teilnehmer, darunter fünfundfünfzig ausländische Gelehrte aus vierzehn Staaten, erörterten den neuen Forschungsstand auf diesem Gebiet und konnten dabei unter anderem auch auf Publikationen zurückgreifen, die zum Teil erst kurz vor der Konferenz erschienen waren. Als jüngste Veröffentlichungen aus Budapest nenne ich:

***Döntés a Kremlben 1956*** [Entscheidung im Kreml 1956]. Hrsg. v. Sereida, W.: Diese Sammlung enthält sechzehn protokollartige Aufzeichnungen über die Beratungen der obersten Parteiführung der KPdSU in Moskau, unter anderem mit dem chinesischen Politiker Liu Chaoqi (Liu Tschaoschi) und mit den nach Moskau gebrachten ungarischen Kommunisten János Kádár und Ferenc Münnich, ferner Berichte der sowjetischen Emissäre Anastas Mikojan und Mihail Suslow aus Budapest und Berichte des sowjetischen Botschafters in Budapest, Juri Andropow, an sein Außenministerium.

***Az 1956-os magyar forradalom a világpolitikában*** [Die ungarische Revolution von 1956 in der Weltpolitik]. Hrsg. v. Békés, Csaba: Diese Sammlung stellt 36 Dokumente aus den Archiven Ungarns, der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs zusammen.

***Gyurkó, László: 1956.*** Hier handelt es sich um eine anlässlich der Sommer-Buchwoche 1996 herausgegebene umfangreiche Monographie.

Und schließlich möchte ich noch das ebenfalls 1996 erschienene Buch „***A fogoly Bibó István vallomásai az 1956-os forradalomról***“ [Geständnisse des Gefangenen István Bibó über die Revolution von 1956] erwähnen, weil Bibó zu der Zeit – von der Bauernpartei, damals Petöfi-Partei, in die Regierung Nagy entsandt – Staatsminister war und sich als einziges Kabinettsmitglied nach der zweiten militärischen Intervention der Roten Armee vom 4. bis 6. November 1956 im Parlament aufhielt.

Diese Bücher sollen hier nicht rezensiert oder ausschnittsweise vorgetragen werden. Es sollen jedoch einige neue Aspekte und Zusammenhänge aus ihrem Inhalt abgeleitet und aus den Referaten der erwähnten Konferenz einige Forschungsergebnisse vermittelt werden. Dabei will ich meinen Darlegungen viermal eine These voranstellen und diese mit Beispielen belegen.

### **3. These Nr. 1: Vielschichtige, primär ungarisch-interne Ursachen führten explosionsartig zum Volksaufstand**

Der Volksaufstand in Ungarn entwickelte sich in erster Linie aus inneren Ursachen. Er brach explosionsartig und spontan aus und kam auch für die beiden Supermächte, die Sowjetunion und die USA, gleichermaßen uner-

wartet, hinsichtlich ihrer strategischen Konzeption sogar ungelegen. Beide hatten für diesen Fall keine fertige Konzeption zur Krisenbewältigung.

### 3.1. Die Ursachen

Die Ursachen des Volksaufstandes in Ungarn waren vielschichtig. Sie betrafen die politische und wirtschaftliche Entwicklung und lagen auch im Bereich der nationalen Gefühle. Ungarn wurde nach dem Zweiten Weltkrieg dem sowjetischen Machtimperium überlassen und sollte unter den Bedingungen des Kalten Krieges nach dem Willen von Rákosi und seiner Clique zu einem Land aus „Eisen und Stahl“ verwandelt werden. Die Politik der Machthaber hatte katastrophale Folgen. Das Lebensniveau sank rapide. Der Reallohn eines Erwerbstätigen lag im Jahre 1952 bei den Arbeitern um 17,7 Prozent, bei den Angestellten um 20,3 Prozent niedriger als 1949. In den Jahren 1951 bis 1953 besaßen rund 800.000 Bauernfamilien – das waren zwei Drittel der 1,2 Millionen Einzelbauern – kein ausreichendes Getreide für Saatgut und die eigene Ernährung.

Eine Orgie der Ungerechtigkeit erfaßte das ganze Land. Vom Kriegsende bis 1953 wurden 220.000 Personen interniert, Zehntausende als „Klassenfeinde“ aus Budapest ausgesiedelt. Als Imre Nagy nach dem Tode Stalins (5. März 1953) auf Geheiß Moskaus am 3. Juli 1953 zum ersten Male zum Ministerpräsidenten berufen wurde und im Zeichen eines allerdings nur vorübergehenden „neuen Kurses“ eine allgemeine Amnestie verkündete, betraf seine Verfügung rund 280.000 Verurteilte.

Zwei Jahre später, im April 1955, setzte Rákosi als Ergebnis einer Intrigenkampagne zusammen mit den Falken im Kreml die Demission von Imre Nagy durch und erreichte, daß dieser aus der Partei ausgeschlossen und im November 1955 unter Hausarrest gestellt wurde.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU erblickten die reformkommunistischen ungarischen Intellektuellen, die „Schriftsteller-Opposition“ wie auch andere Patrioten aus verschiedenen Schichten, in Imre Nagy ihre Leitfigur. Um die rebellierenden Gemüter zu besänftigen, kamen zwei sowjetische Politbüro-Mitglieder, Anastas Mikojan und Mihail Suslow, im Juli 1956 nach Budapest. Rákosi mußte seinen Posten räumen, doch sein Nachfolger wurde statt Imre Nagy der Vertraute Moskaus, der 58jährige Ernő Gerő. Geringe Veränderungen in der Parteiführung, halbherzige Reformversuche, all das konnte die Revolution nicht mehr aufhalten: Der Kollaps der Machthaber war unausweichlich.

Jetzt, nach vierzig Jahren, läßt sich ohne Voreingenommenheit sagen – und das war auch eine der Kernthesen der Budapester Konferenz –, daß nach der friedlich geplanten Demonstration vom 23. Oktober 1956 der aufgestaute Unmut und die Verbitterung der verschiedensten Strömungen mit elementarer Kraft zum Ausdruck kamen.

Die Ereignisse führten – sich gegenseitig aufschaukelnd, aber letztlich spontan – zu einer Revolution durch

- die sich selbst beflügelnden Menschenmassen,
- die schwankend unsichere, konzeptionslose Reaktion der Machthaber,
- das militärische Eingreifen der sowjetischen Besatzer am 24. Oktober.

Insbesondere der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Budapest in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober war eine bloße Reaktion, fast ein Reflex, entsprach aber keiner umfassenden Planung und Strategie. Denn die Volkserhebung in Ungarn traf die UdSSR und die USA ganz unvorbereitet.

### **3.2. Die Politik der Sowjetunion nach Stalins Tod**

Die Führung der 1949 zur Atommacht gewordenen Sowjetunion und die USA wußten nach der sogenannten Berlin-Blockade, der Blockierung der Westsektoren vom 24. Juni 1948 bis zum Ende der Luftbrücke am 12. Mai 1949, um die möglichen und verheerenden Folgen eines nuklearen Weltkrieges. Sie unternahmen demzufolge alles, um das Entstehen eines direkten atomaren Konfliktes untereinander zu verhindern. Diese Grundhaltung führte langfristig zur strategischen Billigung des Status quo in Europa. Die Verhinderung eines globalen Krieges behielt für beide Seiten das Primat.

Die Sowjetunion begann nach Stalins Tod eine wesentlich elastischere, pragmatischere Außenpolitik. Es ließen sich folgende Tendenzen erblicken:

1. Der europäische Status quo stabilisierte sich durch eine vorsichtige Politik der Kompromisse, zum Beispiel bei dem am 15. Mai 1955 mit Österreich abgeschlossenen Staatsvertrag über die Aufhebung des Besatzungsstatus: Die Einteilung des Landes in vier Besatzungszonen wurde aufgehoben; Österreich erlangte seine volle Souveränität. Die UdSSR zog ihre Truppen aus Österreich ab, ebenso handelten die westlichen Großmächte: Die letzten fremden Truppen verließen das Land am 25. Oktober 1955. In Form der „Erklärung über die immerwährende Neutralität Österreichs“ vom April 1955 erhielt die UdSSR die Garantie, daß Österreich nicht NATO-Mitglied werde, und erreichte außerdem die Zustimmung der Westmächte, daß Albanien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn Mitglied der UNO würden. Der Status dieser Satelliten-Länder stand jedoch nicht zur Disposition, im Gegenteil: Als die Rechtsgrundlage für den Aufenthalt sowjetischer Truppen in Ungarn und Rumänien durch den Staatsvertrag entzogen wurde, unterzeichneten die Staaten des Ostblocks einen Tag vorher, am 14. Mai 1955, den nach dem Ort ihrer Unterschriftsleistung 'Warschauer Pakt' genannten „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“, der danach – jeweils bilateral – durch sowjetische Truppenstationierungsabkommen mit den einzelnen Signatarstaaten militärisch abgesichert wurde.

Zu Moskaus Schritten zählen auch die Genfer Konferenz vom Juli 1955, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Deutschland im September 1955 und die London-Reise Bulganins und Chruschtschows im April 1956.

2. Die Sowjetunion schenkte den als Folge der Entkolonisierung geborenen, neuen unabhängigen Staaten der Dritten Welt zunehmende Aufmerksamkeit. Sie bemühte sich, das sowjetische Gesellschaftsmodell als ein an-

ziehendes Beispiel für den Staatsaufbau dieser Länder darzustellen, die ihre Unabhängigkeit oftmals überhastet, teils schlecht oder gar nicht vorbereitet, teils nach blutigen Unabhängigkeitskämpfen erlangt hatten. Dieses Bemühen ging Hand in Hand mit Militärabkommen, Militärausbildung, Waffenlieferungen einerseits, mit Wirtschafts- und Handelsabkommen andererseits, schließlich mit finanzieller und technischer Wirtschaftshilfe usw., notfalls aber auch mit der direkten oder indirekten Teilnahme an Staatsstreich, der Unterstützung von Rebellengruppen und der Anwerbung und des Einsatzes von befreundeten Truppen (Kuba, Angola). Diese offensive, um nicht zu sagen aggressive Außenpolitik war bald in der Wahl der Mittel und in der Zielsetzung die auf beiden Seiten der „Kampflinien“ des Kalten Krieges und seiner Nebenkriegsschauplätze zu beobachtende Basis der Auseinandersetzung und deren tägliche Begleiterscheinung. Es ging darum, außer-europäische Einflußgebiete zu Lasten der ideologischen Gegner zu gewinnen, bis auch dieses Streben von einem erneuten Status quo abgelöst wurde.

3. Zu den damaligen außenpolitischen Zielsetzungen der Sowjetunion gehörte auch, die Meinungsverschiedenheiten mit Jugoslawien zu beseitigen und das Land allmählich wieder in das sozialistische Lager zu integrieren. Nach dem Besuch Bulganins und Chruschtschows in Belgrad im Mai 1955 wurde die jugoslawische These akzeptiert, daß zum Sozialismus neben dem sowjetischen Modell auch andere Wege führen können.

### **3.3. Die Interessenlage der USA**

Die Außenpolitik der USA gegenüber den in die sowjetische Interessensphäre gelangten Staaten Ost- und Südosteuropas war nach der Amtsübernahme der Eisenhower-Regierung im Januar 1953 von besonderer Ambivalenz geprägt. Dwight D. Eisenhower und sein bis zur Militanz antikommunistisch ausgerichteter Außenminister John Foster Dulles hatten schon während ihrer Wahlkampagne die Politik einer friedlichen Befreiung der sogenannten „versklavten Völker“ verkündet. Der Hinweis auf diesen Kurs bildete bis Oktober 1956 eine ständige Komponente der Regierungserklärungen und der Propagandasendungen der diversen, auch offiziell geförderten Rundfunkstationen, zum Beispiel des „Senders Freies Europa“ (Radio Free Europe) und der „Stimme Amerikas“ (Voice of America).

In Wirklichkeit aber waren die USA und ihre Verbündeten daran interessiert, den bewaffneten Zusammenstoß mit der Sowjetunion um jeden Preis zu verhindern und die nach dem Tode Stalins erkennbare Beweglichkeit der sowjetischen Außenpolitik für die eigenen Interessen zu nutzen. Die Suche nach einem Modus vivendi nahm zu, nachdem die amerikanische Regierung 1955/56 Informationen darüber erhalten hatte, daß die Sowjetunion bei der Entwicklung der interkontinentalen ballistischen Raketen unerwartet schnelle Fortschritte erzielte.

Millionen in Osteuropa hörten an den Lautsprechern die Erklärung der Regierung der USA vom 30. Dezember 1955: „Die Befreiung der versklav-

ten Völker war und ist ein Hauptziel der amerikanischen Außenpolitik und wird es bleiben, bis der Erfolg errungen ist.“ (Archiv der Gegenwart, 1955, S. 5542). Nicht für die Öffentlichkeit hingegen waren die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates der USA bestimmt, die angesichts der Entwicklungen in Polen und Ungarn im Sommer 1956 gefaßt wurden. In dem Beschluß Nr. 5608 vom 18. Juli 1956 heißt es, daß in der gegebenen weltpolitischen Situation die Möglichkeiten der USA, die Loslösung der Ost-Mitteleuropäischen Staaten von der Sowjetunion zu fördern, außerordentlich eingeschränkt seien; die Regierung müsse deshalb danach streben, in diesen Staaten als ersten Schritt auf dem Wege zur wahren Unabhängigkeit die Machtübernahme der nationalkommunistischen politischen Kräfte zu unterstützen. Diese Empfehlung wurde vom Planungsausschuß des Nationalen Sicherheitsrates in seiner Vorlage Nr. 5616 vom 31. Oktober 1955 erneut bestätigt. Die Zusage einer möglichen militärischen Unterstützung war darin aber nicht enthalten!

#### **4. These Nr. 2: Imre Nagys „Regierungsprogramm“ war Folge unterschiedlichster Vorstellungen in Ungarn und zunehmender Radikalisierung des Aufstandes**

Die Unzufriedenheit mit dem stalinistischen Regime erfaßte 1956 alle Schichten der Bevölkerung. Folglich waren in dem Volksaufstand von Anfang an unterschiedliche Strömungen vertreten, die parallel zueinander und anfangs im aktiven Widerstand sogar gemeinsam handelten, aber unterschiedliche Ziele verfolgten.

Da war einmal die sozialistische und plebejische Linke, die ein neues gesellschaftlich-wirtschaftliches Modell forderte. Dann gab es die Reformkommunisten, die sich für eine Revolution zwecks Korrekturen einsetzten. Ihnen gegenüber standen die konservativen, rechtsorientierten Kräfte, die alle Formen des Sozialismus, nicht nur die stalinistische Despotie ablehnten. Prof. György Litván vom 56er Institut betonte auf der erwähnten Budapester Historikerkonferenz, daß diese Strömungen und die hinter ihnen stehenden bewaffneten und unbewaffneten Gruppierungen nicht nur parallel anwesend waren, sondern auch miteinander konkurrierten, zunächst potentiell, dann auch tatsächlich.

Übrigens erklärt sich daraus auch, daß die Veteranen des Volksaufstandes von 1956 heute die Geschehnisse von damals unterschiedlich beurteilen, die einen als eine nur korrigierende oder gar neue Wege öffnende Revolution, die anderen aber – so die Vertreter des konservativen Standpunktes – bewußt als einen Freiheitskampf, wie dies auch Kardinal Mindszenty in seiner Rundfunkansprache am 3. November 1956 tat. Für die Verfechter der Idee des Freiheitskampfes mußte der gesamte seit 1944/45 geleistete aktive und passive Widerstand gegen die sowjetische Besatzung folgerichtig und zwingend in einen bewaffneten Aufstand münden.

So unterschiedlich jetzt die Beurteilung ausfällt, so unterschiedlich wirkten damals die wechselnden Zusammensetzungen und Aktivitäten der verschiedenen Strömungen und Gruppierungen der Aufständischen und veränderten und radikalisierten die Zielsetzungen: innenpolitisch in Richtung auf Schaffung neuer demokratischer Organe, zum Beispiel der Nationalräte, gesellschaftspolitisch in Richtung auf neue Arbeiterräte in den Betrieben und außenpolitisch in Richtung auf nationale Unabhängigkeit.

Im Mittelpunkt der außenpolitischen Erklärungen – und auch des von Ministerpräsident Nagy am 28. Oktober 1956 abends verkündeten Regierungsprogramms – standen der Ruf nach nationaler Unabhängigkeit, das Verlangen nach Anerkennung der Selbständigkeit und Souveränität sowie in Erfüllung dessen die Verlautbarung, daß der sofortige Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest vereinbart worden sei und die Regierung Ungarns Verhandlungen über den Abzug aller sowjetischen Truppen einleiten werde.

Mit diesen Erklärungen folgte der Kommunist Nagy der Radikalisierung des Volksaufstandes. Auch seine späteren Schritte, nämlich die Neutralitätserklärung und der Austritt aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 und sein Ersuchen an den Generalsekretär der UNO Dag Hammarskjöld vom 2. November, die Großmächte zur Anerkennung der Neutralität Ungarns aufzufordern, waren nur die Antwort der Nagy-Regierung auf das zögernde Verhalten der Sowjetunion und auf die sich mehrenden Anzeichen des Einmarsches weiterer sowjetischer Truppeneinheiten in das Land.

Mit diesem außenpolitischen Programm entsprach Nagy der allgemeinen Stimmung im Lande, und es erfuhr die Billigung von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und die Unterstützung bei den Aufständischen. Aber es war auch die getreuliche und konsequente Umsetzung dessen, was Nagy schon zuvor für notwendig und richtig erkannt und als seinen Standpunkt niedergeschrieben hatte.

In den Wintermonaten der Jahreswende 1955 auf 1956 stand Nagy unter Hausarrest. In jener Zeit verfaßte er mehrere Denkschriften und Studien, die er dem sowjetischen Botschafter Juri Andropow und in zehn Exemplaren der damaligen kommunistischen Parteiführung unter Rákosi übermittelte. Die bedeutendste dieser Studien war mit „Die fünf Prinzipien der Internationalen Beziehungen und die Frage unserer Außenpolitik“ betitelt. Darin bezog er sich auf die fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz, auch „Pancha Sila“ genannt, die erstmals in der Präambel des Handelsabkommens zwischen der Volksrepublik China und Indien im Jahre 1954 formuliert und in die Deklaration der Bandung-Konferenz im April 1955 aufgenommen worden waren. Auch in späteren verschiedenen bilateralen Erklärungen wurden die Fünf Prinzipien berücksichtigt und bekräftigt.

Was Imre Nagy diesen Prinzipien hinzufügte, war damals im kommunistischen Machtbereich mutig und geradezu revolutionär. Er schrieb: „Die Fünf Prinzipien können sich nicht nur auf das kapitalistische System oder auf den Kampf zwischen den beiden Systemen beschränken, sondern sie müssen

auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen **innerhalb** des demokratischen und sozialistischen Lagers erweitert werden“; sie seien „unverändert gültig und gleichartig zu verstehen, unabhängig von der Gesellschaftsordnung der einzelnen Staaten: Die Begriffe – Nationale Unabhängigkeit, Souveränität, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Nichteinmischung – haben dieselbe Bedeutung in jedem Lande, auch gegenüber jedem anderen Staat, sei er kapitalistisch, sozialistisch, vorübergehend volksdemokratisch oder ein Staat anderen Typs“. Im Klartext bedeutete das, daß nicht nur die Westmächte ihre Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen sollten, sondern auch die Sowjetunion sollte die Souveränität der Volksdemokratien und somit auch die Souveränität Ungarns achten und sich in deren Angelegenheiten nicht einmischen.

In dieser kurz vor dem XX. Parteitag der KPdSU verfaßten Studie ging Nagy von den grundlegenden Interessen des ungarische Volkes aus und forderte eine selbständige, eine nationale Außenpolitik. Wörtlich schrieb er: „Es ist das souveräne Recht des ungarischen Volkes zu bestimmen, in welcher Form es den günstigsten internationalen Status zur Sicherung seiner nationalen Unabhängigkeit, Souveränität, Gleichberechtigung und friedlichen Entwicklung erblickt.“ Im Sinne der Vorstellungen von Lajos (Ludwig von) Kossuth ist auch von einem engen Zusammenschluß Ungarns mit den Nachbarvölkern die Rede, von der Möglichkeit, eine „Föderation der Völker des Donau-Tales“ zu bilden, zumal eine solche Politik auch der Sowjetunion die sicherste Garantie bieten würde, jedweden Chauvinismus und Antisowjetismus verhindern zu können.

Damit hatte Nagy bereits wichtige Grundprinzipien seines außenpolitischen Programms vor den Oktoberereignissen erarbeitet und einem kleinsten Kreis enthüllt. Sein Verhalten als Ministerpräsident in der Revolution war nur folgerichtig. Die Diskussionen in Moskau zwischen „Tauben“ und „Falken“, wie denn den Ereignissen in Budapest am besten zu begegnen sei, geschahen also auch nicht in Unkenntnis darüber, was Nagy wollte und wie er es, getragen von der revolutionären Begeisterung der Straße, umzusetzen trachtete. Die sich selbst beflügelnden revolutionären Volksmassen, die alle Schichten der Bevölkerung umfaßten, mag sich dessen in den wenigsten Fällen bewußt gewesen sein, aber ihre Parolen waren programmatisch fundiert – nur das Szenario ihrer Verwirklichung und Umsetzung war nicht erdacht, geschweige denn geschrieben.

### **5. These Nr. 3: Es gab bei der sowjetischen Führung Chancen, die Anerkennung der Forderungen der Nagy-Regierung zu erreichen**

In den Tagen des Volksaufstandes sah sich Nagy vor die Aufgabe gestellt, seine für eine langfristige evolutionäre Entwicklung formulierten Vorstellungen mit den sich zunehmend radikalisierenden Forderungen der Aufständischen in Einklang zu bringen. Er bemühte sich, die nach Budapest ent-

sandten sowjetischen Emissäre Mikojan und Suslow davon zu überzeugen, daß er bei entsprechender sowjetischer Unterstützung fähig sei, die Lage zu konsolidieren, politische Lösungen zu finden und ein militärisches Eingreifen zu verhindern. Bereits am 25. Oktober bezeichnete er es als einen Fehler, daß die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen auf Moskauer Befehl alarmiert wurden und ihre Einheiten in Budapest einmarschierten.

Als die sowjetische Parteiführung am Abend des 23. Oktober auf Grund der Informationen von Andropow, Geró und Marschall Schukow über die Lage in Ungarn beriet, war das Gremium laut Protokoll einmütig für den Einmarsch in Budapest; lediglich Mikojan wandte sich dagegen: „Wenn unsere Truppen einmarschieren, verderben wir uns unsere Sache“, „versuchen wir es mit politischen Lösungen“, „ohne Nagy können wir der Bewegung nicht Herr werden“. Die Entscheidung fiel, der Einmarsch wurde beschlossen: 31.500 Sowjetsoldaten wurden in Ungarn in Alarmzustand versetzt. Der „Ungarn-Kenner“ Mikojan und der „Falke“ Suslow wurden nach Budapest entsandt. Nur das Ersuchen der ungarischen Regierung um „brüderlichen Beistand“ an die Adresse Moskaus fehlte. Als Nagy am 27. Oktober, also vier Tage nach der Moskauer Entscheidung, ein vordatiertes Dokument mit dem formalen Ersuchen um sowjetische militärische Unterstützung vorgelegt bekam, lehnte er die Unterschrift ab – schließlich fand sich sein Vorgänger András Hegedüs, der die Unterschrift leistete.

Die sowjetische Parteiführung beriet während des ungarischen Volksaufstandes nahezu permanent über die Lage. Schon am 24. Oktober fanden Beratungen in erweitertem Rahmen statt: mit Politikern aus Bulgarien (Schiwkoff), der ČSSR (Novotný), der DDR (Ulbricht, Grotewohl und Stoph) – nur am Rande sei vermerkt, daß dabei Walter Ulbricht in einem 45 Minuten währenden Referat das Fehlen einer Auseinandersetzung mit den falschen Ideologien in Polen und mit dem Petöfi-Kreis in Ungarn kritisierte. Weitere Beratungen folgten am 24. und 30. Oktober mit Liu Chaoqi und mit dem inzwischen zeitweilig nach Moskau zurückgekehrten Suslow am Abend des 28. Oktober, also nach der Regierungserklärung von Nagy, in der er den Volksaufstand als „nationale und demokratische Erhebung“ bezeichnet hatte. Am 1. November gab es Beratungen mit dem nach Moskau zurückgekommenen Mikojan.

Die Aufzeichnungen dieser Beratungen lassen erkennen, daß es in der obersten sowjetischen Führung viele und langwierige Auseinandersetzungen darüber gab, ob Nagy unterstützt werden könne oder eine militärische Lösung, ein zweiter Einmarsch, notwendig sei. Sehr bald zeichneten sich die beiden Gruppierungen ab, die der „Falken“ mit Molotow, Woroschilow, Bulganin und Kaganowitsch und die der „Liberalen“, zu denen unter anderem Malenkov, Mikojan und zeitweilig auch Marschall Schukow gehörten.

Im Hinblick auf Chancen und Grenzen der ungarischen Außenpolitik führt die genauere Auswertung der Auseinandersetzungen in Moskau zu mehreren, zum Teil neuen Erkenntnissen.

1. In der sowjetischen Führung herrschte hinsichtlich des weiteren Vorgehens gegenüber Ungarn mehrere Tage hindurch schwankende Unsicherheit. Es gab aber – für einen längeren Zeitraum als bisher angenommen – gewisse Chancen dafür, daß der Kurs von Nagy akzeptiert würde. Gleichzeitig erschienen jedoch sehr zeitig Überlegungen zugunsten einer aktiven politisch-militärischen Intervention.

Am Beispiel der Beratungen am Abend des 28. Oktober, also nach der Regierungserklärung von Nagy mit der Umbewertung der Ereignisse, läßt sich diese Feststellung belegen. Die einleitende Einschätzung der Lage gab Chruschtschow. Er ging davon aus, daß die Situation kompliziert sei; die Arbeiter unterstützten den Aufstand; an vielen Orten würden die Eisenbahnschienen aufgerissen. Man müsse die Tatsachen zur Kenntnis nehmen: „Sollen wir die gegenwärtige Regierung unterstützen, wenn sie solche Erklärungen abgibt?“ Und seine Antwort lautete: „Unterstützen wir sie; es gibt keinen anderen Ausweg!“

Einwände erhoben Molotow und Bulganin: „Um uns kümmert man sich in Budapest nicht mehr“ und „Die ungarische Parteiführung muß entschlossener handeln, sonst werden wir an ihrer Stelle handeln“. Angesichts dieser Vorhaltungen entwickelte Chruschtschow in derselben Sitzung die – wie er sie nannte – „schlimmste Variante“, wonach ein Ausschuß, das heißt eine Regierung, zur Machtübernahme in Ungarn gebildet, von dieser ein Aufruf an die Bevölkerung erlassen und mit Truppeneinsatz die bewaffneten Kräfte der Aufständischen energisch niedergeschlagen würden. Die entsprechenden Dokumente, Aufrufe usw. sollten Breschnew, Außenminister Schepilow und Jekaterina Furzewa ausarbeiten. Außerdem sollte es Konsultationen mit den Parteiführungen in China, Bulgarien, Polen, der ČSSR und in Jugoslawien geben. Das Drehbuch zur Niederschlagung des Aufstandes war also schon konzipiert, sozusagen als drohende Alternative, doch die Entscheidung war vorerst noch zugunsten von Imre Nagy gefallen.

2. Während der weitergehenden Beratungen, in der Nacht zum 29. Oktober, kehrte Suslow aus Budapest nach Moskau zurück. Er berichtete über die aktuelle Situation: Die Arbeiter verließen die Betriebe, es bildeten sich Arbeiterkomitees, das Verhältnis zu den sowjetischen Truppen in Ungarn habe sich verschlechtert. Als Ursache für diese Entwicklung nannte er wörtlich „das Auseinanderjagen der Demonstranten vor dem Parlament“, wobei nach seinen Angaben siebzig, in Wirklichkeit zweihundert zivile Demonstranten getötet wurden. Laut Suslow hatten die sowjetischen Truppen bislang sechshundert Tote zu beklagen. An dieser Stelle setzte eine mehrfache scharfe Kritik an der zurückweichenden Haltung Mikojans ein; „eine neue Etappe“ habe begonnen, erklärte Chruschtschow.

3. Als eine gewisse Chance für Nagys außenpolitischen Kurs könnte man noch die offizielle „Erklärung der Sowjetregierung über die Beziehungen der UdSSR zu den anderen sozialistischen Staaten“ vom 31. Oktober 1956 nennen, die zwar bereits langfristig vorbereitet worden war, angesichts der

Ereignisse in Polen und Ungarn aber kurzfristig aktualisiert wurde. Darin bekundet die Sowjetunion ihre Bereitschaft, mit Ungarn und anderen Unterzeichnern des Warschauer Paktes „entsprechende Verhandlungen über den Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf ungarischem Territorium aufzunehmen“. Bei der endgültigen Verabschiedung dieser Erklärung in der Moskauer Parteiführung ging Außenminister Schepilow am weitesten, als er erklärte, die sowjetischen Truppen müßten aus Budapest, wenn notwendig auch aus Ungarn abgezogen werden: „Man kann nicht gegen den Willen des Volkes regieren.“

4. Dennoch begann sich das Blatt am 31. Oktober 1956 zu wenden. Der Kreml traf eine die Chancen der ungarischen Außenpolitik begrenzende Entscheidung: Ungarn darf nicht aus dem Sowjetimperium ausscheiden!

#### **6. These Nr. 4: Das Ende des Aufstandes in Ungarn beruht auf dem unglücklichen Zusammenspiel mehrerer, auch vom Westen zu verantwortender Faktoren**

Ein unglückliches Zusammenspiel mehrerer Faktoren führte letztlich dazu, daß die Kreml-Führung am 31. Oktober die Weichen auf militärische Intervention stellte. Marschall Iwan Konjew, Oberbefehlshaber des Warschauer Paktes, erhielt den Befehl, den Truppenaufmarsch gegen Ungarn im Sinne des Operationsplanes „Wirbelsturm“ zu intensivieren. Weitere 25.000 sowjetische Soldaten wurden in das Land verlegt; am 4. November, dem Tag der (zweiten) militärischen Intervention, sollten somit rund 58.000 Sowjetsoldaten gegen den ungarischen Volksaufstand einsetzbar sein.

Die Beratungsprotokolle zeigen die Überlegungen Chruschtschows, die auch ihn umschwenken ließen. Es ging vor allem um den Schutz des Prestiges des Sowjetimperiums, zumal ein Truppenabzug aus Ungarn zuerst einmal als Schwäche der UdSSR ausgelegt würde. Dies könne die Amerikaner, Engländer und Franzosen in ihrem Suez-Abenteuer nur ermuntern, sagte er unter Hinweis auf den „englisch-französischen Aufmarsch gegen Ägypten“: „Neben Ägypten würden wir ihnen auch Ungarn überlassen!“

Von großer Bedeutung scheint aber auch seine Einschätzung gewesen zu sein: „Einen großen Krieg wird es nicht geben!“ Damit gab er zu erkennen, daß die Signale aus Washington angekommen waren, wonach US-Präsident Eisenhower nicht daran dachte, die Nagy-Regierung über verbale Sympathiebekundungen hinaus militärisch zu unterstützen: Die USA werden wegen Ungarn keinen Atomkrieg der Supermächte heraufbeschwören.

Bereits am 25. Oktober hatte Eisenhower, ohne besondere politische, geschweige denn militärische Verpflichtungen zu bekunden, seine Bewunderung für den Freiheitskampf des ungarischen Volkes ausgedrückt. Zwei Tage später erklärte Außenminister John Foster Dulles in einer Rede in Dallas seine Sympathie für den Freiheitswillen der versklavten Völker, führte aber zugleich aus, daß die USA „diese Nationen nicht als ihre potentiellen mili-

türkischen Verbündeten“ betrachteten. Darüber hinaus wurde Henry Cabot Lodge, der Vertreter der USA bei den Vereinten Nationen, beauftragt, vor dem Weltsicherheitsrat am 28. Oktober die vorgenannte Passage aus der Rede des Außenministers zu zitieren, und der US-Botschafter in Moskau Charles Bohlen erhielt am 29. Oktober den Auftrag, die Aufmerksamkeit der sowjetischen Politiker, insbesondere von Marschall Schukow, auf die Ausführungen des US-Außenministers in Dallas zu lenken. Dazu hat es im Rahmen von zwei diplomatischen Empfängen am 29. Oktober in Moskau – aus Anlaß des türkischen Nationalfeiertages und zu Ehren des afghanischen Ministerpräsidenten – sicher reichlich Gelegenheit gegeben.

Vor diesem Hintergrund der offiziellen US-Politik ist manche Sendung des „Senders Freies Europa“ im besten Falle als psychologische Kriegsführung, manch andere Sendung wie zum Beispiel die Durchhalteappelle des Militärkommentators Oberst Bell noch am 6. November nur als unverantwortliche, für die Hörer tödliche Irreführung zu bezeichnen.

Zum besseren Verständnis des damaligen Propagandakrieges im Äther folgen einige Fakten. Der „Sender Freies Europa“, der über das „Komitee Freies Europa“ finanziert und geleitet wurde, hatte 1956 etwa 1.200 Mitarbeiter, davon allein in der Sendegruppe Ungarn 120. Das Programm wurde über 21 Kurzwellensender und zwei Mittelwellensender in alle Staaten des Warschauer Paktes übertragen. Darüber hinaus wurde ab 1954 mit speziellen Luftballons Propagandamaterial über Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei abgeworfen. Bei den einzelnen Programm-Redaktionen gab es „politische Berater“ aus den USA, die aus New York ihre Direktiven erhielten (ebenso wie sowjetische „Berater“ beim ungarischen Rundfunk tätig waren). Es entsprach aber dem Demokratieverständnis der USA, daß in der ungarischen Redaktion alle politischen Strömungen vertreten sein sollten, von den Kommunisten wie zum Beispiel Körösi-Krizsán über Vertreter der demokratischen und Koalitionsparteien aus der Zeit nach 1945 bis hin zu konservativen Journalisten der Ära Horthy und schließlich sogar die Pfeilkreuzler in der Person von Emil Csonka.

Die Einflußnahme der konservativen, rechten, antikommunistischen Kräfte auf das Programm war sehr intensiv; manchmal schien es ihre Rache für und ihre Verblendung durch das Leben im Exil darzustellen. So erklärte die nach 1956 ins Exil gegangene ungarische Sozialdemokratin Anna Kethly: „Der „Sender Freies Europa“ hat schwere Schuld auf sich geladen, indem er das ungarische Volk glauben machen wollte, es bekäme westliche Hilfe, und dabei wurde solche Hilfe nicht einmal geplant.“

Ein weiteres gefährliches Charakteristikum der während des Volksaufstandes nach Ungarn ausgestrahlten Sendungen bestand darin, daß sie den politisch-inhaltlichen Neuanfang der Nagy-Regierung nicht sahen oder nicht erkennen wollten, sondern getreu der strikt antikommunistisch ausgerichteten US-Politik noch in den alten Stereotypen befangen waren und sich auf Imre Nagy als den „Lügner“, „Volksmörder“ und „Moskau-Quisling“ rhe-

torisch einschossen. Verwirrend war auch die Losung des „Senders Freies Europa“, die zum Leitmotiv seiner Forderungen wurde: „Mindszenty an die Spitze!“ Dahinter verbarg sich die Einschätzung der Vereinigten Staaten, wie sie in Übereinstimmung mit der Auffassung des CIA-Direktors Allan Dulles auf der 302. Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates formuliert worden war. Nach Dulles' Meinung war „das schwierigste Problem Ungarns“, daß es dort keine „starke Führungspersönlichkeit“ gab, weshalb er an Stelle von Nagy als Führungspersönlichkeit Kardinal Mindszenty vorschlug.

Im Gegensatz zu dieser Propaganda standen die bereits erwähnten „Botschaften“ der USA, die dem Kreml zugetragen wurden und die sich mit den Signalen aus London und Paris deckten. Auch dort wollte man eine zurückhaltende Politik in Bezug auf Ungarn betreiben – und sich angesichts der eigenen, für Oktober/November geplanten Intervention in Ägypten nicht mit Diskussionen in der UNO über die Verletzung der Menschenrechte sowie die Nichtachtung der Souveränität und der territorialen Integrität anderer Staaten durch wen auch immer belasten.

Bereits vor dem 1. November hatte die chinesische Führung den durch Liu Chaoqi nach Moskau übermittelten Standpunkt eingenommen, daß Ungarn nicht aus dem sozialistischen Lager entlassen werden dürfe. Die Politiker Polens, Rumäniens und der ČSSR sowie gegenüber einer zu einem Blitzbesuch angereisten russischen Delegation der jugoslawische Staatspräsident Marschall Josip Broz Tito hatten sich ebenfalls in dieser Hinsicht geäußert und ein militärisches Eingreifen befürwortet.

Zu den Beratungen der sowjetischen Parteiführung wurden Mikojan und Suslow hinzugezogen. Die Meinungen der „Falken“ und der „Liberalen“ prallten scharf aufeinander. Mikojan versuchte am 1. November nochmals, die militärische Lösung zumindest zu vertagen: „Mit der Anwendung von Gewalt kommen wir nicht weiter. Wir müssen Verhandlungen beginnen, zehn bis fünfzehn Tage warten. Wir müssen diese (ungarische) Regierung weiter unterstützen.“ Suslow dagegen meinte: „Nur durch die Besetzung können wir uns eine Regierung sichern, die uns auch unterstützt.“ Und Außenminister Schepilow ging sogar noch weiter, als er sagte: „Wenn wir nicht entschlossen handeln, zerfällt die Sache auch in der Tschechoslowakei.“

In dieser Situation wurden János Kádár und Ferenc Münnich aus Budapest nach Moskau gebracht. An den erweiterten Beratungen des Präsidiums am 2. und 3. November 1956 nahmen auch sie teil. Die Ausführungen Kádárs gaben in wichtigen Punkten Nagys Erklärungen vom 1. November wieder. So nannte er als Ziel des Volksaufstandes nicht den Sturz des volksdemokratischen Systems. Vielmehr hätte die Bezeichnung der Demonstranten als Konterrevolutionäre „die Menschen gegen uns aufgebracht“, aber „niemand wollte eine Konterrevolution“. Alle forderten den Abzug der sowjetischen Truppen. Laut Kádár würden die sowjetische Regierungserklärung und die Verkündung der Neutralität Ungarns begrüßt; die Arbeiter hät-

ten daraufhin die Wiederaufnahme der Arbeit angekündigt. Die erneuten Truppentransporte nach Ungarn hätten die Massen und auch die Regierung aufgeregt; Andropows Ausrede, es handele sich um Umgruppierungen oder um den Rücktransport von Verwundeten, erwecke den Eindruck, daß „die Sowjetregierung die ungarische Regierung zum Narren“ halte. Darum habe auch er, Kádár, für die Neutralitätserklärung und die Bildung eines Koalitionskabinetts gestimmt. Denn wollte man Ungarn mit militärischer Kraft halten, so werde es bewaffnete Zusammenstöße geben, und die moralische Position der Kommunisten werde gleich Null sein.

Am 2. November verabschiedete die sowjetische Parteiführung Marschall Konjews Tagesbefehl zum 4. November. Zur gleichen Zeit bereiteten Suslow, Mikojan und Schepilow die anderen für notwendig erachteten Dokumente vor, darunter den Aufruf einer „Revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung“.

In der Sitzung am 3. November waren Kádár und Münnich ab 18.45 Uhr wiederum anwesend. Kádár zeigte bereits sein Einverständnis mit der Auffassung der Kreml-Machthaber, daß ein sozialistisches Land nicht der Konterrevolution überlassen werden dürfe – dennoch brachte er nochmals einige eigene Standpunkte vor: Es lohne sich, über die Fehler zu sprechen; die nationalen Gefühle der Ungarn seien verletzt worden. Er verwies auf die Änderung des ungarischen Staatswappens und der Uniformen, sprach die Benennung von Straßen und Städten nach Politikern der Sowjetunion an. „Diese Regierung will keine Marionettenregierung werden; zu ihrer Tätigkeit bedarf sie der Unterstützung der Arbeiter.“

Abschließend wurde die Zusammensetzung der Regierung besprochen und Kádár als Ministerpräsident vorgesehen. Die Abreise aus Moskau sollte am 4. November morgens zwischen 7.00 und 8.00 Uhr erfolgen. Wenig davor, um 4.15 Uhr, begann die sowjetische Militäraktion gegen Budapest und Ungarn, dessen Patrioten zwölf Tage hindurch beispielgebend und mutig für die Unabhängigkeit ihres Landes gekämpft haben. Dieser Traum wurde aber erst nach mehr als drei Jahrzehnten mit der Wende verwirklicht.



### **TEIL 3**

#### **Verschiedene Beiträge zum Ungarn der Gegenwart**



**Holger Fischer**

## **Zur Geschichte und gegenwärtigen Situation der Zigeuner (Roma) in Ungarn\***

### **1. Einleitung**

In der ungarischen Öffentlichkeit besteht nach wie vor ein Zigeunerbild, das durch zahlreiche Stereotypen und Vorurteile geprägt ist, die aber in ihrer Substanz auf wesentliche Probleme hinweisen. Solche sind: die Segregation, das materielle Elend, eine unstete, von den üblichen Gesellschaftsnormen abweichende Lebensweise, das andersartige Aussehen. Besonders hartnäckig halten sich das Stereotyp der unsteten Lebensweise sowie die Vorstellung von einer kulturell wie sozial völlig homogenen Volksgruppe. Zudem bilden die Zigeuner weiter in der ungarischen Gesellschaft diejenige Gruppe, die am stärksten diskriminierenden Verhaltensweisen und Übergriffen seitens Behörden, Unternehmen und Personen ausgesetzt ist.

Der Beitrag setzt sich zum Ziel, einige der für die Zigeuner charakteristischen sozioökonomischen Komponenten, die diesen Stereotypen und Vorurteilen zugrundeliegen, vorzustellen, die sich dahinter verbergenden Probleme herauszuarbeiten und die Ansätze der Politik zur Lösung dieser Situation zu beleuchten.

### **2. Herkunft und historische Entwicklung der Zigeuner in Ungarn**

Die Präsenz von Zigeunern in Ungarn ist urkundlich seit dem Anfang des 15. Jahrhunderts (1417) nachzuweisen. Es gibt aber mehrere Indizien (Ortsnamen mit 'cigány') dafür, daß Zigeuner bereits im 14. Jahrhundert in Ungarn bekannt waren. Sie wanderten vor allem von der Balkanhalbinsel ein und nahmen als Schmiede, Pferdezüchter und Musikanten gesellschaftlich durchaus geachtete Positionen ein. Nach dem Ende der Türkenzeit ging ihre wirtschaftliche Bedeutung als Waffenschmiede stark zurück, wobei dieser Prozeß durch das aufkommende Manufakturwesen noch verstärkt wurde. Als Ergebnis des wirtschaftlichen Bedeutungsverlustes verelendeten die Zigeuner als Gruppe immer mehr.

Seit dem aufgeklärten Absolutismus zu Zeiten Maria Theresias und Josefs II. wurden sie Objekt einer staatlichen Sozial- und Wohlfahrtspolitik

---

\* Anm. d. SL: Erweiterte und aktualisierte Fassung eines Vortrages vom 8. Februar 2000 vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. im Haus Ungarn, Berlin.

mit dem Versuch, sie – teilweise auch gewaltsam – seßhaft zu machen und auf diesem Wege in die Gesellschaft zu integrieren. Allerdings wurde eine solche Integration bis heute nur zum Teil erreicht. Die bereits genannten Probleme dieser Gruppe:

- Segregation,
- materielles Elend,
- unstete und von den gültigen Gesellschaftsnormen abweichende Lebensweise (obwohl im 18. Jahrhundert 90%, 1893 bereits 96% aller ungarischen Zigeuner seßhaft geworden waren),
- soziale und berufliche Benachteiligung,
- unzureichende Schulbildung,
- andersartiges Aussehen,
- auf Stereotypen gestütztes Ausgrenzungsverhalten der Mehrheitsgesellschaft,

blieben für sie Probleme gravierenden Ausmaßes, zumal sie sich auf kein Mutterland als Fürsprecher oder Förderer stützen konnten und können.

Aus ihrer Entwicklungsgeschichte folgt, daß es in Ungarn keine homogene Bevölkerungsgruppe der Zigeuner gibt, sondern daß diese in mehrere ethnisch-kulturell deutlich separierte und unterschiedliche Gruppen zerfällt. Die Gliederung korrespondiert auch mit einer sprachlichen Differenzierung.

- Eine Gruppe der Zigeuner – 1971: 21,2%; 1993: 4,4% – hat Romani als Muttersprache. Sie betrachten sich als die eigentlichen Zigeuner und gehören zum größten Teil der Dialektgruppe der Vlax (Vlaxiko-Rom, ungarisch 'oláh cigányok') an. Sie weisen noch eine Stammes- und Sippenorganisation auf. Ein kleinerer Teil dieser Gruppe spricht andere, sogenannte „karpatische“ Dialektvarianten und zeigt zu den Vlax-Zigeunern beträchtliche Unterschiede in Lebensweise und Brauchtum.
- Eine weitere wesentliche Gruppe – 1971: 7,6%; 1993: 5,5% – spricht ein archaisches Rumänisch als Muttersprache und weist auch rumänisches Brauchtum auf (Beas Roma). Es handelt sich um Zigeuner, die sich bereits im 18. Jahrhundert und früher rumänisierten und seitdem, insbesondere aber nach 1859 (Aufhebung der Leibeigenschaft in der Moldau und Walachei), gruppenweise nach Ungarn eingewandert sind.
- Die größte Gruppe – 1971: 71,0%; 1993: 89,5% – hat Ungarisch als Muttersprache und spricht im wesentlichen auch nur Ungarisch. Es sind die magyarisierten Nachfahren (Romungro) der zuerst genannten Gruppe.

Bei den beiden Gruppen mit nicht-ungarischer Muttersprache werden aus dem Rückgang ihres Anteils an der Bevölkerung die in den vergangenen

Jahrzehnten stattgefundenen starke Entwicklung zur Zweisprachigkeit und der damit verbundene Wechsel der Muttersprache sehr deutlich.

Die drei Gruppen sind teilweise noch zusätzlich in Assimilierte und Nichtassimilierte geschieden, so daß sie eigentlich mehr Dinge trennen als verbinden. Das, was die Mitglieder dieser heterogenen Volksgruppe vereint, ist neben der Abstammung ein anderes, ein entscheidendes Element, nämlich die soziale Problematik, das heißt der Status des sozialen „underdog“, des sozial mehrfach Benachteiligten. Als Ethnikum werden sie eher durch Fremdeinschätzung beziehungsweise durch Diskriminierung als durch ihr eigenes subjektives Bewußtsein konstituiert. Dieser Umstand erschwert die Findung von Kriterien für eine wissenschaftlich akzeptable Definition dieser heterogenen Volksgruppe. Auch die Bezeichnung „Zigeuner“ ist als Sammelbezeichnung nur eine notdürftige Hilfskonstruktion. Was die Diskussion um die korrekte Benennung betrifft, also Roma oder Zigeuner, so wird in Ungarn traditionell und auch heute noch mehrheitlich die Bezeichnung Zigeuner verwendet. Diesen Begriff benutzt sogar die Landesselbstverwaltung der Zigeuner, das heißt die politische Vertretung der Zigeuner, selbst. Hinsichtlich der Definition, wer denn nun eigentlich ein Zigeuner ist, wird in Ungarn nach wie vor akzeptiert, daß ein Zigeuner derjenige ist, den die Nichtzigeunerbevölkerung auf Grund seiner Andersartigkeit dafür hält.

### **3. Sozioökonomische Aspekte**

#### **3.1. Demographie**

##### **a) Anzahl der Zigeuner**

Die Entwicklung der Zahl der Zigeuner auf der Grundlage von Volkszählungen, speziellen Untersuchungen und Schätzungen zeigt die Tabelle 1.

Über die Zahl der Zigeuner gibt es sehr unterschiedliche Schätzungen. Derzeit wird ihre Zahl von den Zigeunerverbänden auf 800.000 bis eine Million, von ungarischen Demographen und staatlichen Stellen auf 400.000 bis 600.000 geschätzt. Aus zwei soziologischen Untersuchungen, die 1971 und 1993/94 durchgeführt worden sind, kann geschlossen werden, daß die Zigeunerbevölkerung in diesem Zeitraum von zwei Jahrzehnten um mehr als 50% angestiegen ist. Es darf nicht verschwiegen werden, daß dem Holocaust vermutlich etwa 25.000 bis 30.000 ungarische Zigeuner zum Opfer fielen. Die Schätzungen ungarischer Historiker differieren allerdings sehr stark zwischen 5.000 und 50.000 Opfern.

##### **b) Geburten- und Sterberate**

Die Geburtenrate lag bei den Zigeunern etwa dreimal höher als im Durchschnitt der Bevölkerung Ungarns. Seit Anfang der 1970er Jahre geht sie zurück, bleibt etwa doppelt so hoch. Zugleich weist die Zigeunerbevölkerung eine überdurchschnittliche Mortalitätsrate auf. Ihre Lebenserwartung liegt im Durchschnitt um zehn Jahre unter dem der Gesamtbevölkerung.

**Tabelle 1: Anzahl der Zigeuner**

Jahr	Anzahl			Schätzung	
	Muttersprache	Nationalität	Anzahl in %	Anzahl in Ts.	Anteil in %
1893, Zigeunerzählung	82.405	274.940	1,8		
1910, Volkszählung	121.097	--	0,6		
1941, Volkszählung	57.776	76.738	0,5	120	0,8
1949, Volkszählung	21.387	37.598	0,4		
1960, Volkszählung	25.633	56.121	0,6		
1970, Volkszählung	34.957	--	0,3		
1971, Zigeuneruntersg.				320	3,1
1980, Volkszählung	27.915	6.404	0,3	380	3,8
1990, Volkszählung	48.072	142.683	1,4	400-600	3,8-5,7

**c) Altersaufbau**

Beide demographische Faktoren führen dazu, daß der Altersaufbau der Zigeuner erheblich von dem der Gesamtbevölkerung abweicht. Im Vergleich zu ihr sind die Altersschichten der Jugendlichen (bis 14 Jahre) weit überproportional, die der über Sechzigjährigen weit unterproportional vertreten (vgl. Tabelle 2). Örtlich durchgeführte soziologische Untersuchungen zeigen, daß eine Zigeunerfamilie im Durchschnitt aus etwa fünf, rund ein Drittel aller Familien sogar aus sechs bis acht Mitgliedern besteht.

**Tabelle 2: Alterstruktur**

Altersschicht	Zigeuner		Nichtzigeuner	
	1971	1985	1971	1985
0 - 14 Jahre	44,2	38,0	22,3	21,6
15 - 59 Jahre	48,0	54,7	61,3	60,4
60 Jahre und älter	7,8	7,3	16,4	18,0

**3.2. Erwerbstätigenstruktur****a) Im Sozialismus**

Mit der forcierten Industrialisierung und dann später mit dem Ausbau des Dienstleistungssektors hat sich die sozioökonomische Struktur Ungarns seit den frühen 1950er Jahren grundlegend gewandelt. Von diesem Wandel war

die Zigeunerbevölkerung besonders schwer betroffen, da er den traditionellen Zigeunergewerben, von denen zur Jahrhundertwende noch etwa die Hälfte aller Zigeunerfamilien gelebt hatte, endgültig die wirtschaftliche Basis entzog. Im sozialistischen Ungarn fanden die Zigeuner nur langsam einen Arbeitsplatz. Anfang der 1960er Jahre hatte nur ein Drittel der arbeitsfähigen männlichen Zigeuner einen festen Arbeitsplatz, 1971 etwa 70% und 1985 rund 85%. Bei der weiblichen Zigeunerbevölkerung lag der Anteil noch weit darunter. Die für einige traditionelle Gewerbe charakteristische unstete Lebensweise setzte sich im gewissen Sinn fort, war doch der Anteil der Saisonarbeiter sehr hoch (etwa ein Drittel der Erwerbstätigen). Ein großer Teil der Zigeuner pendelte in jeder Woche zwischen Arbeits- und Wohnort, zudem blieb die Hälfte der Erwerbstätigen nicht länger als drei Jahre an einem Arbeitsplatz.

Die Erwerbstätigenstruktur der Zigeuner stellte ein Spiegelbild der Schulbildung dar. Über die Hälfte der Erwerbstätigen waren als Hilfsarbeiter tätig, mehr als 20% als angelernte Arbeiter und nur knapp 10% als Facharbeiter. Die Mehrheit war in der Industrie beschäftigt, vor allem in der Bauindustrie (mehr als ein Drittel) oder in den Großbetrieben der Schwerindustrie (Bergbau, Hüttenwesen). Obgleich die Zigeuner zu über 80% auf dem Lande lebten (1971), waren nur etwa 13% in der Landwirtschaft tätig – auch dort übten sie nur die einfachsten Tätigkeiten aus. Nur etwa 5% aller erwerbstätigen Zigeuner waren noch in traditionellen Zigeunerhandwerks- und -gewerbeberufen beschäftigt.

#### **b) Entwicklungen seit der Wende**

Vor allem auf Grund ihrer geringen Schulbildung und fehlenden beruflichen Qualifikation ist die überwiegende Mehrheit (1996: mehr als 60%) der Zigeuner heute arbeitslos oder wird unterhalten und lebt von Gelegenheits- und Saisonarbeiten sowie staatlichen Zuwendungen. Sie waren die ersten, die dem wirtschaftlichen Transformationsprozeß zum Opfer fielen.

Der Anteil der aktiv Erwerbstätigen innerhalb der männlichen Zigeunerbevölkerung lag 1993 bei 26%, die entsprechende Quote der Gesamtbevölkerung bei 63,5%. Gerade auch die jugendlichen Schulabgänger sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Anteil der Arbeitslosen unter den Zigeunerinnen ist noch beträchtlich höher. Nach einigen Veröffentlichungen liegt der Anteil der Arbeitslosen nicht ganz so hoch; aber auch dort beträgt er etwa 34% gegenüber 11% der Nichtzigeunerbevölkerung.

Es besteht eine klare Korrelation zwischen Schulbildung und Arbeitslosigkeit. Zudem ist in allen Kategorien der Schulabschlüsse die Arbeitslosigkeit unter Zigeunern deutlich größer als die der Nichtzigeuner. Zahlreiche staatliche Förderprogramme wurden aufgelegt, um die Arbeitsmarktchancen der Zigeuner zu verbessern; so waren Nutznießer öffentlicher Be-

schäftigungsprojekte zu 40% bis 50% Zigeuner. Allerdings weisen die Programme bisher nur einen wenig greifbaren Erfolg auf.

Die konkreten Zahlen eines Dorfes (Tiszabő) veranschaulichen drastisch die seit der Wende eingetretene Entwicklung. Der Anteil der berufstätigen Zigeuner im arbeitsfähigen Alter (15 bis 60 Jahre) ist von 30,7% auf 6,3% zurückgegangen, der Anteil der Arbeitslosen mit oder ohne Arbeitslosenunterstützung von 11,9% auf 39,5% gestiegen.

### **3.3 Siedlungs- und Wohnstruktur**

Zigeuner leben in nahezu allen Siedlungen Ungarns. Deutliche Siedlungsschwerpunkte mit einem Anteil von rund 8% der Bevölkerung bilden die Komitate im Nordosten und Südwesten Ungarns; die geringsten Anteile mit Werten um die 1% sind in den nordwestlichen Komitaten zu finden. Größere Konzentrationen findet man auch in Budapest (ca. 60.000 bis 80.000 in den Pester Bezirken Józsefváros, Kőbánya, Pesterzsébet) und in größeren Städten wie Ózd (20% Anteil), Miskolc, Nyírbátor und Nyíregyháza. Die Relation der dörflichen zur städtischen Bevölkerung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verschoben. 1971 lebten 21,6% der Zigeuner in städtischen und 78,4% in dörflichen Siedlungen, 1993 betragen die Anteile 39,4% und 60,6%. In einigen Landesteilen, vor allem im Südwesten, zeigt sich eine höchstproblematische Migrationserscheinung: Die ungarische Bevölkerung verläßt ihre Dörfer, und Zigeuner wandern hier ein.

Noch in den 1960er Jahren lebten nahezu drei Viertel aller Zigeuner in Lehmhütten, die häufig ohne Strom- und fast immer ohne Wasseranschluß waren, und in ghettoartigen Slums in deutlicher Entfernung zu den Siedlungen der Nichtzigeuner. Diese katastrophale Wohnsituation hat sich zwar grundlegend geändert, denn Ende der 1980er Jahre lebten nur noch 5% bis 6% der Zigeuner in Lehmhütten – viele Ghettos sind aber in sanierter Form wieder aufstanden. Auch ist die Wohnsituation im Vergleich zur Nichtzigeunerbevölkerung immer noch deutlich schlechter, wie soziologische Untersuchungen, zum Beispiel des Dorfes Tiszabő 1988/89 und 1991, ergeben haben. Als Indikator kann beispielsweise die Zahl der Personen pro Zimmer oder die durchschnittliche Quadratmeterzahl pro Person dienen, die bei Zigeunern 3,5 und bei Nichtzigeunern 1,5 Personen beziehungsweise 9,4 m<sup>2</sup> und 18,9 m<sup>2</sup> beträgt. Auch die Ausstattung der Haushalte mit Haushaltsgeräten und dauerhaften Konsumartikeln zeigt das gleiche Bild.

### **3.4. Lebensstandard**

Die bereits erwähnten Faktoren, wie überdurchschnittliche Größe der Familien, Ausfall der Frau als Zweitverdiener, schlecht bezahlte Arbeit in den am niedrigsten eingestuften Berufsgruppen und jetzt vor allem die Arbeitslosigkeit führten dazu, daß das Pro-Kopf-Einkommen und damit der Lebensstandard der Zigeuner im Vergleich zur Gesamtbevölkerung wesentlich

niedriger sind. 1971 erreichten nur etwa 10%, 1985 gut 20% den Landesdurchschnitt oder mit anderen Worten, etwa zwei Drittel der Zigeuner verfügten über ein Einkommen an oder unter dem Existenzminimum. Diese Situation hat sich seit 1989/90 erneut drastisch verschlechtert.

Die Kriminalitätsrate der Zigeunerbevölkerung ist im letzten Jahrzehnt stark gestiegen, hält sich aber im gleichen Rahmen wie bei der Nichtzigeunerbevölkerung in vergleichbarer sozialer Lage.

### **3.5. Bildungsstand und kulturelle Versorgung**

#### **a) Im Sozialismus**

Neben Wohnung und Arbeit ist die Schule oder der Bildungsstand der dritte Schlüsselbereich, der über eine Integration der Zigeunerbevölkerung in die ungarische Gesellschaft entscheidet. Die Gruppe der Zigeuner weist traditionell einen Mangel an Schulbildung auf. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert waren noch über 90% der Zigeuner Analphabeten, 1971 immer noch 39%. Von den Zigeunerkindern gingen um die Wende zum 20. Jahrhundert etwa 70%, Mitte der 1940er Jahre noch 50% und Anfang der 1960er Jahre noch fast 20% überhaupt **nicht** zu Schule.

Die achtklassige Schulpflicht erfüllten in den 1960er Jahren nur 21% der Zigeunerkinder. Dieser Wert stieg im Laufe der 1970er Jahre und zu Beginn der 1980er Jahre auf etwa 40%. Umgekehrt bedeutet das aber, daß immer noch mehr als die Hälfte der Zigeunerkinder nicht den Schulabschluß nach acht Jahren erreichte. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: unregelmäßiger Schulbesuch, fehlende Unterstützung seitens der Eltern, Mangel an entsprechend qualifizierten Lehrern, Lern- und Sprachschwierigkeiten.

#### **b) Seit der Wende 1989**

Die Lage im Bereich der Schulbildung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zwar deutlich verbessert, dennoch erhalten wir für Mitte der 1990er Jahre (1994) folgendes Bild: Von der gesamten Zigeunerbevölkerung über 14 Jahren hatten 40% überhaupt keinen Schulabschluß, 46% besuchten mit Erfolg die achtklassige Grundschule, 10,5% eine Berufsschule mit Facharbeiterausbildung, 1,5% ein Gymnasium, und 0,2% besaßen einen Hochschulabschluß. Die Abschlußquoten sind damit um ein Vielfaches geringer als bei der Nichtzigeunerbevölkerung, wie dies die folgenden Zahlen für Ungarn insgesamt zeigen (1996): kein Abschluß 14,1%; Grundschule 26,6%; Berufsschule 27,2%; Gymnasium 22,9%; Hochschule 9,2%.

Es besteht eine eindeutige Korrelation zwischen Ausbildungsstand und Arbeitslosenrate. Es stellt sich deshalb nicht mehr die Frage nach dem Wert einer besseren Ausbildung, sondern vielmehr, wie sie erreicht werden kann: mit eigenen, separaten Schulen für Zigeunerkinder oder mit ethnisch koedukativen Schulen, in denen stärker als bisher auf die ethnisch-kulturell unterschiedliche Ausgangslage eingegangen wird, oder mit einer Kombination

beider Systeme. Das Hauptproblem ist, daß beide Systeme erst zu schaffen und Lehrkräfte mit der dafür notwendigen Qualifikation auszubilden sind.

Ziel der bisherigen Bildungsentwicklung für Zigeuner ist, ein komplettes System von Bildungseinrichtungen auf allen Stufen zu schaffen, um die Benachteiligung der Zigeunerkinder abzubauen und einen erfolgreichen Schulbesuch zu ermöglichen; dabei wird besonderer Wert auf Unterrichtung und Bewahrung der Zigeunerkultur gelegt. Es gibt hier drei Schlüsselaufgaben:

1. Die Schaffung eines Kindergarten- und Vorschulprogramms, um den Kindern zu helfen, den „Anschluß“ (felzárkozás) zu finden.

2. Mit speziellen „Anschluß“-Programmen und der Schaffung eines besonderen Fördersystems einschließlich Stipendien soll der Anteil der Zigeunerkinder, die einen erfolgreichen Abschluß der Grundschulbildung in dem normalen Zeitrahmen erlangen, vergrößert werden.

3. Spezielle Förderprogrammen sollen den Anteil der Zigeunerkinder mit erfolgreich abgeschlossener Sekundarstufe oder Berufsschule erhöhen. Bis 1996 wurden fünfzehn Kindergärten und Grundschulen, drei Berufsschulen und ein Gymnasium für Zigeunerkinder errichtet. Mehrere Hochschulen (Zsámbék, Budapest, Kaposvár, Pécs) haben spezielle Programme zur Ausbildung von Lehrern für Zigeunerkinder.

Die Zigeuner bilden eine sprachlich und kulturell sehr fragmentierte Gruppe. Ihre Kultur hat keine eigene Schriftsprache und besitzt somit praktisch keine eigene Literatur. Die Zigeuner verfügen deshalb auch nicht über Kulturzentren, Museen oder Theater. Erst 1994/95 wurde aus Mitteln der Minoritas-Stiftung eine Einrichtung zur Erforschung der Zigeuner geschaffen. 1997/98 erhielt die Landesselbstverwaltung der Zigeuner vom Kulturministerium eine größere Geldsumme zur Errichtung und zum Betrieb eines Nationalen Zigeuner-Kulturzentrums. Die Stiftung finanziert auch einen großen Teil der kulturellen Aktivitäten auf regionaler und lokaler Ebene.

Die Kultur der Zigeuner ist durch die Volkskunst als integralen Teil des täglichen Lebens bestimmt. Das birgt zwar eine gute Chance, ihre Kultur zu bewahren. Doch ist die allgemeine Meinung über die Zigeunerkultur gerade davon geprägt, daß man sie mit der vor-bourgeoisen, verelendeten Lebensweise gleichsetzt und damit negativ betrachtet. Außer der Musik hat Zigeunerkultur bisher nicht Eingang in die nationale ungarische Kultur gefunden.

### **3.6. Politik gegenüber Zigeunern – Politik der Zigeuner**

#### **a) Im Sozialismus**

Eine spezifische Politik des sozialistischen Systems hinsichtlich der Zigeuner begann erst 1961. In einem Beschluß des Politbüros wurden die Zi-

geuner nicht als Nationalität, sondern als mehrfach benachteiligte soziale Gruppe betrachtet. Ziel der Politik war die „Integration und Umerziehung der Zigeunerbevölkerung“. Die Maßnahmen zur Integration betrafen zuerst vor allem die Wohnsituation mit dem Versuch zur Auflösung der Zigeunersiedlungen und -slums. In den 1970er Jahren wurden die finanziellen Mittel verstärkt zum Ausbau von Bildungseinrichtungen eingesetzt.

Die Problematik dieser Integrationspolitik wurde mit Beginn der 1980er Jahre in der ungarischen Öffentlichkeit wie auch in Teilen der Zigeunerbevölkerung immer mehr diskutiert. Vor allem wurde die Forderung laut, den Zigeunern die Rechte als Nationalität zu gewähren und so den anderen Minderheiten gleichzustellen. Das geschah faktisch 1986 mit der von der Regierung erlaubten Gründung des „Kulturverbandes der ungarischen Zigeuner“.

Dies war durchaus ambivalent. Für die Regierung beziehungsweise die Partei stellte sich damit die Frage, ob die bisherige Integrations- und Assimilationspolitik gescheitert sei und durch eine andere Politik ersetzt werden müsse. Für die Vertretung der Zigeuner erhob sich die Frage, ob es denn noch spezifische Elemente einer Zigeunerkultur im weitesten Sinne gebe, mit deren Hilfe sich die Gruppe als Nationalität konstituieren könne und die deshalb künftig gepflegt werden müßten.

Auf ungarischer Seite wurde seitens der Politik und von vielen Nationalitätenexperten die Existenz einer eigenständigen Zigeunerkultur weitgehend verworfen und die vorhandenen Elemente als Subkultur klassifiziert. Unter Hinweis auf die weitgehend erfolgte Magyarisierung der Zigeuner wurde diesen lediglich der Status eines Ethnikums zuerkannt.

Die Vertreter der Zigeuner forderten die Anerkennung als Nationalität vor allem mit dem funktionalen Argument, daß dann die Interessen der Gruppe besser vertreten werden könnten. Das Thema der Kultur vermieden sie weitgehend, weil schnell deutlich wurde, daß diese Kultur eine Kultur des Mangels und des Verfalls ist und eine Lebens- und Werteordnung aufweist (keine perspektivische Lebenseinstellung, Wert der Schulbildung ist fremd), die deutlich von der der anderen Bevölkerungsgruppen abweicht.

Hierin offenbart sich der Kern des Konflikts zwischen den Zigeunern einerseits und dem Rest der ungarischen Gesellschaft andererseits. Auf der einen Seite besteht ein abweichendes Verhalten, das auf eine unterschiedliche Werteordnung zurückzuführen ist. Auf der anderen Seite stehen tiefgreifende Vorurteile der Gesellschaft, die ihren eigenen Verhaltenskodex bedroht und verletzt sieht, vor allem, wenn das abweichende Verhalten mit dem Gesetz in Konflikt gerät. Die Gesellschaft strebt im Prinzip danach, das andere zu assimilieren, allerdings nicht die Gruppe als Ganzes, sondern deren einzelne Angehörigen und Familien, notfalls auch mit staatlichen Zwangsmaßnahmen. Die Zigeuner geraten dadurch in das Spannungsfeld zwischen Segregation und Assimilation. Für jeden stellt sich die Frage nach seiner Identität; denn Assimilation beinhaltet auch Aufgabe der bisherigen

Lebens- und Denkweisen und Trennung vom traditionellen sozialen und kulturellen Milieu. Assimilation bedeutet für den einzelnen Zigeuner somit einerseits seine ethnisch-kulturelle Entwurzelung und andererseits die individuelle Chance, Anschluß und Aufnahme in die umgebende Gesellschaft und Kultur zu finden, um ein materiell besseres Leben zu führen.

### **b) Entwicklungen seit der Wende**

Das 1993 vom Parlament verabschiedete Gesetz über die Rechte der Nationalen und Ethnischen Minderheiten besitzt auch für die politische Stellung der Zigeuner eine grundlegende Bedeutung. Es verfolgt das Prinzip, für alle, größtenteils verstreut über Ungarn lebenden Minderheiten ein Autonomiemodell zu schaffen. Die Zigeuner bilden dabei eine der dreizehn offiziell anerkannten Minderheiten.

Es bestehen inzwischen (1996) mehr als zweihundert, fast alle nach 1989 gegründete und ständig miteinander rivalisierende Zigeunerorganisationen, von denen lediglich zwei über einen größeren Einfluß verfügen: der Zigeunerverband Lungo Drom (Langer Weg) in Szolnok und die Unabhängige Zigeunerorganisation Phralipe (Bruderschaft) in Budapest. Im April 1995 hat sich mit Sitz in Szolnok und unter starkem Übergewicht einer von der Lungo Drom angeführten Koalition die Landesselbstverwaltung der Zigeuner konstituiert, nachdem bei den vorangegangenen Kommunalwahlen 1994 insgesamt 477 lokale Minderheiten-Selbstverwaltungen der Zigeuner gewählt worden waren. 1998 konnten bei den Kommunalwahlen sogar 763 lokale Minderheiten-Selbstverwaltungen der Zigeuner gewählt werden. In zwei Ortschaften (eine unter, eine über 10.000 Einwohner) wurden 1998 Zigeuner zum Bürgermeister gewählt.

Hauptaufgabe der Landesselbstverwaltung ist die Koordination der Tätigkeit der regionalen und lokalen Selbstverwaltungsorgane. Zudem hat sie intensive internationale Kontakte aufgenommen, zum Beispiel zum Europarat in Straßburg. Als Hauptaufgabe wird natürlich die Interessenvertretung gegenüber den zentralen politischen Organen gesehen. Die Landesselbstverwaltung ist dabei bestrebt, einen möglichst direkten Einfluß auf die Vergabe der zentral von den verschiedenen Ministerien, Behörden und Stiftungen bereitgestellten Mittel zu nehmen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß das politische Auftreten der Führung der Landesselbstverwaltung in den vergangenen Jahren auch unter den Zigeunern nicht unumstritten war und sie mehrfach in politische und finanzielle Skandale verwickelt wurde.

Im Dezember 1995 erließ die Regierung Gyula Horn drei wichtige, die Zigeuner betreffende Regierungsverordnungen:

- Eine Verordnung verpflichtet zuständige Ministerien und Behörden, bis zum 30. November 1996 in Zusammenarbeit mit der Landesselbstverwaltung der Zigeuner Aktionsprogramme für verschiedene

Bereiche zu erarbeiten. Betroffen sind die Sektoren **Bildungswesen** (Bildungs-Entwicklungsprogramm für Zigeuner; Stipendiensystem für Zigeunerkinder; Errichtung von Internatsschulen, um soziale Ungleichheiten zu beheben; Anreizsystem für Lehrer und Schulen, die sich in Zigeunerausbildung engagieren), **Beschäftigung** (Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramm für Zigeuner, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern; Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose), **Landwirtschaft** (Landvergabeprogramm, das den Zigeunern ermöglichen soll, ihren Bedarf an Lebensmitteln zu decken und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen), **Wohnraum** (Schaffung eines speziellen Haus- und Wohnungsprogramms), **Regionalentwicklung** (Förderung der Regionalentwicklung von Gebieten mit großem Zigeuneranteil), **Anti-Diskriminierungsprogramm**.

- Die zweite Verordnung schuf einen Koordinationsrat für Zigeunerangelegenheiten. Der Koordinationsrat hat die Aufgabe, die Formulierung und die Durchführung der Aktionsprogramme zu koordinieren und die Regierung in der Zigeunerpolitik zu beraten. Mitglieder entsenden die Ministerien auf Staatssekretärebene; weiter gehören ihm an: der Präsident des Amtes für Nationale und Ethnische Minderheiten, der Präsident der Landesselbstverwaltung der Zigeuner, die Präsidenten der Komitatsselbstverwaltungen der Zigeuner aus bestimmten Komitaten mit hohem Zigeuneranteil, der Ombudsmann für Nationale und Ethnische Minderheiten.
- Die dritte Verordnung sah die Bildung einer Öffentlichen Stiftung für die Zigeuner in Ungarn unter der Aufsicht des für Minderheitenfragen zuständigen Staatssekretärs im Büro des Ministerpräsidenten vor.

Weitere 1997 verabschiedete Verordnungen sicherten den nationalen und ethnischen Minderheiten das Recht, eigene Schuleinrichtungen zu gründen und zu unterhalten, sowie das Recht auf Schulunterricht in der Muttersprache. Die auf Grund der oben erwähnten Verpflichtung erarbeiteten Aktionsprogramme führten 1997 zum Beschluß der Regierung über ein mittelfristiges Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma.

Der Regierungswechsel 1998 brachte Änderungen. Die neue Regierung unter Viktor Orbán verhiess sofort die Überprüfung der von den Vorgängern beschlossenen Maßnahmen, verlagerte das Amt für Nationale und Ethnische Minderheiten vom Büro des Ministerpräsidenten in das Justizministerium und löste den Koordinationsrat für Zigeunerangelegenheiten auf.

Im Mai 1999 wurde das mittelfristige Maßnahmenpaket in einigen konkreten Punkten modifiziert, und seine Akzente wurden teilweise verlagert. Nach Auffassung der Regierung sollten die Maßnahmen weniger durch ak-

tionistische Tätigkeiten, sondern durch langfristige strukturelle Überlegungen und durch eine stärkere Einbeziehung der Minderheiten-Selbstverwaltungen der Zigeuner geprägt sein. Gleichzeitig wurde die Interministerielle Kommission für Zigeunerangelegenheiten gebildet, deren wesentliche Aufgabe es ist, die soziale Integration der Zigeuner zu fördern und hierzu die Aktivitäten der verschiedenen Ministerien und Behörden zu koordinieren. Die wichtigsten Elemente des mittelfristigen Maßnahmenpaketes sind:

- Im Bereich des **Bildungswesens** ist vorrangiges Ziel die Förderung des Unterrichts im Primarbereich. Daneben sollen die Abschlußraten im Sekundar- und im Hochschulbereich gesteigert werden. Bedeutsam ist auch die Förderung der Vorschulerziehung für Zigeunerkinder.
- Auf dem Gebiet der **Kultur** sollen vor allem kulturelle Institutionen der Zigeuner gefördert werden. Eine Schlüsselrolle wird dabei dem Nationalen Informations- und Kulturzentrum der Roma zugewiesen, das von der Landesselbstverwaltung der Roma betrieben wird und 1999 seine Tätigkeit aufnahm. Daneben werden gegenwärtig etwa dreißig multifunktionale Gemeinschaftshäuser der Roma unterstützt.
- Die kritische Lage im Bereich der **Beschäftigung** soll durch Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme und vor allem durch öffentliche Beschäftigungsprogramme gebessert werden.
- In der **Landwirtschaft** soll das soziale Landprogramm mit der Vergabe von Boden und finanziellen Unterstützungen der Zigeunerfamilien stärker als vorher ermöglichen, nicht nur sich selbst zu versorgen, sondern Agrarproduzenten zu werden.
- In der **Regionalentwicklung** sollen mehr als bisher Gebiete mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Gruppen berücksichtigt werden.
- Im Vordergrund des **Sozial-, Gesundheits- und Wohnungsbereiches** stehen Programme zur Beseitigung der Ghettos oder ghettoartigen Siedlungen, für den erleichterten Zugang zum Gesundheitswesen und zur Beendigung der dort herrschenden diskriminatorischen Praktiken.
- Im Rahmen eines **Anti-Diskriminierungsprogramms** wurden für zahlreiche Bereiche, insbesondere auch für die Polizei, Verordnungen und Verhaltensmaßregeln erlassen, die helfen sollen, offene und latente Diskriminierungen zu bekämpfen. Zugleich werden in diesem Rahmen auch die zahlreichen Zivil- und Menschenrechtsorganisationen unterstützt, die die Interessen der Zigeunerminderheit vertreten.

Es ist noch zu früh, den Erfolg oder Mißerfolg dieses Maßnahmenpaketes zu beurteilen. Die Zigeunerpolitik Ungarns steht unter ständiger Beobachtung seitens des Europa-Rates und der Europäischen Union. Viele Erfolge und Fortschritte wurden anerkannt, zugleich aber auch noch zahlreiche Verstöße gegen einschlägige europaweite Menschenrechts- und Minderheiten-normen festgestellt. Die jährlichen Berichte des Obudsmannes für nationale und ethnische Minderheiten enthalten zahlreiche Beispiele für die Verstöße.

#### **4. Ausblick**

Faßt man die Entwicklung des vergangenen Jahrzehnts zusammen, so ergibt sich ein überwiegend pessimistisches Bild. Während sich die Möglichkeiten der politischen Interessenvertretung und der politischen wie kulturellen Selbstverwaltung deutlich verbessert haben, hat sich die soziale Lage der Zigeuner gegenüber den 1980er Jahren dramatisch verschlechtert. Alle Maßnahmen der Regierungen und der Selbstverwaltungsorgane reichten nicht, um die sozialen Probleme zu lösen, die aus der drastisch erhöhten Arbeitslosigkeit als Folge der ökonomischen Transformation Ungarns resultieren, und um eine weitere soziale Desintegration der Zigeuner zu verhindern. Auch die Maßnahmenpakete von 1997 und von 1999 sind aus ihrer inneren Struktur heraus nur in mittel- und langfristiger Perspektive geeignet, eine entscheidende Änderung der Situation herbeizuführen.

Die Fakten sprechen nach wie vor für die Richtigkeit der Beurteilung der Situation, die in dem 1996 veröffentlichten offiziellen Bericht des damaligen Staatssekretärs für Minderheitenangelegenheiten, Csaba Tabajdi, enthalten ist: „Es besteht die reale Gefahr, daß viele der relativen Erfolge, die in den vergangenen Jahrzehnten erzielt worden sind, um die Zigeuner zu integrieren, verloren gehen. Arbeitslosigkeit, unzureichende soziale Versorgung und hoffnungslose Lebensbedingungen haben zur Desintegration der Zigeuner geführt. Soziale und Beschäftigungskonflikte, das dramatische „Rückfällen“ der Zigeuner können in absehbarer Zukunft zu ethnischen Spannungen und sozialen Konflikten führen. Die gegenwärtige Situation vor einer weiteren Verschlechterung zu schützen bedarf gemeinsamer Anstrengungen, zumal ein großer Druck auf die Regierung von den Interessenverbänden der Zigeuner ausgeübt wird, die möchten, daß die Zigeuner völlig den „Anschluß“ im sozialen Sinn finden. Diese Erwartung ist unrealistisch. Es dauert mindestes zwei Jahrzehnte, daß die Zigeuner den Integrationsgrad wieder erreichen, den sie in den 1980er Jahren hatten, und die völlige Integration der Zigeuner ist nur in einer historischen Perspektive erreichbar“ (Report 1996, S. 20).

## 5. LITERATURHINWEISE

A cigányok Magyarországon [Die Zigeuner in Ungarn]. Budapest 1999 (= Magyarország az ezredfordulón. Stratégiai kutatások a Magyar Tudományos Akadémián).

A Magyar Köztársaság Kormánya J/1397 számú beszámoló a Magyar Köztársaság területén élő nemzeti és etnikai kisebbségek helyzetéről [Bericht Nr. J/1397 der Regierung der Republik Ungarn über die Lage der auf dem Territorium der Republik Ungarn lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten]. Juni 1999. In: <http://www.meh.hu/nekh/Magyar/4-3.htm>

A Magyarországon 1893. január 31-én végrehajtott cigányösszeírás eredményei [Ergebnisse der in Ungarn am 31. Januar 1893 durchgeführten Zigeuner-Kon-skription]. Budapest 1895, Reprint Pécs 1992.

A magyarországi cigánykérdés dokumentumokban 1422-1985 [Die Zigeunerfrage in Ungarn in Dokumenten 1422-1985]. Hrsg. v. Barna Mezey. Budapest 1986.

Bánlaky, Pál: Cigánycsaládok vizsgálata [Untersuchung von Zigeunerfamilien]. Bu-dapest 1993.

Bernáth, Gábor: Áriák Auschwitzban [Arier in Auschwitz]. In: HVG 21 (1999), Nr. 31, S. 84-86.

Beszámoló a nemzeti és etnikai kisebbségi jogok országgyűlési biztosának tevé-kenységéről 2000. Január 1. - december 31. [Bericht über die Tätigkeit des Ombuds-mannes für nationale und ethnische Minderheiten, 1. Januar - 31. Dezember 2000]. In: <http://www.obh.hu/nekh/hu/beszam/2000/tartalom/tartalom.htm>

Bogdán, Béla: A cigány kisebbség rendszerváltás utáni helyzete a változások tükré-ben [Die Lage der Zigeuner-Minderheit nach dem Systemwechsel im Spiegel der Veränderungen]. In: Regio 4 (1993), Nr. 1, S. 115-120.

Böhm, Antal: Az önkormányzatiság megújulása Magyarországon (1990-1999) [Die Erneuerung der Selbstverwaltung in Ungarn 1990 - 1999]. In: Múltunk. Politikatör-téneti folyóirat 44 (1999), Nr. 4, S. 3-39.

Choli Daróczi, József: A magyarországi cigányság helyzete [Die Lage des Zigeuner-tums in Ungarn]. In: INFO-Társadalomtudomány 10/1989, S. 33-40.

Cigánykérdés a 20. század végi Magyarországon [Die Zigeunerfrage in Ungarn am Ende des 20. Jahrhunderts]. In: Regio 4 (1993), Nr. 1, S. 84-101. In deutscher Über-setzung in: Osteuropa 44 (1994), A 576 - A 586, und in: Ethnos - Nation 2 (1994), Nr. 2, S. 49-60.

Cigánylét [Zigeunerexistenz]. Hrsg. v. Ágnes Utasi u. Ágnes Mészáros. Budapest 1991.

Die Zigeuner in Ungarn - eine Minorität mit wenigen Chancen. In: Osteuropa 40 (1990), A 734 - A 743.

Forray R., Katalin; Hegedűs T., András: Cigány gyermekek szocializációja. Család és iskola [Sozialisation von Zigeunerkindern. Familie und Schule]. Budapest 1998.

Gordos, Ágnes: Fehéren feketén: esélyek és zsakutcák avagy a cigányság oktatásával és foglalkoztatásával kapcsolatos kérdések [Schwarz auf weiß: Chancen und Sackgassen oder Fragen im Zusammenhang mit Bildung und Beschäftigung der Zigeuner]. Budapest 1997 (= MTA PTI Etnoregionális Kutatóközpont Munkafüzetek 36).

Gyenei, Márta: A létminimum alatt - Jajhalom [Unter dem Existenzminimum – Jajhalom] In: Statisztikai Szemle 71 (1993), S. 16-31, 130-146.

Kádár, Zsuzsa: A 19. század végi magyarországi cigány társadalom [Die Zigeuner-Gesellschaft in Ungarn am Ende des 19. Jahrhunderts]. In: Regio 4 (1993), Nr. 1, S. 66-83.

Kemény, István: A magyarországi cigányság szerkezete a nyelvi változások tükrében [Die Struktur des Zigeunertums in Ungarn im Spiegel der sprachlichen Veränderungen]. In: Regio 10 (1999), Nr. 1, S. 3-15.

Kemény, István (Hrsg.): A magyarországi romák [Die Roma in Ungarn]. Budapest 2000.

Képek a magyarországi cigányság 20. századi történetéből [Bilder zur Geschichte des Zigeunertums in Ungarn im 20. Jahrhundert]. Hrsg. v. Péter Szuhay u. Antónia Barati. Budapest 1993.

Kovats, Martin: Az első Országos Cigány Kisebbségi Önkormányzat tevékenysége [Die Tätigkeit der ersten Landesselbstverwaltung der Zigeuner]. In: Regio 10 (1999), Nr. 1, S. 36-61.

Ladányi, János: A lakásrendszer változásai és a cigány népesség térbeni elhelyezkedésének átalakulása Budapesten [Änderungen des Wohnungssystems und die Umgestaltung der räumlichen Verteilung der Zigeunerbevölkerung in Budapest]. In: Valóság 32 (1989), Nr. 8, S. 73-89.

Ligeti, György; Varga, Ilona: Magyarországi cigányok [Zigeuner in Ungarn]. Budapest 1998.

Measures taken by the state to promote the social integration of Roma living in Hungary. Hrsg. v. Office for National and Ethnic Minorities. Budapest 2000.

Mihok, Brigitte: Ethnostratifikation im Sozialismus, aufgezeigt an den Beispielländern Ungarn und Rumänien. Frankfurt a. M., Bern, New York, Paris 1990 (= Ethnien - Regionen - Konflikte 3).

Molnár, Péter; Szegő, Szilvia: Cigányok Magyarországon [Zigeuner in Ungarn]. In: Társadalmi Szemle 50 (1995), Nr. 6, S. 68-83.

Pomogyi, László: Cigánykérdés és cigányügyi igazgatás a polgári Magyarországon [Die Zigeunerfrage und die Verwaltung von Zigeunerangelegenheiten im bürgerlichen Ungarn]. Budapest 1995.

Report on the Situation of the Gypsy Community in Hungary. Hrsg. v. Zsuzsa Farkas Szilágyi u. Antal Heizer. Budapest 1996.

Seewann, Gerhard: Zigeuner in Ungarn. In: Südosteuropa 36 (1987), S. 19-32.

Szabó, György: Die Roma in Ungarn. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte einer Minderheit in Ost- und Mitteleuropa. Frankfurt a. M., Bern, New York, Paris 1991 (= Studien zur Tsiganologie und Folkloristik 5).

Szuhay, Péter: A magyarországi cigányok kultúrája: etnikus kultúra vagy a szegénység kultúrája [Die Zigeunerkultur in Ungarn: ethnische Kultur oder Kultur der Armut]. Budapest 1999.

Tanulmányok „A cigányság társadalmi helyzetének javítását célzó hosszú távú stratégia alapkérdéseiről“ [Studien „Über die Grundfragen einer langfristigen Strategie zur Verbesserung der sozialen Lage des Zigeunertums“]. Hrsg. v. Nemzeti és Etnikai Kisebbségi Hivatal und Európa Tanács. Budapest 1999.

Zigeuner. In: Bibliographisches Handbuch der ethnischen Gruppen Südosteuropas. Hrsg. v. Gerhard Seewann und Péter Dippold. München 1997, Bd. 1, S. 545-568 (= Südosteuropa-Bibliographie Ergänzungsband 3).

**Géza Koronczai**

**Eine Armee hat man immer im Lande,  
entweder die eigene oder eine andere**

**Die Neuausrichtung der ungarischen Honvéd-Armee  
im Rahmen der NATO\***

**1. Politische Vorgaben zur Umgestaltung der Honvéd-Armee**

Nach Auflösung des bipolaren Weltsystems und der Wende in Ungarn begann der tiefgreifende Umwandlungsprozeß in der ungarischen Armee. Die ohnehin unumgängliche Reform der Streitkräfte wurde durch die demokratische Entwicklung des Landes, den generellen Anspruch auf Modernisierung und die gezielte Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft motiviert.

Vor den ersten, 1990 abgehaltenen freien Parlamentswahlen waren die bewaffneten Streitkräfte Ungarns von ideologischer Motivierung, überdimensionierter Größe und offensivem Charakter gekennzeichnet. Die Regierung der Republik Ungarn, die nach dem Zerfall des Sowjetblocks die Souveränität wiedererlangt hatte, setzte sich das Ziel, eine quantitativ kleinere, aber effizientere und moderne, defensiv ausgelegte nationale Armee zu schaffen.

**2. Umsetzung der politischen Vorgaben**

In den Jahren 1990 bis 1994 wurden die zur Verwirklichung der genannten Ziele notwendigen politischen und gesetzlichen Entscheidungen getroffen. So kam es zur Verabschiedung der Grundprinzipien der Sicherheitspolitik und der Landesverteidigung sowie des Landesverteidigungsgesetzes. Nach diesen Vorbedingungen wurde die Armee deutlich reduziert beziehungsweise abgerüstet, und zwar

- eine Verringerung um 57% bei den Panzerbataillonen (von 49 auf 21 Bataillone),
- als erste in der Region eine Abrüstung der vier mechanisierten Brigaden und – als erste in der Region – der taktischen Raketengruppen.

---

\* Anm. d. SL: Vortrag des Verteidigungs-, Heeres- und Luftwaffenattachés bei der Botschaft der Republik Ungarn in Berlin, des Oberstleutnants i. G. Dipl.-Ing. Géza Koronczai, am 8. Mai 2001 vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. im Collegium Hungaricum/Haus Ungarn.

Die Zeitdauer der Wehrpflicht wurde auf zwölf Monate gesenkt. Es kam zur Einführung des unbewaffneten sowie des Zivildienstes. Von September 1997 an beträgt die Wehrpflicht in Ungarn mit Waffen nur noch neun Monate, und derzeit wird die Einführung der sechsmonatigen Wehrpflicht geprüft (Tabelle 1).

**Tabelle 1:**  
**Grundwehrdienstzeit in Ungarn zwischen 1848 und 2002**

Jahr der Regelung	Grundwehrdienstzeit	Reservistendienstzeit
1848	4 Jahre	Nicht geregelt
1868	2 Jahre	2 bis 3 Wochen pro Jahr über einen Zeitraum von 12 Jahren
1890	2 Jahre	2 bis 3 Wochen pro Jahr über einen Zeitraum von 12 Jahren
1912	2 Jahre	zusammen 14 Wochen
1921	freiwillig 12 Monate	Nicht geregelt
1939	2 Jahre, danach 1 Jahr Dauerurlaub	zusammen 20 Wochen
1947	1 Jahr	Nicht geregelt
1951	bis Gefreiter 2 Jahre, in höheren Dienstgraden 3 Jahre	Nicht geregelt
1960	maximal 3 Jahre	24 Monate
1976	2 Jahre	12 Monate
1980	1,5 Jahre	12 Monate
1989	1 Jahr	10 Monate
1993	1 Jahr	4 Monate
1997	9 Monate	4 Monate
2002	6 Monate	3 Monate

Auch die Feldgeistlichen nahmen ihre Tätigkeit auf. Es fand eine deutliche Entwicklung in den internationalen Beziehungen der ungarischen Armee statt. Die Ausbildung von Berufsoffizieren an westlichen militärischen Lehreinrichtungen nahm ebenfalls ihren Anfang, was in bedeutendem Maße zur Veränderung der Betrachtungs- und Denkweise beitrug.

Die Umgestaltung der ungarischen Honvéd-Armee wurde von dem im Juli 1994 verabschiedeten Regierungsprogramm – bei gleichzeitiger Betonung der Beitrittsabsicht zur NATO – auf neue Grundlagen gestellt und beschleunigt. Die erste, überwiegend auf die quantitative Veränderung ausgerichtete Phase der Umgestaltung der Armee wurde Ende 1997 mit beachtlichen Re-

sultaten abgeschlossen. Mehr als 50% der militärischen Organe und mehr als 100 militärische Objekte der damalig 155.700 Mann starken Armee wurden aufgelöst (Tabelle 2).

**Tabelle 2:**  
**Verringerung der Mann-Stärken**

1989	Ungarische Volksarmee	155.700 Mann
1992	Honvéd-Armee	100.000 Mann
1999	Honvéd-Armee	61.500 Mann
Bis 30. Juni 2001	Honvéd-Armee	45.000 Mann

Als Resultat der Reformmaßnahmen kam es auch zu wesentlichen strukturellen und organisatorischen Veränderungen, welche die Fähigkeit der Armee zur multilateralen Zusammenarbeit stärkten. Am 1. September 1997 wurden der Vereinigte Generalstab der Honvéd-Armee und auch die Generalstäbe der Teilstreitkräfte errichtet. Als ganz neue organisatorische Einheit entstand das Logistische Hauptdirektorat.

Es wurde mit der Umwandlung der regulären, auf Wehrpflicht basierenden Streitkräfte in eine Armee mit kombiniertem System begonnen, die aus Freiwilligen und Wehrpflichtigen besteht. Im November 1997 trat das neue Ausbildungssystem für Wehrpflichtige in Kraft. Dementsprechend verbringen die eingezogenen Wehrpflichtigen die ersten drei Monate ihres Wehrdienstes in zwei nationalen Ausbildungszentren, die sich in insgesamt vier Garnisonen befinden, wo sie die Grundausbildung sowie ihre individuelle Fachausbildung erhalten. Danach folgt in den jeweiligen Truppenteilen die Ausbildung auf Zug-, Kompanie- und Bataillonsebene. Der professionelle Charakter der Streitkräfte wurde verstärkt, und der Anteil der sich vertraglich verpflichtenden Freiwilligen nahm zu.

### **3. Struktur der Honvéd-Armee und Aufgaben der Teilstreitkräfte**

Die ungarische Honvéd-Armee besteht aus zwei Teilstreitkräften, dem Heer und der Luftwaffe. Die Streitkräfte sind in drei Hauptkategorien gegliedert, und zwar in

- Reaktionskräfte,
- Hauptverteidigungskräfte und
- Verstärkungskräfte.

Zu den **Reaktionskräften** gehören die Sofortbereitschafts- und Schnellreaktionskräfte, die für den Kampfeinsatz auch in Friedenszeiten zur Verfügung stehen. Aufgabenbereiche der Reaktionskräfte sind Aufklärung, Bereitschaftsdienst, Teilnahme am Krisenmanagement, Erfüllung der internationalen Verpflichtungen und Teilnahme an Hilfsaktionen im Falle von Naturkatastrophen.

Zu den Reaktionskräften gehören hochpräzise Sofort- und Schnellreaktionskräfte aus den Reihen von Heer und Luftwaffe, welche die Fähigkeit besitzen, in einheimischer Umgebung selbständig oder im Ausland als Teil internationaler Verbände an militärischen Operationen teilzunehmen.

In den Reaktionsverbänden leisten überwiegend Berufs- und Zeitsoldaten Dienst. Jedoch wird zwecks Erfüllung der militärischen Grundaufgaben und der Aufgaben nationaler Unterstützung auch die Wehrpflicht mindestens mittelfristig bestehen bleiben.

Die weiteren Aufgaben bezüglich der Landesverteidigung betreffen die **Hauptverteidigungsverbände**. Zu diesen gehören Kampf-, Kampfsicherungs- sowie territoriale Verteidigungs- und Reservetruppen, welche in erster Linie in einheimischer Umgebung selbständig oder in multinationalem Rahmen an militärischen Operationen teilnehmen können. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Sicherung von NATO-Truppenteilen im eigenen Land sowie deren Unterstützung. Die für diese Aufgaben designierten Truppen werden bei uns „nationale Empfangsverbände“ genannt.

Die **Verstärkungskräfte** haben die Funktion, bestimmte Objekte zu schützen und den Personalverlust zu ersetzen.

Daneben ist noch erwähnenswert, daß sich die Konzeption für die Aufstellung der **Nationalgarde** in der Ausarbeitungsphase befindet.

#### 4. Interoperabilität mit der NATO

Die Verwirklichung der Interoperabilität der Armee mit der NATO nahm praktisch mit der Teilnahme am Friedenspartnerschaftsprogramm ihren Anfang. Die Republik Ungarn schloß sich 1994 dem Programm „Partnership for Peace“ (PPP) der NATO an und verpflichtete sich auf Grund dessen Zielsetzung zur

- Verwirklichung der Transparenz des Militärhaushaltes,
- Stärkung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte,
- Teilnahme an gemeinsamen Militärübungen im Bereich der Friedenserhaltung,
- Entwicklung der Fähigkeit zur gemeinsamen Tätigkeit mit NATO-Truppen auf dem Gebiet der Friedenserhaltung, der Such- und Rettungsaktionen und der humanitären Tätigkeiten usw.

Ungarn nahm und nimmt weiterhin an den verschiedenen Veranstaltungen des PPP teil. Dies hat bis 1999 wesentlich zur Vorbereitung des NATO-Beitritts beigetragen.

Die NATO kam viel früher nach Ungarn, als Ungarn der NATO beitreten konnte. Ungarn – das mit keinem NATO-Staat eine gemeinsame Grenze hat, wohl aber mit der Krisenregion Balkan – arbeitete von Anfang an aktiv

und konkret mit der NATO auf deren Bitten bei der Friedensschaffung auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens zusammen. Die Meilensteine sind

- die Öffnung des ungarischen Luftraums für AWACS-Maschinen der NATO ab 1992, damit die Flugverbotszone über Bosnien-Herzegowina beobachtet und kontrolliert werden konnte;
- die Sicherung der Transitrouten, der provisorischen Stationierung von Einheiten der an IFOR und SFOR teilnehmenden Nationen in Ungarn und deren Materials in Folge der Anwendung und Umsetzung des Friedensvertrages von Dayton. Im einzelnen passierten die ungarische Grenze oder nutzten den ungarischen Luftraum seit 1995:
  - über 170.000 Soldaten,
  - 4.000 Kampfflugzeuge,
  - 1.200 Züge,
  - 70.000 Kampf- und Transportfahrzeuge.
- Leistungen des Gastlandes an die provisorisch in Ungarn stationierten IFOR/SFOR-Einheiten:
  - Nutzung der verschiedenen militärischen Anlagen in Taszár, Kaposvár, Pécs und Táborfalva,
  - Sicherung verschiedener Dienstleistungen, zum Beispiel des ungarischen Luftraums, von Funkfrequenzen, der Flugkontrolle usw., damit die NATO ihre Aufgaben erfüllen konnte,
- Beteiligung der ungarischen Armee an IFOR/SFOR/KFOR-Operationen.

Die Teilnahme der Honvéd-Armee an verschiedenen internationalen Friedensmissionen ist als Erfolg zu bezeichnen. So sind 698 Mann zur Friedenssicherung im Ausland stationiert (Tabelle 3).

Im IFOR/SFOR-Einsatz hat sich das ungarische Pionierbataillon im kroatischen Okučani einen guten Ruf erworben. Die ungarischen Soldaten

- errichteten oder reparierten
  - 30 Brücken (Gesamtlänge 2.100 Meter),
  - 27 Hubschrauberlandeplätze,
  - 67 km Eisenbahnstrecken,
- räumten
  - Minen auf 200.000 qm Gesamtfläche,
- unternahmen
  - 2.200 Taucheinsätze der Flußpioniere (unter anderem bei der von Kroaten zerstörten Stari Most – Alten Brücke – in Mostar)

in den vergangenen fünf Jahren.

Im Kosovo ist ein kleines Wachbataillon beim Hauptquartier in Priština stationiert. Daneben gibt es eine ungarische UN-Kompanie auf Zypern, den UN-Zug in Ägypten und Beobachter in verschiedenen Krisenregionen.

**Tabelle 3:**  
**Friedenssicherung in Auslandseinsätzen**

Einsatzgebiet (Stadt)	Im Rahmen der Tätigkeit der folgenden Organisation				Einsatzstärke ungarischer Kräfte
	UNO	NATO	MFO	OSZE	
Ägypten: Sinai- Halbinsel			41		41
Bosnien (Sarajevo)				3	3
Georgien (Suchumi)	7 (UNOMIG)				7
Georgien (Tiflis)				1	1
Irak/Kuwait	5 (UNIKOM)				5
Kosovo (Priština)	1 (UNMIK)				1
Kosovo		323 (KFOR)			323
Kroatien (Zagreb)/ Bosnien (Sarajevo)		207 (MMK- SFOR)			207
Pakistan Kaschmir	1 (UNMOGIP)				1
Zypern (Nikosia)	109 (UNFICYP)				109
	<b>123</b>	<b>530</b>	<b>41</b>	<b>4</b>	<b>698</b>

### 5. NATO-Mitgliedschaft

Seit dem 12. März 1999 ist Ungarn Mitglied der NATO. Vor dem Beitritt fand eine Volksabstimmung statt, an der mehr als 49% aller Wahlberechtigten teilnahmen. Von diesen stimmten 85,53% für den NATO-Beitritt. Auch bei heutigen Meinungsumfragen wird ein ebenso günstiges Ergebnis erzielt.

Mit der NATO-Mitgliedschaft haben sich die Türen der verschiedensten Hauptquartiere der Allianz für die Soldaten der ungarischen Honvéd-Armee geöffnet. Wir können die dort angebotenen Posten zu einem immer größer werdenden Prozentsatz besetzen. Anfang 2000 waren es nur 35%, Ende 2000 schon 71%, und 2001 werden 99% erreicht. In den nationalen Dienstposten in Brüssel, Mons und Neapel haben wir zusammen 50 Personen ein-

gesetzt. In NATO-Dienststellen in Norfolk, Brüssel, Mons, Brunssum, Ramstein, Rheindahlen, Kalkar, Heidelberg, Neapel, Verona, Poggio Renatico, Rom, Izmir, Larissa, Madrid und Eskişehir arbeiten 72 Personen, ferner ein Offizier bei der WEU in Brüssel. Insgesamt sind das 123 Personen bei internationalen Stäben, darunter auch vier Generäle (ein Drei-Sterne- und drei Ein-Sterne-Generäle). 2002 kommt noch ein Brigadegeneralsdienstposten im Bereich Sanitätswesen im Rotationsprinzip hinzu.

Die bisherigen Erfahrungen unserer NATO-Mitgliedschaft bekräftigen die Richtigkeit unserer Entscheidung. Im Laufe des Kosovo-Konflikts hat sich bestätigt, daß wir heute über Sicherheitsgarantien verfügen, die wir auf keine andere Weise erreichen könnten. Wir sind an der Kooperation im Bündnis sowohl im juristischen als auch im praktischen Sinne voll und ganz beteiligt. Die Erfahrungen der Kosovo-Krise zeigen, daß Ungarn effizient mit seinen Verbündeten zusammenarbeiten kann.

Durch die Erweiterung des Bündnisses wurde die Stabilitätsregion in Europa erweitert. Unsere Verantwortung für die Festigung der Sicherheit in Europa ist gewachsen. Als NATO-Mitglied kann Ungarn noch stabilisierender auf sein unmittelbares Umfeld wirken. Die vergangenen zwei Jahre bewiesen, daß unsere NATO-Mitgliedschaft mit unseren nationalen und nachbarschaftspolitischen Bestrebungen im Einklang steht. Unsere Mitarbeit im Bündnis ist unseren Nachbarn ebenso von Vorteil und fördert die Entwicklung jener Bedingungen, unter denen auch die Interessen der ungarischen Minderheit in den Nachbarländern besser zur Geltung kommen können.

Es scheint unbescheiden zu sein, aber es ist wahr, daß die transatlantische Solidarität durch den Beitritt der mitteleuropäischen Länder Polen, Tschechien und Ungarn gefestigt wurde. Mit unserem Beitritt wurde gleichzeitig auch die Absicht unterstützt, innerhalb des Bündnisses das Engagement der europäischen Mitglieder zu erhöhen; andererseits wurde die Glaubwürdigkeit der „Politik der offenen Tür“ des Bündnisses wahrhaft verstärkt. Sie verleiht den beitragswilligen Staaten einen weiteren Ansporn.

Nach den zuvor genannten, ausdrücklich guten Erfahrungen möchte ich auf die noch zu lösenden Probleme eingehen. Die neuen Herausforderungen in der NATO, die Lehre aus dem Kosovo-Konflikt, die DCI (Defence Capacity Initiative), das „European Headline Goal“ – das über allem stehende Ziel – des Beitritts zur Europäischen Union und nicht zuletzt die Finanzierbarkeit der Armee haben die ungarische Regierung gezwungen, eine Bestandsaufnahme – wie in der deutschen Bundeswehr – zu veranlassen. Die Ergebnisse dieser Analyse haben uns darauf aufmerksam gemacht, daß trotz der enormen Umstrukturierung der Armee die Reform noch nicht abgeschlossen werden kann, sondern weitere Maßnahmen erforderlich sind:

- es gibt noch immer zu viele kleine Standorte, die in Friedenszeiten nicht genug ausgefüllt sind;

- die Führungsorganisation ist verhältnismäßig groß;
- das Personal ist oft nicht genug motiviert;
- es gibt zu viele Offiziere und zu wenig Unteroffiziere;
- die technische Ausrüstung stammt vom Osten und ist zum Teil veraltet;
- die Finanzierbarkeit der Armee ist schwer zu sichern.

Zur Beseitigung dieser Mängel erarbeiteten das Ministerium für Landesverteidigung und die Honvéd-Armee einen bis 2010 reichenden Modernisierungsplan, den das Parlament im Beschluß Nr. 61 im Jahre 2000 billigte. Die tiefgreifende Reform wird in drei Abschnitten durchgeführt. In der ersten Phase von 2000 bis 2003 werden die neue Struktur, die neue Standortverteilung (die sogenannte Dislozierung) und die geplanten Personalverhältnisse ausgeformt, und die Anziehungskraft der Armee wird erhöht. In der anschließenden, bis 2006 dauernden Phase werden die Programme für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsumstände die Hauptrolle spielen. Noch in dieser Zeit wird das Niveau von Einsatzbereitschaft und Ausbildung erhöht, und die Beschaffung der neuen Wehrtechnik beginnt. In der letzten Etappe von 2006 bis 2010 werden wir uns auf die technische Modernisierung konzentrieren.

Auf der Basis dieser Grobplanung wurde die Feinplanung der ersten Phase durchgeführt, und jetzt läuft die Verwirklichung dieses Planes. Bis Juni 2001 werden wir die Reduzierung beenden, die Gesamtstärke des Verteidigungsressorts sinkt auf 45.000 Soldaten und Zivilbedienstete. Der Generalstab wurde ins Ministerium integriert; die Heeres- und Luftwaffengeneralstäbe werden in das Korpskommando der Landstreitkräfte oder das Kommando der Luftstreitkräfte umgestaltet; die Divisionsebene wird völlig abgeschafft, so daß die neue Kommandoorganisation direkt die Brigaden führt. Mit diesen Maßnahmen wird der Personalbestand der Führungsorganisation bis Mitte 2001 um 40% gesenkt. Die bis Mitte 2001 zu erreichende Organisationsstruktur der Honvéd-Armee ergibt sich aus dem Diagramm 1.

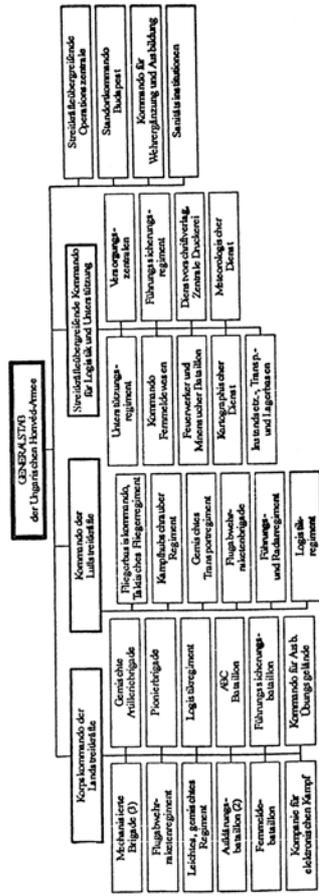
Die Organisationen, die keine direkte militärische Funktion hatten, wurden oder werden vom Bestand der Armee getrennt. So wurde zum Beispiel das „Honvéd Kultur-Ensemble“ einem anderen Ressort übergeben; der ganze Liegenschaftsbetrieb der Streitkräfte wird von einer zivilen Aktiengesellschaft verwaltet; die militärischen Zeitungen sind in gemeinnützige Gesellschaften umgewandelt worden usw.

Von 2000 bis Mitte 2001 werden wir alles in allem noch ca. 15.600 Personen abbauen und 108 militärische Objekte abgeben. Diese Aufgaben sind schon mehrheitlich erfüllt. Das ist übrigens ein ganz ähnlicher Prozeß, wie er in der deutschen Bundeswehr im Gange ist: Dies ist kein Zufall, weil es auf ähnliche Herausforderungen auch ähnliche Antworten geben muß. Der Unterschied zwischen der Friedens- und der Kriegsstärke wird wesentlich

Diagramm 1:  
Struktur der ungarischen Honvéd-Armee am 30. Juni 2001

Diagramm 1:  
Struktur der ungarischen Honvéd-Armee am 30. Juni 2001

Die Struktur der Ungarischen Honvéd-Armee  
30.06.2001



kleiner, das heißt die Armee wird ohne Mobilmachung über bessere Fähigkeiten verfügen. Dieser Neuaufbau der Streitkräfte braucht auch ein Humankonzept, das die Personalarbeit und das Ausbildungssystem auf neue Grundlagen setzt, und mit der Verwirklichung des Prinzips „nach oben oder nach außen“ wird die Dienstgradpyramide wiederhergestellt.

<b>Personeller Bestand</b> (Zusammensetzung in %)	<b>31. Mai 2000</b>	<b>30. Juni 2001</b>	<b>Veränderung in % 2001 zu 2000</b>
Offiziere	16%	15%	./ 6,25%
Unteroffiziere	18%	24%	+ 33,33%
Zeitsoldaten	10%	17%	+ 70,00%
Grundwehrdienstleistende	39%	33%	./ 15,38%
Zivilangestellte	17%	11%	./ 35,29%
<b>Summe</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	

Es sollen abschließend noch die zielgesetzten Prioritäten der technischen Modernisierung kurz aufgelistet werden. Sie umfaßt drei Etappen, und die einzelnen Etappen enthalten:

1. Etappe: - Fernmeldewesen und Informatik zur Führungsunterstützung  
- Navigations- und Lichttechnik zur Flugsteuerung  
- Feind-Freund-Kennungssysteme
2. Etappe: - Fortsetzung des Kraftwagen-Programms  
- Fortsetzung der Modernisierung der Flughäfen
3. Etappe: - Beschaffungen:  
für den Bereich der elektronischen Kampfgeräte,  
für Pionier-, ABC- und Sanitätswesen, für Logistik.

Schließlich gehört zur 3. Etappe die der politischen Entscheidung vorbehaltene Beschaffung von Kampfflugzeugen und Luftverteidigungsraketen großer Reichweite.

Wenn wir diesen zehn Jahre dauernden Entwicklungsprozeß mit Erfolg hinter uns haben, werden wir den Mittelwert der militärischen Leistungsfähigkeit aller Bündnispartner erreicht haben.

Insgesamt können wir feststellen, daß wir in der NATO die beste Lösung gefunden haben. Die ungarische NATO-Mitgliedschaft wird die Zukunft des Landes, die Sicherheit der in Ungarn lebenden Menschen und die Anbindung an die entwickelten Nationen für Generationen bestimmen.

István A. Mustó

## **Globalisierung und kleine Länder mit besonderem Hinweis auf die Erfahrungen Ungarns\***

### **Ein neuer Begriff für ein altes Phänomen?**

Globalisierung ist ein neues Wort für eine alte Erscheinung. Das Wort beschreibt einen sich beschleunigenden autokatalytischen Prozeß, der vor sehr langer Zeit begann. Es wäre schwer zu sagen: wann genau.

Lag der Anfang bei der unaufhaltsamen Expansion des Römischen Reiches? Oder 1492, als Kolumbus die Neue Welt entdeckte, die dann nicht nur von portugiesischen und spanischen Konquistadoren erobert und ausgebeutet, sondern auch mit Haut und Haaren in das damalige politische und wirtschaftliche System der Eroberer integriert wurde? Oder 1648, als durch den Westfälischen Frieden verbindliche Grenzen gezogen, das Prinzip der modernen Staatlichkeit geschaffen und damit auch die Zwischenstaatlichkeit, die Internationalität, das Völkerrecht als allgemein anerkannte Basis für die Regelung der gegenseitigen Beziehungen von Ländern etabliert wurden? Oder um die Wende zum 20. Jahrhundert, von 1880 bis etwa 1912, als die Welt mit einem dichten Netz von Eisenbahnen und den ersten Mitteln der Telekommunikation überzogen wurde, was eine rasante Entwicklung des Transportwesens, des weltweiten Informationsaustausches und des internationalen Handels ermöglichte?

Nach den Rückschlägen der beiden Weltkriege erhielt dieser Prozeß eine neue Dimension. Durch Synergieeffekte und sich selbst verstärkende – autokatalytische – Entwicklungen bekam der Prozeß der globalen Öffnung und der Genese der transnationalen Beziehungsgeflechte eine neue Qualität.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist eine polyzentrische Weltgesellschaft entstanden. Viele, die Menschheit unmittelbar tangierende Probleme sind transnational, die von einzelnen Staaten, für sich allein, nicht gelöst werden können: Klimaänderungen, Währungskrisen, Terrorismus, Drogenhandel, um nur einige zu nennen. Transnationale Gemeinschaften sind entstanden, wie Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen oder auch Anti-Globalisie-

---

\* Anm. d. SL: Überarbeiteter und erweiterter Beitrag als Einführung zum Vortrags- und Diskussionsabend der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. „Die Nation in der Globalisierung – Chancen und Gefahren am Beispiel Ungarns“ mit S. E. Gergely Pröhle, dem Botschafter Ungarns in der Bundesrepublik Deutschland, und Prof. Dr. Stefan Mustó am 19. März 2001 in der Europäischen Akademie, Berlin.

rungsbewegungen, die spontan oder per Internet gesellschaftliche Gruppen und deren Mitglieder im virtuellen Raum miteinander verbinden. Transnationale Strukturen haben sich herausgebildet: Man denke an multinationale Konzerne, an die globalen Finanzmärkte oder auch die globalisierten Informations- und Kommunikationsstrukturen, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben. Im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich übernahmen einzelne transnationale Regime die Regelungsfunktion, die in den letzten Jahrhunderten ein Privileg souveräner Nationalstaaten waren: Es genügt, auf die Regelungen der Welthandelsorganisation WTO für den internationalen Handel, die Agenda 21 für den Umweltbereich oder die Entwicklungs-, Assoziations und Kooperationspolitik der Europäischen Union zu verweisen. Transnationale Institutionen wie etwa die UNO, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds oder die NATO haben sich im finanziellen und militärischen Bereich weltweite Kompetenzen angeeignet und entsprechende Steuerungs- und Regelungsaufgaben übernommen.

Dieser Prozeß hat die traditionellen Strukturen und Spielräume des Nationalstaates, der wirtschaftlichen Akteure und der Zivilgesellschaften radikal verändert. Über diese Veränderungen ist in den letzten Jahren eine Fülle von Veröffentlichungen erschienen, die in diesem kurzen Beitrag weder dargestellt noch kommentiert werden können. Im folgenden beschränke ich mich auf drei Aspekte des Themas. Erstens skizziere ich einige von den unzähligen, zum großen Teil paradox anmutenden Erscheinungen und Folgen des Globalisierungsprozesses. Zweitens wird die Frage aufgeworfen, wie dieser Prozeß die autonomen politischen und wirtschaftlichen Spielräume kleiner Länder beeinflusst, und in welcher Weise diese kleinen Länder auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren können. Schließlich soll auf die bisherigen, zugegebenermaßen vorläufigen Erfahrungen Ungarns mit der Eingliederung in die globale Welt Bezug genommen werden.

### **Das Ende des Territorialprinzips**

Die Globalisierung hat dem sogenannten Territorialprinzip ein Ende gesetzt. Jahrtausendlang war wirtschaftliche Produktion ortsgebunden. Landwirtschaftliche Produktionsflächen waren räumlich nicht transferierbar; die industrielle Produktion entstand in räumlicher Abhängigkeit von Rohstoffen, Energieträgern, verfügbaren Technologien, Absatzmärkten. Vor hundert Jahren war die europäische Bevölkerung noch überwiegend im primären Produktionsbereich tätig, also im strengen Sinne ortsgebunden. Territorium bedeutete Macht, Prestige, wirtschaftliches Potential zugleich. Seit Anfang der Menschheitsgeschichte wollten Gemeinschaften, Gesellschaften und Staaten ihr Territorium ausdehnen: durch Eroberungskrieg, politische und wirtschaftliche Expansion, diplomatische Einflußnahme, Annexion. Der Boden, zumal der eigene, wurde zum Quasi-Heiligtum hypostasiert, das es um jeden Preis zu verteidigen, möglichst zu erweitern galt.

Heute sind, zumindest in Westeuropa, nicht mehr als drei bis vier Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, die ihrerseits die Gesamtbevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen und darüber hinaus teilweise enorme Überschüsse erzeugen. Selbst dieser Sektor ist nicht mehr völlig ortsgebunden, da ein großer Teil des landwirtschaftlichen Erzeugungsapparates aus sogenannten Agrarfabriken besteht, deren Produktion im Prinzip räumlich verlagert werden kann. Seit Produktionsprozesse unter zunehmend künstlichen Bedingungen ablaufen und zahlreiche Rohstoffe in steigendem Maße durch synthetische Erzeugnisse ersetzt werden können, ist die Ortsgebundenheit der Produktion weitgehend aufgehoben. Kommunikationstechnologie, Flugverkehr, Mobilität der Produktionsfaktoren reduzieren die frühere teilweise reale, teilweise idealisierte Bedeutung des Raumes, des Territorialprinzips also, zunehmen. Wirtschaftliche Produktion ist prinzipiell fast überall möglich, wo entsprechende Voraussetzungen vorliegen und die politischen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen stimmen. Dies alles hat weitreichende Konsequenzen.

Räume, Territorien waren jahrhundertlang gemeinschaftsbildende, identitätsstiftende Faktoren. Sie stellten den physischen Rahmen für die Herausbildung einer gemeinsamen Sprache, Kultur, Geschichte dar. Aus diesen Gemeinsamkeiten erwuchsen die Nationen im modernen Sinne. Die Basis der gemeinsamen Kultur und der daraus folgenden, subjektiv empfundenen gemeinsamen Vergangenheit und Zukunft war das örtlich und kontinuierlich bedingte Zusammenleben. Dies ändert sich in zunehmendem Maße: Neben der identitätsstiftenden Funktion des gemeinsamen Territoriums entstehen konkurrierende gemeinschaftsbildende Alternativen.

Nachbarschaft ist nicht mehr ein entscheidendes Kriterium für die Herausbildung kollektiver Identitäten. Nachbarn in den anonymen Wohnblöcken der Großstädte bleiben oft lebenslange Unbekannte, während neue, virtuelle oder reale Gemeinschaften durch weltweite Geschäftsverbindungen, gemeinsame Interessen, räumlich globalisierte Arbeitsteilung via E-mail, Internet oder auch andere Kanäle des Transport- und Kommunikationswesens entstehen. Wo die Zahl von Individualisten, Singles und Narzißten kontinuierlich steigt, verlieren auch Blutsverwandtschaften ihre frühere gemeinschaftsbildende Funktion. Durch die Globalisierung wird die Welt zunehmend atomisiert, die Atome erhalten wiederum freie Bahn für neue, im Prinzip beliebige, vielfach durch Attraktoren vorgezeichnete Verbindungen.

### **Scheinbare Paradoxien**

Die Globalisierung ist keine Einbahnstraße. Sie hat auch einen Gegenverkehr. Sie ist ein äußerst komplexer Vorgang der Auflösung alter und der Ausbildung neuer Strukturen. Deshalb ist sie nicht frei von scheinbaren, teils auch realen Widersprüchen. Von den unzähligen solcher Paradoxien sollen hier nur einige besonders charakteristische erwähnt werden.

Erstens erleben wir die Gleichzeitigkeit und Parallelität von transnationaler Integration und nationaler Desintegration. Einerseits werden die letzten weißen Flecken dieser Welt, ihre Bestandteile, Eigenschaften und Manifestationen in das weitgehend vereinheitlichte Weltwirtschaftssystem integriert. Es geht nicht nur um physische, sondern auch und vor allem um ideale und virtuelle Größen, sofern sie in irgendeiner Weise kommerzialisierbar sind. Fest in das System eingegliedert und handelbar sind nicht nur Waren, Dienstleistungen und Finanzkapital, sondern auch Rechte, Patente, Optionen, Ideen, Informationen, menschliche Organe, genetische Manipulationen und all dies und vieles mehr grundsätzlich grenzüberschreitend.

Durch zunehmende Bevölkerungsdichte und Verdichtung des Transport- und Kommunikationsnetzes verzeichnen die Verbindungskanäle ein exponentielles Wachstum: Damit werden die Wirkungen lokaler Ereignisse im globalen Raum immer weiter transportiert. Die Probleme, die Wirkungen werden global und sind der Lösung oder dem Management auf lokaler oder nationaler Ebene nicht mehr zugänglich. Es sind immer mehr Probleme, die nur noch transnational – wenn überhaupt – gelöst oder zumindest kontrolliert werden können. Die Kompetenzen und Spielräume von Nationalstaaten befinden sich in einem Erosionsprozeß.

Andererseits entstehen neue Strukturen und neue, expandierende Handlungsspielräume auf der transnationalen Ebene wie auch innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens. Viele Nationalstaaten übertragen große Teile der traditionellen Kompetenzen auf überstaatliche Institutionen; es bilden sich vornehmlich wirtschaftliche, aber auch politische Integrationsstrukturen wie die Europäische Union, NAFTA, Mercosur, SADC, Asean oder im sicherheitspolitischen Bereich die NATO. Mehrere Politikbereiche wie im Falle der Agrar-, Wettbewerbs- oder Außenhandelspolitik in der EU sind vergemeinschaftlicht, das heißt der nationalstaatlichen Steuerung sehr weitgehend entzogen. Ein wachsendes Spektrum von anderen Politikfeldern, wie zum Beispiel Umwelt- oder Entwicklungspolitik, wird von international verbindlichen Konventionen geregelt. Staaten werden international rechenschaftspflichtig: Man denke an die Zuständigkeiten des internationalen Tribunals in Den Haag oder an die als „politischen Dialog“ bezeichnete Konditionalität, die von den internationalen Finanzinstitutionen oder auch der EU auf dem Gebiet ihrer Beziehungen mit den Ländern des Cotonou-(Lomé-)Abkommens praktiziert wird.

Gleichzeitig werden die Nationalstaaten auch von innen aufgeweicht. In den letzten Jahrzehnten wurden zahlreiche zentralistische Strukturen aufgebrochen; viele Regionen erhielten oder erkämpften sich weitgehende Autonomien; Organisationen der Zivilgesellschaft – die sogenannten NGOs – sind dabei, einen wachsenden Einfluß auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen auszuüben. Auch die zivilgesellschaftlichen Bewegungen organisieren sich vornehmlich transnational: Es genügt, auf Greenpeace,

Amnesty International oder an die national bunt zusammengewürfelte Anti-Globalisierungsbewegung in Seattle, Göteborg oder Genua hinzuweisen.

Die Folge ist, daß unter diesem doppelten Druck von oben und unten eine Erosion der staatlichen Gewalt stattfindet. Die Staaten geben Zuständigkeiten an übernationale Institutionen und an zivilgesellschaftliche Organisationen oder Interessengruppen ab, nicht aus Bescheidenheit, Selbstbeschränkung oder Wohlwollen, sondern auf Grund der klaren Einsicht, daß globale Probleme durch globale Strukturen und zivile Probleme durch zivile Institutionen besser gelöst werden können. Durch freiwilligen oder unfreiwilligen Souveränitätsverzicht versuchen die Nationalstaaten ihre eigenen Einflußmöglichkeiten und Handlungsspielräume auszuweiten. Europas Regierungen haben klar erkannt, daß ihr weltpolitisches und weltwirtschaftliches Gewicht erheblich größer ist, wenn sie nicht einzeln, sondern einheitlich mit einer gemeinsamen Position auftreten. Diese Erosion der traditionellen nationalstaatlichen Gewalt erzeugt nach innen ein Machtvakuum, das durch den wachsenden Einfluß der wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgefüllt wird.

Die Konturen einer künftigen, neu strukturierten Hierarchie von Entscheidungsbefugnissen und Kompetenzen in einer globalisierten Weltgemeinschaft sind heute noch nicht sichtbar. Es sind zu viele Paradoxien, die eine Orientierung erschweren. Allein die Tatsache, daß die Globalisierungsgegner ihrerseits ebenfalls global agieren und sich der gleichen Instrumente des weltweiten Informations-, Kommunikations- und Transportnetzes bedienen wie ihre erklärten Gegner, zeugt von der Komplexität und zugleich der Ambivalenz der im Entstehen begriffenen Strukturen. Auch die Wirtschafts- und Finanzmärkte, die globalsten unter allen transnationalen Strukturen, zeigen ein ambivalentes Verhältnis zum Nationalstaat.

Transnationale Konzerne – Sündenböcke der Globalisierungsgegner – sind an einem schlanken und sich selbst beschränkenden Staat interessiert, das heißt an einem Staat, der schlank ist und sich selbst beschränkt, aber weiterhin Staat bleibt. Er soll schlank sein, um die Mobilität und die profitorientierten Aktivitäten der Unternehmen nicht zu behindern. Er soll aber Staat bleiben, um für stabile Rahmenbedingungen, transparente Regelungen und spezifische Standortvorteile zu sorgen. Es sind nämlich diese spezifischen Bedingungen, die jene kleinen oder großen Unterschiede ausmachen, die über Wechselkurse, Zinsdifferenzen, Subventionskriterien und ähnliche Mechanismen den Fluß des Investitions- und Finanzkapitals in Bewegung halten. Heute sind es etwa 35.000 transnationale Konzerne mit ca. 450.000 Niederlassungen weltweit, die zwei Drittel des Welthandelsvolumens kontrollieren, davon 50% innerhalb dieser Unternehmen selbst. Sie sorgen für die Dynamik der Weltwirtschaft. Die Umsätze einiger transnationaler Firmen sind größer als das Bruttoinlandsprodukt mittlerer Industriestaaten. Ohne sie oder gar gegen die Interessen dieser Global Players sind heute po-

litische und wirtschaftliche Reformen oder weiterreichende Entscheidungen schwer, wenn überhaupt, durchsetzbar.

Die weltweite Verflechtung der Wirtschafts- und Finanzmärkte impliziert einerseits große Risiken, wie dies am Beispiel der südostasiatischen oder lateinamerikanischen Krisen deutlich geworden ist. Andererseits sorgt diese Verflechtung für eine gewisse Stabilität in dem Sinne, daß kriegerische Auseinandersetzungen oder akute Konflikte zumindest zwischen den hochentwickelten Industrieländern immer unwahrscheinlicher werden. Würde beispielsweise Japan – wie damals in Pearl Harbour – die USA angreifen, würde es damit seine eigenen Anlageinvestitionen in den USA in Höhe von weit über 500 Milliarden Dollar vernichten.

### **Gewinner und Verlierer**

Die Gewinner der Globalisierung sind Akteure und Institutionen der Privatwirtschaft, indirekt also auch Anleger, Aktionäre, demzufolge theoretisch und potentiell alle Bürger. Verlierer sind jene Gruppen, die in diesem Global Play nicht mithalten können und daher auf öffentliche Fürsorge oder Hilfe angewiesen sind. Es läßt sich daher feststellen: Die Globalisierung fördert tendenziell privaten Reichtum und öffentliche Armut.

Für die Risiken und negativen Folgen des Globalisierungsprozesses, wie Unternehmenszusammenbrüche infolge einer verschärften Konkurrenz oder erhöhte Arbeitslosigkeit infolge von Rationalisierung oder Produktionsverlagerung, muß jene staatliche Politik geradestehen, deren Handlungsspielraum gerade durch die Globalisierung im Schrumpfen begriffen ist. Während die Gewinne aus diesem Prozeß privatisiert werden, werden die Verluste größtenteils sozialisiert, das heißt der Allgemeinheit aufgebürdet. Der Nationalstaat ist daher mit der wachsenden Schwierigkeit konfrontiert, in seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik passende Antworten auf die sich rasch verändernden Verhältnisse zu finden. Der Wohlfahrtsstaat europäischen Stils befindet sich seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts im Untergang.

Das paradoxe Verhältnis von Gewinnern und Verlierern wird von der „Financial Times“ etwas überspitzt wie folgt formuliert: „Die Manager großer Konzerne werden dafür bezahlt, daß sie die Rendite der Aktionäre dadurch maximieren, daß sie das Einkommen der Beschäftigten minimieren.“ Der Anteil von Löhnen und Gehältern am Volkseinkommen nimmt in der Tat in den letzten Jahren kontinuierlich ab. Das Wohlstandsgefälle zwischen den reichsten und den ärmsten Bevölkerungsgruppen auf der nationalen Ebene einerseits und zwischen den reichsten Industrieländern und den ärmsten Entwicklungsländern auf der internationalen Ebene andererseits nahm signifikant zu. Es verwundert nicht, daß die kritischen Stimmen lauter werden.

Zweifellos gibt es eine Gegenbewegung zur Globalisierung. Aber im Gegensatz zur Idee des Sozialismus, die sich vor anderthalb Jahrhunderten als Alternative zum damaligen kapitalistischen System anbot, besitzt die Idee

des Anti-Globalismus weder eine Theorie noch eine Strategie noch ein Zukunftsbild, wodurch sie als Ersatz für den Gegenwartstrend untauglich ist. Und noch ein Unterschied zur Kapitalismuskritik des 19. Jahrhunderts, auf den der Münchner Soziologe Ulrich Becker hingewiesen hat: Die sozialistische Idee hatte damals Kräfte entfesselt, die sich in Form von Arbeiterbewegungen, Gewerkschaften, Betriebsräten, Sozialgesetzgebung und Streikrecht zu einer wirksamen Verhinderungsmacht gegenüber der Omnipotenz des Kapitalismus bündeln konnten.

Als mächtigstes Bändigungsinstrument erwies sich der Streik in einem Wirtschaftssystem, das auf die Arbeitskraft angewiesen war. Hingegen benötigt das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem immer weniger Arbeitskräfte. Wo aber die Arbeitskraft immer weniger gebraucht wird, dort können Streiks, Bewegungen, Arbeiterproteste nichts oder wenig bewirken: Solche Aktionen verpuffen meist im Leeren. Die Dynamik von Gewerkschaften ist erstarrt; ihre Strategien sind weitgehend domestiziert. Aktionen von Intellektuellen bleiben folgenlos, weil sie und die modernen Professionellen letztlich Profiteure der bestehenden Verhältnisse sind. Damit steht dem derzeitigen Weltwirtschaftssystem keine gewichtige Verhandlungsmacht gegenüber. Der Anti-Globalismus ist vornehmlich der Chaosmacht von Fundamentalisten und der Anarchiemacht von Krawallmachern ausgeliefert. Auch diese operieren global und, wie „Der Spiegel“ vermerkt, „insofern bremst der anschwellende Chor der Kritiker keineswegs den Globalisierungsprozeß, sondern treibt ihn voran in eine weitere Dimension.“

In der sich globalisierenden Welt, wo Wirtschaftsstandorte, Märkte, Moden, Ideen, Wahrheiten und Präferenzen beliebig austauschbar sind, ist kein Platz für Utopien: Wo es sie nicht gibt, dort fehlen auch der motivierende Impuls und der Kompaß für Orientierung, die den künftigen Entwicklungen Schwung, Dynamik und zugleich Glaubwürdigkeit verleihen könnten.

### **Optionen für kleine Länder**

Angesichts der Herausforderung des Globalisierungsprozesses haben kleine Länder, und ich beziehe mich hier hauptsächlich auf die Reformländer Mittelosteuropas, grundsätzlich drei Alternativen: Abschottung, Spezialisierung oder Öffnung. Die drei Optionen mögen sich in einzelnen Teilbereichen der Politik und Wirtschaft überschneiden.

Die Idee der **Abschottung**, zeitweise das Lieblingskind mancher Politiker und Wirtschaftstheoretiker, beruht auf dem Gedanken, daß die einzelnen Länder im Interesse ihrer weiteren Entwicklung eine Strategie anwenden, die auf dem Prinzip der Mobilisierung der eigenen Ressourcen, der Expansion des eigenen Binnenmarktes, der Ausschöpfung ihres eigenen Potentials beruht. Die unterschiedlichsten Varianten dieser Strategie werden „importsubstituierende Industrialisierung“, „autozentrierte Entwicklung“, „self-reliance“, „inward-looking strategy“ oder schlicht „Protektionismus“ genannt:

Gemeinsam ist ihnen das Ziel, die Abhängigkeit vom Weltmarkt, von seiner Dominanz und seinen Widrigkeiten, zu verringern. Die Abschottung kann auf ethnischer, politischer, wirtschaftlicher Basis erfolgen.

Ohne auf die theoretischen Grundlagen und die Vielfalt der Erfahrungen mit dieser Strategie näher einzugehen, läßt sich pauschal und, zugegebenermaßen vereinfacht, feststellen, daß die Abkoppelung von der Weltwirtschaft der Entwicklung kleiner Länder niemals förderlich war. Die Beispiele Albanien, Myanmar, Kuba und Nordkorea machen deutlich, daß die Abkoppelungsstrategie zwar praktisch möglich ist, aber um welchen Preis? Selbst die größeren Länder Lateinamerikas, die jahrzehntelang mit der Strategie der importsostituierenden Industrialisierung experimentiert und Teilerfolge erzielt hatten, waren letztlich gezwungen, sich gegenüber der Weltwirtschaft zu öffnen. Schon die Erfahrungen der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts zeigten überdeutlich, daß der Protektionismus, die Abkehr vom Freihandel, in eine globale Depression mündet.

Die zweite Option ist die **Spezialisierung** auf sogenannte Nischenökonomien, das heißt auf wirtschaftliche Monokulturen, sofern hierfür entsprechende verwertbare Ressourcen oder sonstige günstige Voraussetzungen vorliegen. Solche Monokulturen entstanden im Bereich des Tourismus, wo Sonne und Meer zum Kauf angeboten werden, im Bereich des „offshore-banking“, wo der Reichtum der Einwohner auf dem Kapitalzufluß aus internationalen finanziellen Transaktionen, Geldwäsche und Steuerflucht beruht, oder im Rohstoffbereich, wo nicht oder kaum substituierbare Ressourcen angebaut oder gefördert werden. Beispiele für den ersten Bereich sind die karibischen Inseln, Mauritius oder die Seychellen; für den zweiten können die Cayman Islands, die Bahamas oder Liechtenstein genannt werden; für den dritten sind Kuwait oder die Arabischen Emirate charakteristisch. Erfolg verspricht eine solche Strategie der Spezialisierung nur, wenn die betreffenden Länder über entsprechend günstige natürliche und infrastrukturelle Voraussetzungen sowie eine entsprechende Tradition mit passendem Know-how verfügen. Diese Voraussetzungen liegen in den Ländern Mitteleuropas nicht vor.

Die dritte Option ist die **Öffnung**. Kleine, erfolgreiche Länder sind meist offen gegenüber der globalen Weltwirtschaft, was bereits am Anteil ihres Außenhandels am Bruttoinlandsprodukt abzulesen ist. Dieser Anteil beträgt beispielsweise im Falle Belgiens oder der Niederlande zwischen 50% und 60%. Auch Dänemark, Schweden, Irland sind Beispiele des Erfolgs durch Öffnung, wobei all diese Länder den Vorteilen, aber auch den Risiken des Globalisierungsprozesses fast schutzlos ausgesetzt sind.

Im Hinblick auf ihre künftige Entwicklung hatten die Länder Mitteleuropas nicht allzu viele Optionen. Einerseits war ein politisch-wirtschaftlich-geographisch-kulturelles Leitbild klar vorgegeben: Die EU als Modell, Kooperationspartner, Modernisierungsanker und Entwicklungspfad.

Andererseits hatten die meisten dieser Länder gar keine Alternative zur Öffnung nach Jahrzehnten der sowjetischen Isolationshaft und am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Hohe Auslandsschulden, gravierende Haushaltsdefizite, Inflation, Banken- und Unternehmenspleiten ließen gar keine andere Strategie als die Stabilisierung, Liberalisierung und die Schaffung der Grundlagen für eine funktionierende Marktwirtschaft. So beliefen sich zum Zeitpunkt der Wende die Auslandsschulden (jeweils in Milliarden Dollar) in Polen auf 49,4, Ungarn auf 21,3, der ČSFR auf 8,2 und in Bulgarien auf 10,9. Der Zusammenbruch eines signifikanten Teiles der sozialistischen Staatsbetriebe, der Verlust der traditionellen RGW-Märkte, die chronischen Leistungsbilanzdefizite führten zwangsläufig zu einer erheblichen Schrumpfung des Sozialproduktes und damit auch zur Abnahme des Inlandsverbrauches. Wo der Inlandsverbrauch in geringerem Maße als das Sozialprodukt schrumpfte, wie zum Beispiel in Ungarn, konnte die Diskrepanz bei rückläufigen Ersparnissen nur durch zusätzliche Verschuldung abgedeckt werden. Dem Staat fehlten gerade jene Investitionsmittel, die zur Modernisierung und Weiterentwicklung der Wirtschaft, zum eigentlichen Strukturwandel erforderlich gewesen wären. Diese Lücke konnte in erster Linie der Zufluß ausländischen Investitionskapitals auffüllen. Das wiederum setzte die Schaffung marktwirtschaftlicher Bedingungen und die volle Öffnung gegenüber der sich globalisierenden Welt voraus. Mit allen Vorteilen und mit allen Risiken, die eine solche Öffnung implizierte.

Die Länder mit den konsequentesten Liberalisierungs- und Stabilisierungsstrategien durchlitten vom Zeitpunkt der Wende bis ungefähr 1995/96 eine Periode der Grausamkeiten, die Ralf Dahrendorf als das „Tal der Tränen“ bezeichnete und Claus Offe mit dem Titel seines Buches als „Der Tunnel am Ende des Lichtes“ charakterisierte. Doch die Anstrengungen und Frustrationen waren nicht vergeblich. Die Wirtschaft der Länder, welche die Reformen am konsequentesten betrieben, erholte und stabilisierte sich auf mittlere Sicht. Es war weniger der interne Strukturwandel, der die Öffnung erleichterte; es war die Öffnung, die den Strukturwandel ermöglichte. Und dieser Strukturwandel fand unter den reformierten ordnungspolitischen Rahmenbedingungen vor allen Dingen auf der Mikroebene der Unternehmungen, der intermediären Institutionen und der Zivilgesellschaft statt.

### **Ungarn in der globalen Welt**

Nach den Jahren um 1989 bis 1993, die János Kornai als „transformation slump“ (Transformationsabsturz) bezeichnete und die einen Rückgang des ungarischen Bruttoinlandsproduktes um real 20% brachten, begann die Erholung in Ungarn nicht zuletzt als Folge der radikalen Stabilisierungsmaßnahmen von 1995. Ab 1997 beschleunigte sich das wirtschaftliche Wachstum, das im gleichen Jahr 4,6% und 1998 dann 5,1% betrug. 1999 hat das Land das Niveau von 1989 wieder erreicht.

Die rein quantitativen Aspekte sagen aber wenig über die qualitativen Veränderungen aus, die während dieser Periode stattgefunden haben. Selbst während der Jahre der wirtschaftlichen Schrumpfung waren Entwicklungen zu beobachten, die zu einer radikalen Umgestaltung der politischen Institutionen, der Eigentumsverhältnisse und des Produktionsapparates geführt haben. Hauptakteure dieses Wandels waren nicht nur die staatlichen Instanzen, Firmengründer, Verbände. Es sind insbesondere die Direktinvestitionen und Neugründungen, die dafür gesorgt haben, daß sich die sektoralen Strukturen der ungarischen Wirtschaft im Laufe der 90er Jahre radikal veränderten. Der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt schrumpfte von 16% im Jahre 1989 auf 5% im Jahre 1999. Der Anteil der Industrie verringerte sich während der gleichen Periode von 42% auf 30%. Der Anteil der Dienstleistungen stieg auf 63%, was im allgemeinen dem Niveau der hochentwickelten Industrieländer entspricht und dem Trend zur „Wissensgesellschaft“ in der globalisierten Welt Rechnung trägt.

Betrachtet man die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft, so können zwei grundlegende Veränderungen registriert werden: das Wachstum und die strukturellen Veränderungen des Exportes. 1989 exportierte das Land für ca. neun Milliarden Dollar, davon für 2,5 Milliarden Dollar in die Länder der Europäischen Union. 1998 stieg der Exportwert auf 23 Milliarden Dollar, davon entfielen auf die EU rund 17 Milliarden Dollar, das heißt ca. 75% der Gesamtausfuhren. 65% der Importe stammen aus EU-Ländern, mit denen Ungarn in den letzten Jahren einen Handelsbilanzüberschuß aufwies. Insgesamt ist allerdings die Handelsbilanz des Landes defizitär, wobei die größten Defizite im Handel mit Rußland (Erdöl, Erdgas) und den Entwicklungsländern (Rohstoffe) entstehen.

Nicht nur die Größenordnung und die geographische Ausrichtung, auch die Strukturen des ungarischen Außenhandels haben sich in wenigen Jahren radikal verändert. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte am Gesamtexport ging von 20% im Jahre 1989 auf 7% im Jahre 1998 zurück, während der Anteil von Maschinenbauprodukten von 23,4% auf 51,4% stieg. Der Anteil der sogenannten sensitiven Erzeugnisse (Textil, Stahl usw.) verringerte sich von 58% auf ca. 20%. Es ist also nicht zu verkennen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft trotz des schwierigen Transformationsprozesses und nicht zuletzt infolge der Öffnung für Direktinvestitionen sowie der Eingliederung in die sich globalisierenden weltwirtschaftlichen Strukturen in signifikantem Maße zugenommen hat.

Solche Erfolge sollen natürlich nicht verdecken, daß viele Probleme der ungarischen Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht in hinreichendem Maße gelöst sind. Obwohl sich die Auslandsschulden während der Periode 1995 bis 1998 von 30,7 auf 20 Milliarden Dollar verringerten, stellt der Schuldendienst weiterhin eine große Belastung für die Gesamtwirtschaft und speziell für den Staatshaushalt dar. Dadurch sind auch die Spielräume für öf-

fentliche Investitionen eng begrenzt. Innenpolitische Probleme ergeben sich aus der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung, die nicht zuletzt mit der Öffnung und der Integration in die globalen Strukturen im Zusammenhang steht. Kostspielige Reformen im Bereich der sozialen Versorgungssysteme stellen weiterhin eine große Herausforderung dar. Auch der Agrarsektor wartet, bislang noch vergeblich, auf tiefgreifende Reformen.

Dennoch ist die allgemeine Schlußfolgerung berechtigt, daß die Öffnung und die Eingliederung Ungarns in die globalen Strukturen letztlich nicht nur eine positive Bilanz aufweisen, sondern darüber hinaus neue Perspektiven für die künftige Entwicklung eröffnen. Auf der Mikroebene ist die Integration in die Weltwirtschaft – und Weltpolitik – faktisch weitgehend vollzogen. Es sind tragfähige Unternehmenskooperationen, Zulieferungsverträge und Kommunikationsnetze mit der internationalen, speziell europäischen Wirtschaft entstanden, die einen bedeutenden Teil der Wirtschaft Ungarns in die globalen Strukturen einbinden. Die Übernahme und die Anwendung der EU-Richtlinien führen dazu, daß die ungarische Wirtschaft schon heute beinahe restlos nach den Regeln und Vorschriften der Europäischen Union funktioniert. Der EU-Beitritt wird sich als formale, politische Bestätigung faktisch, wirtschaftlich bereits existierender Verhältnisse erweisen.

### **Auf dem Zwangspfad**

Hätte die ungarische Politik der letzten zwölf Jahre auch anders agieren können?

Vielleicht. Es ist aber dennoch bezeichnend, daß in Ungarn seit 1991 im Prinzip die gleiche Außen- und Wirtschaftspolitik betrieben wird, unabhängig davon, welche Parteien oder Koalitionen jeweils die Macht ausüben. Es gab Abweichungen im Stil, in der Darstellung, in den taktischen Nuancen, nicht aber in der grundsätzlichen Ausrichtung. Diese Ausrichtung ist nämlich durch die Modelle der weltweiten Globalisierungsprozesse in quasi-verbindlicher Form vorgegeben.

Wie bereits dargestellt, führt die Integration eines Landes in die globalen Strukturen in erster Linie im wirtschaftlichen, aber teilweise auch im politischen Bereich zu einer Erosion der nationalstaatlichen Autonomie. Die Regierungen üben Souveränitätsverzicht, dafür erhalten sie das Ticket, das sie zum Spiel nach den Regeln des „Global Play“ berechtigt. In ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik befinden sie sich also auf einem Zwangspfad.

Diesem Pfad folgten auch die ungarischen Regierungen seit der Wende, etwas zögerlich, wie zwischen 1990 und 1994, etwas brutal, wie zwischen 1995 und 1997, und etwas sanfter, wie seit 1998. Die Aufgaben, Beschränkungen und Ressourcen waren vorgegeben; die Kontinuität wurde trotz geringfügiger Verlagerungen in den jeweiligen Prioritäten grundsätzlich gewahrt. Jedes Ausscheren aus diesem Korsett hätte unabsehbare wirtschaftliche und möglicherweise auch politische Folgen haben können.

So ist auch nicht weiter verwunderlich, daß die jeweilige Opposition kein realistisches Alternativkonzept zur Regierungspolitik formulieren konnte. Die Oppositionsparteien mäkelten an Details oder am Stil, stellten die jeweils unvermeidlichen negativen Wirkungen einzelner Maßnahmen in den Vordergrund und setzten, sobald selbst an der Macht, die gleiche Politik in anderer Verkleidung fort. Die Parlamentsdebatten über die grundsätzliche Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik stellten letztlich Kontroversen dar, die auf Nebenkriegsschauplätzen, auf den virtuellen Schlachtfeldern der Medien oder gar auf Abstellgleisen ausgefochten wurden.

Solange ein breiter Konsens darüber besteht, daß Ungarn Teil der westlichen Welt, Mitglied der Europäischen Union und Mitspieler am Spiel der globalen Kräfte werden will, sind die politischen und wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume der Regierung, wer sie auch immer stellt, durch relativ enge Schranken begrenzt. Dies bedeutet zweifellos einen gewissen Verlust an Autonomie. Bedeutet es aber auch einen Verlust der Identität?

Viele Kritiker malen den Teufel der McDonaldisierung der Welt an die Wand. Werden die Nationen zu einem amorphen Völkerbrei zusammenschmolzen, in dem nur die globalen Regeln der internationalen Finanzsituationen und der transnationalen Konzerne gelten? Ich glaube: im Gegenteil. Der Globalisierungsdruck erzeugt seinerseits einen Prozeß der Besinnung auf die eigene Identität, die eigene Kultur und Geschichte. Er entfacht Kräfte, die ihre eigenen lokalen, ethnischen, regionalen, nationalen und kulturellen Interessen um so deutlicher vertreten werden, je massiver diese durch uniformisierte Zwänge bedroht sind.

Es stimmt, daß im wirtschaftlichen Bereich die zu verfolgenden Pfade sehr weitgehend vorgezeichnet sind, aber im kulturellen Bereich kann sich die Globalisierung durchaus als eine Bereicherung auswirken. Sie kann Identitäten in der Vielfalt dieser Welt verstärken und erweitern. Daher impliziert der Globalisierungsprozeß, besonders im Falle kleiner Länder, Vor- und Nachteile, Risiken und Chancen. Für die Nationalstaaten gilt es, über ein Instrumentarium von vertretbaren Korrekturmaßnahmen zu verfügen, um die Risiken abzuschwächen und die Chancen vernünftig zu nutzen.

Lajos Horváth

## Die Euroregion Donau-Kreisch-Mieresch-Theiß\* Erfahrungen aus der Zusammenarbeit

Das **Jahr 2000** war ein Jahr der Veränderungen. Zwei Ereignisse bieten auf lange Sicht eine Garantie für den weiteren Ausbau der Beziehungen in dieser Region. Das eine war die Wahlen in Rumänien, denn die alte wie die neue rumänische Führung hat sich zu gutnachbarlichen Beziehungen verpflichtet und für die europäische Integration Rumäniens ausgesprochen; das zweite Ereignis war die Wende in der politischen Lage Jugoslawiens, wodurch der langersehnte Demokratisierungsprozeß eingeleitet wurde.

Im Februar 2000 hat das Forum der Regionalpräsidenten das Wirtschaftsförderungskonzept der regionalen Zusammenarbeit angenommen, das unter Federführung der Industrie- und Handelskammer des Komitats Csongrád von den Wirtschaftskammern der Region ausgearbeitet wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde beschlossen, die dreisprachig erscheinende Zeitschrift „EuroTrio“ in neuer Form und mit neuem Inhalt unter dem Titel "Euro-régió" herauszugeben. Unterstützt wird diese Initiative vom EU-Programm PHARE. Seither sind vier Ausgaben des erneuerten Magazins erschienen.

Auf Grundlage des Wirtschaftsförderungskonzepts begann die Ausarbeitung des Strategieplans für die Region. Dazu gab es eine Reihe von Beratungen und Workshops, bevor die Präsidenten das Dokument auf ihrer im September 2000 in Szeged abgehaltenen Konferenz angenommen haben.

Am 27. Mai 2000, dem Tag der Kooperation der Euroregion Donau-Kreisch-Mieresch-Theiß (DKMT), fand unter Mitwirkung von Vertretern der Gemeinden der beteiligten Staaten ein Dreiländertreffen mit kulturellen und sportlichen Veranstaltungen statt. Das ständige Büro der Euroregion DKMT mit Sitz in Szeged, Tábor u. 7/b, wurde feierlich eröffnet.

Am 20. August 2000 trafen sich die regionalen Präsidenten in dem Nationalen Gedenkpark bei Ópusztaszer, wo sich erstmals die Möglichkeit zur

---

\* Ein Bericht von Mitte 2002 in Fortsetzung der Veranstaltung der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. im Haus Ungarn mit Dr. Lajos Horváth, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Csongrád vom 24. Januar 2000: „Euroregion Donau-Theiß-Mieresch-Kreisch vor dem Hintergrund einer allseitigen ungarisch-rumänisch-serbischen Zusammenarbeit (Wirtschaft, Verkehrswesen, Kultur)“. **Übersetzung** – auch der Anlagen – aus dem Ungarischen: Emese Kriegeskotte und Mária Urban.

multilateralen Zusammenkunft mit den neu gewählten Leitungen der rumänischen Verwaltungsbezirke bot. Die neuen Bezirksräte haben bekräftigt, daß Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit grundlegendes Interesse aller Teilnehmer und ausdrückliches Bedürfnis der in der Region lebenden Menschen darstellen.

Als herausragendes Ergebnis der regionalen Zusammenarbeit wurde am 20. Oktober 2000 die Grenzübergangsstelle Kiszombor–Cenad eröffnet, die eine direkte, fünfzig Kilometer kürzere Verbindung zwischen Szeged und dem rumänischen Timișoara schafft. Den notwendigen Straßenausbau auf beiden Seiten unterstützt das PHARE Crossborder Cooperation (CBC-)Programm, das Programm für grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Ende 2000 ist der rotierende Vorsitz der Euroregion für das Jahr 2001 auf den neuen Regierungschef der Gebietsverwaltung der Wojwodina übergegangen. Zoran Djindjić hat das Forum der Regionalpräsidenten besucht und dabei die Absicht der neuen politischen Führung formuliert, die Region zu integrieren. Im Dezember wurde er der neue Ministerpräsident Serbiens.

Im **Jahr 2001** ist der Ausbau weiter fortgeschritten. Fußend auf den Erfahrungen der ersten drei Jahre, wurde der organisatorische Rahmen der Zusammenarbeit in der Euroregion erweitert. Ein Schritt auf diesem Wege war die Entscheidung vom März, daß die Gebietsverwaltung der Wojwodina und die rumänischen Verwaltungsbezirke je einen Mitarbeiter in das Szegediner DKMT-Büro entsenden sowie jeweils einen Teilnehmer in alle Arbeitsgruppen delegieren. Diesem Ziel folgte auch der Entschluß, daß es unbedingt notwendig ist, die Euroregion als juristische Person zu etablieren. Dieses augenscheinlich formale Moment ist aber in der Tat äußerst wichtig, weil nur als Rechtsperson die Möglichkeit zur Teilnahme an europäischen Ausschreibungen sichergestellt ist.

Parallel dazu haben die DKMT-Mitglieder über die in den Bereichen Eisenbahn- und Straßenverkehr sowie Umweltschutz anstehenden Großprojekte diskutiert und gemeinsame Standpunkte formuliert. Dazu muß man wissen, daß die Europäische Union im Rahmen der PHARE CBS-Ausschreibungen die Ausführung von Klein- und Großprojekten finanziell unterstützt. Danach hat die Ad-hoc-Arbeitsgruppe aus Vertretern des Komitatsparlaments Csongrád, des Bezirksrates von Timiș und der Autonomen Provinz Wojwodina nach mehreren Abstimmungen eine Kooperationsvereinbarung über große infrastrukturelle Projekte vorbereitet, die von den Präsidenten am 23. Mai 2001 unterzeichnet wurde (Anlage 1).

Zwei Ereignisse des Jahres 2001 sollten noch unbedingt erwähnt werden. Am 26. Mai, dem offiziellen Sitzungstag der DKMT-Region, haben die Mitglieder des Forums der Regionalpräsidenten im Anschluß an das traditionelle Drei-Länder-Treffen in Kanjiža einen offenen Brief an die nationalen Regierungen der drei Länder unterschrieben, in dem diese gebeten wer-

den, mit ihren Entscheidungen die Zusammenarbeit innerhalb der Euroregion DKMT zu unterstützen (Anlage 2).

Am 17. August 2001 kam es zu einem herausragenden Ereignis regionaler Zusammenarbeit, nämlich der Eröffnung des ungarischen Generalkonsulates in Subotica unter Teilnahme der Ministerpräsidenten beider Länder. Dieses wird unzweifelhaft eine wichtige Rolle bei der Kontaktpflege zwischen den Ungarn der Wojwodina und dem Mutterland haben.

Ziehen wir Bilanz, können wir feststellen, daß unser Komitat Csongrád  
- als ungarische Grenzregion einerseits und wegen seiner zentralen Lage innerhalb der Region andererseits,  
- durch seine anregende und die Rollenverteilung bestimmende Haltung innerhalb der Euroregion

sowie wegen der sich günstig entwickelnden internationalen Situation dazu beiträgt, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit konkrete Ergebnisse zeitigt. Die vor dem Beitritt zur EU zu schaffenden Grundlagen können ab diesem Jahr (2002) erreicht werden.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Ereignisse in Jugoslawien diese Region sehr nachteilig getroffen haben. Die Vorteile aus den positiven Veränderungen der jüngsten Vergangenheit – die bestimmend für die Entwicklung der Gesamtregion sein können – müssen sichtbar gemacht und sinnvollerweise in den Wiederaufbau Jugoslawiens auf internationaler Ebene einbezogen werden.

Als besonders herausragend muß in der Wertigkeitsskala hervorgehoben werden, daß mit ihrer Zusammenarbeit in der Gesamtregion die DKMT-Region dazu beigetragen hat, daß die Arbeitsweisen der EU besser verstanden werden und eine größere Bereitschaft zum Denken im regionalen Maßstab herrscht. Die Euroregion trug sowohl in Ungarn als auch in Rumänien zur Entwicklung auf der Ebene der zu organisierenden planerisch-statistischen Regionen bei. Auf indirekte Weise übte sie einen Einfluß auf die Gestaltung der Zusammenarbeit der Nachbarstaaten aus.

Die Bedeutung der DKMT-Region sollte nicht nur an den Tagungen der Vereinbarungen unterzeichnenden Organe der Verwaltungsbezirke und des Forums der Regionalpräsidenten gemessen und auf die Aktionen und Veranstaltungen der Zusammenarbeit reduziert werden. Viel wichtiger ist die Ausstrahlung, mit der die Idee der Euroregion gestärkt und auf alle Lebensbereiche, auf die alltäglichen Kontakte der Institutionen und der Bürger übertragen wird. Zu einem großen Teil haben die Gemeinden eines Verwaltungsbezirks Kontakte untereinander und bauen die grenzüberschreitenden Kontakte zu den Gebieten in den Nachbarländern auf. Diese Kontakte erstrecken sich nicht nur auf die Tätigkeit der Gebietskörperschaften, sondern umfassen auch Kultur- und Sportveranstaltungen, die das Wissen um die gemeinsame Identität verstärken.

Bei Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur als Basis für Wirtschaftsbeziehungen steht laut Beschluß des Forums der Regionalpräsidenten die Herstellung der **Eisenbahnverbindungen** an erster Stelle, konkret

- die Errichtung der Bahnverbindung Szeged – Temesvár auf der ursprünglichen Trasse Szeged – Szőreg mit der Theißbrücke in Szeged,
- der Bau einer Direktverbindung zwischen dem rumänischseitigen Cenad und dem ungarischen Kiszombor sowie
- die Vervollständigung der einstigen Eisenbahnlinie aus der ungarischen Tiefebene durch die Wojwodina nach Rijeka.

Der Realisierbarkeit dieser Eisenbahnausbauprojekte in der Wojwodina könnte dienlich sein, daß die dortige Regierung auf der im Herbst 2001 anstehenden internationalen Geberkonferenz auch diese Projekte – als Initiative der Euroregion – zur Sprache bringen will. Weiters wird es als eine positive Entwicklung angesehen, daß sowohl anläßlich der ungarisch-rumänischen als auch der ungarisch-serbischen außenpolitischen Gespräche unterstützende Erklärungen verlautbart wurden, die eine Realisierung der gemeinsamen Vorstellungen in greifbare Nähe rücken.

Beim **Straßenverkehr** hat die Errichtung der in die europäischen Korridore (Nr. IV und X/B) gehörenden Autobahnen Vorrang.

Ein Zusammenschluß entlang der Theiß erscheint für die Sanierung des Flusses, für die Verbesserung der Wasserqualität und die Gewährleistung der internationalen **Flußschifffahrt** ebenfalls unendlich wichtig. Ein vorrangiges Projekt der Euroregion könnte die Revitalisierung des Flusses Bega in seinen in Rumänien und in der Wojwodina verlaufenden Abschnitten unter dem Aspekt der Wiederherstellung von Umwelt und Schiffbarkeit sein.

In diesem Zusammenhang erwarten und erbitten wir die Unterstützung der betreffenden Partner für unsere Großprojekte. Dazu ist es unerläßlich, die bereits begonnenen Programme weiterzuführen, das Strategiekonzept detailliert zu formulieren und operative Programme zu entwerfen sowie die gemeinsamen Projekte zu präzisieren. Um die bisher geleistete Arbeit weiterführen zu können, muß unbedingt eine umfassende und detaillierte statistische Datenbank über die Euroregion erstellt werden.

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit der Euroregion hat gegenwärtig, also nach dem Demokratisierungsprozeß in Jugoslawien, eine neue Dimension erreicht. Die wichtigste Aufgabe besteht nun in der Beschleunigung der Institutionalisierung der Euroregion. Weiterhin muß dafür Sorge getragen werden, daß die Organisation rechtlich und finanziell mit den gemeinsam erarbeiteten und vorbereiteten Programmen in der Lage und fähig sein muß, im Interesse der gemeinsamen Entwicklung an den Ausschreibungen der Europäischen Union teilzunehmen.

Die DKMT-Region kann nach dem Beitritt Ungarns zur Europäischen Union eine historische Chance bekommen und die Rolle eines südosteuropäischen Tors zur Union spielen. Das Gebiet wird zu einer Euroregion im klassischen Sinne dann, wenn es gelingt, gemeinsame konkrete Projekte für die Wirtschaft und im Ausbau der Infrastruktur zu realisieren. In dieser Form kann die Euroregion den universellen Interessen ihrer Bewohner, die in verschiedenen Nationen verwurzelt sind, dienen.

## **ANLAGE 1:**

### **Vereinbarung über die Zusammenarbeit**

1. Wir, die Unterzeichneten, Funktionäre der Selbstverwaltung des Komitats Csongrád, des Rates des Komitats Timiș und des autonomen Gebietes der Wojwodina, erklären im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit Donau-Kreisch-Mieresch-Theiß und im Einklang mit den strategischen Plänen der Euroregion sowie im Ergebnis der auf Aufforderung des Rates der Regionalpräsidenten vom 1. März 2001 untereinander durchgeführten Abstimmungen, daß sie in den Mittelpunkt der Zusammenarbeit die Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen stellen. Um dies zu verwirklichen, werden die unten angeführten Ziele und Prioritäten formuliert:

#### **A. In naher Zukunft zu verwirklichende Zielvorstellungen und Prioritäten**

##### **I. Im Bereich der Wiederherstellung der Eisenbahnverbindungen:**

1. In erster Linie wird die Wiederherstellung der Bahnstrecke zwischen Szeged und Timișoara als Anbindung an das internationale Hauptstreckennetz für wichtig erachtet. Deshalb wird der Ausbau der Trasse Szeged – Kikinda – Jimbolia – Timișoara mit der Errichtung der Eisenbahnbrücke und des Knotenpunktes Szeged unterstützt und angestrebt.
2. Im Sinne des Ausbaus der regionalen Beziehungen wird es für eine unumgängliche Aufgabe gehalten, eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen den Verwaltungseinheiten Komitat Csongrád und Bezirk Timiș zu schaffen. Deswegen wird der Ausbau der Trasse Szeged – Kiszombor – Cenad – Sânnicolau Mare – Timișoara unterstützt und angestrebt.

##### **II. Im Bereich der Wiederherstellung des öffentlichen Straßennetzes:**

1. Es wird für eine besonders wichtige Aufgabe gehalten und angestrebt, den Autobahnbau in der Region zu beschleunigen, so

- den Teil des transeuropäischen Verkehrskorridors Nr. IV Kiskunfélegyháza – Szeged – Csanádpalota – Arad – Lugo, weiters
- den Teil des transeuropäischen Straßenverkehrskorridors Nr. X/ A Szeged – Rösztke – Novi Sad

als Autobahnabschnitt oder – wo es gerechtfertigt ist – als Schnellstraße mit der Option zum Ausbau als Autobahn zu errichten.

2. Unterstützt wird im Zusammenhang mit dem internationalen Grenzübergang Kiszombor – Cenad der vollständige Ausbau seiner Infrastruktur. Es wird außerdem für notwendig erachtet, daß der Grenzübergang nach Übergabe der dorthin führenden Umgehungsstraßen ständig offen gehalten sowie in einer für den Lkw-Verkehr geeigneten Weise ausgebaut wird.

### **III. Im Bereich der Wiederherstellung der Wasserwege:**

Unterstützt werden Herstellung und Ausbau des internationalen Schifffahrtsweges zwischen Szeged – Timișoara – Novi Sad und als dessen Teil

- Einstufung der Theiß zum internationalen Schifffahrtsweg der Kategorie IV, der notwendige Ausbau der Häfen, weiters die ökologische Sanierung des Flusses sowie
- der Ausbau des Flusses Bega zum internationalen Schifffahrtsweg der Kategorie II-III und seine ökologische Sanierung.

### **B. Mittelfristig zu verwirklichende Ziele und Prioritäten:**

#### **I. Im Bereich der Wiederherstellung der Eisenbahnverbindungen:**

Für die Wirtschaftsinteressen der Euroregion sowie im Interesse einer polyzentralen regionalen Entwicklung wird es für notwendig gehalten,

- die Eisenbahnstrecke Szeged – Makó – Nădlac – Arad – Timișoara – Moravița – Vršac – Beograd zu revitalisieren sowie
- die Eisenbahnverbindung aus der ungarischen Tiefebene nach Rijeka (Oradea – Békéscsaba – Szeged – Subotica – Bácsalmás – Baja – Zagreb – Rijeka)

wiederherzustellen.

#### **II. Im Bereich der Wiederherstellung des öffentlichen Straßennetzes:**

1. Für den internationalen Personenverkehr wird die Öffnung eines Grenzüberganges im Zentrum der DKMT-Region zwischen Beba Veche – Rabe – Kübekháza unterstützt.

2. Angestrebt wird die ständige Öffnung der zur Zeit eingeschränkt geöffneten Grenzübergangsstelle Tiszasziget–Dala.

3. Unterstützt wird die Öffnung einer neuen Grenzübergangsstelle für den Straßenverkehr zwischen Ásotthalom und Bački Vinogradi.

### **III. Im Bereich der Wiederherstellung der Wasserstraßen:**

Es wird für notwendig gehalten, die Flüsse Mieresch und Kreisch zu internationalen Wasserwegen der Kategorie II-III auszubauen und ökologisch zu sanieren.

2. Die Unterzeichneten stimmen darin überein, daß die obige Vereinbarung dem DKMT-Präsidialrat für regionale Zusammenarbeit in der Absicht vorgelegt wird, daß die DKMT-Region die darin formulierten Ziele und Prioritäten zum Programm erhebt und dieses sowohl gegenüber den Institutionen der Europäischen Union als auch gegenüber den die Euroregion bildenden Verwaltungsbezirken beziehungsweise den Regierungen der Mutterländer dieses Gebietes durchsetzen möge.

Temesvár, den 23. Mai 2001

Unterzeichnet von:

**Attila Marosvári,**

Vizepräsident der Selbstverwaltung des Komitats Csongrád

**Constantin Ostaficiuc,**

Vizepräsident des Rates des Bezirkes Timiș

**Paja Francuși und István Pásztor,**

Vizepräsidenten des Exekutivrates des autonomen Gebietes der Wojwodina

### **ANLAGE 2:**

*Viersprachiger Briefkopf in Ungarisch, Rumänisch, Serbisch und Englisch:*  
Regionalzusammenarbeit im Gebiet Donau – Kreisch – Mieresch – Theiß

### **Offener Brief**

An die Regierungen von Rumänien, Jugoslawien und Ungarn

Angesichts der Tatsache, daß sich die Euroregion DKMT bereits als eine erfolgreiche Form der Zusammenarbeit erwiesen hat, richten wir, die Vorsitzenden der Bezirksversammlungen und Regionalräte sowie die Vertreter des DKMT-Präsidialforums, uns mit diesem Dokument an die zuständigen staatlichen Stellen von Rumänien, Jugoslawien und Ungarn.

Im Geiste der Prinzipien der Demokratie, der Freiheit und des gegenseitigen Respekts mögen sie die örtlichen und regionalen Selbstverwaltungen im Rahmen der Euroregion DKMT unterstützen, damit die Zusammenarbeit fortgesetzt werden kann, um jedes ihrer Projekte zu verwirklichen und auch den von den Unterzeichnern dieses grenzüberschreitenden Gebildes angenommenen DKMT-Strategieplan durchzuführen.

Sie mögen jedes Hindernis beseitigen, das unter besonderer Beachtung des Kfz-Versicherungssystems der drei Nachbarländer sowie der zusätzlichen, den Grenzübertritt von Geschäftsleuten und Bürgern erschwerenden Gebühren die Bewegungsfreiheit in der DKMT-Euroregion einschränkt.

In der Hoffnung, daß der gemeinsame Wunsch der acht Verwaltungsbezirke in Rumänien und Ungarn und des autonomen Gebietes der jugoslawischen Wojwodina bei den Zentralregierungen ein positives Echo findet, danken wir für die Unterstützung, mit der sie günstige Bedingungen zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Partnerschaften schaffen, was einen neuerlichen Schritt in Richtung auf das freie und vereinte Europa bedeutet.

Dorde Dukic, Amtierender Präsident der DKMT-Euroregion  
Präsident des Exekutivrates des autonomen Gebietes der Wojwodina

Bezirke Arad, Caraş-Severin, Hunedoara, Timiş

Bezirke Bács-Kiskun, Békés, Csongrád, Jász-Nagykun-Szolnok

